Juli 7/78 – DM 3,50 C 4143 EX

konkret

Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Biermann + Lindenberg über Bob Dylan

Peggy Parnass: Eine Nacht mit Charles Bukowski

§ 218

Wie Frauen-Ärzte Frauen quälen

8 Seiten extra: KONKRET – Dokument BRD-Bullenrepublik Deutschland?

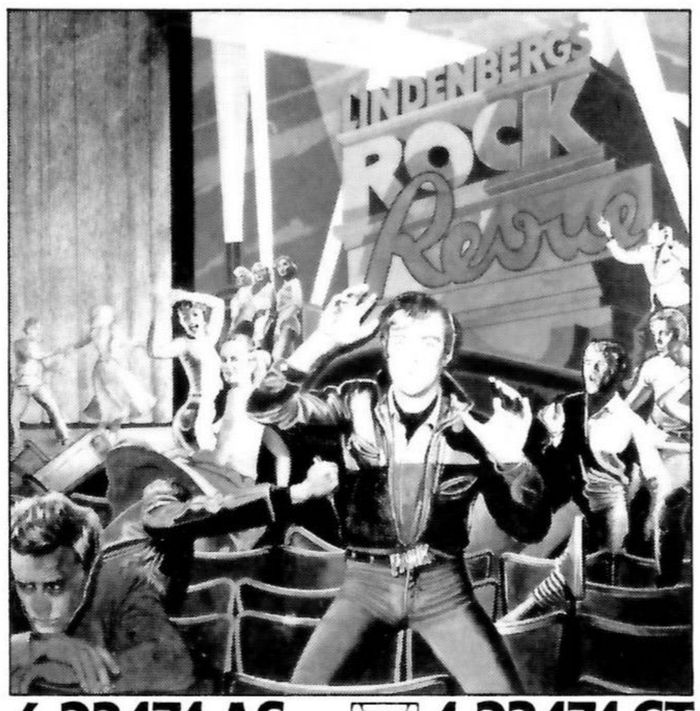
Italien Lire 1400 · Holland hfl 4.2 · Schweiz sfr 3.80 · Österreich S 28,— · Spanien Ptas 160,00

Lindenberg macht Rock-Geschichten

„Ein Kompliment an meine älteren Rock 'n' Roll-Brüder und an die Zeit, als Rock mehr war, als nur Musik."

Lieder der 50er, 60er und 70er Jahre mit deutschen Texten zum Thema der Songs.

Mit einer 8-seitigen Beilage in »Super-Color«



6.23474 AS 4.23474 CT

TELDEC

»TELEFUNKEN-DECCA« SCHALLPLATTEN GMBH

konkret

Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Heft 7/78

Hamburg, den 29. Juni 1978

Inhalt

KONKRET intern/Briefe 4

Pressestimmen zu Maihofers 287er Liste
»Sklaven der Hysterie« 7

Politik

Bert Dietrich
Hallo Sozialpartner, danke schön 8

Gerhard Weber
Warum haben uns so wenige gewählt 12

Hermann Peter Piwitt
Lieber A., 13

KONKRET-Interview mit Robert Havemann
Eine Art neue Volksfront 14

Edgar Vögel
»Finger weg von Vögel« 15

Ingrid Klein/Uwe Herzog
Terror gegen Frauen 16

Stefan Aust
Konkret-Serie Klassenjustiz II: Die FDGO aktiv eintreten 22

Klaus Staeck
Das Recht auf Verleumdung 24

Udo Hergenröder
Da stehst Du dann 25

KONKRET-Dokument: ein vertrauliches Bundestagsprotokoll
»Dann sieht die Landschaft anders aus« 27

Magazin

Joachim Heidersdorf
Mogadischu — eine Nachtklub-Karriere 35

Walter Moßmann
Der Troubadix von Essen 36

Günter Amendt
»Hier, da ist dein Junge« 38

Henryk M. Broder/Michael R. Lang
Eine allseitig korrumpierte Persönlichkeit 40

Kultur

Wolf Biermann
»Kennen Sie Dylan?« 42

Udo Lindenberg/Ulla Meinecke
»Weißt Du noch, Karl-Heinz?« 45

Martin Walser
In schlichter Leserfreude 46

Peggy Parnass
Nix von good cunt 49

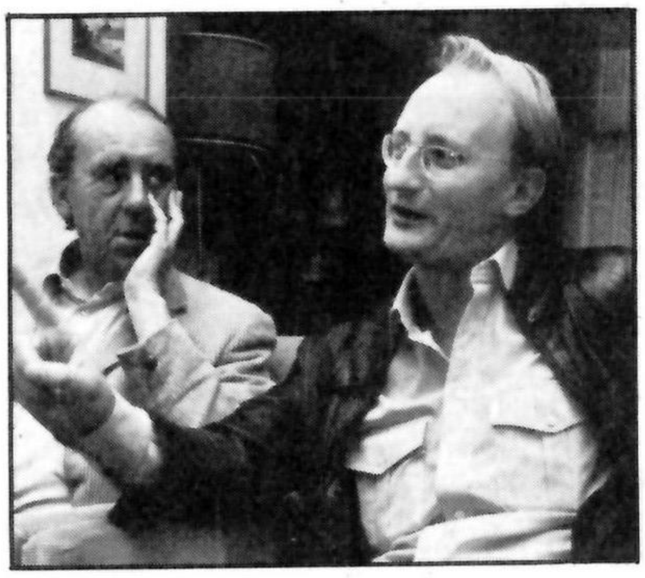
Karin Reschke
Die Kreuzung der Frau ohne Kopf 51

Günther Jansen
Der Über-Wallraff aus der Atom-Maschine 54

KONKRET-Markt 56

KONKRET-ex-press 58

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Günter Amendt Wolf Biermann · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz · F. C. Delius · Rudi Dutschke Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Ludwig Fels · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerd Fuchs · Max von der Grün · Peter Hamm · Karl-Heinz Hansen · Wolfgang Harich Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmidt · Walter Jens · Yaak Karsunke · Hans Matthöfer Günter Nenning · Peggy Parnass · Karl W. Pawek · Hermann P. Piwitt · Lucio Lombardo-Radice · Michael Scharang Peter Schneider · Alice Schwarzer · Klaus Staeck · Horst Tomayer · Henning Venske · Günter Wallraff · Martin Walser Peter Paul Zahl · Gerhard Zwerenz



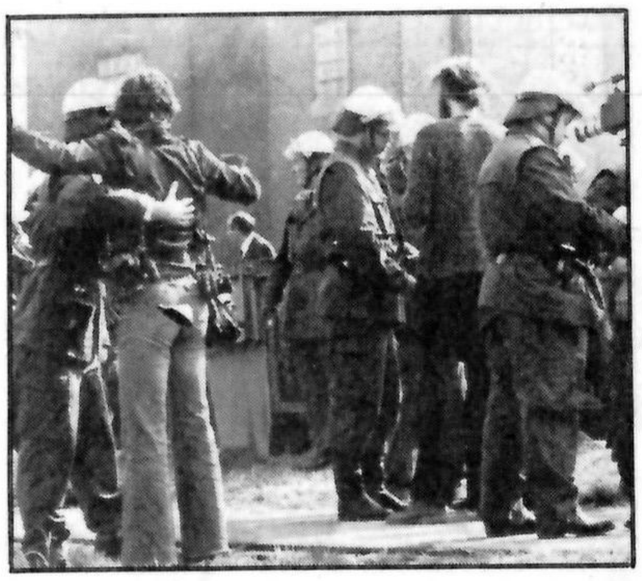
Das Recht auf Verleumdung

Klaus Staeck, Polit-Grafiker und Rechtsanwalt, kommentiert das BGH-Urteil gegen Heinrich Böll

Seite 24

»Dann sieht die Landschaft anders aus«

Auf acht Sonder-Seiten dokumentiert KONKRET das vertrauliche Protokoll einer Sitzung des Bundestags-Innenausschusses. Heißt BRD jetzt Bullenrepublik Deutschland?



Seite 27

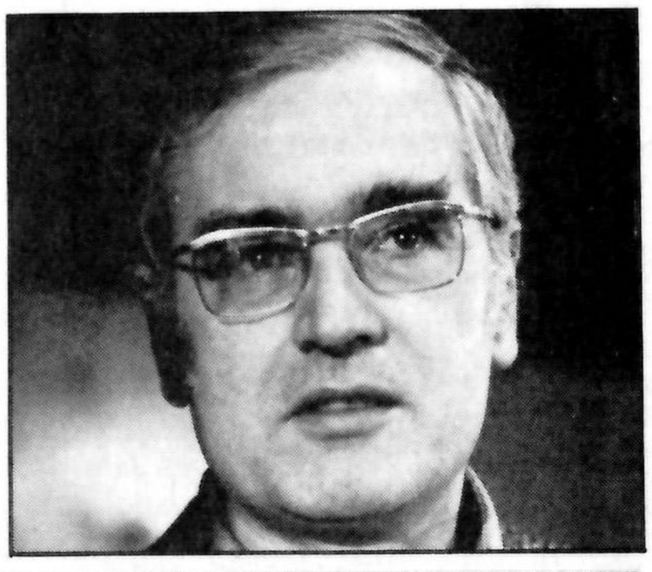
»Kennen Sie Dylan?«

Bob Dylan in Dortmund, Nürnberg und Westberlin: KONKRET hat Wolf Biermann, Udo Lindenberg und Ulla Meinecke gefragt, was sie von ihrem amerikanischen Kollegen halten

Seite 42

In schlichter Leserfreude

Martin Walser stellt zwei neue Bücher vor: »Berliner Scharade« von Barrie Ellis-Jones und Uwe Timms »Morenga«



Seite 46

Neuer Konkret Verlag GmbH
Rentzelstraße 7, 2000 Hamburg 13, Telefon (040) 443253/54
Herausgeber: Hermann L. Gremliza
Redaktion: Hermann L. Gremliza (verantwortlich), Hartmut Schulze, Ingrid Krüger · Verlagsleitung: Ulrich Alberti, Manfred Schachtschneider · Anzeigen: (verantwortlich für den Inhalt) Ulrich Alberti

Jahresabonnement DM 42,— frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto, Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27-29, Postfach 101606, 2000 Hamburg 1, Telefon (040) 2486281 · Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1.1.1978 · Hamburger Sparkasse, Hamburg, Konto-Nr. 1238/120784 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 384030-202 · Druck: Druckerei Jungfer Herzberg · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstraße 27-29, 2000 Hamburg 1

Fotos: Arbeiterfotografie/Mielke, ap, dpa, Rose, Meyborg, Zint, Isolde Ohlbaum, Conti Press, Derschau, Stern/Moldvay, -/Hinz, Kindermann

WAS DIE „SICHERHEITSDIENSTE" AN 3.WM INTERESSIERT SOLLTEN AUCH SIE WISSEN

Wir machen nicht nur Schlagzeilen — wir recherchieren und weisen dokumentarisch nach: „ Die nukleare und militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika wird fortgesetzt" , „Millionenkredite der bundesdeutschen Gewerkschaftsbank für lateinamerikanische Militärdiktaturen ..."
Das Magazin erscheint jeden Monat.
Photoreportagen, Berichte von internationalen Konferenzen, Filmbesprechungen und vieles mehr. Für weitergehendes Informationsbedürfnis haben wir den Themenblock entwickelt:
Wichtige Probleme werden auf 24-44 Seiten breiter thematisiert und dokumentiert (auch einzeln erhältlich).
Also die Möglichkeit, einen kurzen Überblick zu Fragen der internationalen Entwicklung zu finden, ebenso wie Grundlagen für eine tiefgreifende Auseinandersetzung.

ISRAEL–SÜDAFRIKA: Kooperation imperialistischer Vorposten; 32 Seiten; DM 3.–

GHASSAN KANAFANI – Palästinensische Kultur und nationale Befreiung; 32 S.; DM 3.-

LIBANON-KRIEG: Politische und soziale Hintergründe; 32 Seiten; DM 3.–

INDONESIEN – Subimperialistisches Zentrum auf Zeit? 24 Seiten; DM 2.–

TUNESIEN–DOKUMENTATION: Verfolgung und Widerstand der Sozialisten; 44 S.; DM 3.-

ÄGYPTEN NACH NASSER; 32 S.; DM 3.–

ÄTHIOPIEN – Die Revolution der Militärs; (3WM-Nr. 6 - 1978); DM 4.–

DEMOKRATISCHE ARABISCHE REPUBLIK SAHARA – Der Kampf geht weiter;
32 Seiten; DM 3.– (im Druck)

Nukleare u. militärische Zusammenarbeit: BRD - SÜDAFRIKA. Dokumentation. 32 Seiten; DM 4.–

F.POLISARIO – Dokumente des 3. Nationalen Volkskongresses; 32 Seiten; DM 4.-

MAROKKO: Analyse einer imperialistischen Basis; 32 S. DM 3.–

KUBA – Sozialistische Entwicklung in der Karibik; (3WM-Nr. 11/12,77) DM 4.–

pdw

Verlagsprospekte, Probeexemplare, Bestellungen :

◆ PROGRESS–DRITTE–WELT–VERLAG ◆ 5300 BONN-1; POSTFACH 1528

„Sklaven der Hysterie"

Das Grundgesetz hat seltsame Schützer. Sie brechen es an allen Stellen, um zu prüfen, ob es denn noch gut hält. Das Grundgesetz hat aber auch seltsame Verteidiger. Etwa die »Welt«, die das Menschenrecht auf Schnüffeln proklamiert, oder den »Spiegel«, der »arglose Auslandsreisende« bedroht sieht. Und dann gibt es ein paar Blätter und einen Sender, denen es wirklich um Demokratie und Rechtsstaat geht — in diesem Fall: der »Vorwärts«, das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt« und der WDR.

Vorwärts

Niemand kann dafür, daß es so gekommen ist. Jeder (fast jeder) würde es für einen bedauerlichen Zungenschlag halten. Kaum einem ist es wahrscheinlich aufgefallen. Aber es ist da: das Wort »linksverdächtig«. Der Nachrichtensprecher einer deutschen Rundfunkanstalt las es vergangene Woche vom Manuskript, als er den Hörern über die Stellungnahme des Bundesinnenministers Maihofer zu einer Beschwerde von zehn SPD-Bundestagsabgeordneten zu berichten hatte. Da ging es, wie man weiß, um jene Liste einiger hundert »inkriminierter« Publikationen, anhand derer der Bundesgrenzschutz Reisende überprüfte — ein Sammelsurium von Titeln, in dem von linksaußen bis linksliberal so gut wie alles verzeichnet war, was bei Verfassungsschützern den Verdacht erweckte, nicht konform zu sein. Was macht ein Nachrichtenredakteur, der seinen Hörern erklären muß, wie diese Publikationen (z.B. KONKRET) einzustufen sind? Er sucht einen Sammelbegriff, der in einem Wort alles zusammenfaßt: *linksradikal* erscheint ihm zu hart, *links* zu ungenügend; dann, auf einen Schlag, diktiert sich das Wort wie von selbst in die Maschine: richtig, es handelt sich um »linksverdächtige Schriften«.

Derart haben wir uns selbst zu Sklaven der Hysterie erniedrigt, derart hat uns die Mischung aus Angst und Propaganda bereits übermannt, daß wir das Wort »linksverdächtig« hinnehmen, ohne schamrot zu werden. Maihofer kann dafür nicht — und doch kann er dafür. Wenn man seine Antwort auf den Brief der zehn »linksverdächtigen« SPD-Parlamentarier ließt, kann einem der Gedanke kommen — Verzeihung! —, Hans Karl Filbinger habe ihn geschrieben: die Gerechtigkeit zur Selbstgerechtigkeit denaturiert. Kein Wort des Bedauerns. Die Wende in eine neue Liberalität wird kommen. Gegen Maihofer (FDP)? Er hätte die Möglichkeit gehabt, sich darum Verdienste zu erwerben. Sie muß kommen, bevor jeder, der nicht dumpfen, aber gängigen Vorurteilen entspricht, den Stempel »Verdächtig« sichtbar am Kragen zu tragen hat.

M.E. Süskind

DIE WELT

Was ist passiert? Bei Grenzkontrollen wird auch sicherheits- und verfassungsgefährdende Aktivität beobachtet. Dem Grenzschutz wurden hierzu Listen vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) an die Hand gegeben, darunter kurzerhand auch die vollständige interne Liste solcher Blätter, die das BfV regelmäßig durchliest.

Nun ist es gewiß sinnvoll, daß das Amt solche Produkte wie KONKRET, »Das da«, »Berliner Extra Dienst«, »Presseausschuß Demokratische Initiative (PDI)« und ähnliches im Auge behält, denn sie bringen dem Kennerblick so manchen nützlichen Hinweis darauf, was dem Rechtsstaat als nächstes blüht. Aber es ist sinnlos, daß Grenzbeamte jeden registrieren, der solches im Koffer hat. Ein Hinweis an die vorgesetzte Stelle hätte die unnütze Arbeit abgestellt.

DER SPIEGEL

»Das Schlimme ist« gesteht FDP-Schoeler, »daß da Dinge hineingemengt worden sind, die da absolut nicht hingehören.« Neben der Links-Zeitschrift KONKRET, die auch Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) als Mitarbeiter führt, wird da beispielsweise das Polit-Magazin »das da« (Mitherausgeber: Jochen Steffen) genannt; beide Blätter, von Sozialdemokraten geführt, riefen vor der Wahl 1976 zum SPD/FDP-Votum auf.

*

Fürwahr, das Ergebnis ist beeindruckend. Liberalität mit Weitschweifigkeit, Entschlossenheit mit unüberlegten Hauruck-Entscheidungen und Stehvermögen mit Selbstgefälligkeit verwechselnd, robbte der Riese mit dem Hasenherzen bis an die Dregger-Linie des totalen Staates — immer davon überzeugt, daß gut getan, was von Liberalen getan werde. Mit der Unbekümmertheit, die nur dem Inkompetenten eigen sein kann, trat er vor und hinter jene Beamten, die den unbescholtenen Atommanager Traube belauschten und die Koffer und Aktentaschen argloser Auslandsreisender nach KONKRET durchfilzen. Und mit der Sturheit des Uneinsichtigen verkeilte er sich im Amtssessel gegen alle Proteste des Koalitionspartners, gegen das Stühlerücken der Parteifreunde und das Unluststöhnen des eigenen Parteivorsitzenden.

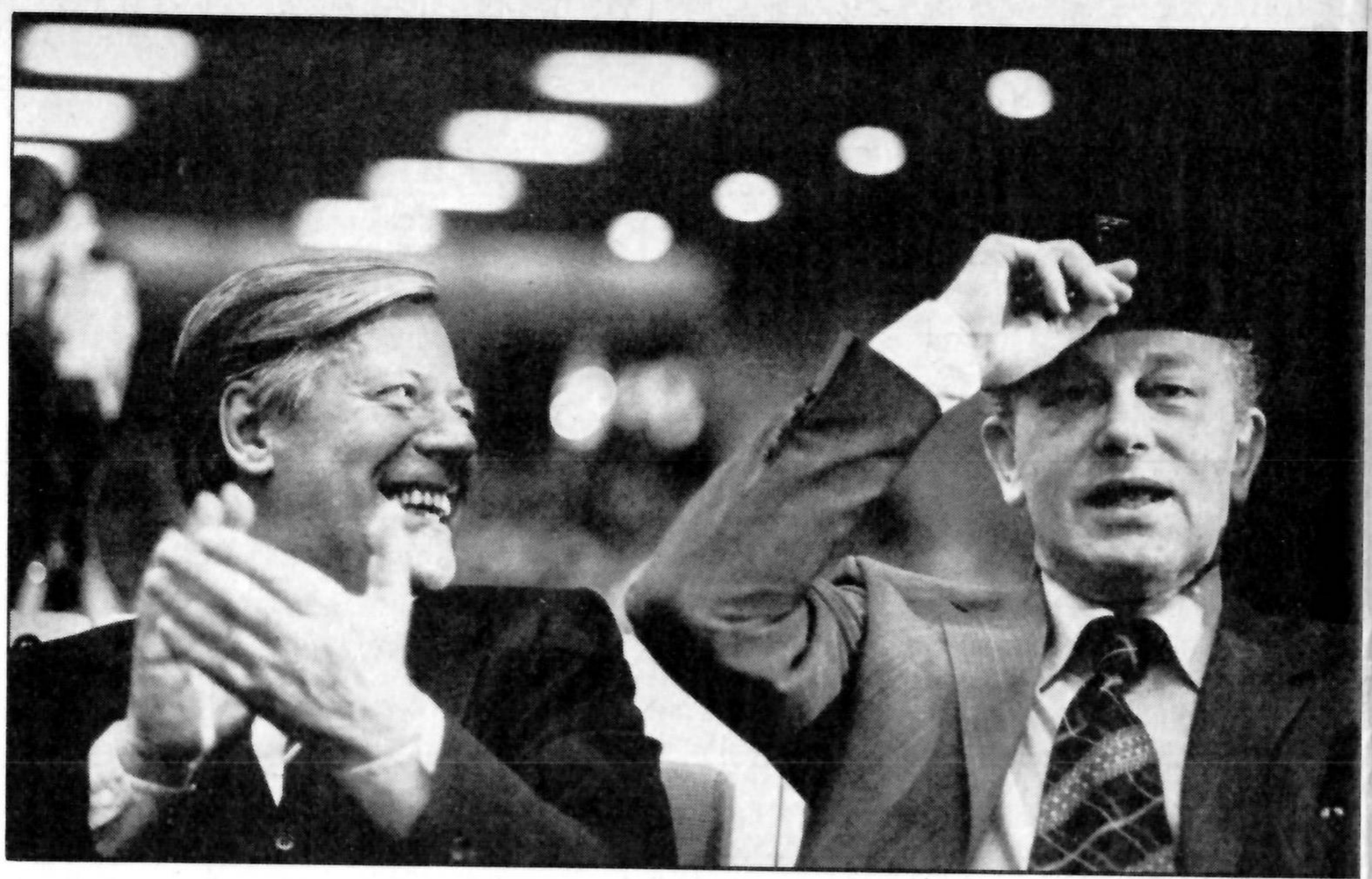
DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGS BLATT

Dafür aber prüfen Beamte des Bundesgrenzschutzes die Lektüre grenzüberschreitender Touristen, um, wie das ein Münchner Polizeivertreter zu rechtfertigen versuchte, die Logistik der Gewaltkriminellen auszuleuchten: Wer KONKRET liest, ist halt verdächtig und wird registriert; hinter der FAZ aber steckt — folgt man dieser abstrusen Fahnderlogik — allemal nicht nur ein kluger, sondern eben auch ein braver Kopf.

WDR

Kritisches Tagebuch, Kommentar von Freimut Duve

»Da sitzen Verfassungsfremdlinge im Ministerium, die Verfassungsfeinde zu nennen, mich nur meine Abneigung gegen diesen Ausdruck hindert. Die Beamten, die den Bundesgrenzschutz beauftragt haben, nach diesen Listen zu verfahren, müssen, das ist das mindeste, disziplinarisch verfolgt werden. Sie müssen nicht nur öffentlich, sondern auch von der Behörde selbst der verfassungswidrigen Betätigung beschuldigt werden. Wir Bürger sind aufgerufen, dafür zu kämpfen, daß der Staatsschutz nicht verfassungsfeindlich wird. Die Verfassung ist das Ergebnis der jahrhundertelangen Kämpfe der Bürger gegen die Willkür des Staates. Verfassungsschutz ist auch Sache der Bürger. Wenn sich Staatsschutz heute ungestraft gegen die Bürger wendet, ist es fünf Minuten vor zwölf.«



Gewerkschaften

„Hallo, Sozialpartner, danke schön!"

Die Friedenspflicht-Verteidiger im DGB kommen in die Brenne. Gewerkschaftsbasis und engagierte Funktionäre verlangen eine kämpferische Politik / Von Bert Dietrich

Es geht ihnen zur Zeit gar nicht gut, den Führern unserer Gewerkschaften. Der Schaden, den sie durch jahrelange Liebedienerei vor ihren Bonner Regierungsgenossen auf sich gezogen haben, hat ihnen sogar schon den Spott der Begünstigten eingetragen.

Vor kaum einem Jahr, bei der Tagung der Sozialistischen Internationalen in Oslo, geschah es, daß ein einfaches Gewerkschaftsmitglied auf die Kollegen Heinz Oskar Vetter und Eugen Loderer zuging, und sie mit den Worten begrüßte: »Na, ihr nachgemachten Arbeiterführer.« Der Kollege war Mitglied der ÖTV und hieß Schmidt. Sein Beruf: Bundeskanzler.

Helmut Schmidt verfügt über genug Machtinstinkt, um auch seinen Witz nur an Wehrlosen auszulassen. In der Tat haben sich Vetter, Loderer & Co. zu lange und zu tief in die Geschäfte ihres rechtssozialdemokratischen Genossen Schmidt eingelassen, um sich nun vor ihrer Basis noch glaubwürdig gegen solche Hänseleien wehren zu können.

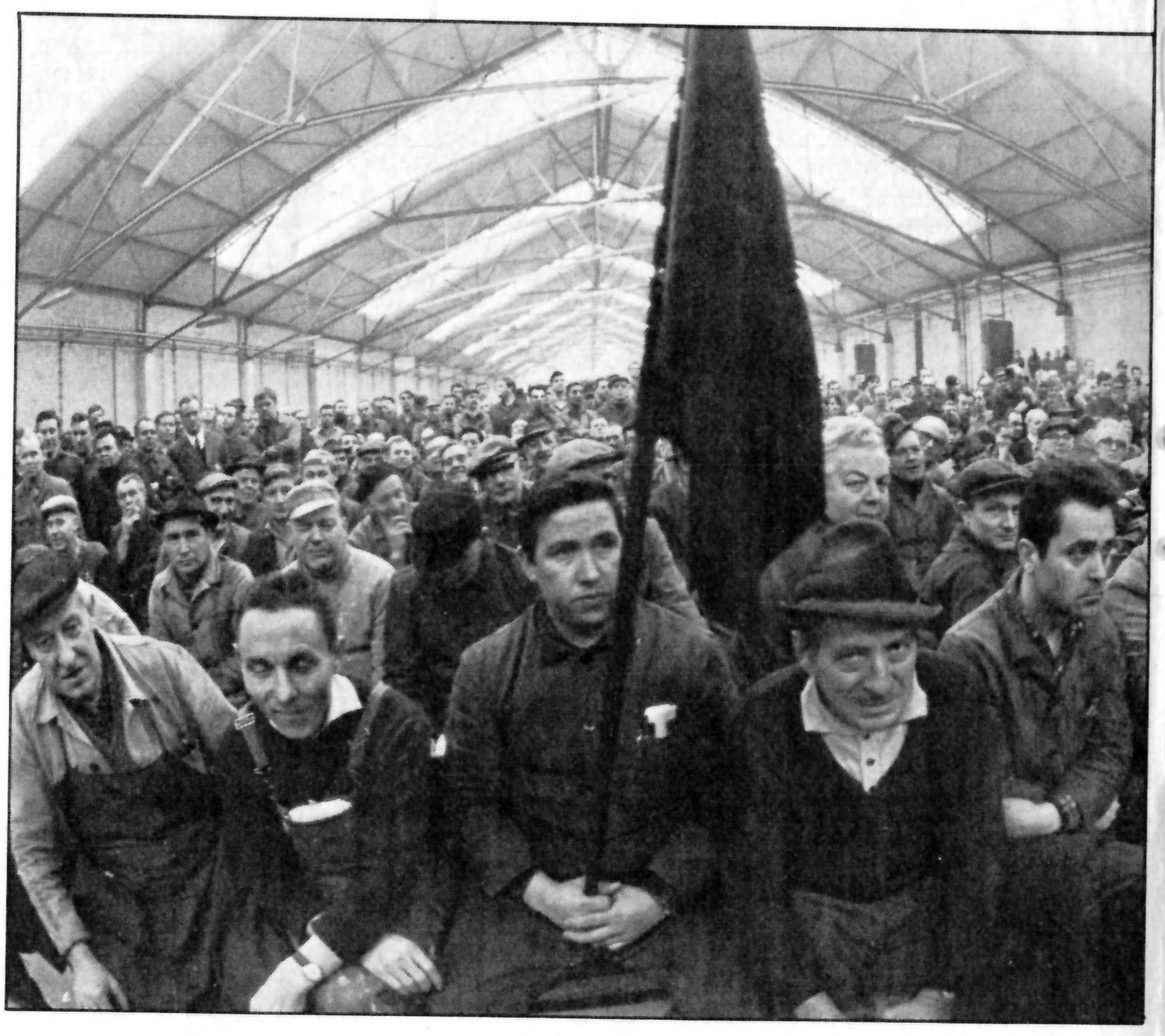
Überall im DGB, in fast allen Einzelgewerkschaften wie bei der Gewerkschaftsjugend, erinnert sich ein Großteil der Mitgliedschaft, unterstützt von einer qualifizierten Minderheit junger Funktionäre, an das, was in den Satzungen steht und warum es da drin steht. Zum Beispiel Paragraph 2, Absatz 4 der IG Metall-Satzung vom 1. Januar 1975:

»Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Erringung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.«

Wie weit die Kollegen schon sind, erfuhren Vetter, Loderer und Genossen am Abend des 26. Mai 1978 aus der »Tagesschau«. Der DGB-Kongreß, hörten sie da, habe »die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen« beschlossen. Der Vorstandstisch hatte verschlafen, was in dem nachmittags angenommenen Antrag zur Jugendarbeitslosigkeit steckte, obwohl der DGB-Bundesjugendsekretär Heinz Hawreliuk in der Diskussion gesagt hatte: »Es geht hier um die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen.« Die Delegierten hatten es gehört und mit großer Mehrheit beschlossen.

Doch dann zeigten Vetter und Loderer den Kollegen, wie weit sie noch nicht sind. Einzeln wurden die Delegationen in die Mangel genommen, Vetter übernahm selbst das Tagungspräsidium und innerhalb von drei Minuten war das Grund-Sätzchen wieder gestrichen.

Immerhin, ein Drittel der 176 Delegierten der IG Metall wollte sich Loderers Regie nicht beugen. Und es war nicht das erste Mal, daß der Chef der stärksten Einzelgewerkschaft in Schwierigkeiten kam. Beim Metaller-Kongreß in Düsseldorf hatte die Linke letzten September gegen Loderers Votum eine Demokratisierung der Geschäftsordnung durchgesetzt, gegen die Empfehlung der Antragskommission die 35-Stunden-Woche zum Tarifziel erklärt und den Vorstand aufgefordert, die Schlichtungsvereinbarung so zu verändern, daß sie keine Friedenspflicht während der Schlichtung mehr enthält. Die Streichung dieser Friedenspflicht würde bedeuten, daß die IG



Kanzler Schmidt, DGB-Chef Vetter mit Kanzler-Kappe, Betriebsversammlung bei DÜWAG (Düsseldorf): »Du IG Metall, ich IG Metall. Gibt es zwei IG Metall?«

»Na, ihr nachgemachten Arbeiterführer«

Metall praktisch über Nacht den Streik ausrufen kann.
Bei der Vorstandswahl hatten die Delegierten ein weiteres Zeichen gesetzt: Loderers Favorit, sein persönlicher Referent, für den er extra in die Bütt gestiegen war, fiel gegen den Kandidaten der Linken, Hans Janßen, glatt durch.

Das war zuviel für Loderer, und anstatt nun die erklärten Willensbekundungen der Delegierten zur Grundlage seiner Gewerkschaftspolitik zu machen, begegnete er etwa dem Schlichtungs-Beschluß mit einem klassischen Bonzen-Trick: Der Gewerkschaftstag habe ja den Vorstand *nur* aufgefordert, die Schlichtungsvereinbarung zu kündigen. Er sei also keineswegs dazu gezwungen.

Eine Lehre für die Delegierten des nächsten Gewerkschaftstages, die in diesem Jahr wie nie zuvor erleben müssen, welche Folgen die Politik ihres Vorstands und der Habitus ähnlich verfaßter Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben haben. Ständige Rücksichtnahmen auf die aktuellen Bedürfnisse ihrer Bonner Regierungsgenossen, personelle Verfilzung des Gewerkschafts-Establishment mit dem rechten SPD-Establishment und rücksichtsloser Umgang mit innergewerkschaftlichen Kritikern haben das Vertrauen vieler Arbeiter und Angestellter in die Gewerkschaften des DGB so untergraben, daß jede Spalterliste, ob von rechts oder links, Zulauf findet. In manchen Betrieben würde selbst eine Vogelscheuche gegen die DGB-Liste Wahlstimmen sammeln können.

So erreichte der rechte Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband bei der Allianz-Aufsichtsratswahl gegen die Liste der DGB-Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen 31,9 Prozent. Bei der Dortmunder Hoesch Union erreichte die »Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition« der KPD/ML 34 Prozent der Betriebsrats-Wahlstimmen, bei Siemens (Westberlin), KWU, Bosch und BASF zogen die MLer in die Betriebsräte ein. Bei Daimler-Benz errangen die zum Sozialistischen Büro gerechneten und vor sechs Jahren aus der IG Metall gefeuerten Kollegen Hoss und Mühleisen mit ihrer Liste 27 Prozent, das sind acht von 47 Sitzen. Das war die Quittung der Daimler-Arbeiter für einen Betriebsrat, der mit dem Vorstandssprecher Joachim Zahn nach der

Revolutionäre Massenkunst
FANTASIE UND ALLTAG

Pariser Kommune
AUF DEN BARRIKADEN VON PARIS
Alltag der Pariser Kommune

72 Tage Paris der Arbeiter, Vorbote einer neuen Gesellschaft. Die ersten Fotos: Straßenfest vor der gestürzten Vendôme-Säule, Frauen auf den Barrikaden, gefangene Bourgeoisie in Versailles, Zeichnungen und Karikaturen des Künstlerkollektives um Courbet, Daumier und Manet, nachgestellte Szenen und Fotomontagen gegen die Kommune, Plakat über Beamtengehälter, die Arbeiterlöhne nicht übersteigen dürfen.
Herausg. von Klaus Schrenk, 200 Seiten, Großformat, ca. 160 Abb., Paperb.
EP 6. DM 22,—

Oktoberrevolution
FANTASIE UND ALLTAG in Sowjet-Rußland

Lärmorchester, Sirenenkonzerte, bemalte Eisenbahnen und Schiffe, eingefärbte Versammlungsplätze, Demonstrationen als politische Karnevalszüge — die proletarische Kunst des Oktober wird in dieser Fotoreportage eines Augenzeugen wieder lebendig und benutzbar für eine revolutionäre Massenkunst der Zukunft.
Herausg. von Eckard Siepmann, 180 Seiten, Großformat, ca. 100 Abb. Paperb.
EP 7. DM 22.—

Kuba
MASSENKUNST IN KUBA

Die kubanische Revolution, geboren aus dem Zusammenwirken von Guerillakampf und Massenstreik der Industrie- und Landarbeiter, liefert die ersten Muster einer sozialen und kulturellen Umwälzung, auf der Basis westlicher Kommunikationsgewohnheiten der zweiten Jahrhunderthälfte; sie verbindet ihre Emanzipationsprozesse mit dem Potential der wissenschaftlich-technischen Revolution.
Herausg. Ines und Jochen Bach, 160 Seiten, Großformat, ca. 100 Abb. Paperb.
EP 8. DM 22,—

ELEFANTEN PRESS®

Elefanten Press Galerie, Berlin-West,
Dresdner Str. 10, 1 Berlin 36
Ausstellung »Fantasie und Alltag«
Elefanten Press Galerie, Hamburg,
Grindelallee 132, 2 Hamburg 13
Ausstellung bis 18.6 Hannefi Yeter, ab 23.6.
»Fantasie und Alltag«

So wird bestellt:
ausfüllen, ausschneiden und ab an ELEFANTEN PRESS
Grindelallee 132, 2 Hamburg 13
Bitte senden Sie mir:

.... EP 6 »Auf den Barrikaden von Paris a DM 22,— = DM.....
.... EP 7 »Fantasie und Alltag in Sowjet-Rußland« a DM 22,— ..... = DM.....
.... EP 8 »Massenkunst in Kuba« a DM 22,— ..... = DM.....

☐ **Alle drei Bände zusammen für DM 60,— ..... DM.....**
+ Versandkosten ..... DM 2,80
☐ Post/Bank-Scheck liegt bei, die DM 2,80 für den Versand habe ich nicht vergessen.
☐ Bitte senden Sie mir die Sendung per Nachnahme; ich weiß, daß die Post dafür viel Geld kassiert.

Name, Vorname — Postleitzahl, Ort

Straße, Nummer — Unterschrift

»Seht euch diese Typen an!«

ÖTV-Einsatz 1. Mai

DGB-Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus. Auf dem Balkon neben den Ehrengästen die Kollegen Staatsschützer, teils uniformiert, teils zivil, mit ihren Kameras. Von diesem Platz aus sprach einst Klaus Schütz: »Seht euch diese Typen an!«

Devise »Hallo, Sozialpartner, dankeschön« verkehrt.

Daß die Kollegen hingegen eine weniger anpasserische Gewerkschaftspolitik honorieren, zeigt das Beispiel der linken Betriebsratsvorsitzenden Knapp und Röpke (Mannesmann/Duisburg und Klöckner/Bremen): Knapp und seine IG Metall-Liste bekamen wieder alle 28 Betriebsratssitze, Röpke schaffte gegen zwei rechtssozialdemokratische Spalterlisten 18 von 24 Sitzen.

Wie wenig anfällig für Sektiererei die neu erstarkte Gewerkschaftslinke ist, zeigte der Hamburger DGB-Kongreß: Obwohl in vielen Fragen in Opposition zu der Linie des DGB-Vorsitzenden, gaben fast alle Delegierten ihre Stimme für Heinz Oskar Vetter — Nebenkriegsschauplätze wurden nicht gesucht.

Wie weit aber die Auseinandersetzung etwa innerhalb der IG Metall reicht, erhellt diese kleine Geschichte:

Eine Gruppe von Türken, die bei NSU in Neckarsulm beschäftigt war, kassierte die Heimkehr-Prämie und reiste über Berlin wieder in die Bundesrepublik ein, um am Ford-Fließband in Köln wieder anzufangen. Ihre Schicht begann um sechs Uhr. Um acht Uhr schalteten die Türken das Band ab und machten zehn Minuten Pause. Große Aufregung bei der Betriebsleitung. »Die Türken streiken«, hieß es. Doch 8.10 Uhr arbeiteten sie weiter. Um zehn Uhr das gleiche Spiel. Ein Dolmetscher kam und erfuhr von den Türken, daß sie laut Tarifvertrag zehn Minuten Ruhepause hätten. Ein Betriebsrat erscheint und erklärt, das gebe es in Nordrhein-Westfalen nicht. Der Türke holt seinen Lohnrahmen-Tarifvertrag II aus Nordwürttemberg-Nordbaden aus der Tasche, den Stuttgarts IG-Metall Bezirksleiter Franz Steinkühler ins Türkische hat übersetzen lassen. Der Betriebsrat: »Wir sind hier nicht in Baden-Württemberg.« Der Türke: »Du IG Metall?« Der Betriebsrat: »Sicher, ich bin in der IG Metall.» Der Türke: »Du IG Metall, ich IG Metall! Gibt es zwei IG Metall?«

Es gibt. Etwa wenn während des letzten Arbeitskampfes der IGM-Bezirksleiter von Essen, Kurt Herb, zum Klassengegner vom »Handelsblatt« läuft und Interviews gegen seinen Kollegen Steinkühler gibt. Man muß nicht Türke sein, um die Remedur zu wünschen.

Helmut Schirrmacher, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei im DGB

„Wo bleiben die MEKs gegen Wirtschaftskriminelle?"

Ich möchte eine Äußerung unseres Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter zum Anlaß nehmen, auf ein Problem besonderer Art hinzuweisen. Heinz Oskar Vetter hat im Zusammenhang mit den Bestrebungen konservativer Kräfte, die gegen Arbeitnehmerinteressen gerichtet sind, auf die Wirtschaftskriminalität hingewiesen. Dabei erwähnte er, daß durch Wirtschaftskriminelle unmittelbare Schäden in einer Größenordnung von 3 Milliarden DM im Jahr angerichtet werden. Sieht man einmal davon ab, daß es nicht 3 Milliarden DM, sondern nach Schätzungen des Bundeskriminalamtes 10 bis 17 Milliarden DM sind, so gibt es noch einen anderen Aspekt, auf den ich hier unbedingt hinweisen möchte.

Es ist Euch sicher nicht unbekannt, daß wenige spektakuläre Verbrechen die Verantwortlichen in unserem Lande veranlaßt haben, bundesweit eine Fülle von Spezialeinsatzeinheiten aufzustellen, die bekannt sind unter den Begriffen GSG 9 auf der Bundesebene, MEK (Mobiles Einsatzkommando), SEK (Sondereinsatzkommando) und PSK (Präzisionsschützenkommando). Diese Kommandos sind in den Ländern in den größeren Polizeidienststellen aufgestellt und sollen als Eingreifreserven nach spektakulären Verbrechen eingesetzt werden.

Nahezu 75 bis 80 Prozent der allgemeinen Kriminalität ist Eigentumskriminalität. Addiert man alle Schadensfälle dieser Eigentumskriminalität, so erhält man nur einen Bruchteil des Schadens, der durch Wirtschaftskriminelle angerichtet wird.

Warum erwähne ich das hier alles! Mit der Bildung der MEKs, der SEKs, der PSKs und der GSG 9 wurde der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, als würde damit alles getan, um die öffentliche Sicherheit herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Das Beklagen der allgemeinen Kriminalität, insbesondere der Zuwachs im Bereich der Eigentumskriminalität, beherrscht das Bild der öffentlichen Medien. Um aber jedes Mißverständnis auszuräumen und Mißverständnissen vorzubeugen: Ich will nicht in Abrede stellen, daß immer wieder spektakuläre Ereignisse vorkommen, für deren Bekämpfung die Spezialeinheiten erforderlich sind. Es soll auch nicht der Eindruck erweckt werden, daß ich gegen allgemeine Kriminalitätsbekämpfung wäre.

Gleichwohl muß die Frage erlaubt sein — und das meine ich nicht einmal provokativ —: Wo bleiben die Spezialeinsatzeinheiten zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität? Mit 1000 arbeitslosen Akademikern, insbesondere Volkswirten und Betriebswirten, könnte man — niedrig gegriffen — von den jährlich 10 Milliarden DM Schäden, die z.B. entweder durch Steuerhinterziehung oder Subventionsschwindel ergaunert werden, 8 Milliarden DM mühelos eintreiben. Mit solchen Spezialeinheiten könnte man ein sozial gerechtes Steuersystem realisieren, und über die Höhe der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung bräuchte überhaupt nicht diskutiert zu werden.

Mit Beiträgen von Martin Walser, Ernst Volland, Siegfried Jäger, Werner Hewig, Betriebsrat Coles-Krane Duisburg, Redaktion der REVIER-Zeitung u. a.

Chancen regionaler Arbeiterpresse in der BRD

mit Beiträgen von
Martin Walser, Ernst Volland, Werner Hewig, Betriebsrat Coles-Krane Duisburg, Siegfried Jäger, Redaktion der Revier-Zeitung u.a.

zu bestellen bei
Arbeitsgemeinschaft Ruhr e.V.,
Siegstr. 15, 4100 Duisburg 1
Preis: DM 6,- + 1,- DM Versand
Lieferung nach Vorauszahlung auf Kto.Nr. 209-009828 Stadtsparkasse Duisburg (M. Wolf) oder Verrechnungsscheck.

Vorwärts: „Hier ist ein Gutschein,

Bitte diesen Gutschein innerhalb von 14 Tagen einsenden an:
Vorwärts, Postfach 20 09 10, 5300 Bonn 2
Mein Posterwunsch: ☐ Poster Sozialistengesetz
☐ Halbritter-Plakat
☐ Plakat Frauenwahlrecht
(bitte ankreuzen)
Hiermit erwerbe ich das Anrecht, den Vorwärts drei Wochen umsonst ins Haus zu bekommen. Das Poster kann ich auf jeden Fall behalten. Vom „Kleingedruckten" habe ich Kenntnis genommen.

Name Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum Unterschrift K

der zu schade zum Wegwerfen ist. Denn dafür gibt's ein seltenes Poster.

Poster 1: Plakat mit einer Karikatur zu den Sozialistengesetzen.

Poster 2: Kurt Halbritter zum Strauß-Aufenthalt in Chile.

Poster 3: Das berühmte Frauenwahlrechtsplakat aus dem Jahre 1914 (farbig).

Und drei mal Vorwärts. Umsonst!" P.S.: Beachten Sie das Kleingedruckte.

Wir schenken Ihnen ein Poster. Das behalten Sie auf jeden Fall. Dazu noch ein zweites Geschenk: Dreimal kommt der Vorwärts kostenlos. Sollten Sie nach den Probe-Exemplaren keine weitere Zusendung wünschen, genügt eine formlose Mitteilung innerhalb von 14 Tagen. Antworten Sie nicht, erhalten Sie jeden Donnerstag den Vorwärts per Post. Zum Jahres-Abopreis von DM 72,–. Sie sparen gegenüber dem Einzelverkaufspreis DM 32,–.

„Warum haben uns so wenige gewählt?"

In Hamburg blieb die linksliberale FDP unter der 5-Prozent-Grenze. Der stellvertretende Fraktionschef Gerhard Weber fragt sich, woran es lag

Die Wunden sind geleckt, aber lange noch nicht verheilt. Der erste Schmerz vergangen, Enttäuschung und Verbitterung geblieben. Ohne Frage, der 4. Juni 1978 war ein schwarzer Tag in der Geschichte der Hamburger Liberalen. Der Sturz von 10,9 auf 4,8 Prozent war zu tief, um sich allzu schnell davon zu erholen.

Es ist schon eine schmerzliche politische Erfahrung, daß einer Partei mit dem Wahlprogramm »Freiheit verwirklichen« der Stuhl vor die Tür des Rathauses gesetzt wurde, während die konservative hanseatische SPD mit einem veränderten CDU-Slogan (CDU 1976: »Aus Liebe zu Deutschland«, SPD 1978: »Wir lieben Hamburg und wählen Klose«), eine satte absolute Mehrheit holte.

Die CDU hat mit ihrer infamen Wahlpropaganda »Wählt die linken Träumer ab« die linksliberale Hamburger FDP nicht nur aus der Koalition, sondern auch aus dem Parlament herauskatapultiert. Jedermann in Hamburg war klar, daß sich ein solcher Slogan weniger auf Ulrich Klose und die SPD bezog, wohl aber auf Helga Schuchardt und die Hamburger Liberalen. Nicht nur die CDU und Springers Blätter, auch Bundeskanzler Helmut Schmidt war bestrebt, die Elbliberalen in die Nähe der Kommunisten zu rücken. Noch in den letzten Tagen des Wahlkampfes konnte man von Schmidt auf einer Kundgebung in Hamburg hören, die Hamburger FDP betreibe eine andere Politik als die FDP in Bonn, sie sei zwischen SPD und Kommunisten angesiedelt. Solche markigen Sprüche aus Kanzlermund bringen halt immer noch Wählerstimmen und helfen den Koalitionspartner kaputt zu machen.

Wenn man seit 7 Jahren versucht hat, im Parlament linksliberale Politik zu vertreten, Sprachrohr von Minderheiten zu sein, rechtsstaatliche Positionen einzunehmen, für die Interessen der Bürger einzutreten und nun plötzlich auf der Straße sitzt, fragt man sich natürlich: War alles falsch, wofür wir eingetreten sind? Warum haben uns so wenig gewählt? Warum haben ein Viertel der Jungwähler die »Bunten« und nicht die Liberalen gewählt? Warum sind so viele der Wähler von 1974 wieder zurück in die Arme der SPD gekehrt?

Da ist der leidige Radikalenerlaß. Im Dezember 1971 zunächst eine Hamburger Erfindung. Ich erinnere mich noch gut an meine damalige Parlamentsrede als Nachrücker und blutiger Anfänger. Meine Warnung vor Gesinnungsschnüffelei und dar-

aus folgendem Duckmäusertum bei Lehrern und Schülern wurde mit hämischen Zwischenrufen von SPD und CDU beantwortet. Keine Hand im Parlament rührte sich zum Beifall.

Die neue gestärkte Fraktion der FDP von 1974 war angetreten, den Radikalenerlaß in Hamburg abzuschaffen. Doch eine völlige Abschaffung war vom Koalitionspartner nicht zu erreichen. Der erzielte Kompromiß konnte niemand recht befriedigen, am wenigsten die Betroffenen. Trotzdem war er im Ergebnis gegenüber dem Hamburger Senatserlaß ein Fortschritt. Wenn auch die Forderung der FDP, den pädagogischen Bereich von Prüfungen auszunehmen, von der SPD abgelehnt wurde.

Eine große Anfrage der CDU brachte zutage, daß immerhin über 250 Kommunisten in den öffentlichen Dienst kamen. Die Liberalen waren im Parlament diejenigen, die fi r die Freiheit des Grundgesetzes eintraten, sie waren Anwalt der vom Berufsverbot Betroffenen.

Dieser Anwalt fehlt jetzt. Haben wir für unsere rechtsstaatliche Haltung gegen den Extremistenerlaß diese Quittung bekommen?

Da war der Kampf um ein Verfassungsschutz-Kontrollgesetz. Zunächst gab es zu Beginn der Legislaturperiode einen Warnschuß des Verfassungsschutzes an die Adresse der Liberalen. Einer der Kandidaten für den Fraktionsvorsitz, der Autor dieses Artikels, wurde als »objektives Si-

cherheitsrisiko« abgestempelt. Ostkontakte, Umgang mit Kommunisten, APO-Erfahrungen und was immer sonst der Grund gewesen sein mag, wir wissen es nicht genau, »Sicherheitsrisiko« ist als Makel geblieben. Dieser Vorwurf wurde nie durch eine schriftliche Stellungnahme des Bürgermeisters oder des Senats zurückgenommen.

Trotzdem, das Verfassungsschutz-Kontrollgesetz wurde durchgesetzt und verabschiedet. Die Auseinandersetzung über die Schnüffelei des Verfassungsschutzes in Privatbetrieben wurde offensiv auch im Parlament gegen den SPD-Innensenator geführt. Allerdings muß man selbstkritisch anmerken, daß eine Hamburger FDP, die unter dem Anspruch »Kontrolliert die Kontrolleure« angetreten war, auch daran gemessen wird, was ihr Oberkontrolleur im Bund anrichtet. Das Verhalten Werner Maihofers, von der Traube-Affäre bis zum Bundesgrenzschutzskandal, und sein viel zu später Rücktritt gingen voll auf das Minuskonto auch der Hamburger Liberalen.

Da war der einsame Einsatz der Fraktion und ihres zuständigen Sprechers für das Kinderhaus in Eimsbüttel. Es war uns nicht möglich, ganze 20.000 Mark aus dem 4-Milliarden-Haushalt der Hansestadt beim Koalitionspartner für das Kinderhaus loszueisen. Haben wir hierfür eine Quittung bekommen?

Ich habe den Eindruck, daß der Wähler bei allen Fehlern, die auch die Hamburger Liberalen gemacht haben, die Partei nicht isoliert sieht, sondern daß insgesamt die FDP ihre Glaubwürdigkeit verloren hat. Der Sündenfall des liberalen Innenministers Werner Maihofer, die Schaukelpolitik des Bundesvorsitzenden Dietrich Genschers, das Hü und Hott in Hamburg und Niedersachsen hat die Wähler irritiert und zu unserer Niederlage beigetragen.

Nicht ein Zurück zur altliberalen Position kann die FDP wieder glaubwürdig machen. Nur ein noch konsequenteres Eintreten für Rechtsstaatlichkeit, Verteidigung der Grundrechte des Grundgesetzes, also konsequente Fortsetzung des linksliberalen Kurses gibt den Liberalen noch eine Chance.

Hermann Peter Piwitt schreibt einem Freund, der ihm einen falschen Wahl-Rat gab

Lieber A.,

Kurz vor den Bürgerschaftswahlen in Hamburg unterhielten wir uns am Telefon über die Wahlaussichten Deiner Partei, der DKP, in unserem Bezirk, Eimsbüttel. Wir sprachen u.a. über die bevorstehende Sanierung des Schanzenviertels, wo von den kapitalistischen Planungsapparatschiks der SPD das Schlimmste zu befürchten ist. Hier hatten Deine Freunde in der Bevölkerung schwerpunktmäßig für menschenwürdige und praktikable Alternativlösungen geworben. Mit Erfolg, wie Du meintest. »Man rechnet mit 10 bis 15% der Stimmen«, sagtest Du.

Ich habe daraufhin meine Zweitstimme, die für die Bezirksversammlung, Deiner Partei gegeben. Inzwischen liegt das Ergebnis für Eimsbüttel vor: 1,8%. Und verantwortlich für das schlechte Abschneiden, aller Voraussicht nach, wie eh und je die »antikommunistische Hetze«, der »eingefleischte Antikommunismus« und die »Spalter und Sektierer«, diesmal vertreten besonders durch die »Bunte Liste«, nicht wahr?

Lieber A, ich weine meiner verschenkten Stimme nicht nach. Aber vielleicht kannst Du mir einmal erklären, wie das eigentlich funktioniert: das linke Lager spalten und es gleichzeitig *so* stärken, daß es über die »Bunte Liste« (5,0% im Bezirk) zum erstenmal seit dem KPD-Verbot über parlamentarische Vertreter wieder politischen Einfluß in Hamburg nehmen kann? Weiter: Wenn der traditionelle Antikommunismus wieder einmal schuld ist: Wieso haben fünf Prozent der Eimsbüttler Wähler die »Bunte Liste« gewählt, obschon über deren »kommunistische Steuerung« in allen Medien vorher geredet und geschrieben wurde?

In einer deutschen Zeitung, lieber A, schriebst Du kürzlich etwas, was mich erschrocken machte; denn ich hatte beim Lesen die Wut und die Trauer noch sehr gut in Erinnerung, die Du in der Stimme hattest seinerzeit, als Du mir als erster am Telefon über die Ausbürgerung Biermanns berichtetest. Du schriebst: »Es gibt eine Selbstzensur der Konditionalsätze: 'Wenn die DDR eine andere Politik machen würde, wäre die Linke stark' ... Es gibt ein Kapitulantentum, daß sich mit Marx rechtfertigt.« Mag sein, daß es das gibt, lieber A. Aber ich glaube, es gibt auch einen Durchhalte-Heroismus, der sich für selbstverschuldete politische Erfolglosigkeit mit »Antikommunismus« rechtfertigt. Einen Typ linken Existenzialisten, dem die Vergeblichkeit gerade recht ist, um sich ethisch darin zu bewähren.

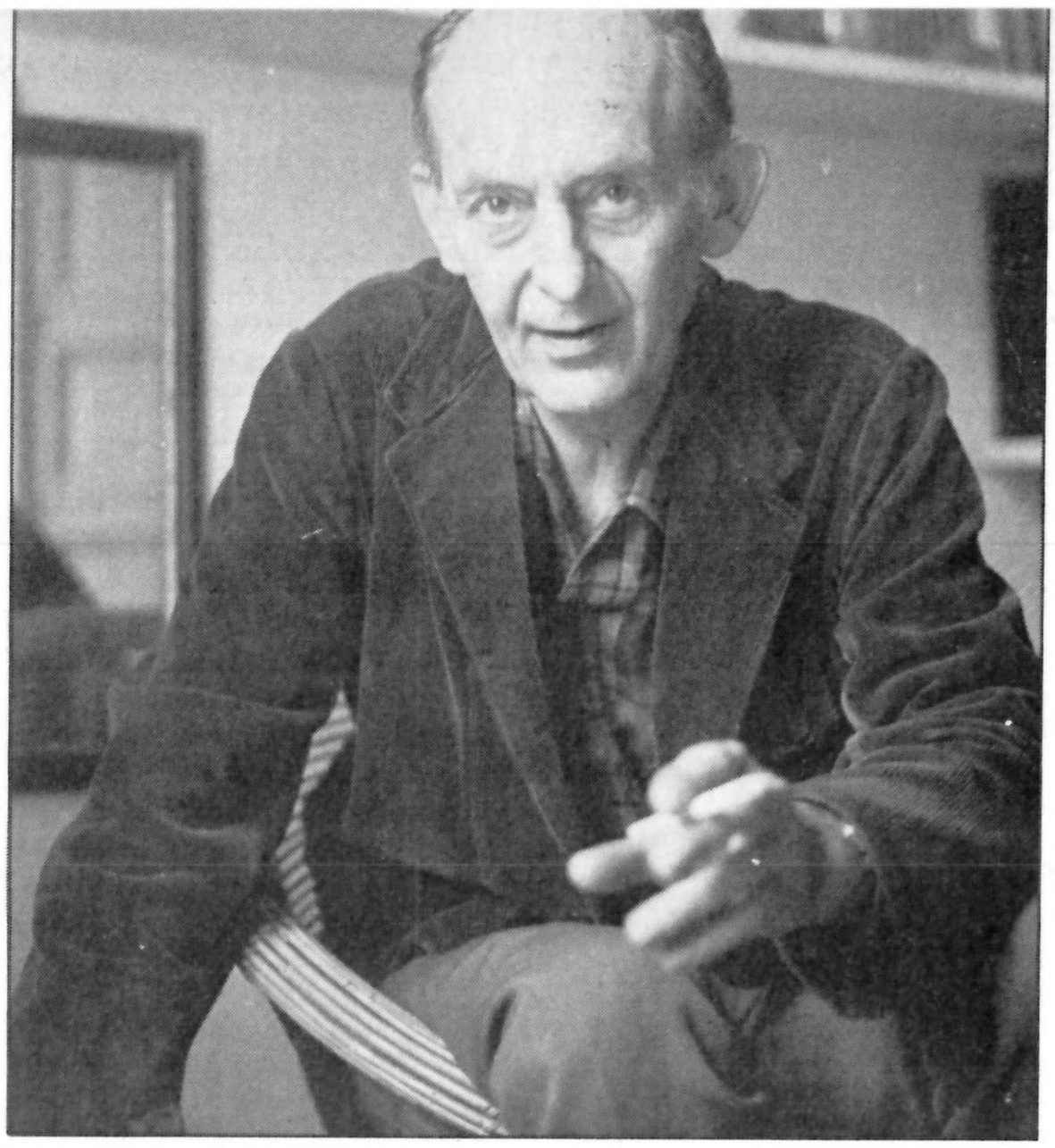
Seit zehn Jahren rackern sich Deine Freunde an der Basis ab; was die, die sich traditionell nicht zu helfen wissen, ihnen verdanken, ist kaum abzuschätzen. Hätten die Wähler nichts zu beurteilen als die Arbeit von kommunistischen Betriebsräten, Mieterinitiativen u.a., die 5 Prozent-Hürde wäre für Euch kein Problem mehr; was den »Bunten« im ersten Anlauf an Wählerstimmen zugefallen ist, hättet Ihr längst eingestrichen. Warum müßt Ihr Euch weiter mit Mißtrauen herumschlagen, warum jene nicht? Weil die »Bunten« keine richtigen Kommunisten sind?

Gewiß, es sind Gruppen darunter, wo man Marx nur dem Hörensagen nach kennt. Weil nicht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel deren erstes Ziel ist sondern zunächst einmal die Verhütung des Schlimmsten: der AKW's, der arbeitsplatz- und umweltvernichtenden Megamaschine? Gewiß, auch das hat den »Bunten« die Verständigung mit dem Wähler leichter gemacht. Viel entscheidender aber scheint mir, daß sie kein Präsidium haben, für das sie sich ständig entschuldigen müssen. Denn, in Umkehrung der bekannten Redensart, stößt die DKP, was sie mit dem Hintern aufbaut, ständig mit dem Kopf wieder um: Die abenteuerliche These von der überlegenen »sozialistischen Entsorgung«. Die Kampagne gegen Biermann, Arm in Arm mit »Bild« und der CSU. Die ständigen und völlig überflüssigen Bekenntnisse »unverbrüchlicher Treue zur großen Sowjetunion«. Die wenig attraktive Aussicht auf den Verlust »bürgerlicher« Freiheiten in einer sozialistischen Gesellschaft nach dem Vorbild der SU. Das Festhalten an der »Diktatur des Proletariats« in einem Land, das ohnehin schon über 80 Prozent aus »Proletariat« besteht: was Antikommunismus nicht leistet, schafft, fürchte ich, Eure Führung allemal.

Herzlich,
Dein Piwitt

P.S. Natürlich ärgere ich mich *doch* über meine verschenkte Stimme und darüber, auf Grund Deiner irreführenden Ermunterung andere zum Verschenken ihrer Stimme ermuntert zu haben; mein Ärger ist der Anlaß dieses Briefes.

DKP-Wahlkampf, Spitzenkandidat Wienecke (l.): Stimme verschenkt



DDR-Kritiker Robert Havemann: »Auch Teile der klassisch reaktionären Parteien müssen einbezogen werden«

Bündnisse

„Eine Art neue Volksfront"

Robert Havemann plädiert in einem KONKRET-Interview für eine »eurokommunistische Plattform«

Professor Robert Havemann ist der wohl bekannteste Systemkritiker in der DDR. Nach der Ausweisung Wolf Biermanns wurde die Burgwallstraße in Alt-Buchhorst, wo Robert Havemann wohnt, zum »Sicherheitsgebiet der Volkspolizei« erklärt. Sein Haus wird rund um die Uhr bewacht, Besucher werden nicht hereingelassen, bei jedem Verlassen des Hauses heftet sich ganz öffentlich und ungeniert ein Schwarm von Stasi-Beamten an seine Fersen. Fährt Robert Havemann mit dem Auto nach Ost-Berlin — falls er die Erlaubnis dafür bekommt — wird er ständig von fünf bis sieben Stasiautos verfolgt.

Rechtsgrundlage für diese Maßnahmen war ein Schnellverfahren vor dem Kreisgericht Fürstenwalde, in dem wegen eines »Spiegel«-Artikels von Robert Havemann ein Hausarrest verhängt wurde — die beschriebenen Bewachungen gelten als Lockerung dieses Urteils. Die Berufung, die ein von Havemann gewählter Anwalt gegen das Urteil einlegte, wurde verworfen, der Anwalt ein paar Tage später aus der Anwaltskammer ausgeschlossen. Aber ab und zu findet Havemann auch Wege, wie dieses Interview zeigt, seine Ansichten zu veröffentlichen. G. Rossi sprach mit ihm über Probleme und Aufgaben der Linken in der Bundesrepublik.

KONKRET: *Was sind für Dich die wichtigsten Fragen, die für die Linke in der BRD derzeit anstehen?*

Havemann: Ich persönlich bin der Meinung, daß das Problem des Eurokommunismus gegenwärtig die wichtigste Frage ist, die es gibt für die linke Bewegung. Wobei ich natürlich auch nicht so glücklich bin über den Begriff des Eurokommunismus. Meine Meinung ist ja, daß es einen Eurosozialismus geben müßte, also eine Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung. Wobei Arbeiterbewegung heute einen ganz anderen Charakter hat als noch vor hundert Jahren, weil sie viel weitere Schichten der Bevölkerung umfaßt als nur die klassischen Industriearbeiter. Die schreckliche Sektiererei, der Kampf gerade in diesen Gruppen ist zu überwinden. Und für meine Begriffe ist das politische Zentrum und der Schwerpunkt dieser Bewegung in der BRD, die kommen wird, nicht die SPD, die DKP oder irgendeine linke Gruppe, sondern das wirkliche Zentrum und der Schwerpunkt dieser Bewegung sind die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, die in einem so eminenten Maße politischer geworden sind und politisch agieren, wie man sich das vor zehn oder fünfzehn Jahren noch nicht träumen lassen konnte. Ich meine, solche festgefahrenen Parteien wie die SPD, die Regierungspartei geworden ist, sind einfach ungeeignet für eine solche Aufgabe. Die Gewerkschaften, die zum ersten Mal bei dem Druckerstreik und auch beim Metallarbeiterstreik aufgetreten sind als an den Grundpositionen des Kapitalimus rüttelnd, sind dafür viel besser geeignet.

An den Grundpositionen des Kapitalismus haben sie gerüttelt, indem sie sagten: »Bitte, der technische Fortschritt — in Ordnung. Aber doch nicht auf unsere Kosten, sondern zu unseren Gunsten. Wir wollen davon — wenigstens — ebenso profitieren wie jeder andere!«. Das ist eine außerordentlich starke politische Position. Was hat die SPD dazu gesagt? Sie hat eine laue unklare Haltung eingenommen. Obwohl es natürlich auch in der SPD Kreise und Gruppierungen gibt, die das einigermaßen klar begriffen haben mögen. Besonders bei der SPD-Jugend.

KONKRET: *Was ist damit gemeint, wenn Du vom »eurokommunistischen Kurs« redest, auf den die Arbeiterbewegung gehen soll?*

Havemann: Ich meine damit, daß die wichtigste Aufgabe derzeit die Ausbreitung der Ideen des Eurokommunismus und des Eurosozialismus in der Arbeiterbewegung ist in der DKP und in der SPD, bei den Jungsozialisten — bei allen linken Gruppen, bei allen progressiven Menschen. Auch sogar in der Kirche. Dazu gehört, daß man eine klare Konzeption darüber entwickelt hat.

KONKRET: *Steht dahinter die Vorstellung, daß eine neue eurokommunistische Partei in der BRD entstehen soll?*

Havemann: Ich stelle mir diese Einheit nicht als dadurch geschaffen vor, daß eine einheitliche Partei entsteht, eine große alles beherrschende linke Partei. Es soll vielmehr nach dem Modell des großen Kompromisses eine Art von Kooperation aller demokratischen liberalen, linken, sozialistischen und kommunistischen Gruppen und Parteien erreicht werden. Dies in Kenntnis, daß die Führung einer solchen Bewegung durch eine Parteispitze die Gefahr einer Monopolisierung birgt und letztlich zur Herrschaft eines Politbüros führt. Diese Bewegung muß ihren pluralistischen Charakter von vornherein als ihre Hauptattraktion erkennen.

Sie muß auch aus wechselnden Bündnissen bestehen, sie muß eine Art neue Volksfront sein. Aber nicht im alten Sinne, sondern weit über die Grenzen der SPD-KPD Kollaboration aus taktischen Erwägungen hinausgehende große Vereinigung aller progressiven Kräfte.

Auch Teile der klassisch reaktionären Parteien müssen einbezogen werden, also die linke CDU, Leute um Katzer und andere oppositionelle Gruppen.

Die DKP spielt deshalb dabei momentan keine große Rolle, weil sie eben zu klein ist und weil sie sich von ihrer Bindung an den real existierenden Sozialismus nicht lösen kann. Das muß sie schaffen, das ist die Voraussetzung ihrer Existenz.

Also die Schaffung eurokommunistischer Plattformen ist die Voraussetzung für die progressive Linke, um die Aufgaben, die vor ihr liegen, überhaupt in Angriff nehmen zu können. Die beiden ungeheuren Hauptaufgaben: Verhinderung des Atomkrieges und der Erstickung in der ökologischen Krise.

„Finger weg von Vögel"

SPD-Mitglied Edgar Vögel über seinen Berufsverbots-Fall und die kritische Unsolidarität einiger seiner Genossen

An der Wiege der Berufsverbote stand auch die SPD. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg nahm bereits 1971 eine Praxis vorweg, die im Jahr darauf als Radikalenerlaß in die Geschichte einging. Wollte man den Äußerungen führender SPD-Politiker Glauben schenken, so betätigen sich jetzt die Geburtshelfer als Totengräber. Meine Erfahrungen, als SPD-Mitglied vom Berufsverbot betroffen, sind da nicht so eindeutig.

Eine breitere Öffentlichkeit wurde auf den »Fall Vögel« durch den Münchner Bundestagsabgeordneten Rudolf Schöfberger aufmerksam gemacht, der vor SPD-Bundestagsfraktion und Presse »die bodenlose Unverschämtheit« des bayerischen Kultusministeriums anprangerte, durch folgenden Satz im Ablehnungsbescheid ausgewiesen:

»Der SHB München propagiert uneingeschränkt das SHB-Verbandsorgan 'frontal', Grundsatzprogramm und Grundsatzerklärung, die Aktionseinheit mit Kommunisten, die DKP-Stamokap-Theorie und den Orientierungsrahmen 85 (OR 85).«

Schöfberger: »Viele Sozialdemokraten haben schon lange davor gewarnt, die Praxis der Berufsverbote werde auch einmal die SPD selbst treffen. Jetzt ist es soweit. Die Berufsverbotepraxis in Bayern ist ein Treffer ins Herz der SPD.« Getroffen war auch der SPD-Unterbezirk München. In seiner Zeitung »Münchner Post« (April/Mai) war von »Willkür« die Rede. In der Tat. Mit Brief vom 18.4.78 ließ SPD-Geschäftsführer Giersch erkennen, wie ernst das Berufsverbot genommen wird. Er enthielt nicht etwa eine Solidaritätserklärung, einen Protest, ein Angebot unbürokratisch zu helfen oder dergleichen. Er enthielt ein Ultimatum, befristet bis 21.4.78, 10 Uhr, mein Parteibuch vorzulegen. Das befand sich zu dieser Zeit in Lindau. Also bestätigte der Lindauer SPD-Ortsvereinsvorsitzende brieflich, daß ich dortselbst am 1.3.75 aufgenommen worden sei. Das Problem schien ausgeräumt. Aber manchmal ist auch die SPD hartnäckig, zielstrebig und unnachgiebig. Die Behandlung eines Solidaritätsantrags im SPD-Unterbezirksvorstand wurde auf Betreiben von Giersch abgelehnt. Begründung diesmal: Mein Name sei in der Computerkartei der SPD-Mitglieder beim SPD-Parteivorstand nicht verzeichnet.

Während MdB's wie Schöfberger und Lattmann, MdL's wie Schmolcke und Kolo protestierten, die Juso-Landeskonferenz sich solidarisierte, sich der SPD-Bezirksvorsitzende Bayerl scharf gegen den Verfassungsbruch wandte und meine sofortige Einstellung forderte, schwieg der Münchner SPD-Vorstand. Dagegen liegen zahlreiche Einladungen von Münchner SPD-Ortsvereinen vor, über meinen Fall zu berichten. Der Vorstand hatte die Empfehlung gegeben im Hinblick auf »ungeklärte Fragen meiner SPD-Mitgliedschaft betreffend« von Vögel die Finger wegzulassen!

Gebrannte Kinder scheuen das Feuer, heißt es. Einige Monate vor der Machtübernahme der CSU in München hatten die Sozialdemokraten in der Verwaltung der Stadt ein Berufsverbot gegen ein Mitglied der DKP verhängt (im Widerspruch zu Parteitagsbeschlüssen in München). Schon in den Jahren zuvor waren mehrere ähnliche Fälle zugunsten der Bewerber, zumeist Sozialarbeiter, von den Arbeitsgerichten entschieden worden. SPD-OB-Kandidat v. Heckel versuchte im Wahlkampf das Berufsverbot zu rechtfertigen.

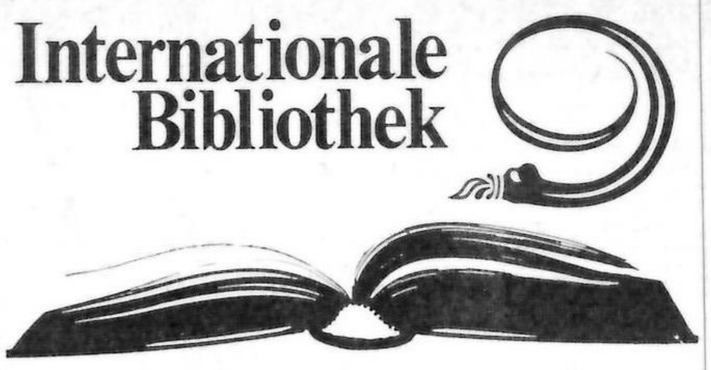
Auch der SPD-Landesvorstand nahm Stellung. 'In der Sozialdemokratischen Presse-Korrespondenz (spk) vom 18.4.78 wird betont, daß Ziele, die das SHB-Grundsatzprogramm als zentral benennt, wie:

- ☐ gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln
- ☐ Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse
- ☐ fortschreitende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse

entgegen den Auslassungen des Kulturministeriums voll durch die Grundgesetzartikel 14/3 und 15 gedeckt seien. Weiter heißt es da über Vögel: »Als Sozialdemokrat hat er sich bislang keines Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei schuldig gemacht.« In aller wünschenswerten Klarheit wird hier also betont, daß sozialistische Positionen, wie sie z.B. der SHB vertritt, ihren Platz in der SPD haben. In einem persönlichen Gespräch stellte der Landesvorsitzende der SPD, Rothemund, materielle Hilfe in Aussicht und sagte weitere politische Unterstützung zu.

Die Zahl derjenigen SPD-Mitglieder, die eine rechtsstaatliche Handhabung der Berufsverbotepraxis als ausreichend erachten, wird kleiner. Auch wenn erst Sozialdemokraten betroffen sein mußten, um viele Genossen erkennen zu lassen, daß auch Berufsverbote für Kommunisten verfassungswidrig und demokratiezerstörend sind: noch ist es nicht zu spät. SPD-Parteitagsbeschlüsse, in denen die Radikalenpraxis festgeschrieben werden sollte, sind durch den gemeinsamen Kampf der Berufsverbotegegner fast schon Geschichte. Aber vom Abschwören zum Handeln ist noch ein weiter Weg. Druck und gemeinsame Aktionen werden auch das Mittel sein, die Rehabilitierung aller Berufsverboteopfer, die förmliche Liquidierung des Radikalenerlasses durchzusetzen.

Internationale Bibliothek



Gegen die verdammte Sucherei

Ganz ohne Facts geht auch der Sozialismus nicht. Da taucht mitten in der produktiven Diskussion die Frage auf: Wie lief das eigentlich mit der Wahlbeteiligungsdebatte auf dem Hamburger Parteitag der Sozialdemokraten 1897? Oder: Wieviele Arbeitslose gab es in der BRD Ende 1953? Sucherei in einem knappen Dutzend Bücher, vom Konversationslexikon bis zur Autobiographie von XY. Faden gerissen, Diskussion kaputt.

Das hört jetzt auf!
Alle wichtigen Daten zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, mit Hilfe eines Registers blitzschnell zu finden, stehen in der „Chronik der deutschen Sozialdemokratie": Parteitage und andere Zusammenkünfte mit Kurzfassungen von Tagesordnungen und Beschlüssen, Lebensdaten führender Persönlichkeiten, Erscheinungsdaten und Inhaltsangaben wesentlicher Veröffentlichungen, Daten aus der Reichstagsarbeit, Daten zur sozialen Lage (Arbeitsmarkt, Löhne usw.), Wahlergebnisse seit 1871 usw.

Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Von Franz Osterroth und Dieter Schuster. Über 1500 Seiten in 3 Bänden. Broschiert 75,– DM

*

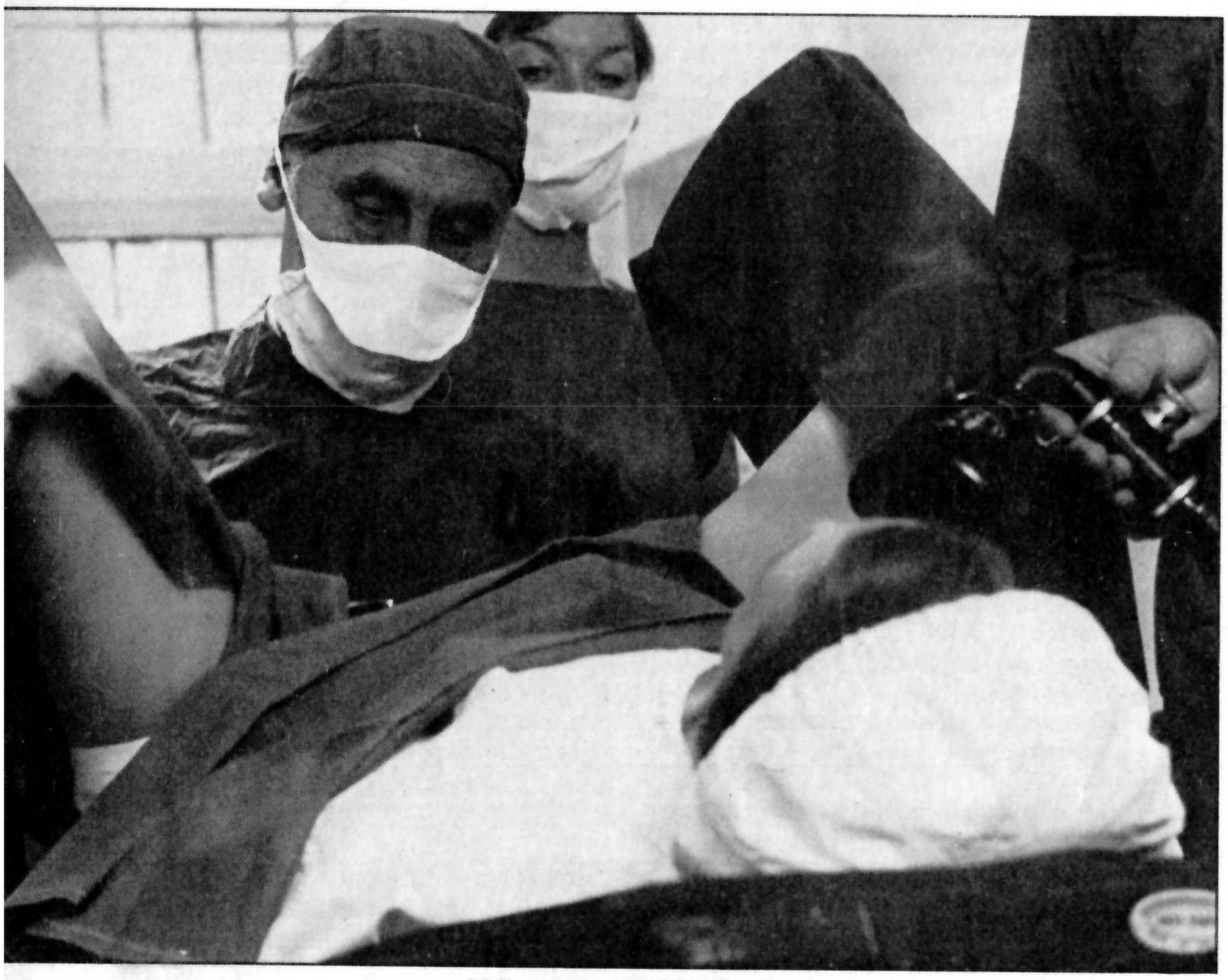
Nicht nur zum Nachschlagen, aber ebenfalls für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung kaum zu entbehren: Braunthals „Geschichte der Internationale". Alle Rezensenten, so weit auch ihre politischen Standorte auseinanderliegen, bescheinigen Braunthal profunde Sachkenntnis. Das Werk hatte nur einen Fehler: es war für Studenten zu teuer. Jetzt gibt es endlich die erschwingliche Studienausgabe:

Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. Über 1700 Seiten. 3 Bände in Kassette 58,– DM.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Postfach 200 189 · 5300 Bonn 2

Die »Reform« des § 218 gibt deutschen Ärzten den Spielraum, sich als Volksplaner zu betätigen. Für oder gegen eine Indikation ist eine Entscheidung zwischen Ideologie und Geschäft — auf jeden Fall, finden Ingrid Klein und Uwe Herzog, ist es

TERROR GEGEN FRAUEN



Abbruch anno 1978: Eine kam durch

Eigentlich war alles klar. Schließlich hatte der Oberarzt in der Ambulanz schon wohlwollend gemeint: »Sie haben einen sachlichen Grund zur Schwangerschaftsunterbrechung«. Und der Chefarzt der chirugischen Abteilung lieferte zum »sachlichen Grund« auch das passende medizinische Gutachten. Darin stellte er fest, was längst eindeutig belegt war: Karin Wöhler (Namen betroffener Frauen sind von der Redaktion geändert), 27 Jahre alt und Mutter von zwei Kindern, leidet an einer Erbanlage — genannt Trichterbrust. Seit zwei Generationen tritt diese Thoraxdeformierung bei allen Familienmitgliedern auf, Karin Wöhlers sechsjährige Tochter trägt deshalb ein Korsett, einen Panzer von der Halswirbelsäule bis zum Po. Ihre jüngere Schwester wird ein Gipsbett tragen müssen, Mutter Karin trägt Brustprothesen. Jetzt wurde sie zum dritten Mal und ungewollt schwanger.

»Ich liebe Kinder sehr,« sagt sie, »und bin nicht so egoistisch, daß sie aus meinem eigenen Leib kommen müssen. Hätte ich vor Jahren gewußt, was ich heute weiß, hätte ich niemals eigene Kinder geboren, sondern welche adoptiert. Ich kann einfach nicht noch mehr Elend in die Welt setzen, das haben wir weiß Gott genug«. Karin Wöhler hatte unter Mühen sämtliche, oft zwanzig Jahre alte, Röntgenaufnahmen von sich und ihren Geschwistern beschafft, bereits drei Tage im Krankenbett gelegen und die Wände der Universitätsklinik angestarrt. Immer wieder gab es Fragebögen auszufüllen, immer neue Untersuchungen, am Abend verabreichte die Nachtschwester Valium, morgens gab's kein Frühstück mehr. Nach drei Tagen endlich kam der Stab der Ärzte, der über Karin Wöhlers Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden hatte, zur Chefvisite ins Zimmer. »Sie beguckten mich und meine Trichterbrust, stellten Fragen und gingen wieder.«

Stunden später wurde ihre Hoffnung, »sachlich und ruhig« zu ihrem verbrieften Recht auf legalen Schwangerschaftsabbruch gekommen zu sein, zerstört. Kaum war der Chefarzt im Sprechzimmer, fuhr er sie wütend an: »Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Wir sind doch nicht mehr in der Hitlerzeit!« Karin Wöhler: »Er sprach davon, daß er lange genug gesessen hätte, weil er mißgebildete Kinder getötet und Zigeuner kastriert habe. Ich habe ihm geantwortet, daß ein lebendiges Geschöpf doch etwas anderes ist als ein Embryo in der neunten Schwangerschaftswoche, und daß ich allein die Verantwortung dafür trage, weil's schließlich mein Körper und mein Gewissen ist«.

Doch Karin Wöhlers Gewissen und ihre wohlüberlegte Entscheidung interessierten den Mann im weißen Kittel nicht: »Eine so hübsche Frau wie Sie, dazu noch so sportlich, kann doch ein vielleicht geschädigtes Kind spielend verkraften«. Er strich ihr noch einmal »liebevoll« über den Kopf und ging. Die Psychologin der Klinik fand nach einem kurzen Gespräch: »Sie sind doch stark genug, um das Kind anzunehmen«. »Die Leute haben nicht einmal den Versuch gemacht, mich zu verstehen,« sagt Karin Wöhler. »Meine letzte Besprechung hatte ich dann mit einem Professor, der meinte, wenn meine Mutter mich auch abgetrieben hätte ... Und viele Mütter, die er hier schon nach Hause geschickt hätte, wären ihm heute dankbar. Auch wäre ich doch kein häßliches Entlein und hätte einen Mann gefunden.«

Der Fall aus Filbingers Baden-Württemberg ist alles andere als außergewöhnlich. Auch zwei Jahre nach der Reform des § 218 sind Frauen in der Bundesrepublik, die ihre Schwangerschaft abbrechen wollen, den Männern in den weißen Kitteln hilflos ausgeliefert. Täglich werden ungewollt Schwangere in den Kliniken und Frauenarztpraxen erniedrigt, gedemütigt, terrorisiert, werden ihr Wille und ihre persönliche Entscheidung mißachtet, können Mütter mit »hübschem Gesicht« später mißgebildete Kinder doch »ruhig austragen«, werden Frauen entmündigt, die sich mit gutem Recht entschlossen haben, ein Kind nicht zu bekommen — nicht zu diesem Zeitpunkt, nicht in ihrer Situation, aus welchen persönlichen Gründen auch immer.

Die Reform des § 218, der zuvor 105 Jahre lang Schwangere, »die ihre Frucht vorsätzlich abtreiben oder im Mutterleib töten« mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bedrohte, erlaubt zwar inzwischen Schwangerschaftsabbrüche, wenn zum Beispiel die Annahme besteht, daß »das Kind infolge einer Erbanlage an einer nicht behebbaren Schädigung des Gesundheitszustandes leiden würde« oder

»Christliche Abtreibung« 1974, Ölbild von Jürgen Waller

um »die Gefahr einer Notlage von der Schwangeren abzuwenden«.

Aber über allem steht die Entscheidung des Arztes, die »ärztliche Erkenntnis«, wie das Gesetz sagt. Die »Erkenntnisse«, zu denen bundesdeutsche Ärzte gekommen sind, treiben jährlich immer noch 65.000 Frauen in holländische Privatkliniken. Immer noch geraten Frauen unter die Curette geldgieriger Pfuscher, die Abtreibungen illegal vornehmen, die Busse fahren weiter nach Amsterdam und London. Denn 90 Prozent aller bundesdeutschen Klinikärzte sind gegen soziale Indikation — gegen Abtreibung aus sozialer Notlage. Jeder zweite Frauenarzt schickt Frauen wieder nach Hause, wenn sie um eine »Ausnahmegenehmigung« bitten. Allgemeinmediziner, besser vertraut mit den familiären, psychischen und materiellen Problemen ihrer Patientinnen, sind eher bereit, ihren »Doktor« unter die Indikation zu setzen. »Nur« 26 Prozent der praktischen Ärzte lehnen eine soziale Indikation ab.

Der neue § 218 hat schwangeren Frauen nicht nur den eigenen Gewissensentscheid wegreformiert und ihn dafür per Gesetz jedem Onkel Doktor in die gebügelte Brusttasche gesteckt, sondern er schickt seelisch durch die ungewollte Schwangerschaft eh belastete Frauen in ein Labyrinth von Begutachtung und Zwangsberatung. Frauen in sozialen Notlagen haben zwölf Wochen Zeit, um die Schwangerschaft überhaupt feststellen zu lassen, einen von den wenigen Ärzten zu finden, die ihnen eine notwendige Indikation ausschreiben, einen Termin in einer der zugelassenen Beratungsstellen zu bekommen, die vornehmlich die Aufgabe haben, Frauen den Abbruch möglichst deutlich wieder auszureden, müssen dann auch noch eine Klinik suchen, in der weder Chefarzt noch Landkreis oder Stadt ein Abtreibungsverbot »erlassen« haben — und sie müssen das Glück haben, daß einer der zehn Ärzte, von denen neun »Nein« sagen, vielleicht Zeit für sie hat. Oft entscheiden zusätzlich »Ärztegremien« für die Frau, über sie und ihr Kind. Und damit über ihre Familie und ihre Zukunft.

»Wir sind doch nicht mehr in der Hitlerzeit!«

Marion Seifferts Geschichte ist eine alltägliche: Mit sechzehn hat sie geheiratet, um ihrem Elternhaus zu entkommen. Ihr Vater Alkoholiker, Frührentner, die Mutter geht Putzarbeiten machen. Jetzt ist Marion 27 Jahre alt, ihr Mann hat Isolierer gelernt, arbeitet für 1.600 Mark als Lagerverwalter. Mit ihren drei Kindern (zwischen vier und neun Jahren) lebt das Paar am Rand von Stuttgart »in einer asozialen Siedlung, kann man ja ruhig sagen«. Ihr Bruder, gerade aus dem Gefängnis entlassen, wohnt mit in der Wohnung. Geld ist knapp — Platz auch. »Die Kinder rennen den ganzen Tag raus und rein, dann hab' ich Krach mit meinem Mann — und nirgendwo gibt's eine Ecke, wo ich mich mal entspannen kann«. Bevor Weihnachten '77 Marions Regel ausblieb und im Januar ein Test die Schwangerschaft bestätigte, kaufte das Paar ein Auto, das sie abstottern. Marion: »Wenn jetzt noch ein Kind kommt, müssen wir uns 'ne neue Wohnung suchen, da bleibt dann kein Geld mehr und abends putzen gehen kann ich dann natürlich nicht mehr«. Ihren Bruder möchte sie auch nicht aus der Wohnung werfen.

Marion ist mit den Nerven runter, »möchte sich lieber das Leben nehmen, statt noch ein Kind zu kriegen«. Vier Jahre lang hat sie die Pille genommen, dann hat ihr der Arzt zu einer Pause geraten, ohne was anderes zu empfehlen. Dafür war er strikt gegen eine Abtreibung und fand, sie »sollte ihr viertes Kind man ruhig noch austragen, da gibts doch Unterstützung«. Marion Seiffert ging zum Gesundheitsamt, denn »ich wollte keine Fehler machen«. Die Beraterin gab ihr die Adresse eines Krankenhauses und die Namen zweier Ärzte, »die helfen Ihnen sicher«. Doch die Herren meinten, Marions Mann habe doch ein geregeltes Einkommen und außerdem gebe es für kinderreiche Familien Weihnachtsgeld, Kindergeld und alle möglichen Ermäßigungen: »Schauen Sie mal, damit werden Sie schon fertig«. Die eiskalte Abfuhr trieb Marion Seiffert in die holländische Privatklinik Blomenhove: »Ich hätte mich sonst umgebracht«.

Der bundesdeutsche Weg zur legalen Abtreibung bleibt eine Tortur, ein Schlauch von Erniedrigung und Demütigung — und Geschäftemacherei. Frauenärzte wiederholen Schwangerschaftstests gern, obwohl der erste längst eindeutig war — schließlich läßt sich jeder Test bei den Krankenkassen zu Geld machen.

Gerhard Amendt, Vorsitzender des Landesverbands Bremen von »Pro Familia«, einer gemeinnützigen Organisation, die Beratungsstellen zur Familienplanung unterhält: »Wenn die Frau endlich einen Arzt gefunden hat, der den Abbruch vornimmt, dann macht der häufig noch mal Schwangerschaftstests im eigenen Labor — schließlich

kann man ja nicht jedem Kollegen trauen. Am Abbruch selbst verdient der Arzt noch einmal etwa neunzig Mark. Das sind fünf Minuten Arbeit, fachgerecht durchgeführt«. Damit ist eine Abtreibung so teuer wie eine Mandeloperation. »Da wird natürlich jeder Arzt sagen — davon kann ich nicht leben. Deshalb lassen sich die Frauenärzte Tricks einfallen. So ein Abbruch kann — überall auf der Welt ist das so — mit einer lokalen Betäubung vorgenommen werden. Aber, damit sich das alles rentiert, behandeln die meisten Ärzte mit Vollnarkose und erzählen den Frauen, sie könnten die nicht über die Krankenkassen abrechnen, was völliger Unsinn ist. Nur: bei den Kassen gibt's für eine Vollnarkose etwa hundert Mark, von den Frauen verlangen die Gynäkologen bis zu vierhundert.«

»Ich hätte mich sonst umgebracht.«

Doch damit hat die Geschäftemacherei noch kein Ende. »In den Kliniken«, berichtet Amendt, »werden Frauen oft gezwungen, sich gleichzeitig mit dem Abbruch sterilisieren zu lassen. Da üben die Ärzte einen ungeheuren Druck aus. Das geschieht aber mehr aus ideologischen Gründen.« Und was in den Krankenhäusern zum männlichen Terror der Ärzte gegen die Frauen wird, machen die niedergelassenen Gynäkologen zur harten Mark: »In den Praxen werden die Frauen gezwungen, sich eine Spirale einsetzen zu lassen. Schließlich hat der Arzt, der den Abbruch vornimmt, auch die Macht über die Frau. Es hat schon Ärzte gegeben, die es beim Einsatz der Spirale auf bis zu 350 Mark gebracht haben, weil sie sich alle möglichen Komplikationen dabei ausgedacht haben. All das verrechnen die über ihre Positionsliste bei den Krankenkassen. In Holland macht man das für fünf oder zehn Mark nebenbei«.

Und während die Frauen in den Arztpraxen nach »medizinischen Entscheidungen« über die kassenärztliche Positionsliste behandelt werden, sind sie in den Krankenhäusern ähnlichem Terror ausgesetzt: Fünf bis sieben Tage müssen sie — kerngesund — im Krankenbett verbringen, obwohl »die Absaugmethode ambulant durchgeführt werden kann« (Amendt).

So gängig wie unzählige und wiederholte Untersuchungen, Begutachtungen und »Besprechungen« sind Zwangssterilisationen. Professor Hans Muth, Chefarzt der Frauenklinik Hamburg-Altona: »Wir legen den Patientinnen stets nahe, Abbruch und Sterilisation in einem vorzunehmen. Wir machen das immer zusammen, wenn's geht«. Hauptsächlich, wenn Frauen aus sozialen Notlagen heraus die Schwangerschaft abbrechen lassen wollen. Muth: »Ich habe so pro Monat fünfzehn bis zwanzig Abbrüche. Davon drei Viertel, also zwölf bis fünfzehn mit sozialer Indikation. Von den Patientinnen wiederum werden zwei Drittel sterilisiert«. Was Chefarzt Muth den Frauen — gesund wie sie sind von ihm »Patientinnen« genannt — da »stets nahelegt«, wird für ungewollt Schwangere zum ungeheueren Druck. Eh wie Flittchen behandelt und oft mit werdenden, glücklichen Müttern in ein Zimmer gelegt, werden sie vor die Wahl gestellt: Entweder gar kein Kind mehr oder das werdende austragen. Strafe muß sein.

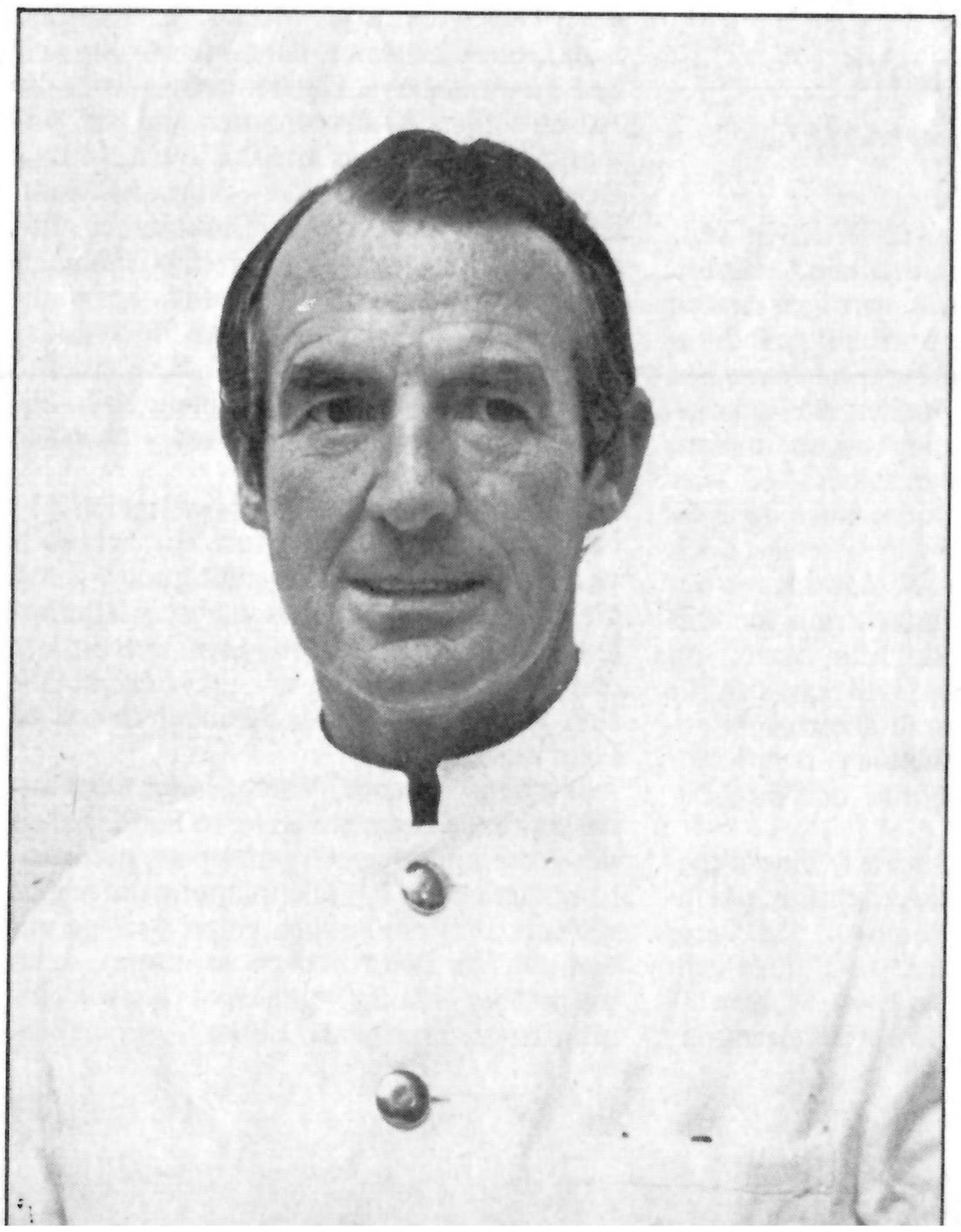
Amendt: »Die Frauen laufen oft völlig mit den Nerven runter, gedemütigt, terrorisiert, aus den Kliniken und den Ärzten davon«.

So, wie die fünfzehnjährige Renate, die ihre Schwangerschaft in der Westberliner Universitätsklinik abbrechen lassen wollte. Der zuständige Arzt benutzte das minderjährige Mädchen kurzerhand als Versuchskaninchen und spritzte ihr ein Mittel, das in den Vereinigten Staaten längst getestet und auf Initiative der US-Frauenbewegung verboten wurde: »Prostaglandin«, ein Hormon, das künstlich die Geburt einleitet. Renates Mutter fand ihre Tochter »völlig apathisch« im Krankenbett vor, gekrümmt von den Schmerzen der acht Stunden andauernden Wehen. Amendt: »Nach dem Motto — wer bumst, hat gefälligst auch die Folgen zu tragen.«

Die Unfähigkeit vieler Ärzte, die Absaugmethode fachgerecht durchzuführen, läßt sie vor allem in den Krankenhäusern zu »Prostaglandin« greifen. So wird die Spritze zum Folterwerkzeug skrupel- und verantwortungsloser Mediziner. Die »Schuld« für unzureichende Verhütung indes lastet immer noch allein auf den Frauen: Zehnmal mehr Frauen als Männer lassen sich in den Sexualberatungsstellen der Bundesrepublik beraten — zusätzlich zu den ständigen Besuchen beim Frauenarzt. Der Hauspascha kümmert sich einen Dreck um Verhütung.

In dem Rowohlt-Taschenbuch »Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren«, das in diesen Tagen erscheint, fordern Gerhard Amendt und Ilse Scheinhardt von der Bremer »Pro Familia«-Beratungsstelle die ersatzlose Streichung des § 218, der mit der Reform nur neuen, vielfach verfeinerten Terror gegen Frauen geschaffen hat. Die beiden Herausgeber des Buches nehmen das Bundesgesundheitsministerium beim Wort, das zum Thema eine Broschüre mit dem Titel »Der Wille der Frau entscheidet« herausgegeben hat. Im Herbst will die »Pro Familia« der Hansestadt ein Modell starten, das Frauen die Tortur erspart. Sozialwissenschaftler Amendt: »Für uns ist das Problem der Frau wichtig, nicht die Positionsliste der Kassen. Deshalb wollen wir nicht nur ungewollt Schwangere beraten und Indikationen ausstellen, sondern auch selbst Abbrüche vornehmen. Grundsätzlich akzeptieren wir die Entscheidung der Frau, wenn sie kein Kind will. Sie möchten das Kind nicht haben? Sie wissen, was Sie wollen? — OK!«

»Pro Familia«-Ärzte sollen — »hochqualifiziert für das, was sie da tun« (Amendt) — in der Beratungsstelle Schwangerschaftsabbrüche nach der Absaugmethode vornehmen: »Das wird so laufen: Christine Meier wird zu uns kommen und um eine Indikation bitten. Die bekommt sie. Wenn sie möchte, wird sie von uns beraten, aber wir zwingen ihr das nicht auf. Zwischen der Indikation und dem Abbruch müssen drei Tage liegen, so schreibt es das Gesetz vor — und ein anderer Arzt wird den Abbruch dann vornehmen. Die ganze Zeit wird sie von einer Mitarbeiterin des Beratungsteams begleitet. Wenn Christine Meier zum Beispiel aus Niedersachsen mit dem Zug kommt, kann sie dann vorher noch duschen, kann sich ausruhen und hat zuvor schon einen Termin nach ihrem Wunsch mit uns ausgemacht. Der Arzt erklärt ihr dann, wie der Eingriff aussieht und nimmt eine örtliche Betäubung vor. Auch während des Eingriffs wird er mit ihr über das reden, was er tut und anschließend kann Christine Meier dann allein aufstehen und in den Ruheraum gehen. Da wird es dann Kaffee geben und — wenn sie möchte — auch Frauen, Psychologen und Sozialarbeiter für ein Gespräch. Sie kann ihren Mann oder Freund mitbringen, sie kann's aber auch lassen, und wenn sie Probleme hat, werden wir für sie da sein. Auch, wenn sie den ausdrücklichen Wunsch hat, sich sterilisieren zu lassen, oder ihr Mann das tun möchte. Denn Sterilisation wollen wir in Zu-



Prof. Hans Muth, Frauen-Chefarzt: »Wir legen den Patientinnen stets nahe, Abbruch und Sterilisation in einem vorzunehmen.«

»Sei froh, daß er es macht, egal wie«

*Ein Opfer der 218-Reform berichtet.**

Ich, dreißigjährig, mit gerade abgeschlossenem Studium als Diplom-Pädagogin und derzeit arbeitslos, hatte mich entschlossen, auf Grund meiner ökonomischen und psychischen Situation, eine Abtreibung an mir vornehmen zu lassen. Der Entschluß ist mir sehr schwer gefallen, da ich mich bereits seit einiger Zeit mit dem Gedanken trage, ein Kind zu bekommen.

Der Arzt, der mir die »Soziale Indikation« ausstellte, verfuhr mit mir in sachlicher und angenehmer Weise, so daß mir erste Beklemmungen und Ängste genommen wurden. Er vermittelte mich dann an den zuständigen Arzt (Dr. A., Frankfurt), der den Abbruch vornehmen sollte.

Im zweiten Gespräch mit Dr. A. sollte ich nochmals im einzelnen begründen, warum ich eine Abtreibung wollte; »wir wollen uns doch besser kennenlernen, nicht wahr...«

Ich erklärte, daß ich wegen Thrombosegefahr die Pille absetzen mußte, dann in der Uniklinik einen vergeblichen und schmerzhaften Versuch hatte, mir die »Spirale« einklemmen zu lassen, und danach mit Präservativen und chemischen Schaums zu verhüten suchte.

Dr. A. meinte dann, daß doch für mich nur noch die Spirale in Frage käme, um eine weitere Schwangerschaft zu verhindern. Meine Antwort darauf war, daß ich auf keinen Fall eine Spirale haben möchte, dann noch lieber die Pille in Kauf nehmen würde. Dr. A. wurde wütend und konterte, daß es eine Zumutung für einen Arzt sei, eine Abtreibung vornehmen zu müssen, außerdem könne er es nur mit seinem Gewissen vereinbaren, wenn er weiß, daß die Frauen anschließend »anständig verhüten« würden, und dessen müsse er sich genau vergewissern. Auf meine Frage, ob er glaube, daß die Abtreibung mir Spaß machen würde, wußte er nichts zu sagen. Ich betonte nochmals, daß mir die Spirale zu große Ängste bereitet (ich hatte aus meinem näheren Bekanntenkreis fast ausschließlich negative Erfahrungen gehört und ich kann beschwören, daß dies der letzte Diskussionsstand zwischen mir und Dr. A. war. Dann wurde ich nochmals gynäkologisch untersucht und auf Verlangen von Dr. A. durch seine Sprechstundenhilfe ein Schwangerschaftstest vorgenommen. (Ich hatte zwar eine schriftliche Bestätigung meiner Schwangerschaft dabei, die allerdings schien nicht zu gelten. Außerdem mußte ich zusätzlich 20 DM bezahlen.)

Dann wurde mir über die Sprechstundenhilfe Ort und Zeit bekanntgegeben und ich meldete mich dann einige Tage später im X-Krankenhaus, Frankfurt.

Dort traf ich dann auch Dr. A. morgens um 7 Uhr 30 wieder:

Ich: breitbeinig auf dem OP-Tisch liegend, benommen durch die Beruhigungsspritze und bereits die Kanüle für die Narkose im linken Arm; an meiner Seite die wartende Narkoseärztin; er: schwungvoll, von mehreren Schwestern umgeben, meinte, sich seinen OP-Kittel

überstülpen lassend: »Na, Frl. S., das ist doch klar mit der Spirale.«

Ich war so verdattert, daß ich nachfragen mußte, was er meine, worauf er nochmals betonte, daß er mir gleich nach der Abtreibung die Spirale einsetzen wolle.

Entsetzt sagte ich ihm, daß ich doch ausreichend in seiner Praxis begründet hätte, warum ich keine Spirale möchte, woraufhin Dr. A. plötzlich anfing zu schreien: »...wissen Sie eigentlich, was Sie mir da zumuten«, »...wir haben doch ausführlich darüber gesprochen«, »...Ihr Verhalten ist unverschämt«, »...das kann ich mit meinem ärztlichen Gewissen nicht vereinbaren...« usw.

Dann gab mir Dr. A. fünf Minuten Bedenkzeit und schwebte hinaus; ich war so verwirrt, daß ich nicht mehr wußte, was ich machen sollte. Einige Schwestern fragten mich, warum ich denn eigentlich vor der Spirale Angst hätte; ich sollte es doch machen lassen, das wäre doch alles gar nicht so schlimm.

Dr. A. kam dann wieder und fragte mich, wie ich mich entschieden hätte; ich stotterte herum und sagte, daß ich keine Spirale möchte, ich hätte es ihm doch schon gesagt...woraufhin Dr. A. wieder losbrüllte: »...Schluß aus...ich mache nichts.«; mich vom OP-Tisch losbinden und hinausfahren ließ.

Ich heulte wie verrückt, und die Schwestern versuchten mich zu trösten, allerdings immer mit der Frage, warum lassen Sie sich nicht die Spirale einbauen, das tut doch gar nicht weh.

Kurze Zeit später rief mein Freund an, um sich nach der »mißglückten« Abtreibung zu erkundigen, ich erzählte ihm das Vorgefallene, woraufhin er sich sofort mit dem Arzt, der mir die Indikation ausstellte, in Verbindung setzte.

In der Zwischenzeit bekam ich dann noch zu allem Überfluß einen Kreislaufkollaps.

Am Nachmittag teilte mein Freund mir mit, daß der Arzt mit Dr. A. telefoniert und ihm gesagt habe, daß er sein Verhalten mir gegenüber nicht richtig fand und Dr. A. dazu brachte, doch die Abtreibung an mir vorzunehmen.

Am nächsten Tag wurde ich zu einem wortlosen Dr. A. gerollt, in ungeheurer psychischer Belastung und wachte einige Zeit später in meinem Krankenbett mit starken Schmerzen auf. Dr. A. sah ich dann wenige Stunden später nochmals kurz, als er sich nach meinem Befinden erkundigte und wieder verschwand.

Ich hatte beschlossen, die Nachuntersuchung nicht von ihm vornehmen zu lassen, sondern von meinem Arzt in der Uniklinik. Dieser Arzt stellte dann mit großer Verwunderung fest, daß ich eine Spirale (Kupfer-T) mit mir herumtrage.

Ich hatte in Erwägung gezogen, gegen Dr. A. eine Strafanzeige wegen Körperverletzung zu stellen, mich allerdings von der Kompliziertheit des Rechtswegs und dem ganzen zu erwartenden Theater drumherum abschrecken lassen. Außerdem hatte ich einfach das Interesse, ganz schnell diese »Angelegenheit« hinter mir zu lassen - und das ist vielleicht auch ein Punkt, mit dem solche Ärzte wie Dr. A. rechnen. Daß die Frauen nicht wagen, an die Öffentlichkeit zu treten, ihre Erfahrungen individuell verarbeiten müssen, Diskriminierungen hinnehmen wie Schicksal, liegt an der Selbstherrlichkeit der meisten Ärzte und einem menschenunwürdigen Gesetz. Was nützt mir heute eine Scheinreform des §218, wenn die Gynäkologen damit umgehen, als hätten nur sie über Leben und Tod zu bestimmen.

*) Pro Familia Bremen (Hg.):
Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren.
Nach der Reform des § 218 — betroffene Frauen ziehen Bilanz.
Frauen aktuell, rororo aktuell, Nr 4272, DM 4,80

Syndikat

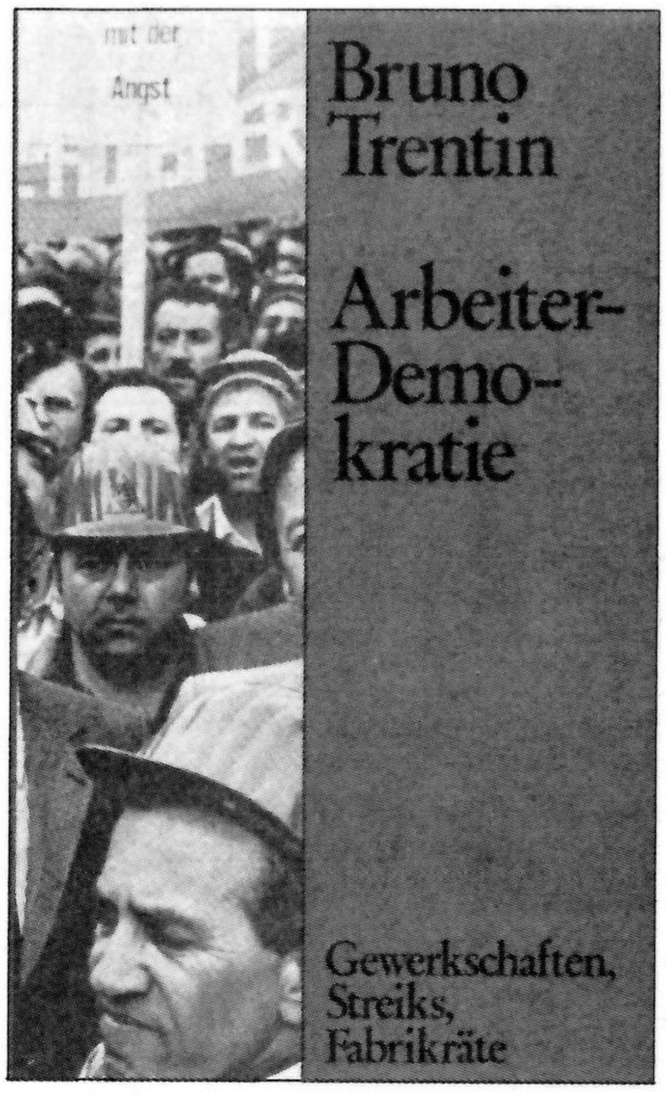
Postfach 174003 6000 Frankfurt/M

Rolf Lindner/Heinrich Th. Breuer
„Sind doch nicht alles Beckenbauers"
Zur Sozialgeschichte des Fußballs im Ruhrgebiet
164 S. 14 Abb. Kleinformat. Kt. DM 12,–

Hermann L. Gremliza:

„Breuer und Lindner. . .erzählen die Geschichte des Fußballs, wie sie auf Deutsch noch nicht erzählt worden ist."

Gewerkschaften, Streiks, Fabrikräte



Herausgegeben und eingeleitet von Detlev Albers. 196 Seiten; Paperback; DM 18,—

VSA-Verlag
Eiffestr. 598, 2 HH 26

kunft dann auch durchführen — und zwar von Mann und Frau.«

Die Bremer »Pro Familia«-Berater wollen mit dem — in der Bundesrepublik einzigartigen — Modell verhindern, daß den Frauen weiter Schuldgefühle eingeredet werden, ihnen die Willkür in Krankenhäusern und Arztpraxen ersparen und ihre autonome Entscheidung, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen, akzeptieren. »Außerdem wollen wir den Gynäkologen das Wasser abgraben, denn die haben jetzt in den Abbrüchen ihr Geschäft entdeckt. Und die vorher aus moralischen Gründen verweigerten Eingriffe verlagern sich jetzt von den Krankenhäusern wieder in die Praxen — unter den miesen Bedingungen, daß die Ärzte keine Ahnung haben von dem, was sie da machen. Wenn die sich die technischen Einrichtungen für 15.000 Mark kaufen — das ist ja für die wenig Geld — haben sie die gesetzlichen Bestimmungen für eine Zulassung schon voll erfüllt, ob sie qualifiziert sind oder nicht. Und ihre Moral ist nur noch eine Abrechnungsmoral.« Und damit die neue Einrichtung der »Pro Familia« nicht vom Ärzteverband kontrolliert wird, wollen die Berater einen direkten Vertrag mit den Krankenkassen machen. Amendt: »Bei uns geht dann alles auf Krankenschein.«

Finanziell unterstützt wird das Modell von der »Stimezo«, einem Non-Profit-Verband holländischer Abbruchkliniken. So kommt das Geld für »Holland in Bremen« zunächst aus den Niederlanden. »Die finden das, was wir machen wollen, so wichtig, weil sie selbst keine zusätzliche Beratung durchführen und den deutschen Frauen endlich den weiten Weg nach Holland ersparen wollen. Deshalb gibt die Stimezo uns Geld. Aber wir haben natürlich einen Antrag auf Modellförderung beim Bundesgesundheitsministerium gestellt.« Auch die Ärzte, die an dem Projekt mitarbeiten, hinter das sich auch der Hamburger Bezirksfrauenausschuß der IG Metall gestellt hat, werden von der holländischen »Stimezo«-Stiftung für Schwangerschaftsabbrüche ausgebildet. »Das kann jeder interessierte Arzt machen, auch Orthopäden.« Denn in manchen Bundesländern reicht »frauenärztliche Erfahrung« für eine Zulassung als Abbrucharzt aus.

»Das Interesse seriöser Gynäkologen und Klinikärzte hier in Bremen, an unserem Projekt mitzuarbeiten, ist groß«, sagt Amendt und nennt das Ziel des neuen Zentrums: »Das alte Herrschaftsverhältnis, in dem Frauen immer noch allein verantwortlich sind für Verhütung und Schwangerschaftsfolgen, sprich: für Kindererziehung, muß aufgebrochen werden, Familienplanung muß endlich aus der Intimsphäre in die Gesellschaft verlagert werden. Langfristig soll das Projekt mit allen Hilfen und Beratungen, die dazu gehören, ungewollte Schwangerschaften verhindern helfen.«

Doch auch die »Pro Familia« wird in ihren Beratungsstellen und Landesverbänden Konflikte in Sachen Schwangerschaftsabbruch auszutragen haben: der Hamburger Chefarzt Hans Muth zum Beispiel ist nicht nur Profi für Sterilisationen, sondern auch Vorsitzender der »Pro Familia« in Hamburg.

§ 218

Tips und Adressen

Paragraph 218: Was er vorschreibt und erlaubt

Seit Juni 1976 gibt es den neuen §218. Danach bleibt ein Schwangerschaftsabbruch nach wie vor strafbar. Ausnahmen, sprich Indikationen sind

1. die medizinische (Lebensgefahr für die Mutter)
2. die eugenische (Gefahr für Kind durch Erbanlagen)
3. Die kriminologische (Vergewaltigung)
4. die soziale (soziale Notlage der Mutter).

Außer bei der medizinischen Indikation müssen bestimmte Fristen eingehalten werden: Bei der eugenischen bis zum Ende der 22., bei der kriminologischen und sozialen Indikation bis zum Ende der 12. Schwangerschaftswoche.

Das größte Problem ist die soziale Indikation. Laut Umfrage lehnen 90% der Klinikärzte, 48% der Gynäkologen und »nur« 26% der praktischen Ärzte einen Abbruch aus sozialen Gründen ab! Am besten also einen Allgemeinmediziner aufsuchen.

Und das ist der »normale« Weg:

1. Bleibt die Regel aus, so schnell wie möglich einen Schwangerschaftstest machen lassen. Gibt es in jeder Apotheke (Froschtest), macht natürlich auch ein Arzt. Wird über Krankenschein abgerechnet.
2. Will man kein Kind — die Einwilligung vom Mann oder Freund ist **nicht** nötig — braucht die Frau eine Indikation. Ausstellen kann sie **jeder** beliebige Arzt der freien Wahl. Macht nur nicht jeder. Immerhin sind die diversen Versuche, an eine Indikation zu kommen, kostenlos.
3. Als nächstes kommt die »Sozialberatung«. Entweder in einer §218-Beratungsstelle, oder bei einem dazu ermächtigten Arzt. Muß kostenlos bestätigt werden. Die jeweiligen Berater unterliegen der Schweigepflicht. Ob erst Indikation oder soziale Beratung ist egal.
4. Indikation, Überweisung und »Sozialberatung« hat man endlich. Jetzt fehlt noch die Klinik oder Praxis, die den Abbruch macht. Der Abbruch darf nicht von demselben Arzt, der die Indikation ausstellt, ausgeführt werden. Er kann nur einen Tip geben. Fragen! Tut er das nicht, Frauenzentrum, Frauenabteilung der Gewerkschaften, Freunde, Pro Familia oder Gesundheitsamt fragen.
   Wichtig: Zwischen Indikation und Abbruch müssen 3 Tage liegen.
5. Möglichst nicht allein in die Klinik oder Praxis gehen, weil der behandelnde Arzt die Indikation seines Kollegen anzweifeln kann oder noch eine 2. »Beratung« durchführt. Gemeinsam ist der Kampf ums Recht leichter zu bestehen.
6. Richtig durchgeführt, dauert der Abbruch nur wenige Minuten.

»Pro-Familia«-Beratungsstellen

Baden-Württemberg

7120 Bietigheim-Bissingen
Stuttgarter Str. 179, Tel. (0 71 42) 7 63 36
7800 Freiburg
Bertoldstr. 63, Tel. (07 61) 2 68 50
7100 Heilbronn
Bürgerhaus Böckingen
Kirchensteige 5, Tel. (0 71 31) 48 39 69
7500 Karlsruhe
Kaiserstr. 209, III. Tel. (07 21) 2 74 41
7750 Konstanz
Zähringerplatz 1 (Th.-Heuss-Realschule),
Tel. (0 75 31) 6 27 10
7250 Leonberg
Turnhalle Stadtmitte, Tel. (0 71 52) 2 24 90
7140 Ludwigsburg
Schloßstr. 9, Tel. (0 71 41) 2 34 44
6800 Mannheim
Käfertaler Str. 47, Tel. (06 21) 37 85 08
7530 Pforzheim
Gerberstr. 4, Emma-Jäger-Bad,
Tel. (0 72 31) 2 39 49
7170 Schwäbisch-Hall
Gymnasiumstr. 1, Tel. (07 91) 73 84
7000 Stuttgart 1
Schloßstr. 60, Tel. (07 11) 62 26 18
7400 Tübingen
Waldhäuserstr. 33, Tel. (0 70 71) 6 62 07
7730 VS-Villingen
Kirnacher Str. 21, Tel. (0 77 21) 5 90 88
7050 Waiblingen
Bürgermühlenweg 11, Tel. (0 71 51) 5 51 45

Bayern

8900 Augsburg
Äußere Uferstr. 49, Tel. (08 21) 41 22 74
8000 München 40
Georgenstr. 13a, Tel. (089) 33 34 34
8000 München 45
Wintersteinerstr. 12/14, Tel. (089) 3 14 44 25
8500 Nürnberg
Hintere Insel, Schütt 7 (Städt. Mütterberatung), Tel. (09 11) 22 12 83
8500 Nürnberg
Glogauer Str. 50 (Städt. Mütterberatung)
8500 Nürnberg
Neumeyer Str. 30 (Städt. Mütterberatung)
Tel. (09 11) 80 95 22
8500 Nürnberg-Eibach
Eibacher Hauptstr. 102, Tel. (09 11) 63 47 73

Berlin

1000 Berlin 30
Schöneberger Ufer 55, Tel. (030) 2 61 70 40
1000 Berlin 21
Huttenstr. 6/7, Tel. (030) 3 93 40 16
1000 Berlin 45
Kleinraumsiedlung für unschuldig in Not-Geratene, Woltmannweg 47

Bremen

2800 Bremen 1
Am Dobben 10, Tel. (04 21) 32 77 44
2850 Bremerhaven
An der Allee 47

Hamburg

2000 Hamburg 1
An der Alster 82, Tel. (040) 24 26 20
2000 Hamburg-Altona
Bülowstr.9 (Frauenklinik), Tel.(040) 88 28 61
2000 Hamburg-Bergedorf
Gojenbergsweg 30, Tel. (040) 7 21 70 81,
App. 232
2000 Hamburg-Harburg
Lühmannstr. 13, Tel. (040) 7 71 70 22 51
2000 Hamburg-Steilshoop
Gründgensstr. 26, Tel. (040) 6 31 73 57

Hessen

6320 Alsfeld
Volkmarstr. 3, Tel. (0 66 31) 62 07
6140 Bensheim
Warmbolterhofstr. 1, Tel. (0 62 51) 6 81 91
6100 Darmstadt
Erbacher Str. 2, Tel. (0 61 51) 2 05 91
6000 Frankfurt/Main 1
Auf der Körnerwiese 5, Tel. (06 11) 59 92 86
6000 Frankfurt/Main-Goldstein
Im Heisenrath 14, Tel. (06 11) 35 77 41
6000 Frankfurt/Main-Nordweststadt
Nidaforum 9, Tel. (06 11) 2 12 22 28
6230 Frankfurt/Main-Höchst
Gebeschusstr. 58, Tel. (06 11) 30 30 67
(Arbeiter-Samariterbund)
6360 Friedberg
Kaiserstr. 136
6400 Fulda
Marktstr. 21, Tel. (06 61) 7 40 78
6300 Giessen
Frankfurter Str. 48, Tel. (06 41) 7 71 22
6450 Hanau 1
Römerstr. 13, Tel. (0 61 81) 2 22 84
6430 Bad Hersfeld
Kreisgesundheitsamt, Tel. (0 66 21) 8 73 69
oder 8 73 50
6800 Mannheim
Käfertaler Str. 47
6050 Offenbach
Bleichstr. (Eichendorff-Schule),
Tel. (06 11) 80 65 - 27 31
6490 Schlüchtern
Gartenstr. 5-7 (Landratsamt),
Tel. (0 66 61) 20 71
6200 Wiesbaden
Mauergasse 13/II, Tel. (0 61 21) 37 65 16

Niedersachsen

3300 Braunschweig
Hamburger-Str. 226, Tel. (05 31) 47 07-229
oder 47 07-230 und 32 93 85 (im Gesundheitsamt)
3300 Braunschweig
Katharinenstr. 1 (Studentenberatung),
Tel. (05 31) 34 08 44
2190 Cuxhaven
Kirchenpauerstr. 5, Tel. (0 47 21) 3 81 41
3400 Göttingen
Groner-Tor-Str. 32a, Tel. (05 51) 5 86 27
3000 Hannover
Bödekerstr. 60, Tel. (05 11) 31 70 44
2900 Oldenburg
Herbartstr. 15, Tel. (04 41) 2 60 95
2940 Wilhelmshaven
Paul-Hug-Str. 60, Tel. (0 44 21) 2 50 80
3340 Wolfenbüttel
Holzmarkt 16, Tel. (0 53 31) 2 69 29
3180 Wolfsburg
Stormhof 2, Tel. (0 53 61) 2 54 57

Nordrhein-Westfalen

5100 Aachen
Jülicher Str. 156, Tel. (02 41) 16 13 33
4619 Bergkamen-Rünthe
Rüntherstr. 58, Tel. (0 23 07) 30 21
4800 Bielefeld
Stapenhorststr. 5, Tel. (05 21) 17 14 22
4630 Bochum
Mühlenstr. 25, Tel. (02 34) 1 23 20
4630 Bochum
Herzogstr. 79/3
4630 Bochum
Zillertal, Block 150/2/18
5300 Bonn
An der Esche 2, Tel. (0 22 21) 65 56 14
4930 Detmold
Lemgoerstr. 3, Tel. (0 52 31) 2 65 63
4600 Dortmund
Bornstr. 50, Tel. (02 31) 81 80 42
5160 Düren
Beethovenweg 18, Tel. (0 24 21) 1 45 61
4000 Düsseldorf-Derendorf (30)
Benedikt-Schmittmann-Str. 13,
Tel. (02 11) 48 17 82, 46 41 82
(im DPW-Haus)
4000 Düsseldorf-Garath
Fritz-Erler-Str. 21 (Freizeitzentrum),
Tel. (02 11) 899-75 56
4000 Düsseldorf-Bilk
Weberstr. 3, Eingang Bachstr. 161,
Tel. (02 11) 8 99 26 46 (im Gesundheitsamt)
4100 Duisburg
Friedensstr. 1 (im DPWV-Haus),
Tel. (02 03) 66 05 00
4100 Duisburg-Hamborn
Viktoriastr. 8, Tel. (02 03) 55 53-52 71
4830 Gütersloh 1
Marienfelder Str. 6 (im DPWV-Haus),
Tel. (0 52 41) 2 04 50
5000 Köln 1
Bismarckstr. 18, Tel. (02 21) 52 88 72
4150 Krefeld
Frankenring 65, Tel. (0 21 51) 77 09 47
5090 Leverkusen
Manforter Str. 184, Tel. (0 21 72) 3 52 53 32
und 3 52 53 36
5090 Leverkusen 3 (Opladen)
Miselohestr. 2, Tel. (0 21 71) 40 26 15
(Gesundheitsamt)
4370 Marl
Adolf-Grimme-Str. 14, Tel. (0 23 65) 1 47 44
4050 Mönchengladbach-Rheydt
Hugo-Preußstr. 55, Tel. (0 21 66) 4 87 24
4130 Moers
Augustastr. 1, Tel. (0 28 41) 2 02 74
4400 Münster
Papenburgerstr. 10, Tel. (02 51) 66 12 99
4200 Oberhausen
Friedensplatz 16, Tel. (02 08) 2 03 79
4350 Recklinghausen
Kaiserwall 37 - Löhrhof-Center,
Tel. (0 23 61) 2 67 01
5630 Remscheid
Lindenhofstr. 13, Tel. (0 21 91) 34 93 93
5830 Schwelm
Bahnhofstr. 1 (im DPWV-Haus),
Tel. (0 21 25) 1 04 71
5810 Witten
Schwanenmarkt (Gesundbrunnen),
Tel. (0 23 02) 581-137 86 32
5600 Wuppertal 1
Mirker Str. 35, Tel. (02 02) 44 34 72

Rheinland-Pfalz und Saarland

6750 Kaiserslautern
Quellenstr. 31, am Kolpingplatz,
Tel. (06 31) 6 36 19
5400 Koblenz
Hohenzollernstr. 3, Tel. (02 61) 3 48 12
6700 Ludwigshaven
Kaiser-Wilhelm-Str. 5, Tel. (06 21) 51 01 70
6700 Ludwigshaven
Bayreuther Straße
(Mütterberatung in der Sozialstation)
6500 Mainz
Frauenlobstr. 97, Rheinufer, Tel. (0 61 31)
67 21 51
6500 Mainz
Zwerchallee (Sozialstation)
6600 Saarbrücken
Försterstr. 24 (Bez.-Geschäftsstelle des DPWV), Tel. (06 81) 3 77 00

Schleswig-Holstein

2390 Flensburg
Wrangelstr. 17, Tel. (04 61) 2 66 25
»Haus der Familie«
2300 Kiel
Brunswiker Str. 47, Tel. (04 31) 5 15 67
2300 Kiel
Neue Universität, Westring (Studentenhaus)
2400 Lübeck
Jürgen-Wullenwever-Str. 1, (04 51) 6 47 72,
(Familienbildungsstätte)
2370 Rendsburg
Wallstr. 16, Tel. (0 43 31) 2 24 56

Pro Familia

Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V.
Bundesverband
6000 Frankfurt am Main 1
Cronstettenstraße 30, Telefon 55 09 01

Frauengruppen: *

Baden-Württemberg

7000 Stuttgart
Frauenzentrum, Kernerstr. 31 (Fr. 20)
6900 Heidelberg
Frauenzentrum, Dreikönigstr. 10 (Fr. 18)
Lesbenzentrum, Gaisbergstr. 52

Bayern

8000 München
Frauenzentrum, 8-40, Gabelsberger Str. 66,
Tel.: 52 83 11 (tägl. 17-24, außer So.)
Frauenforum, Adlzreiter Str. 27, Tel.: 768390
Frauentreffpunkt, Neu-Perlach,
Oskar-Maria-Graf-Ring 28-83
8500 Nürnberg
Frauenzentrum, Regensburger Str. 41
(Di. 19, Fr. 19)

Berlin

1000 Berlin
Frauenzentrum, Stresemannstr. 40,
Tel.: 251 09 12 (Mo., Mi. u. Do., 18-22, Sa. 14-18, So. 12-16)
LAZ, 1-30, Kulmerstr. 20a, 3. Hof, 2. Etage,
Tel.: 215 57 55, »Gruppe L 14 Berlin«, 1-36,
Mariannenstr. 34 (Mi. 18.30)
Frauenkneipe »Blocksberg«, B-61,
Yorckstr. 48.
Frauentanzlokal »Bocaccio«,
B-30, Gleditscherstr., Tel.: 2 16 72 20

Bremen

2800 Bremen
Frauenzentrum, Auf den Häfen 16/17 (Fr. 20)

Hamburg

2000 Hamburg
Frauenzentrum, 2-50, Langenfelder Str. 64d,
Hinterhof, Tel.: 45 53 51 (Mi. 19)
F.R.A.U.: 2-2, Durchschnitt 10,
Frauenkneipe, HH-60, Stresemannstr. 60,
Tel.: 43 63 77
Lesbennest, 2-6, Marktstr. 39, Tel. 641 83 31

Hessen

6000 Frankfurt
Frauenzentrum, Eckenheimer Landstr, 72,
Tel.: 59 62 18 (tägl. 16, außer Mo. u. So.),
Initiative alleinerziehender Mütter
Liane Codona, Oberweg 45, Tel.: 59 55 35
Bockenheim, Landgrafenstr. 13,
Tel. 77 82 88 (Mo. 17-20 Uhr)
AStA, Beratungsgruppe, Jügelstr.1, Tel. 798-31 80
u. 31 81 (Do. 15-18 Uhr)

Niedersachsen

3000 Hannover
Frauenladen, Wittekindstr. 24, Tel.: 45 33 43
(werktags 10-18.30)
Frauengruppe Ingrid Merker, Elisenstr. 41,
Tel.: 45 23 04
2900 Oldenburg
Frauenzentrum, Donnerschweerstr. 56

Nordrhein-Westfalen

5300 Bonn
Frauenforum Bonn, Endenicher Str. 51,
Tel.: 63 00 39 (Do. 15-22)
4000 Düsseldorf
Frauenzentrum, Erkrather Str. 265
(Kontakt-Tel.: 30 71 83, Anne Sprenger)

Rheinland-Pfalz und Saarland

6500 Mainz
Frauenzentrum, Badergasse 2, Tel.: 2 92 29
(Di. u, Do. 17-21)
6600 Saarbrücken
Frauengruppe, Cecilienstr. 29, Tel. 10 50

Schleswig-Holstein

2300 Kiel
Frauenzentrum, Gneisenaustr. 18, Tel.: 5 46
2200 Elmshorn
Frauengruppe, Marianne Jüngling, Uhlenhorst 1

Internationale Frauengruppen
Amsterdam
Vrouwenhuis, Nieuwe Herengracht 95,
Tel.: 020/25 20 66
Athen
Frauenzentrum, Ellinikon 3
Barcelona
Collective Feminista, Roger de Flor 96,
Barcelona 13, Tel.: 226 43 08
Catalonische Assoziation der geschiedenen Frauen,
Calle San Salvador 84, Tel.: 213 07 64

Es gibt noch viel mehr Frauengruppen, aber für alle reichte der Platz leider nicht. Was tun?

1. Angegebene Frauengruppen oder Pro Familia fragen.
2. Frauenkalender 1978 besorgen:
   Selbstverlag West-Berlin c/o Ursula Scheu, Kolpingplatz 1a, 5000 Köln 1
3. KONKRET fragen. Gegen Einsendung von DM 0,40 Rückporto schicken wir eine vollständige Adressenliste der Frauengruppen zu:

Neuer Konkret Verlag GmbH, Rentzelstraße 7
2000 Hamburg 13
Tel.: 040/44 32 53

Die FDGO aktiv eintreten

Bundesdeutsche Richter haben endlich erkannt: rot ist nicht gleich braun / von Stefan Aust

Als die Karlsruher Richter über einen Berufsverbotsfall zu entscheiden hatten, wurden sie sich offenbar nicht ganz einig. So liest sich das Urteil wie ein Katalog beliebig uminterpretierbarer Man-nehme-Vorschriften. Kein Wunder, daß sich nach dem Radikalen-Urteil die Politiker aller Parteien damit brüsteten, es schon immer nach Karlsruher Rezept gemacht zu haben. Doch in letzter Zeit wird immer deutlicher, was Richter mit dieser Karlsruher Grundsatzentscheidung machen können.

Haarsträubendster Fall: das Urteil gegen den bayerischen Landesvorsitzenden des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer DFG-VK.

Heinrich Häberlein ist Christ und Pazifist, Kriegsdienstverweigerer, Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Häberlein wollte Lehrer werden, doch er wurde von der Regierung von Mittelfranken nach den üblichen Anhörungsverfahren abgelehnt. Häberlein biete nicht die Gewähr, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Er klagte vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof — und unterlag. Nicht, daß man ihm vorwarf, etwa Kommunist oder irgendein andersgearteter Verfassungsfeind zu sein, nein, bemängelt wurde Häberleins fehlender Anti-Kommunismus.

Die Urteilsbegründung muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: »Dem Kläger (also Häberlein) kann durchaus geglaubt werden, daß der bayerische Landesvorstand (des BFG-VK), dessen erster Vorsitzender er ist, sich aus Personen zusammensetzt, von denen keine der DKP angehört. Der Kläger ist auch nicht etwa selbst Mitglied der DKP und kann daher auch nicht für die Zielrichtung dieser Partei verantwortlich gemacht werden. Immerhin ist aber davon auszugehen, daß durch die der DFG-VK angehörenden Kommunisten (...) ein Einfluß ausgeübt *werden kann,* die DFG-VK weltanschaulich auf die Zielsetzung der DKP oder auf Teile davon auszurichten. Daher ist es zulässig, (...) zumindest Beamtenbewerbern, die Führungsposten in der DFG-VK einnehmen, nach ihrem Verhältnis zu einem Kommunismus und Sozialismus zu fragen, wie er von der DKP vertreten wird. (...) Die positive Einstellung eines Beamtenbewerbers zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung kann nur dann zuverlässig festgestellt werden, wenn Anhaltspunkte dafür gegeben sind, daß der Beamtenbewerber unter keinen Umständen bereit sein wird, Staatsvorstellungen kommunistischer Parteien (...) zu übernehmen oder (...) zu tolerieren. (...) Nicht ausräumbare Zweifel daran, ob der Kläger jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv eintreten werde, haben sich aber insoweit ergeben, als der Kläger gegenüber kommunistischen Zielsetzungen eine nicht genügend klare Abgrenzung vollzogen hat.«

Im Klartext: Die theoretische Möglichkeit, daß jemand irgendwann einmal nicht genügend aktiv gegen Kommunisten vorgeht, reicht aus, um ihm Berufsverbot zu erteilen. Man möchte den Beamtenbewerber sehen, der *nicht* unter diese Kriterien fällt.

Hatte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zum Radikalenerlaß noch gemeint, die Mitgliedschaft zum Beispiel in der DKP allein sei zwar Indiz, jedoch kein hinreichender Grund für die Vermutung, ein Beamtenanwärter würde nicht jederzeit aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten — so gilt im Häberlein-Urteil bereits so etwas wie »Kontakt-Schuld«: Wer in einer Organisation, zu der auch Kommunisten gehören, Mitglied ist, gilt schon als unsicherer Kantonist und fällt damit unter Berufsverbot.

Auch im Fall der Juristin Charlotte Nieß verstieg sich der Bayerische Verwaltungsgerichtshof zu derartiger Argumentation.

Charlotte Nieß ist Mitglied der SPD und der Vereinigung demokratischer Juristen (VdJ), zu der an maßgeblicher Stelle auch Kommunisten gehören. Diese Tatsache begründete für das Bayerngericht Zweifel an ihrer Verfassungstreue. Schließlich gaben ihr die Richter noch einen weisen Rat mit auf den Weg: »Wenn die Klägerin die sie besonders interessierenden rechtspolitischen Ziele ihrer Partei (der SPD) fördern will, so stehen ihr hierfür die Organisationen ihrer Partei zur Verfügung; wenn sie antidemokrati-

Die Hamburger Familie Ahrens protestiert gegen Berufsverbote in der 4. Generation. Dieser Protest hatte Erfolg: Der Junglehrer Heiner Ahrens wurde Anfang Juni in den Schuldienst übernommen. Seine Kollegen Peter Gohl und Alfred Dreckmann allerdings sehen sich seit der Hamburger Bürgerschaftswahl von einer weiteren Verschärfung der Berufsverbote-Praxis bedroht, die nach Ansicht der Parteiführer der Hamburger Wahlsieger »auf den Müllhaufen« (Egon Bahr) gehört. Zum ersten Mal sollen mit diesen beiden Lehrern langjährige Beamte entlassen werden. Einziger Vorwurf: die bloße Mitgliedschaft in der DKP.

schen oder faschistischen Tendenzen wehren will, so ist hierfür die demokratische Partei, in der sie Mitglied ist, auf jeden Fall besser geeignet als eine wesentlich von der DKP beeinflußte Vereinigung«.

Pikantes Detail am Rande: Prozeßvertreter von Charlotte Nieß im verlorenen Prozeß gegen das Land Bayern war Rechtsanwalt Walter Seufert, vormals vorsitzender Richter am Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, der das Gummiurteil zum Radikalenerlaß verabschiedete.

Anders als in den Fällen Nieß und Häberlein, die nicht einmal Mitglied einer angeblich verfassungsfeindlichen Partei waren, anders als in jenen Hunderten von Fällen, in denen Beamtenbewerbern aus ihrer Mitgliedschaft — oder früheren Mitgliedschaft — in DKP oder dem MSB Spartakus ein Strick gedreht wurde, entschied der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof. Allerdings ging es dabei um ein Mitglied der NPD.

Am 14. Februar 1978 verkündete das Gericht »im Namen des Volkes«: »Es ist nicht erwiesen, daß die NPD verfassungsfeindliche Ziele im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfolgt; das heißt, daß sie aktiv kämpferisch, planvoll auf die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausgeht. Lediglich die programmatische Formulierung, statt »allen das gleiche« müsse der Satz befolgt werden »jedem das Seine«, könne den Ansatz einer »verfassungsrechtlich bedenklichen Fehlentwicklung bedeuten.« »Jedem das Seine« war die programmatische Endlösungsformel, die über dem Tor des Konzentrationslagers Buchenwald stand. Offenbar daraus leitete das Gericht die »Annahme« ab, daß die NPD »wesentliche Grundsätze der parlamentarischen Demokratie innerlich nicht anerkennt«. Dennoch entschied das Gericht: »Allein die Mitgliedschaft in der NPD ist nicht geeignet, die Verfassungstreue eines Beamtenbewerbers in Frage zu stellen, wenn er sich von den verfassungsrechtlich bedenklichen Erscheinungen ausreichend distanziert.«

Eine solche Teildistanzierung von den als verfassungsfeindlich betrachteten Programmpunkten der Partei hat man zum Beispiel DKP- oder Spartakus-Mitgliedern bislang nicht zugebilligt. Hier hieß es immer: mitgefangen — mitgehangen. Offenbar, um auch in Zukunft weiter so verfahren zu können, machte das Bayerische Verwaltungsgericht gerade akrobatische Verrenkungen: Aus einer Mitgliedschaft in der NPD könne sich eine volle Identifizierung mit den verfassungsfeindlichen Zielsetzungen der Partei nicht ergeben. »Denn bei dieser Partei fehlt die besondere Inpflichtnahme der Mitglieder, wie sie der Senat für die bisher beurteilten Parteien, so insbesondere die DKP, festgestellt hat. Während bei der DKP das Mitglied die Pflicht hat, an der Tätigkeit seiner Parteigruppe teilzunehmen, sich für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen und sie im gesellschaftlichen Leben aktiv zu vertreten, sind dem Mitglied der NPD keine besonderen Pflichten auferlegt.«

Als träte jemand nur in die NPD ein, um dort seinen Beitrag zu entrichten!

Dem betreffenden NPD-Mann glaubte das Gericht seine schriftliche Erklärung, jederzeit aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Eine etwa gleichlautende Erklärung gab auch das DKP-Mitglied Maja Otto-Gellinek in Hamburg ab: »Ich akzeptiere nicht nur die durch das Grundgesetz festgelegte demokratische Grundordnung, sondern bemühe mich auch, aktiv für deren Erhaltung einzutreten ...« Doch das nutzte ihr nichts. Auf eine Prüfung, inwieweit die Beamtenanwärterin sich mit den angeblich verfassungsfeindlichen Zielen der DKP identifiziere, verzichtete das Gericht großzügig: »Anderenfalls hätte es der Beamte immer in der Hand, durch Wohlverhalten im Dienst während der Probezeit sich trotz Vorliegens des Eignungsmangels der politischen Unzuverlässigkeit die Ernennung auf Lebenszeit zu 'erschleichen'.«

Einen besonderen Gag bei der Auslegung des Verfassungsurteils zum Radikalenerlaß leistete sich ausgerechnet das Bundesverwaltungsgericht. Hatten die Karlsruher Richter noch geschrieben, die Mitgliedschaft zum Beispiel in der DKP sei nur *ein* Indiz bei der Beurteilung des Bewerbers, so legte das Bundesverwaltungsgericht der Bewerberin Agnete Bauer-Ratzel zusätzlich als besonders schwerwiegend die Tatsache aus, daß sie »freiwillig in diese politische Partei eintrat«. Ob dem Verwaltungsgericht entgangen sein sollte, daß wohl die meisten Mitglieder freiwillig in eine Partei eintreten?

Erich Fried
Die Fragen und die Antworten

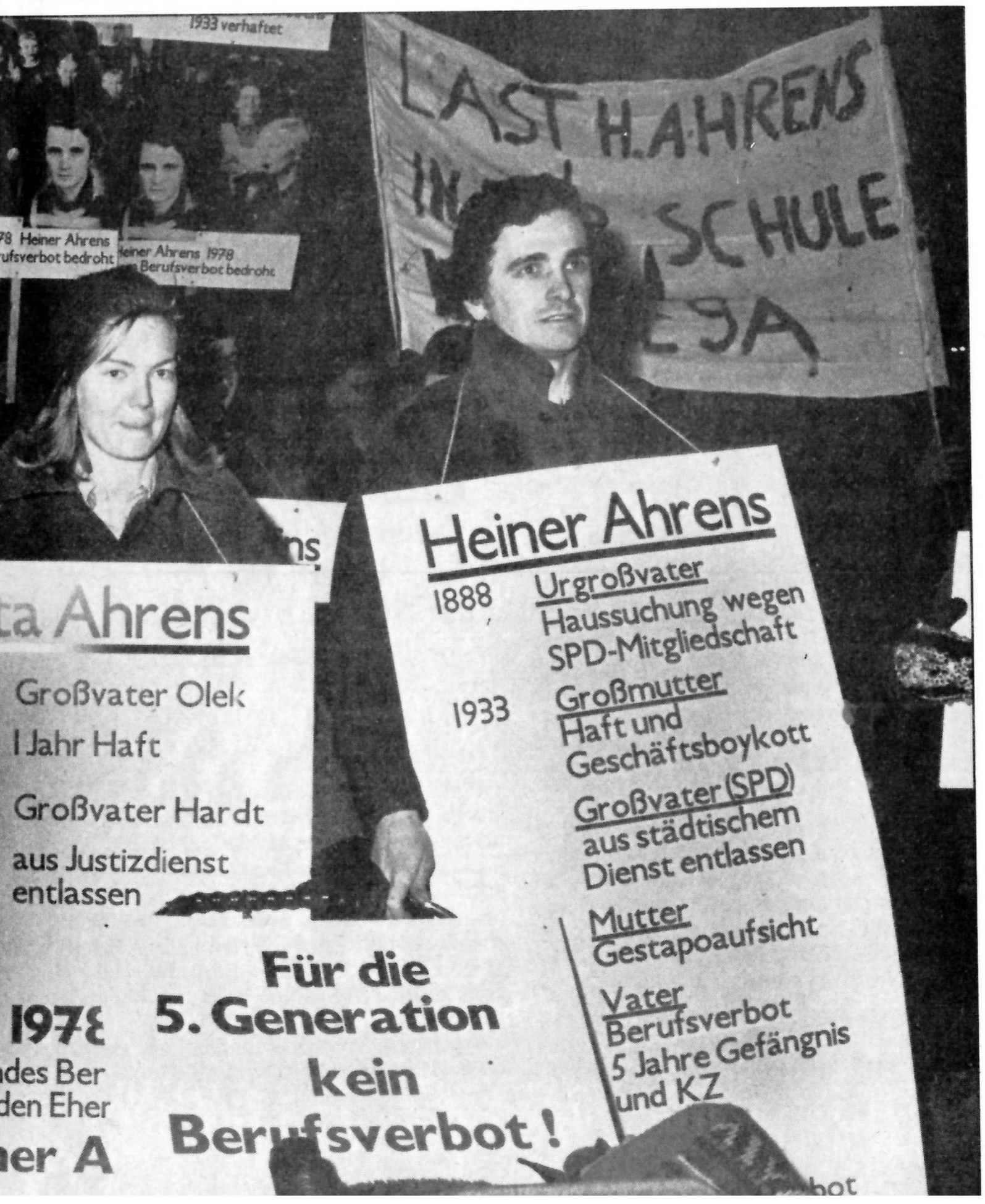
Wohin ist die Freiheit gegangen?
In alle vier Winde
Und die Demokratie?
Vor die Hunde und in den Knast

Wohin ist die Hoffnung gegangen?
In die Verfassung
Und die Enttäuschung?
In ihre Auslegungen

Wer hört die Gerechtigkeit an?
Wo soll sie wohnen?
Wann kommt die Freiheit zurück?
Wem wird sie geopfert?

Wohin sind die Fragen gegangen?
Zu den Scheren
Was haben sie gebracht?
Nichts als Papier

Wohin sind die Antworten gegangen?
Zu den Maschinenpistolen
Was haben sie gebracht
Tote und Tote



Das Gedicht von Erich Fried erscheint in seinem Band »100 Gedichte ohne Vaterland«, der — ausgezeichnet mit dem »Verlegerpreis der Sieben« — demnächst gleichzeitig in sieben Sprachen von sieben internationalen Verlagen herausgegeben wird. Auf deutsch erscheint er in Wagenbachs Taschenbücherei, 128 Seiten, 7 Mark

HEINRICH HANNOVER
ELISABETH HANNOVER-DRÜCK

Politische Justiz 1918-1933

Mit Beiträgen von
FRITZ BAUER, RICHARD SCHMID

Zu den beliebten Lebenslügen unserer deutschen Umwelt gehört die Annahme, der nazistische Unrechtsstaat habe anno 1933 begonnen. Die Geschichte der Justiz der Weimarer Republik macht deutlich, daß das NS-Regime die Verwirklichung einer Staatsauffassung war, die von breiten Schichten des Bürgertums und auch von Teilen der Justiz nicht schlechthin abgelehnt wurde . . .

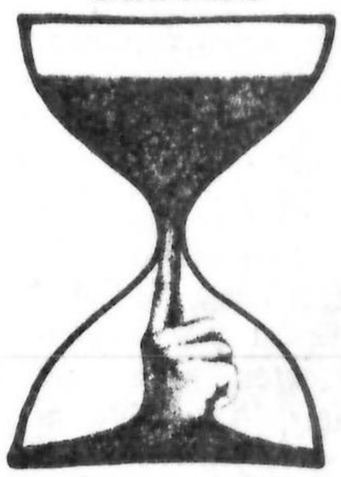
OSTERSTRASSE 120,
2000 HAMBURG 19
Telefon (0 40) 40 92 87

Bestellung über Buchhandel oder beim Verlag

ATTICA VERLAG

Urlaubssonderangebot zum Schmunzeln und Fluchen:
3 "Quadratbücher"
Cartoons - Karikaturen - Politgraphik
zusammen DM 29,8o

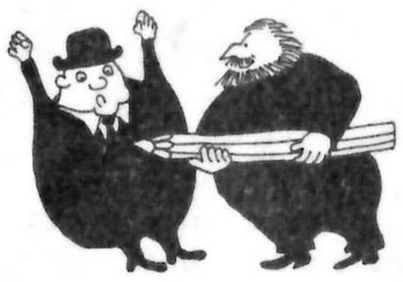
BUZZ'Z CARTOONS



Verlag Atelier im Bauernhaus

Zimpel

Politische Karikaturen
mit einem Vorwort von Dietrich Kittner



VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS

ERNST VOLLAND

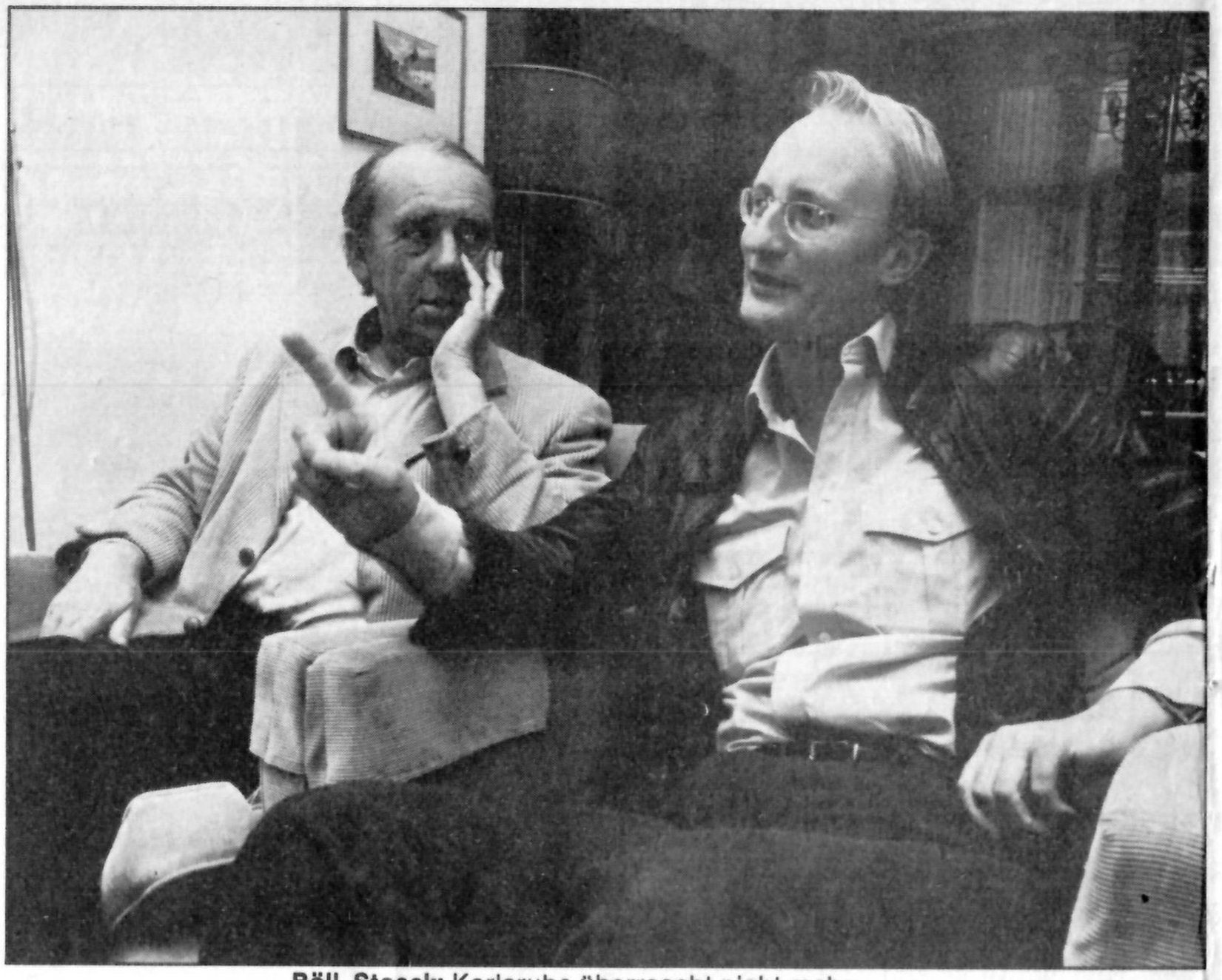
KARIKATUREN

VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS

Sonderangebot DM 29,8o nur beim Verlag gegen Voreinsendung eines Schecks, Bargeld oder Briefmarken. Einzusenden an:

VERLAG ATELIER IM BAUERNHAUS
28o2 Fischerhude

kostenlose Prospektinformation!



Böll, Staeck: Karlsruhe überrascht nicht mehr

Justiz: BGH

Das Recht auf Verleumdung

Klaus Staeck, Grafiker und Rechtsanwalt, kommentiert die BGH-Entscheidung gegen Heinrich Böll

»Bild« war mit dem Urteil des Bundesgerichtshofs in Sachen Böll gegen Walden vollauf zufrieden: »Böll wird sich auch künftig vorwerfen lassen müssen, was ihm vorzuwerfen ist.« Und was ihm vorzuwerfen ist, steht für »Bild« und alle Damen und Herren der Rechten seit langem fest. Springer-Autor Walden hatte es nur besonders perfide formuliert, als er anläßlich des Drenkmann-Mordes in einem Fernsehkommentar den Vorwurf erhob, Böll habe den Boden der Gewalt »durch den Ungeist der Symphatie mit den Gewalttätern gedüngt«. Der Nobelpreisträger als eine Art Übervater der Sympathisanten des Terrors. Mit Böll waren stellvertretend all jene gemeint, die sich der allgemeinen Hysterie differenzierend und nach den Ursachen des Terrors fragend entgegengestellt hatten.

Nach diesem Urteil wollen einige Klugscheißer Böll jetzt als Fehler ankreiden, daß er ein einziges Mal versucht hat, sich gegen die jahrelange Flut von Verleumdungen gerichtlich zur Wehr setzen. Es mag sein, daß es naiv war, Schutz gerade von einem Gericht zu erhoffen. Dann war aber auch Wallraff naiv, als er erfolglos gegen die Etikettierung als »Untergrundkommunist« klagte. Naiv war auch ich, als ich glaubte, ein Gericht würde mich vor dem Vorwurf schützen, ich sei ein »faschistischer Agitator«. Es ist kaum unsere Schuld, wenn einige Obergerichte einiges getan haben, um den Glauben an das Funktionieren einer unabhängigen Justiz als naiv erscheinen zu lassen.

Das BGH-Urteil kam also nicht überraschend. Wer die letzten höchstrichterlichen Entscheidungen verfolgt hat, kann sich seit geraumer Zeit nur schwer des Eindrucks erwehren, daß Karlsruhe ganz heimlich zu einer unheimlichen Hauptstadt der CDU/CSU zu werden droht.

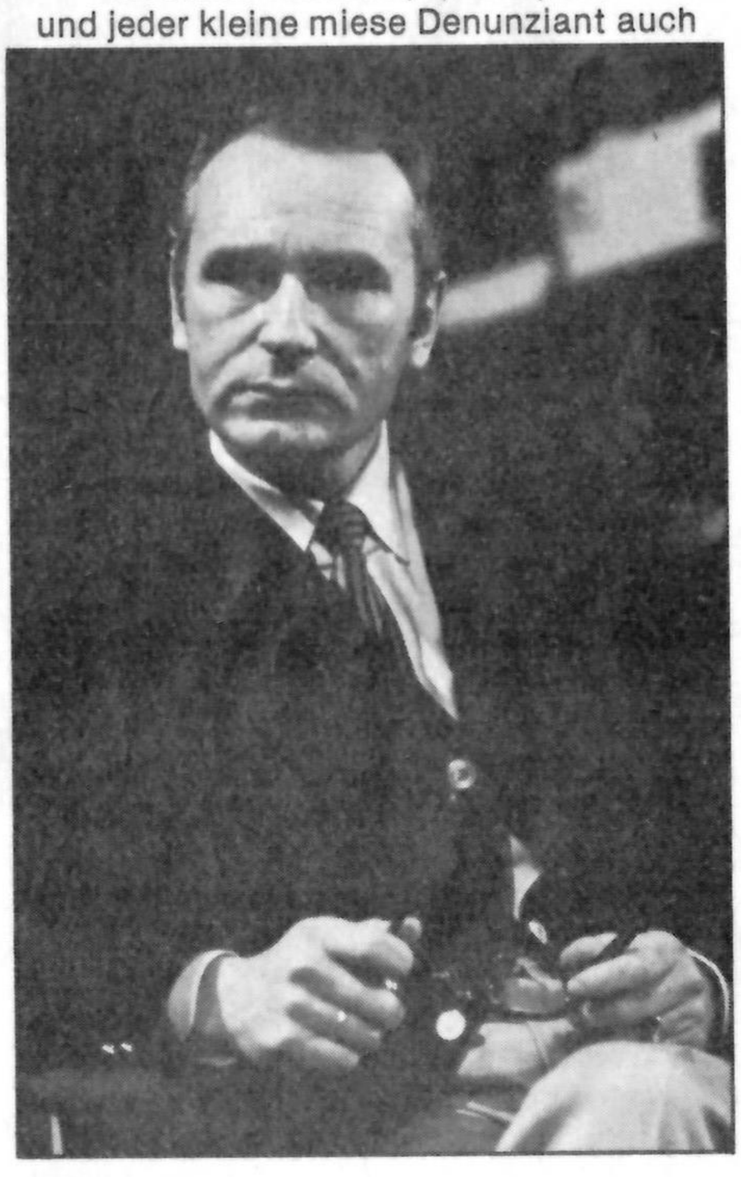
Politisch-klimatische Veränderungen machen sich oft erst mit einer zeitlichen Verzögerung von Jahren bemerkbar. Jetzt scheint der seit geraumer Zeit auf allen Gebieten zu beobachtende Rechtsruck die Gerichte erreicht zu haben. Rechtsstreitigkeiten — vor ein, zwei Jahren noch hoffnungsvoll begonnen — wurden von Instanz zu Instanz aussichtsloser. Wer von uns wird jetzt noch auf die Idee kommen, seine Persönlichkeitsrechte mit Hilfe der Gerichte schützen zu wollen? Böll nicht, Wallraff nicht und ich auch nicht.

Überrascht das Ergebnis des Richterspruches wenig, so verblüfft doch die Begrün-

dung. Die Zauberformel heißt Meinungsfreiheit. Nun wird niemand behaupten wollen, daß Rechte und Reaktionäre jedweder Schattierung zu irgendeinem Zeitpunkt deutscher Geschichte in ihrer Meinungsfreiheit ernstlich beschränkt gewesen wären. Insoweit bringt auch das Böll-Urteil keine Abweichung von der Tradition. Was die freie Meinung anbelangt, eröffnet es scheinbar Tür und Tor zu geradezu paradiesischen Zuständen. So feierte Enno von Loewenstern in der »Welt« das Urteil als »Triumph der Meinungsfreiheit«. Und Enno schwelgt schon in der neuen Verleumdungsfreiheit, wenn er Böll — den »Bösartigen« — rüde abkanzelt. All jenen Bürgern, die sich nicht im Besitz der rechten Gesinnung wähnen, sei trotzdem dringend empfohlen, sich nicht allzu vorlaut bei der Einschätzung ihrer politischen Gegner zu äußern. Was bleibt: Jeder Böswillige, jeder miese kleine Denunziant kann Böll künftig ungestraft weiter der geistigen Mittäterschaft des Terrors bezichtigen. All die vielen selbsternannten Hüter der Freiheit sind geradezu eingeladen, nun mit höchstrichterlicher Billigung künftig reichlich von dem Recht auf Verleumdung Gebrauch zu machen. Die Folgen sind absehbar.

Trotzdem besteht noch kein Grund zur Panik. Es gehört zur deutschen Tradition, daß Demokraten seit jeher auf das Übelste beschimpft werden. Wir haben zum wiederholten Male zur Kenntnis zu nehmen, daß auch in der zweiten Republik von der dritten Gewalt für diesen Personenkreis nur in beschränktem Maße Schutz vor persönlicher Verunglimpfung zu erwarten ist. Hüten wir uns aber zugleich vor pauschaler Verallgemeinerung. Fast zur gleichen Zeit hat ein Landgericht in Stuttgart unter Berufung auf das gleiche Grundrecht der Meinungsfreiheit Rolf Hochhuth erlaubt, Hans Karl Filbinger einen »furchtbaren Juristen« zu nennen. Der Unterschied ist nur, daß Hochhuth das Grundrecht zur Wahrheitsfindung nutzte, Walden aber zur Verleumdung. Juristen haben Filbinger und Böll in ein Boot gesetzt — ein an Absurdität kaum noch zu überbietender Gedanke.

Matthias Walden (u.) darf jetzt — und jeder kleine miese Denunziant auch



Da stehst du dann...

»Vereinbarungsgemäß erschien heute in meinem Dienstzimmer Herr...« So beginnt der vom Hamburger Senat damit beauftragte Dr. Reimers die Protokolle seiner Berufsverbots-Inquisitionen. Udo Hergenröder schrieb das Protokoll einer solchen »Anhörung« aus der Sicht des Opfers

Du weißt seit eineinhalb Jahren, seit 'Bild Hamburg' dich auf Seite 1 als DKP-Mitglied vorgestellt hat, daß dich Hamburgs Senat und Schulbehörde nicht laut- und schwerelos zum Lebenszeitbeamten mit Pensionsanspruch ernennen. Du kennst deren Rechts- und Demokratieverständnis. Dennoch wirst du nervös, wenn sich deine Ernennung immer weiter hinzieht, bist beunruhigt, als du das amtliche Schreiben in den Händen hältst, das deine Verfassungstreue anzweifelt und dir Berufsverbot in Aussicht stellt.

Du nimmst dieses Schreiben mit dem Geschäftszeichen V 42, gehst zu deiner Gewerkschaft, zur Betriebsgruppe, zur Fachgruppe, zur Schulkreiskonferenz, zum GEW-Landesvorstand. Die Kollegen sind empört, wollen helfen, machen dir Mut. »Wie willst du bei der Anhörung vorgehen?« Du weißt es noch nicht. Es wird Zeit, dir ein Konzept zu entwerfen. Ein Kollege voller Anteilnahme: »Du mußt jetzt Deine Haut retten und leugnen oder abschwören.« Ein anderer: »Deine Mitgliedschaft ist doch bekannt, Du solltest Dich auch bei der Anhörung dazu bekennen.«

Du wirst unsicher, besorgst dir Literatur, liest Anhörungsprotokolle, studierst Gerichtsurteile, sprichst mit deinem Anwalt. Mehrfach hörst du den Originalmitschnitt von Brechts Verhör vor dem McCarthy-Ausschuß, liest über die Eisler-Anhörung vor dem gleichen 'Komitee für unamerikanische Aktivitäten'.

Schließlich wird dir klar, du hast überhaupt keine Chance. Leugnest du, heißt es, 'Sie sind unaufrichtig, wir wissen es besser'. Weist du die Fragen zurück, heißt es, 'Wir können uns kein Prognose-Bild von Ihnen machen und somit die Zweifel nicht ausräumen'. Gibst du die Mitgliedschaft zu, bleiben die Zweifel ebenfalls bestehen, da ja die DKP angeblich verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. So oder so, niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen ... Noch einmal nimmst du dir die Protokolle der letzten fünf Einstellungs-Anhörungen, analysierst jetzt genauer. Du mußt dich entscheiden.

Ich entscheide mich, eine offensive Erklärung zu Protokoll zu geben. Und während ich die Erklärung vorbereite, lese ich die Feststellung des SPD-Parteivorstands, daß »der Radikalenerlaß nicht mehr existent« sei und »endgültig auf den Müllhaufen« gehöre. Liberalala. Das bleibt erstmal ohne Folgen. Ich habe am Donnerstag, 27. April 1978, 13.30 Uhr, Herrn Oberregierungsrat Reimers »im Dienstgebäude Hamburger Straße 31, Zimmer 908, zu einem Gespräch aufzusuchen.«

Da stehst du dann im Muff einer Behördenstube. Neben dir dein Anwalt. Händeschütteln mit dem »Gesprächsleiter« Reimers und dem für dich zuständigen Oberschulrat. Du darfst dich setzen, darfst rauchen. Dies ist kein Tribunal, eher eine Unterhaltung. Höflich, aber entschieden wird hier deine berufliche Existenz bedroht. Wie viele waren es vor dir, wie viele werden nach dir noch vor diesem verschlissenen Schreibtisch sitzen? Und wie lange wird es der dahinter noch treiben? Es kann losgehen:

»Wollen Sie eine Erklärung abgeben?« Nein, ich lege Stellungnahmen von GEW-Kollegen und -Gremien auf den Tisch, nenne sie aussagekräftiger als jede Anhörung und bezeichne diese als überflüssig. Reimers: »Die Wertung, die hier von der Behörde vorzunehmen ist, kann ihr nicht durch andere Personen abgenommen werden.«

»Wollen Sie jetzt eine Erklärung abgeben?« Nein, erst kommt der Protest, daß ich diese Anhörung nicht auf Band aufnehmen darf. Reimers: »Die Senatsanordnung vom 26.7.1977 schreibt die Nichtöffentlichkeit des Verfahres fest.«

Nun gebe ich meine vierseitige Erklärung zu Protokoll, lese sie in ein Diktiergerät (Auszüge):

»... Die Anhörungs- und Einstellungspraxis des Hamburger Senats verstößt eindeutig gegen den Geist unserer Verfassung ... Der hier praktizierte Umgang steht in der unrühmlichen Tradition der 'Karlsbader Beschlüsse' von 1819 und der 'Bismarckschen Sozialistengesetze' von 1878, der 'Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' von 1933 und des 'Adenauer-Erlasses' von 1950. Als Betroffener sehe ich mich hingegen in der geachteten demokratischen Tradition all jener, die seit Jahrhunderten mit solchen Beschlüssen, Gesetzen und Erlassen verfolgt und an der Berufsausübung gehindert werden ... und es trifft gerade diejenigen, die sich hierzulande besonders aktiv für Freiheit und Demokratie einsetzen...

»Du kommst an einen Punkt, an dem dir nichts mehr einfällt«

Wie Sie wissen, hat mich die Hamburger Presse mehrfach als Kommunist bezeichnet. Ich habe dies nicht widerrufen. Denn ich bekenne mich als Kommunist und sage offen, daß ich mich politisch für eine sozialistische Gesellschaftsform in der Bundesrepublik einsetze. Mit dieser Zielsetzung stehe ich sehr wohl im Einklang mit dem Grundgesetz, das — übrigens unter Mitwirkung von Kommunisten — als antifaschistisches Gegenmodell zu dem faschistischen Unrechtssystem geschaffen wurde und die Möglichkeit einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsform einschließt. Und es ist mein ebenfalls verfassungsgemäß verbrieftes Recht, mich als Kommunist derjenigen legalen Partei anzuschließen, die nach meiner Auffassung als einzige sozialistische Ziele vertritt ...

In der Zugehörigkeit zu dieser Partei sehe ich keinerlei Widerspruch zu den Pflichten eines Beamten. Der Sozialismus, für den ich mich einsetze, ist ein zutiefst demokratischer Sozialismus, der die in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechte garantieren und erweitern soll. Dazu gehören für mich u.a. Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs-, Demonstrations- und Streikrecht, Religionsfreiheit, allgemeine freie Wahlen mit der Möglichkeit des demokratischen Wechsels, Parteienpluralität einschließlich Oppositionsparteien, unabhängige Gewerkschaften, Unabhängigkeit der Gerichte, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Recht auf Arbeit, Recht auf qualifizierte Ausbildung usw. ...

Ich habe aus meiner politischen Haltung als Journalist nie ein Hehl gemacht. Und wenn Sie schon vorgeben, sich hier ein Urteil über meine Persönlichkeit bilden zu wollen, so muß ich darauf bestehen, daß sie alle meine Veröffentlichungen in ihre Urteilsfindung einbeziehen. Meine journalistischen Beiträge finden Sie in:

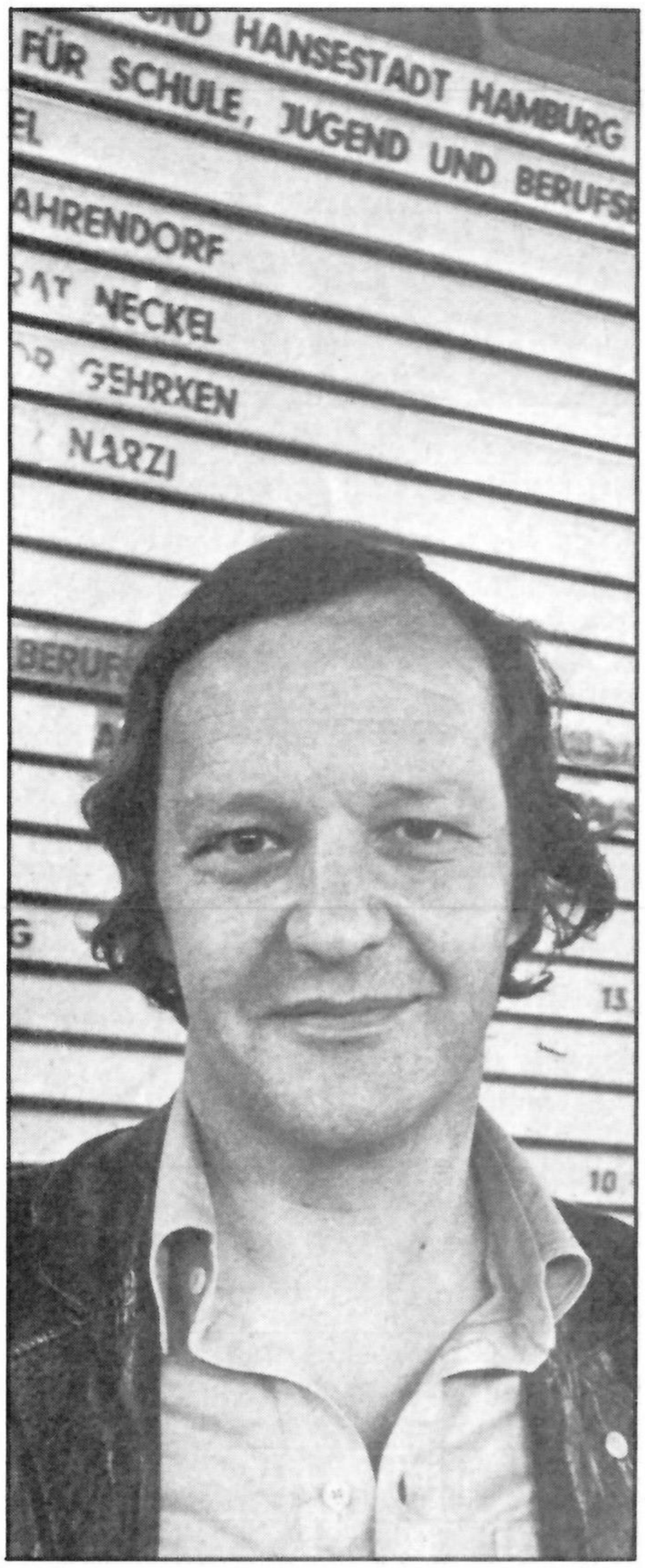
1. VDI-Nachrichten, Jahrgänge 1964 und 1965,
2. Wirtschaftsmagazin Capital, 1965 bis 1971,
3. manager-magazin, Jahrgänge 1971 und 1972,
4. KONKRET, Jahrgang 1973,
5. Hamburger Lehrerzeitung, 1976 bis 1978

Lesen Sie alle meine Beiträge in diesen Zeitschriften und nennen Sie mir eine einzige Stelle, die zu Zweifeln an meiner Verfassungstreue Anlaß gibt.

Meine Gewerkschaftskollegen, die mir — in Kenntnis meiner politischen Position — ihr Vertrauen mit der Wahl zum Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung gegeben haben, empfinden dieses Anhörungsverfahren als einen Schlag gegen ihre demokratische Willensbildung ... Sie stellen sich die Frage, ob hier nicht der Schriftleiter ihres Gewerkschaftsorgans mundtot gemacht werden soll, ob hier nicht mit undemokratischen Mitteln ein demokratischer Wahlvorgang rückgängig gemacht werden soll, ob nicht mit diesem Verfahren in die Unabhängigkeit der Gewerkschaft und der Presse eingegriffen wird ...«

Gesprächsleiter Reimers entgegnet meiner Erklärung mit einer ebenso langen Stellungnahme, die aus Zitaten eines »Zeit«-Artikels von Martin Kriele besteht, darin heißt es u.a.:

»Subjektiv wollen Kommunisten Freiheit und Demokratie vollenden ... Objektiv führt das in den Totalitarismus und stärkt den mächtigsten Imperialismus, der jemals die Menschheit unterdrückt, erniedrigt und bedroht hat ... Wer nicht weiß, warum der Kommunismus zwangsläufig immer auf Totalitarismus hinauslaufen muß, der will es nicht wissen ...« Reimers ergänzt Krieles wirres antikommunistisches Potpourri, indem er sich seitenlang selbst zitiert, und kommt zu dem Ergebnis, »daß die politischen Zielvorstellungen der DKP auf einen Zustand hinausliefen, der von der Verfassung nicht mehr gedeckt, also verfassungswidrig sei.« Und da ich meine Mitgliedschaft in der DKP nicht geleugnet hätte, seien so die Zweifel zu verstehen gewesen, daß ich jederzeit ...



GEW-Redakteur Hergenröder:
»Nicht die DKP will in den Öffentlichen Dienst, sondern ich«

Ich habe meine eigenen politischen Zielvorstellungen klar zum Ausdruck gebracht. Es kann hier nicht um die Ziele der DKP, sondern nur um meine eigenen Vorstellungen gehen. Nicht die DKP will in den Öffentlichen Dienst, sondern ich selbst will es.

Wir haben hier Ihre Gesamtpersönlichkeit zu würdigen. Dazu gehört die Gesamtheit Ihres Handelns. Zu diesem Handeln gehört auch, daß Sie als Mitglied der DKP deren Ziele aktiv unterstützen.

Welche konkreten Handlungen werden mir vorgeworfen?

Sicherlich werden Ihnen keine Straftaten zum Vorwurf gemacht. Handeln in diesem Sinne ist aber z. B. die Unterstützung der Partei durch Mitgliedsbeiträge, Tätigkeit im Wohngebiets-Gruppenvorstand oder Öffentlichkeitsarbeit.

Ich stelle fest, daß Sie die von mir erklärten Ziele einfach ignorieren und stets Ihre Interpretation der DKP-Ziele zugrunde legen. Die DKP ist eine demokratische Partei, in der die Ziele laufend in der Diskussion stehen.

Wollen Sie damit sagen, daß Sie nicht alle Ziele der DKP unterstützen?

Parteipolitische Ziele sind für mich kein Dogma. Entscheidend sind für mich die Ziele, die ich in meiner Erklärung beschrieben habe. Ich möchte nun wissen, ob die von der Behörde geäußerten Zweifel durch meine Erklärung ausgeräumt sind.

Der entscheidende Punkt nämlich, Ihre Tätigkeit für die DKP, ist durch Ihre Äußerungen nicht aufgeklärt worden, da die Diskrepanz zwischen den Zielen der DKP und den Zielen des Grundgesetzes nicht überbrückbar erscheint.

Danach könnte ich Ihre Zweifel nur dadurch ausräumen, daß ich hier den DKP-Zielen abschwöre.

Sicherlich bestünde die Möglichkeit, sich zu einzelnen verfassungswidrigen Positionen des DKP-Programms zu äußern und sich davon ggf. zu distanzieren.

Welche der von mir genannten politischen Ziele verstoßen gegen die Beamtenpflichten?

Zwischen den von Ihnen genannten Zielen und den Zielen der Beamtengesetze besteht sicherlich Übereinstimmung. Dennoch bleibt der Widerspruch, daß die DKP als Partei verfassungswidrige Zielvorstellungen hat und daß Sie als Mitglied diese Partei (mit ihren Zielen) unterstützen.

Ich wiederhole: Keine demokratische Partei ist für mich ein monopolitischer Block, in dem es keine Diskussionen gibt. Meine eigenen politischen Zielvorstellungen habe ich genannt. Und nur um diese kann es hier gehen.

So ein »Gespräch«, wie es verharmlosend im Behördenjargon heißt, hat seine Tücken. Du sitzt einem durchtrainierten Volljuristen, einem Bürokraten mit vielfacher Anhörpraxis gegenüber, hast mehrmals das Gefühl, nicht offensiv genug zu sein, nicht scharf genug zu kontern. Und du kommst an einen Punkt, an dem dir nichts mehr einfällt, weißt aber, du darfst jetzt nicht nachlassen, mußt weitermachen und versuchen, in die Denkroutinen deines Gegenübers einzubrechen.

Nach 125 Minuten ist das so genannte Gespräch beendet. Draußen warten Kollegen aus deiner Betriebsgruppe. »Wie wars, wie ist es gelaufen?« Die Frage kommt immer wieder in den folgenden Tagen. Befriedigende Antwort kannst du nicht geben.

Eine Woche später kommt das Anhörungsprotokoll, eine 11seitige Zusammenfassung durch den Gesprächsleiter. Du darfst es korrigieren, genehmigen und weißt nun nicht, was folgen wird. Auf eine Entscheidung kannst du ein halbes Jahr und länger warten.

„Dann sieht die Landschaft anders aus"

KONKRET enthüllt das vertrauliche Protokoll einer Sitzung des Bundestags-Innenausschusses

Im Schutz einer desinteressierten Bürgerpresse und eines schlafenden Parlaments entsteht in der Bundesrepublik eine Geheime Staatspolizei. Das geht aus den Reden hervor, die der damalige Bundesminister des Innern Werner Maihofer und der Präsident des Bundeskriminalamts Horst Herold in vertraulicher Sitzung vor den Abgeordneten des Innenausschusses hielten. KONKRET kürzte das Protokoll um die dümmlichen Abgeordneten-Fragen (insbesondere der Herren Langguth, CDU, und Spranger, CSU). Inzwischen hat die flexible FDP auf die Konkurrenz der Umweltschützer reagiert und einen Baum zum Innenminister gemacht. Ändern wird das nichts, denn Baum hat als Maihofers Parlamentarischer Staatssekretär vom Fall Traube bis zu den Grenzschutz-Listen alles brav mitgemacht. Nichts spricht dagegen, daß er sein Amt im Ungeist seines Vorgängers weiterführen wird.

Vorsitzender Dr. Wenitz (SPD): Die »Leistungsbilanz Terrorismusbekämpfung 1977/78« ist ausgeteilt worden und liegt jedem vor. Bitte, Herr Dr. Herold.

Präsident Dr. Herold: Zur Lage darf ich Ihnen in vier Komplexen berichten, erstens zu den Ereignissen, zweitens zum Stand der Ermittlungen, drittens zur Lage im Ausland und viertens zu den Fahndungsansätzen zwecks Ergreifung der noch flüchtigen Terroristen.

Erstens zu den Ereignissen — ich will mich bemühen, es in aller Kürze zu machen: Seit dem 1. Dezember 1977 haben sich in der Bundesrepublik 21 Sprengstoffanschläge auf einem gesteigerten Niveau ereignet, darunter 14 im Raum Frankfurt/Main, die wir der »Revolutionären Zelle« zuschreiben. Damit hat die »Revolutionäre Zelle« in der Bundesrepublik ihren 57. unaufgeklärten Anschlag verübt, zuletzt die beiden Anschläge mit großen Sachschäden im Arbeitsamt und im Ordnungsamt von Frankfurt/Main. Bei den genannten 21 Anschlägen sind auch noch der Anschlag auf das Bundesamt für Zivildienst und der Anschlag auf das Haus eines Richters, der den Vorsitz im Grohnde-Prozeß hat, zu verzeichnen.

In derselben Zeit sind fünf Banküberfälle zu verzeichnen, die wir der terroristischen Szene zurechnen müssen, und zwar mit einer Gesamtbeute von etwa 2,2 Millionen DM. Es ist aber denkbar, daß weitere zwei Überfälle in diesen Bereich gehören; dann würde sich die Beute auf etwa 3 Millionen DM steigern.

Leider hat die Zahl der Ausweisentwendungen nicht nachgelassen. Es wurden in dem besagten Zeitraum wiederum 458 Bundespersonalausweise, 266 Reisepässe und 2.012 Führerscheine — jeweils blanko — entwedet. Ausgefüllte Papiere sind also nicht eingerechnet.

(Zuruf von der SPD: Und wo?)

Aus Landesämtern, Bürgermeistereien und anderen Verwahrorten wie Paßämtern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Gibt es Schwerpunkte?)

Nein, das verteilt sich auf das ganze Bundesgebiet.

(Bundesminister Dr. Dr. h.c. Maihofer: Trotz strikter Absprachen!)

Das bezieht sich, wie gesagt, auf die Zeit seit dem 1. Dezember 1977.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nicht aus Panzerschränken, sondern gewöhnlichen Schränken?

Ja, bei ungenügender Aufbewahrung. Das geschieht trotz vorhandener Richtlinien und Absprachen.

Die Zahl der Reisebewegungen in der BEFA-Szene — der Begriff ist Ihnen ja bekannt — hat im Berichtszeitraum keine Schwerpunkte erkennen lassen, wenn man Berlin ausnimmt. Aus Berlin sind 534 BEFA-Personen ausgereist, und 534 sind

BEFA heißt »Beobachtende Fahndung«. Das ist eine normale polizeiliche Maßnahme z. B. bei der Verfolgung von Rauschgift- oder Bandenverbrechen: Personen in der engsten Umgebung von Tatverdächtigen werden beobachtet. Anders bei der BEFA 7, die dem Terrorismus gilt: Hierbei werden alle Kontaktpersonen in den Fahndungscomputer des Bundeskriminalamts (BKA) gespeichert, die im Umfeld eines Tatverdächtigen erfaßt werden - auch Personen, die nur zufällig und ahnungslos mit einem Verdächtigen in einem Zugabteil sitzen. BEFA 7 bedeutet gelegentliche oder regelmäßige Telefonüberwachung, Postkontrolle, Personenüberwachung, Registrierung sämtlicher Grenzübertritte. Fluggesellschaften liefern Buchungslisten, Leihwagenfirmen melden Fahrzeugmieter.

Sämtliche Gefängnisbesuche werden kontrolliert, alle der BEFA unterliegenden Besucher, z. B. auch Anwälte, werden überwacht, Gesprächsprotokolle werden ans BKA und an das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geliefert.

Detlef Schulz war angeklagt, in einem Wald bei Sprendlingen am 7.5.76 den Polizisten Fritz Sippel erschossen zu haben. Schulz wurde jetzt freigesprochen, weil die tödliche Kugel aus der Waffe eines Kollegen von Sippel stammte.

INPOL ist das normale Computersystem der Polizei, in dem gefahndete Personen, Waffen, gestohlene oder gefälschte Pässe, gesuchte Kraftfahrzeuge gespeichert sind. PIOS (= Personen, Institutionen, Organisationen, Sachen) ist der spezielle Terror-Computer des BKA. In ihm sind gespeichert: gestohlene oder verlorene Ausweise (Pässe, Führerscheine) und ihre früheren Besitzer, Kontaktpersonen von Gesuchten, Sympathisanten (z. B. Leute, die 1968 mit Ulrike Meinhof befreundet waren, auch wenn sie mittlerweile Makrobioten geworden sind.) Im PIOS findet man unbeschuldigte

eingereist. Die Tatsache, daß zwischen diesen Zahlen keine Saldoverluste eintreten, zeigt, daß diese — bei einer Gesamtszene von 1.300 große Zahl doch auf eine ziemlich lückenlose Überwachung gerade dieses Verkehrs zurückgeht. Dies müßte man im übrigen als VS-vertraulich behandeln.

(Vors. Dr. Wernitz: Die Zahlen usw.(?)

Ja, und auch das andere, wenn ich nicht gelegentlich eine Ausnahme machen kann ... Eine beträchtliche Steigerung ist bei den Kontakten in den Zellen der Untersuchungshäftlinge und der Strafhäftlinge festzustellen. Wir haben im Augenblick — nach der Statistik des Herrn Justizministers — 91 Personen in Untersuchungs- und Strafhaft. In dem Berichtszeitraum haben 3.500 Besuche, darunter 341 von BEFA-Personen, stattgefunden. Die Szene verstärkt also ihre Kontakte in die Zellen. Alle diese Besuche sind überwacht; Auffälligkeiten werde ich dann noch kurz angeben.

Im Berichtszeitraum wurden 36 Terroristen festgenommen. Dem stehen 24 Entlassungen gegenüber, darunter Namen von einiger Bedeutung wie Jarowy und Reimers gegen 15.000 DM Kaution. Ferner ist bei Schulz, dem vermutlichen oder von uns verdächtigten Täter des Sprendlinger Polizistenmords, der Haftbefehl aufgehoben worden, weil die Beweislage offenbar nicht ausreicht. Desgleichen aufgehoben worden ist der Haftbefehl gegen Rosemarie Pries, die während der Schleyer-Entführung in Flensburg-Kupfermühle festgenommen wurde.

Im logischen Bereich verstärkt sich der Verdacht eines bevorstehenden Angriffs auf das BKA und seine Einrichtungen. Es sind mehrfach BEFA-Personen im Gelände, im Bereich des BKA getroffen worden, als sie das Amt photografierten. Eine dieser Personen, eine Piroch aus Nürnberg, wurde am 2. April in Tübingen bei einem Kfz-Diebstahl festgenommen. Wir nehmen an, daß wir hier in die Vorbereitung eines Kapitalverbrechens hineingestoßen sind. Auch verstärken sich die Anzeichen aus den Zellen dafür, daß die Besucher kodierte Nachrichten erhalten, das Informationssystem der Polizei — INPOL, PIOS — gezielt anzugreifen.

Am 21. April, also vor wenigen Tagen, wurden unter Umständen, die denen des Falles Bubacks gleichen, in einem Steinbruch bei Bamberg Schießübungen mit Maschinenpistolen durchgeführt. Zugleich stellen wir verdächtige Kraftfahrzeugbeschaffungen im Raum Nürnberg fest. Nach unserer Überzeugung befindet sich hier eine Aktion in Vorbereitung. — Auffällig ist auch der Diebstahl verschiedener Behördenfahrzeuge, z.B. Sanitätsfahrzeuge. Zu den Schlußfolgerungen komme ich dann noch kurz.

Lehrer, Pfarrer, Rechtsanwälte, Kinderladen-Gründer, Wohngemeinschaften - für die Polizisten vor Ort ist jede Wohngemeinschaft verdächtig. PIOS-Speicherungen werden nie wieder überprüft - wer da mal drin ist, bleibt drin.

Günther Sonnenberg wurde am 26. April wegen zweifachen Mordversuchs an Polizisten zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Er war im Mai 1977 zusammen mit Verena Becker nach einer Schießerei mit Polizisten in Singen/Hohentwiel festgenommen worden.

Knut Folkerts erschoß am 22. September 1977 in Utrecht einen Polizisten und sitzt seither in Holland eine Freiheitsstrafe ab. Die Bundesrepublik hat u.a. wegen Beteiligung an dem Attentat auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback Antrag auf Auslieferung gestellt, über den demnächst entschieden wird.

Zweitens zum Stand der Ermittlungen: Es konnten die Ermittlungen in verschiedenen Fällen des Jahres 1977 verfeinert werden; das gilt insbesondere für die Befragung von Zeugen. Diese haben ergeben, daß Sonnenberg in Betracht kommt, der beim Verlassen des Fluchtautos jene Tasche trug, in der wahrscheinlich die Tatwaffe verborgen war. Ich darf darauf hinweisen, daß Sonnenberg, der heute eine lebenslängliche Freiheitsstrafe wegen des Singener Vorgangs erhalten hat, ja auch in Singen mit der Buback-Tatwaffe getroffen wurde.

Desgleichen kann nunmehr auch mit einiger Sicherheit Folkerts als vermutlicher Fahrer des Tatkrades dem Fall Buback zugeordnet werden. Er wird von Zeugen als Fahrer des Flucht-Pkw erkannt; er wurde mehrmals im Fluchtort Sachsenheim gesehen; er hatte in Germersheim nach einem Krad »Honda« gefragt und hat in Mönchengladbach am selben Tage, als Sonnenberg die Suzuki mietete, auch den Versuch der Anmietung einer Suzuki unternommen.

Folkerts kommt des weiteren für die Tat vom 25. August — das war die Flächenabschußvorrichtung, die auf das Gebäude des GBA gerichtet war — in Betracht. Hier ist er durch Handschriftenerkennungsdienst überführt, Mieter der konspirativen Wohnung Ihmepassage in Hannover gewesen zu sein, die als Werkstatt für diesen Anschlag diente. — Zugleich ist er von Zeugen in Hannover und in Hamburg als Käufer der Rohre für diese Flächenabschußvorrichtung identifiziert worden.

Neu ist, daß die in Hamburg festgenommene Terroristin Kuby nunmehr eindeutig dem Fall Schleyer, aber auch dem Überfall auf den GBA zugerechnet werden kann. Wir haben kriminaltechnisch eindeutige Beweise für ihre Mittäterschaft in der Wohnung Ihmepassage in Hannover gefunden.

Im Fall Schleyer steht ferner fest, daß Folkerts im Juli 1977 den Überfall auf das Bankhaus Neelmeyer in Bremen organisiert hat, der dann während der Schleyer-Entführung, am 26. September, von diesem Stütz-

Silke Maier-Witt ist der Mitwirkung an der Schleyer-Entführung verdächtig.

Christiane Kuby wurde am 21. Januar 1978 nach einer Schießerei in Hamburg festgenommen. Mit 22 Jahren gilt sie als derzeit jüngster RAF-Kader.

Monika Helbing ist verdächtig, die erste konspirative Wohnung für die Schleyer-Entführung in Erftstadt-Liblar angemietet zu haben.

Elizabeth van Dyck ist der Mitwirkung an der Schleyer-Entführung verdächtig.

Susanne Albrecht wird der Mitwirkung am Ponto-Mord verdächtigt.

Ina Liepmann saß seit Oktober 1973 in Westberlin wegen eines Sparkassenüberfalls. Am 2. März wurde sie im Austausch mit dem von der »Bewegung 2. Juni« entführten Berliner CDU-Chef Peter Lorenz nach der Demokratischen Volksrepublik Jemen geflogen. Mit ihr Verena Becker, Rolf Pohle, Rolf Heissler und Gabriele Kröcher-Tiedemann. Horst Mahler verzichtete.

punkt in Hannover aus auch durchgeführt wurde. Die Beute betrug 500.000 DM. — Als Tatbeteiligte ist durch Kriminaltechnik weiter Kuby identifiziert.

In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß sich aus den Aufzeichnungen der Kröcher-Tiedemann, die in der Schweiz festgenommen wurde, eindeutige Verbindungen zu Folkerts während seines Aufenthalts in den Niederlanden ergeben. Das ist der erste Hinweis darauf, daß Kröcher-Tiedemann auch zum Fall Schleyer in Beziehung zu bringen ist.

Im Fall Mogadischu sind Aufzeichnungen der Kröcher-Tiedemann computermäßig entschlüsselt worden. Sie bezeichnen genau nach Typ und Nummer ein Radiogerät seltenen Typs, nämlich jenes Radiogerät, das als Waffenversteck für die Attentäter von Mogadischu, zur Einschleusung der Waffen in die entführte Lufthansa-Maschine diente. Damit haben wir jetzt zum erstenmal auch einige noch vage, sehr vage Anhaltspunkte, die in den letzten Tagen in der Presse diskutiert worden sind und nach denen eine Verbindung zum Fall Aldo Moro gemutmaßt wird. Ich bin gern bereit, zu diesem Punkt später noch Stellung zu nehmen.

Im Berichtszeitraum wurden neun konspirative Wohnungen entdeckt, die für die Fälle Buback, Ponto und Schleyer als Stützpunkte und Basen gedient haben. Vier davon sind herausragend wichtig, zunächst die Wohnung in Erftstadt-Liblar, die wie kriminaltechnisch nachgewiesen ist, bis zum 13. September Schleyer-Versteck gewesen ist, nach dem 16. September mit Sicherheit nicht mehr, denn es wurde, wie hier schon vorgetragen worden ist, dort am 16. September der Strom abgelesen, und der abgelesene Wert ist seitdem nicht mehr verändert worden, was ein doch ziemlich sicheres Indiz dafür ist, daß die Wohnung nachher nicht mehr verwendet wurde.

Zum anderen sind die Wohnungen Voltmerstraße 45 und Ihmepassage 10 in Hannover bedeutsam. Beide Wohnungen dienten als Werkstatt für den Überfall vom 25. August und als Bandenunterschlupf nach der Schleyer-Entführung. Wir können kriminaltechnisch nachweisen, daß sich dort aufgehalten haben: Maier-Witt, Kuby, Helbing, Knut Folkerts, van Dyck, Susanne Albrecht und — was überraschend ist — auch Siepmann, von der die letzte Spur ja war, daß sie sich zusammen mit den anderen im Falle Lorenz Befreiten und Ausgeflogenen im Jemen befindet. Hier haben wir einen sicheren Beweis dafür, daß sie sich zu dieser Zeit in der Bundesrepublik aufgehalten hat.

Die spanischen Behörden wurden erpreßt: Wenn sie nicht bereit seien, bundesdeutsche Polizei in Mallorca arbeiten zu lassen, würden spanischen Flugzeugen die Landerechte in der BRD entzogen.

Was drittens das Ausland betrifft, so hat der Einsatz des INPOL- und des PIOS-System in Palma de Mallorca für die Überprüfung von 70.000 Hotelmeldezetteln von dort in der fraglichen Zeit übernachtenden Deutschen als Nebenprodukt 80 Festnahmen aus dem allgemeinen kriminellen Bereich erbracht. Hauptziel und erreichtes Ziel war eine Entschleierung der Hintergründe, woher sie gekommen sind und von wem sie finanziert wurden. Ich glaube, das sollte man hier jetzt noch nicht erörtern.

Desgleichen konnten in diesem Zusammenhang die Käufer des Tickets entschlüsselt werden, das Schleyer jun. benutzen sollte, um die 15 Millionen Dollar auf einer Weltreise nach Karatschi zu transportieren; unterwegs wollte man sie ihm ja abnehmen. Wir kennen nunmehr die beiden Täter. Auch hier ist es vielleicht nicht angebracht, noch auf die Namen einzugehen. Das Beklemmende daran ist, daß auch diese beiden Täter auf das Ursprungsgebiet der Mogadischu-Entführer und der Entebbe-Entführer und weiterer hochgefährlicher Kreise im In- und Ausland zurückführen.

Viertens. Es besteht nunmehr ein Überblick darüber, daß von den 20 noch gesuchten an den Fällen Buback bis Schleyer Beteiligten sechs Personen in größeren Räumen, die sich außerhalb der Bundesrepublik befinden, geortet werden konnten; drei dieser Personen bewegen sich, gewissermaßen weltweit kreisend, die Bundesrepublik meidend, um die Bundesrepublik herum. Es sind alle Anstrengungen unternommen, um mit Hilfe ausländischer Behörden — natürlich bei sehr begrenzten Möglichkeiten — hier zu einem Fahndungserfolg zu kommen. — Soweit in Kürze die Sachlage.

Vorsitzender. Dr. Wernitz: Vielen Dank! — Herr Dr. Maihofer, bitte.

Bundesminister Dr. Dr. h.c. Maihofer: Ich möchte einige Ergänzungen zur Lage in Italien machen, denn das, was dort vor sich geht, muß uns ja nicht nur auf Grund unserer Verbundenheit mit Italien — auch bezüglich der Sicherheitskräfte untereinander — bewegen, sondern auch im Blick auf die Beurteilung der Gesamtlage im internationalen Terrorismus.

In Italien verfolgen die »Roten Brigaden« mit ihrer Entführung Aldo Moros drei Ziele: Erstens wollen sie einen Parallelprozeß zum Turiner Prozeß mit einem »Volksgerichtsurteil« inszenieren. Zum zweiten — und wir sind inzwischen in die zweite Phase gekommen — versuchen sie, sich völkerrechtlichen Status dadurch zu verschaffen, daß sie nun zum Verhandlungssubjekt — möglichst einer Verhandlung zwischen dem Heiligen Stuhl und diesen »Roten Brigaden« — werden. Es ist ja ihr altes Ziel, gleichsam als kriegsführende Partei völkerrechtlich verhandlungsfähig zu werden. Zum dritten verfolgen sie natürlich das Ziel der Auslieferung der Gefangenen, d.h. sie versuchen, diese 13 Personen herauszupressen, die nun vor kurzem genannt worden sind.

Nun, dies alles — so stehen die Vorzeichen — wird die italienische Regierung und die übrigen politischen Kräfte in Italien nicht dazu veranlassen, den Forderungen der Entführer nachzugeben. Das ist ein auch für uns außerordentlich wichtiger Vorgang, denn dann, wenn dies in der Tat nicht geschähe, würde noch offenkundiger, daß es nicht gelingt, eine Regierung in die Knie zu zwingen, weder dadurch, daß man den »Chefmonopolkapitalisten« eines Landes wie der Bundesrepublik, das man für monokapitalistisch hält, entführt, noch dadurch, daß man einen Spitzenpolitiker in einem solchen Lande entführt. Ich glaube, dies ist — so bitter dies dann im Einzelfall in den Folgerungen auch zu ertragen ist — eines der wirksamsten Mittel, um überhaupt diesem internationalen Terrorismus ein Ende zu bereiten. Er darf einfach nirgendwo Erfolg haben!

Die zweite Bemerkung, nur weil das dauernd in der Presse herumgeistert: Es gibt hier keine nachgewiesene Beteiligung deutscher Terroristen. Es gibt alle möglichen Gerüchte, und es gibt natürlich auch eine Menge — außerordentlich viele — Kontakte zwischen Terroristen hier und dort. Aber es gibt keine wirklich erkennbare Beteiligung deutscher Terroristen an den italienischen Aktionen.

Wir waren in der internationalen Terrorismusbekämpfung ja schon seit längerem in engen Gesprächen mit den Franzosen, mit denen es — genauso wie mit den Engländern — förmlich Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung gibt. Wir haben dann auch — und das haben wir entscheidend mit angestoßen — in der europäischen Innenministerkonferenz von 1975 an in mehreren Sitzungen eine multilaterale Zusammenarbeit im Polizei- und Verfassungsschutzbereich nach dem Modell dieser bilateralen Absprachen vorangebracht. Die Schwierigkeit war aber immer, daß wir dadurch zwar mit Italien in einer Zusammenarbeit standen, daß aber Österreich und die Schweiz draußen blieben, was natürlich eine nicht ganz befriedigende Lage ist.

Denn inzwischen ist die Gesamtlage in Europa so, daß es, schwerpunktmäßig betrachtet, zwei Zentren terroristischer Aktionen gibt, nämlich Italien dort und die Bundesrepublik hier, und es gibt, ebenfalls schwerpunktmäßig betrachtet, einmal Österreich und zum anderen die Schweiz, wie einerseits die Palmers-Entführung die Festnahme von Kröcher-Tiedemann auf der anderen Seite gezeigt haben.

Deshalb lag es natürlich nahe, daß wir nun die Zusammenarbeit zwischen den Ländern in diesem Viereck über alle sonstigen Vorkehrungen hinaus verstärken. Dies geschah in den Berner Gesprächen mit Herrn Cossiga — seine Anwesenheit mitten in der Moro-Fahndung mag Ihnen zeigen, wie wichtig ihm das war —, mit Herrn Furgler, dem zuständigen Polizei- und Justizdepartements-Vertreter und Bundesratsmitglied aus der Schweiz, und mit Herrn Lanc, dem österreichischen Innenminister. Wir haben in diesem Kreise nicht so sehr Papiere, sondern Realitäten produziert, denn das sind außerordentlich pragmatisch gestimmte Kollegen, die wollen, daß etwas geschieht. Und Sie haben nicht nur an den inzwischen hergestellten Kontakten auf BKA- und BGS-Ebene gesehen, wie diese Zusammenarbeit anläuft, sondern werden auch in Zukunft sehen, daß wir hier zu einer über alle bisherigen Absprachen hinausgehenden Zusammenarbeit kommen. Die Zusammenarbeit war bisher schon nicht schlecht, wird aber für diese vier Länder auf jeden Fall noch besser werden.

Zum dritten, zum Strategiekonzept Terrorismus, möchte ich mich hier auf ganz wenige Bemerkungen beschränken, weil wir sonst keine Zeit mehr für die Diskussion haben und weil hierin natürlich auch einige prekäre Details stecken, die ich trotz Vertraulichkeit der Sitzung nur in einem gewissen Umfang vortragen kann.

Internationale Zusammenarbeit: BKA-Beamte wurden zur Schulung in die USA (zu FBI und CIA) und nach Nordirland geschickt. Mit den meisten westeuropäischen Ländern (inklusive Schweiz und Österreich) wurde vereinbart, gestohlene oder verlorene Ausweise zu speichern und weiterzugeben. Mit Österreich funktioniert die Zusammenarbeit über die »Staatspolizei«, an deren Gründung BND-Leute mitgewirkt haben. So übernahm die Staatspolizei ungeprüft eine Personenliste des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, auf der als »Terror-Verdächtiger« auch der Westberliner Professor Elmar Altvater stand. Altvater wurde daraufhin unter dem Verdacht, einen Anschlag auf die Olympischen Winterspiele in Innsbruck zu planen, im Winter 1976 aus einem Schlafwagen geholt, eingesperrt und am nächsten Tag nach Bayern abgeschoben.

Die Herren Maihofer und Herold hatten einen PIOS-Transportable mitgebracht, der an jede Telefonleitung (ob in Rom, Belgrad oder Bern) angeschlossen werden kann. Die Deutschen überraschten ihre Schweizer Gastgeber mit detaillierten Angaben über »konspirative Wohnungen« in der Schweiz.

Was Maihofer hier beginnt, ist die Schilderung, wie die Polizei zu einer geheimen Staatspolizei ausgebaut wird. Die Väter des Grundgesetzes hatten aus den Erfahrungen mit der GeStaPo und dem Reichssicherheitshauptamt die Konsequenz gezogen: Dem Geheimdienst (Verfassungsschutz) wurde jegliche exekutive Möglichkeit vorenthalten, der Polizei jede geheimdienstliche Arbeit verwehrt. Unter dem Vorwand der Terroristen-Fahndung bauen das BKA und die Landeskriminalämter, unter Mithilfe von Bundesgrenzschutz und Zoll, einen geheimdienstlichen Apparat auf, für den jede Rechtsgrundlage fehlt.

Das Maklerprogramm: Leute im Alter zwischen 25 und 40 Jahren, die eine Wohnung in einem Appartementhaus oder in einem Wohnsilo suchen, wandern in den PIOS-Computer. Und für »Befragung von Hausmeistern« gab es auch schon ein treffenderes Wort: Blockwart-System. Was die Hinweise aus der Bevölkerung betrifft: Auch die Hinweisgeber wandern in den Computer.

Die Hauptbestandteile bestehen in folgendem; darüber ist ja am 11. Mai des Vorjahres, ich glaube, von Herrn Herold, in mehrstündiger Sitzung vorgetragen worden. Wir haben auf Grund der von uns herbeigeführten Beschlüsse in der vorvorletzten Innenministerkonferenz ein Präventionsprogramm beim Verfassungsschutz entwickelt: Vorfeldbeobachtung, Verbleibsfeststellung insbesondere bei den Ausweisverlierern. Es ist ja — gerade bei Lottmann-Bückler — eine entscheidende Frage gewesen, daß wir diese Ausweisverlierer erkennen und auch Verbleibsfeststellungen treffen, z.B. bei Susanne Albrecht, denn die Frage, wohin die Täter untergetaucht sind, war ja im Falle Ponto die Schlüsselfrage, und so auch etwa die Frage der Ausweisverlierer im Falle Schleyer. Da ist in letzter Zeit auf der Grundlage der Absprachen hinsichtlich einer Präventivstrategie des Verfassungsschutzes eine Menge geschehen. Sie besteht natürlich auch in der Auswertung all der Erkenntnisse, die wir bei den Vorfeldorganisationen haben; da gibt es ja in Massen »Antifa-Gruppen«, »Initiativkomitees«, »Folterkomitees«, »Knastgruppen« usw. im terroristischen Vorfeld, über die ja immer wieder berichtet worden ist.

Hier geht es vor allem darum, aktive Informationsgewinnung zu betreiben, also nicht einfach zu warten, bis die Hinweise zu uns kommen, sondern diese Dinge nun wirklich durch entsprechende Operationen aufzuklären.

Der zweite Bereich ist ein Präventivprogramm der Polizeien in Bund und Ländern, ein Programm, das die Anonym-Wohnungen in Stadt und Land anlangt — da läuft rastermäßig eine ganze Menge —, ein Maklerprogramm, ein Kfz-Fahndungsprogramm usw. Das geschieht überall neben der Öffentlichkeitsfahnung, die wir ja eben auf die Hinweise aus der Bevölkerung. Es geht also daneben auch um aktive Informationsbeschaffung durch diese Programme. Es gibt z.B. Befragungen von Hausmeistern in solchen anonymen Großobjekten und ähnliche Dinge. Hier ist — ständig, regional und natürlich auch zeitlich versetzt in allen Bundesländern — eine Menge im Gange.

Zwei entscheidende Punkte, die gegenwärtig überhaupt die Schwerpunkte unserer Fahndungsanstrengungen sind, möchte ich hier etwas detaillierter vortragen, zum ersten die Grenzfahndung und zum zweiten die Zielfahndung.

Früher schützte der Grenzschutz die Grenzen, unter freidemokratischen Innenministern ist er zur paramilitärischen Bundespolizei fortentwickelt worden: Der »Grenzschutz« bewacht, stets schwerbewaffnet, Flughäfen und Politiker, die Grenzschutz-Spezialeinheit »GSG 9« schießt in fremden Ländern (Mogadischu) und schützt das Training von Fußballern in Argentinien.

Bei der Grenzfahndung waren auch meine vorhin im Zusammenhang mit dem Berner Gespräch genannten Kollegen mit mir der Meinung, daß sich das Kardinalprogramm der internationalen Terrorismusbekämpfung schlicht in einem einzigen Satz zusammenfassen läßt: Die Grenzen sind heute Grenzen für die Polizeien, aber nicht für die Terroristen. Es gilt, dies nach beiden Seiten umzukehren: damit die Grenzen zum mehr oder weniger großen Risiko für die Terroristen werden, auf der anderen Seite aber für die Polizeien auf beiden Seiten überhaupt kein nennenswertes Hindernis bei ihrer Zusammenarbeit mehr sind.

Das Bestreben, den gegenwärtigen Zustand zu verändern, ist einer der Gründe dafür, daß wir — neben dem Präventivprogramm, das auch noch eine Menge anderer Bestandteile hat — einen Schwerpunkt gegenwärtig in der Grenzfahndung sehen. Hier möchte ich einmal einfach einige Details vortragen, damit Sie sehen, daß das nicht nur so Erklärungen sind, sondern was für Sachverhalte dahinter stehen.

Gegenwärtig eingesetzt sind in unserer Grenzfahndung, die ja im vergangenen Jahr zum Aufgreifen von 120.000 Personen geführt hat — das ist nochmals eine Steigerung um 40% gegenüber dem vorhergehenden Jahr; inzwischen werden mehr als 60% aller Fahndungsaufgriffe in der Bundesrepublik an den Grenzen getätigt —, von seiten des Grenzschutzes — das ist die erste Komponente — 1.400 Beamte im Grenzschutzeinzeldienst. Hinzu kommen etwas mehr als 600 Verstärkungskräfte aus den BGS-Verbänden, die gegenwärtig auf Dauer für die Grenzfahndung abgeordnet sind. Es sind also 2.000 Polizeivollzugsbeamte, die momentan vor allem an den kontrollierten Grenzübergängen stehen und Grenzfahndung betreiben. Sie bringen mit der Intensivierung der Kontrollen, die ja — gerade im Sommerreiseverkehr usw. — ein Riesenproblem darstellen, genau diese Erfolge.

Der zweite Bestandteil sind mobile Fahndungsgruppen. Wir haben davon bisher 9; ab 1. Juli dieses Jahres — die Beschaffungen sind, wie die Kollegen aus dem Haushaltsausschuß wissen, in vollem Gange — werden wir 36 haben. Ich habe auf der Grundlage der Haushaltsbeschlüsse ein Sonderprogramm für diese mobilen Fahndungsgruppen mit eingeleitet. Das sind dann 36 mit

Die - ebenfalls rechtswidrige -»Beförderung« des Zolls zur Fahndungspolizei: noch ein Stückchen »liberaler« Rechtspolitik.

je vier Personen besetzte Fahndungsgruppen, insgesamt also 144 Fahndungsbeamte, die vor allem — aber nicht nur — an der grünen Grenze zur Verstärkung der Fahndung tätig sind.

Der dritte Bestandteil ist der Zoll, der heute etwa 5.000 Beamte an den Grenzen hat, die — das wissen Sie, denn inzwischen haben wir ja zwischen Zoll und Grenzschutz ein völlig einvernehmliches Verhältnis hergestellt — an geringer besetzten Übergängen auch Fahndungsaufgaben für uns übernehmen, wie wir auch Zollaufgaben von ihnen übernehmen. Das ist also ein wirklicher Arbeitsverbund. Das hat es früher nicht gegeben; wir haben das vor ungefähr zwei Jahren nach beiden Seiten hergestellt. — Sie können also diese 5.000 auch noch einmal hinzuzählen, und die sind gerade auch bei der Terroristenfahndung etwa mit ihren Eingriffsmöglichkeiten, die sie bei der Rauschgiftfahndung usw. haben, nicht zu unterschätzen.

Den vierten Bereich stellen die mobilen Fahndungsgruppen des Zollgrenzschutzes dar. Dort sind insgesamt 600 Beamte — zwölf Kommandos zu je 50 — im Einsatz, an den Westgrenzen allein 200, d.h. viermal 50. Diese mobilen Fahndungsgruppen sind also mit jeweils 50 Beamten besetzt; es sind viel größere Einheiten. Sie bringen, wie gesagt, allein an der Westgrenze noch einmal eine Verstärkung um 200 Personen, um einsatzfähige Zollbeamte, die auch wiederum vor allem an der grünen Grenze tätig sind.

Der fünfte Bereich sind die Grenzschutzverbände. Gegenwärtig — und schon seit dem vergangenen Jahr — sind bis zu 500 Beamte der Verbände jeweils ungefähr ein bis zwei Wochen, zeitlich versetzt, an der grünen Grenze — im Konstanzer Bereich, im Saarbrückener Bereich, im Aachener Bereich usw. — tätig, und zwar mit inzwischen immer verfeinerter Strategie. Da hat es am Anfang eine Menge an Erfahrung gegeben. Dies werden wir fortsetzen. Es ist dies auch für den Grenzschutz eine außerordentlich sinnvolle Sache, wenn das gut organisiert ist, wenn die Leute nun also auch intelligent eingewiesen werden, wenn sie genau wissen, was sie tun sollen, usw.

Der sechste Bestandteil sind Funkaufklärungstrupps, von denen gegenwärtig sechs ständig im Einsatz sind. Einzelheiten darf ich mir ersparen.

Zum siebenten Bereich, zum BKA: Wir haben ein besonderes

Das Wort »Zielfahndung« ist gerade für das, was an den Grenzen betrieben wird, blanker Hohn. Denn es werden ja nicht etwa, wie bei einer wirklichen und der Polizei allein erlaubten Zielfahndung, ausschließlich verdächtigte oder beschuldigte Personen überwacht, gefilzt und überprüft, sondern alle, die irgendwann in den PIOS geraten sind, ob als Besucher einer »Antifa«-Veranstaltung oder als vehementer AKW-Demonstrant. In diese Art »Zielfahndung« geriet beispielsweise auch Henryk M. Broder auf dem Köln/Bonner Flughafen, als er zu einem Vortrag nach Zürich wollte und Grenzschützer sein Manuskript fotokopierten.

Grenzfahndungsprogramm »Zielfahndung« in Kraft gesetzt, um gerade an den kontrollierten Übergängen, aber auch sonst die Terrorismusfahndung auch an der Grenze noch gezielter zu machen. Außerdem haben wir natürlich die Polizeien der Länder bei solchen Verbundeinsätzen mit dabei, und wir haben jetzt natürlich auch immer mehr Absprachen mit unseren schweizerischen und belgischen und anderen Kollgen getroffen, um verbundene Einsätze durchzuführen, denn wenn wir auf unserer Seite Kontrollen einrichten, brauchen die das drüben nicht zu tun; das kann man absprechen.

Das Problem ist ja, daß wir an den Westgrenzen eine grüne Grenze haben, über deren Umfang sich die meisten gar keine Rechenschaft geben. Es gibt weit über 1.000 Straßenübergänge an der Westgrenze. Ich glaube, insgesamt 400 davon haben wir gesperrt. Bei den anderen besteht aber das Problem, wie man sie kontrollieren kann. Hier gibt es eine ganze Reihe von Methoden, die gerade mit diesen Kräften angewandt werden. Wir müssen auch die grüne Grenze zum Risiko für die Terroristen machen. Die Schweizer haben genau damit in Fahy an der Jura-Grenze zwischen ihrem Lande und Frankreich den Erfolg gehabt, indem ihnen nämlich genau dort, wo nie kontrolliert worden war, wo sie aber die Grenzposten wieder besetzt hatten, Kröcher-Tiedemann und ihr Begleiter in die Arme gelaufen sind.

Weitere Einzelheiten kann ich auf Befragen gern noch nennen. Das ist ein Riesenprogramm, das nun auch in einer ständigen Auswertung durch eine Organisationseinheit gesteuert wird. Wir haben dazu in der Lagebesprechung am Montag bei der Grenzschutzdirektion in Koblenz mit Beamten der BGS-Verbände und des BKA noch einmal im einzelnen verabredet daß wir wirklich eine gezielte Grenzfahndung unter dem Motto »Die Grenze muß einerseits ein Risiko für die Terroristen werden, und auf der anderen Seite muß es eine Zusammenarbeit der Polizeien über die Grenzen hinweg geben« betreiben.

Als letzter Punkt hier nun — auch nur als ein Beispiel, aber mit einigen Einzelheiten — die Zielfahndung: Hier ist — Herr Herold hat das vorhin schon angedeutet — nach sehr schwierigen Anfängen ja durch einen Antrag an die vorletzte Innenministerkonferenz von meiner Seite — dort vorbereitet durch entsprechen-

de Beschlüsse im AK II und in der AG Kripo — eine grundsätzliche Veränderung dadurch eingetreten, daß wir unsere Zielfahndung auf eine andere Grundlage gestellt haben. Bisher war es ja so, daß wir eine dezentrale Zielfahndung betrieben hatten; da saßen also die Zielfahndungsbeamten in Wuppertal, in München usw. zu zweit oder zu dritt für sich, und ihnen waren bestimmte Personen zugewiesen. Das hat sich am Anfang durchaus bewährt; wir haben damals in Berlin mit Till Meyer einen ganz spektakulären Aufgriff gehabt, und es gab auch noch zwei weitere, aber danach war, weil sich die andere Seite natürlich auch auf diese Techniken eingestellt hat, eigentlich ziemliche Flaute.

Vor allem, nachdem klar geworden war, daß sich die Täter weithin im Ausland aufhalten, wurde es natürlich immer komplizierter, von München oder von Wuppertal her all dies auch mit der Auslandsfahndung per Zielfahndung zu machen. Das ist nicht mehr zu organisieren.

Deshalb haben wir nun in Godesberg ein Bund-Länder-Sonderkommando Zielfahndung geschaffen, das auch mit nach Wiesbaden umziehen wird. Ihm gehören gegenwärtig etwas mehr als 50 Länderbeamte und ebenfalls etwas mehr als 50 BKA-Beamte an, insgesamt 120 Kräfte, die gegenwärtig in der Zielfahndung tätig sind — mit den Angestellten zusammen, die hier ja ganz bestimmte Aufgaben haben. Sie beschäftigen sich mit 40 Zielpersonen. Das sind die hauptsächlich gesuchten Terroristen, über die 20 auf dem schwarzen Plakat, das Sie von überall kennen, noch einmal 20 weitere hinaus.

Diese Kräfte bearbeiten nun alle Hinweise, die wir entweder selber gewonnen haben oder die uns aus der Bevölkerung zugehen, betreffend den Aufenthaltsort der gesuchten Terroristen. Insgesamt sind hier schon etwas mehr als 12.000 solcher Hinweise, wie die Polizisten sagen, abgearbeitet, also abgeklärt worden, und einige weitere sind in der Abklärung. Gegenwärtig kommen pro Woche 30 bis 40 neue Hinweise dieser Art hinzu, und es wird natürlich immer wieder sprudeln, sobald die Betreffenden bei uns auftauchen.

Diese Zielfahndung wird nun natürlich auch immer systematischer versuchen müssen, dann, wenn wir solche Wahrnehmungen machen, daß jemand in einer bestimmten Gegend herumgeistert, über die Kontaktpersonen usw. an den Betreffenden heranzukommen.

Delikat - in der Tat: Denn die BKA-Zielfahnder kennen keine Grenzen. Getarnt als Touristen verfolgen sie gesuchte Terroristen bis nach Warschau, Prag, Budapest und Sofia. Selbstverständlich auch nach Jugoslawien, das als einziges osteuropäisches Land INTERPOL angeschlossen ist. So ging die Verhaftung der vier gesuchten Terroristen (Mohnhaupt, Wagner, Boock, Hoffmann) durch jugoslawische Polizei auf Ermittlungsarbeit von BKA-Fahndern vor Ort zurück.

Während der Schleyer-Entführung wurde nach einer Innenausschuß-Sitzung die Zahl von 1.000 Terroristen in die Öffentlichkeit lanciert.

Hier gibt es also, inzwischen auch in der IMK, in den zuständigen Gremien abgesegnet, eine vollständige Fahndungskonzeption Zielfahndung vom Januar dieses Jahres, nun abgestimmt zwischen Bund und Ländern, die ständig und immer wieder neu durch Nachberatungen in den zuständigen Gremien verfeinert wird. — Es gibt da nun noch viele Einzelheiten, auch gegenwärtige Zielfahndungseinsätze im In- und Ausland, aber die sind so delikat, daß ich es mir selbst bei der Stufe »Vertraulich« versagen will, das hier vorzutragen. Das ist, glaube ich, dazu einfach nicht der richtige Ort.

Präsident Dr. Herold (BKA): Ich darf bei der Frage beginnen, wie sich die genannte Zahl von 280 Terroristen erklärt. Nun, bei der Nennung dieser Zahl zur Abwehr eines unberechtigten Angriffs und der Behauptung der Erfolglosigkeit der Sicherheitsorgane habe ich mich auf eine Statistik des Herrn Bundesjustizministers bezogen, der seit 1972 eine zentrale Statistik — zugleich mit für die Polizeibehörden — führt. Wenn es Sie interessiert, darf ich vielleicht die Zahlen kurz vorlesen. Danach sind durch terroristische Gewalttäter 28 Personen, davon vier ausländische Staatsangehörige, getötet worden. Darunter waren zehn Polizeibeamte, vier Justizangehörige und drei Angehörige des diplomatischen Dienstes. Anklage erhoben wurde gegen 107 Personen, und verurteilt worden sind 219 Personen, davon 161 rechtskräftig. Es befinden sich 49 in U-Haft und 41 in Strafhaft. Darüber hinaus sind 550 Ermittlungsverfahren anhängig, von denen 120 durch den Generalbundesanwalt geführt werden.

Dann, wenn ich also die Zahlen »Anklageerhebung« und »Verurteilung« zusammenzähle, ergibt das eine völlig unvollständige Zwischensumme von 322 festgenommenen Terroristen. Ich habe die Zahl 280 genannt, weil ich gegenüber dieser Statistik etwas vorsichtiger war; aber diese Zahl kann belegt werden. Ich habe hinzugefügt, daß diese Zahl auch die Festnahmen im Ausland einschließt, soweit sie auf deutsche Mitwirkung zurückgehen.

Was die Behauptung anlangt, das BKA sei kurz nach der Ermordung Schleyers auf diese Wohnung hingewiesen worden, so habe ich eine Erklärung des Herrn Boeden vor mir liegen, der gesagt hat, daß in der Zeit vom 5. September bis zum 19. September 39 Beamte im Schichtdienst zur Entgegennahme von Hinweisen

eingesetzt waren, ausgestattet mit acht Apparaten mit Tonbandanschluß, durch die sämtliche Hinweise registriert wurden. Diese Zahl wurde ab 19. Oktober 1977 durch zusätzliche 42 Beamte — im Schichtdienst allerdings — erhöht; außerdem gab es weitere 13 Apparate mit Tonbandanschluß, insgesamt also 21. Die Vermittlung hatte die Anweisung, sämtliche eingehenden Hinweise auf diese Dokumentation zu schalten, und das ist auch geschehen. Es ist uns kein Fall bekanntgeworden, daß gegen diese Weisung verstoßen worden wäre und ein Hinweis eine andere Schaltung erfahren hätte.

Die Gesprächsinhalte auf den Tonbändern wurden danach auf vorbereitete PIOS-Erfassungsbelege umgesetzt, die auch den Namen des Hinweisgebers usw. erfaßten. Ein Kontrollsystem hat sichergestellt, daß, bevor die Bänder gelöscht wurden, eine erneute Kontrolle mit den erfaßten Hinweisen erfolgte; gegebenenfalls wurden Lücken erfaßt.

Aus den Papieren der Terroristen sind bestimmte Absichten nicht zu erkennen. Es gilt nach wie vor die Losung, die ja auch der Verteidiger Sonnenbergs gestern im Schlußplädoyer wiederholt hat, wonach Angriffsziele der Terroristen nach wie vor speziell die »Funktionäre des ökonomischen, politischen, militärischen und administrativen Systems« seien. Das entspricht genau der sogenannten »Rißtheorie«, die ja in den Zellen von Baader und Meinhof entwickelt worden ist, wonach man anstrebt, den Riß zwischen Massen und politischer Führung durch ununterbrochene Schläge gegen diese Funktionäre zu verbreitern, um eben die Loyalitäten der Massen allmählich abzukoppeln und auf die RAF umzuorientieren.

Neue Erkenntnisse liegen insoweit nicht vor, aber ganz sicher ist, daß wir Polizisten beim planerischen Durchspielen möglicher und denkbarer Aktionsformen unter dem Aspekt der Annahme des Schlimmsten damit rechnen müssen, daß das Modell der Entführung nach den bisherigen terroristischen Erfahrungen, daß diese Entführungen erfolglos bleiben, durch andere Modelle ersetzt werden wird.

Was die Banküberfälle anlangt, so sind sie ein ziemlich sicheres Indiz für das Herannahen von Kapitalverbrechen. Die Zahl 3, die ich in meinem Eingangsvortrag nannte, liegt allerdings unter dem üblichen Mittel, weit unter dem Mittel des Vorjahres, in dem wir insgesamt ja 50 Banküberfälle, die der terroristischen Szene zuzurechnen sind, hatten.

Bundesminister Dr. Dr. h.c. Maihofer: Ich darf hier unmittelbar anknüpfen. Sie alle haben ja unsere Verlautbarung registriert, daß, wie wir einer Ermittlung von seiten der Bankinstitute entnehmen können, die Quote der bei Banküberfällen erbeuteten Geldbeträge von über 30.000 DM im Schnitt im vergangenen Jahr auf etwa 15.000 DM in den letzten Monaten herabgedrückt worden ist. Das bedeutet eine vergleichsweise Erfolglosigkeit dieser Überfälle. Die Bargeldbestände sind ja drastisch reduziert worden. Und jetzt greifen auch zusätzliche Sicherungsmaßnahmen, so daß wir hoffen dürfen, daß diese Geldquelle früher oder später verstopft wird. Es nützt denen ja nichts, wenn sie 15.000 DM erbeuten. Da ist das Risiko viel zu hoch. Früher war das einmal eine halbe Million bei einem Überfall, etwa bei dem Überfall in Bremen im vergangenen Jahr.

Wir haben zwei große Anstrengungen zu verwirklichen, einmal das Inpol-System fortzuentwickeln von der Spinne zum Ring, wenn ich einmal so sagen darf, mit Verbundrechnern des BKA, auch in den Regionen. Das gibt uns eine ganz andere Rechenkapazität für viel mehr Systembestandteile. Bisher war weder eine PIOS-Abfrage möglich bis an die polizeiliche Front, noch haben wir das Straftaten/Täter-System, noch die Daktyloskopie usw. Das ist ja der Grund, warum wir das alles jetzt ausweiten müssen. Wir werden sehr großen Nachdruck dahinter setzen. Es gibt Leute, die sagen, das müsse eigentlich noch innerhalb von zwei Jahren verwirklichbar sein. Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen sind unserer Meinung nach dadurch geschaffen, daß jetzt auch der Finanzminister bindend zugesagt hat, die mindestens 20 Millionen DM jährlich zusätzlich aufzubringen für die von uns vorgehaltenen Rechner. Wenn der Haushaltsausschuß das für den nächsten Haushalt in der gleichen Weise unterstützt, kann das alles laufen. Beim *Dispol*-System werden wir sicher noch etwas länger brauchen. Aber da ist ja ein Bestandteil, das Rundsendenetz, schon in voller Erprobung. Da schaffen wir jetzt auch Geräte an. Wir halten es für ganz wichtig, dies bis 1980 nahezu alles vollständig zu verwirklichen. *Dann sieht die Landschaft anders aus.*

DISPOL - das ist big brother. In diesem Zentralcomputer sollen PIOS, INPOL, NADIS (der Computer des Bundesamts für Verfassungsschutz) und alle Nachrichtenbeschaffungs- und -speicherungsanlagen zusammengesteuert werden. Mit den Kompetenzabgrenzungen und den kontrollierbaren Dienstwegen ist dann endgültig Schluß: Ein Volk ist erfaßt. Und keiner, der jemals mit Herrn Baader zufällig in einem Zugabteil saß, soll dann noch hoffen, irgendwo einen Job zu bekommen oder ungefilzt eine Grenze zu passieren.

Radikalauer von Winfried Thomsen

Mit der »National-Zeitung« kommt man über jede Grenze. Sie gilt nicht als links. Noch nicht.

Hans Filbinger hat sich von den Nazis abgesetzt. Ist das nicht Fahnenflucht?

Ich hatte eine Bibel im Gepäck und wurde als mutmaßlicher Christ registriert.

Filbingers Liberalisierung: vom Leiter der Exekution zum Leiter der Exekutive.

Er war ein furchtbarer Jurist, bot aber jederzeit Gewähr, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung an die Wand zu stellen.

Politiker schützt man am besten durch einen Polizeikondom.

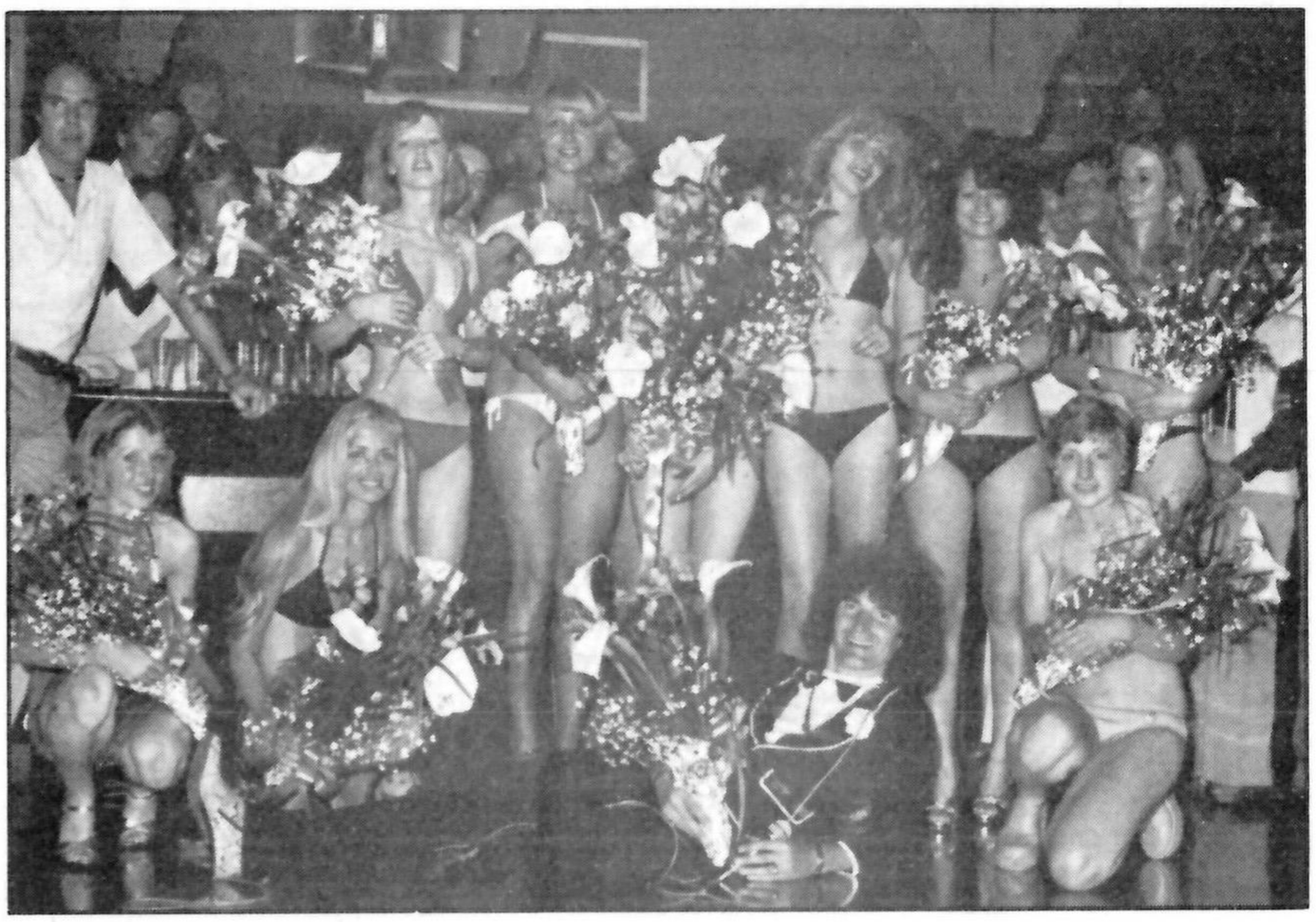
Als er noch Minister war, zeigte sich Werner Maihofer erfreut über die vielen Aussiedler - lauter neue Kunden für seine Spitzel.

Zum Kernstück des einheitlichen Wirtschaftsrechts erklärte der Politiker den gezielten Überschuß.

Unser Wohlstand ist so groß, daß schon eine Million Menschen nicht mehr zu arbeiten brauchen.

Freistoß statt Sozialismus.

Mitglieder krimineller Vereinigungen können sich durch Selbstmord einen erheblichen Strafnachlaß verschaffen.



Das sind Simone, Helma, Diane, Beate, Dorothea, Angelika und Monika - die »Schönheitskönigginnen« aus der »Landshut«. Zusammen mit »Lord Ulli« tingelten sie wieder auf Mallorca - ein halbes Jahr nach der Flugzeug-Entführung. Joachim Heidersdorf hat sie beobachtet

Mogadischu - eine Nachtklub-Karriere

Auf Mallorca hatte alles angefangen, und auf Mallorca wurde es jetzt zum guten Ende zu Geld gemacht: Die Flugzeugentführung der »Landshut«. Dieselben »Schönheitsköniginnen«, deren Gratis-Ferien letzten Oktober in Mogadischu endeten, wurden in diesem Frühjahr noch einmal von der Diskothek »Graf Zeppelin« für eine Woche nach Arenal eingeladen. Ganz selbstlos.

Kosten: schätzungsweise 15.000 Mark (für Hin- und Rückflug in einer Linienmaschine, Unterbringung in dem Mittelklasse-Hotel »Sara« in Arenal, volle Verpflegung). Der Diskotheken-Chef Manfred Riek aus Bonn: »Das soll für die Mädchen nur ein Trost für die schlimmen Tage sein. Wir wollen daraus kein Geschäft machen, sehen andererseits natürlich eine gewisse Image-Verbesserung.«

Diese »Image-Verbesserung« wird mit allen Mitteln betrieben. Schon einige Tage vor der Ankunft der Mädchen kündigt Discjockey Rudi den erneuten Auftritt der »Schönheitsköniginnen« an, orangefarbene Plakate und ein Autokorso stellen die Stars vor: »Die Schönheitsköniginnen aus Mogadischu und Lord Ulli, eingeladen vom Graf Zeppelin.« Tatsächlich werden die sieben Damen aus der Bundesrepublik dann am ersten Abend vom ehemaligen Chef der Beatgruppe »Lords« auf der Tanzfläche präsentiert.

Ihre Vermarktung stört sie nicht im geringsten: »Wir wollten uns nur ein paar schöne Tage in der Sonne machen«, sagt zum Beispiel Miss Jutta Brod aus Altendiez bei Limburg. Und weiter: »Außer dem Diskotheken-Besitzer hat doch niemand mehr an uns gedacht. Wir haben weder von der Bundesregierung noch von der Lufthansa eine Entschädigung oder einen Arbeitsausfall erhalten.« Sie haben aber auch keinen Anspruch darauf angemeldet. Das jedenfalls sagt Lufthansa-Sprecher Körper und hat einen Verdacht: »Die wollen wohl noch das große Geschäft machen.«

Eine der »Schönheitsköniginnen« wollte aber doch eine Entschädigung. Körper: »Ein junges Mädchen stellte auf einmal einen angeblich verlorenen Brilliantring, der einige Tausend Mark gekostet haben soll, in Rechnung. Überhaupt haben wir die überraschendsten Verlustmeldungen auf den Tisch bekommen.«

Für die »Managerin« der Damen, sie ist etwa 40 und bezeichnet sich selbst als eine »ganz heiße Katze als Journalistin«, steht aber fest: »Die Mädchen sind doch betrogen worden!« Und darum handelt sie den sieben jetzt Gagen für Interviews und Fotos aus. So soll etwa die »Neue Revue«, die mit nach Mallorca flog, 1.000 Mark pro Nase gezahlt haben.

Und wer nicht zahlt, erfährt auch nichts. Die 19jährige Diana Müll aus Gießen auf die Frage nach dem Honorar für ihren Mallorca-Ausflug: »Wenn ich was sagen soll, kostet das was. Ist ja wohl klar.«

Jäger

Eine Zensur findet nicht statt, nicht einmal beim Norddeutschen Rundfunk. Darum kümmert sich persönlich und handschriftlich der Hörfunk Programmdirektor Wolfgang Jäger (parteilos, gehört zum SPD-Proporzkontingent), ein Spezialist für Fragen des guten Musik-Geschmacks.

Der »KKW-Nein-Rag« von Walter Moßmann, im NDR auf Band genommen am 15.11.76, trägt den Vermerk »Nur für Spezialsendungen« — von Jäger handschriftlich ergänzt mit der Anweisung: »Nach vorheriger Rücksprache mit Programmdirektion Hörfunk. 10.6.77«. Die »Belehrung nach Punkten« von Franz Josef Degenhardt, auf NDR-Band seit dem 20.10.75, hat auch den Vermerk »Für Spezialsendungen« — von Jäger handschriftlich ergänzt mit der Klausel: »Nur nach vorheriger Rücksprache mit Programmdirektion Hörfunk, Jäger. 14.12.76«. Die »Befragung eines Kriegsdienstverweigerers« von Franz Josef Degenhardt, auf NDR-Band umgeschnitten am 19.4.72, ebenfalls »Nur für Spezialsendungen«, wurde erst nach sechs Jahren als gefährlich erkannt und dann aber schnell mit der Drohung versehen: »Nach vorheriger Rücksprache mit Programmdirektion Hörfunk, Jäger. 3.4.78«.
Zensur? Ach was, eine Rücksprache findet nicht statt, schon gar nicht beim Norddeutschen Rundfunk.

Der Troubadix von Essen

Wie ein linker Liedermacher von der Essener Stadtverwaltung eingeladen wurde, ein paar Umwelt-Lieder zu singen und dann ziemlich schnell einen Scheck bekam, damit er's doch nicht tut / von Walter Moßmann

Bisher gab es den 2. Juni (Tag der Zauberflöte) und den 17. Juni (Tag der Schwestern und Brüder). Neuerdings gibt es auch den 5. Juni, den haben die Vereinten Nationen zum 'Tag der Umwelt' ernannt. Weltweit.

Davon haben einige höhere Beamte der Stadt Essen Wind bekommen und schnell geschaltet. Schließlich gibt es ja dieses bundesweite Problem, daß jede Menge Wähler, besonders aber die jungen, die Sonne im Knopfloch tragen, in die Bürgerinitiativen und zu den 'Grünen' abwandern. Was tut man dagegen? 'Einbinden'. So wie Willys Reformpartei seinerzeit die wildgewordenen Studenten einbinden wollte. Also inszeniert die Geschäftsstelle Umweltschutz der Stadt Essen auf dem Kennedyplatz einen grünen Rummel. Und ich habe die Ehre, als Liedermacher mit »Umweltschutzliedern« eingeladen zu werden. Fein.

Montag vormittag, die Schau fängt an. Die Leistungs-Schau der Stadt Essen. Und ich bin wirklich mächtig verblüfft, als ich sehe, wie viele offizielle Stellen Tag und Nacht rastlos um den Schutz meiner Umwelt besorgt tätig sind. Da steht z. B. so ein feiner, technisch raffinierter grauer Wagen, dessen Geräte den Lärmpegel messen können. (Bloß: was wird gemessen, und wozu führts? Ich denk an Autostraßen zwischen Mietskasernen und Arbeitsplätze, wo die Leute durchdrehn oder taub werden...) Und der TÜV ist auch vertreten, mit einem schönen Ausstellungszelt. (Die routinemäßig verabreichten Persilscheine für Atomkraftwerke werden allerdings nicht ausgestellt.) Und vor allem ist die Umweltschutztruppe Nr. 1 aufmarschiert: junge Polizisten, Pistölchen keck überm Arsch, lassen das Publikum in einen aufgebahrten Streifenwagen reingucken, und ein dickes grünes Motorrad darf auch bewundert werden. (Warum die nicht gleich ihre Tränengas-Kanonen und Panzerwagen herzeigen, und vielleicht noch bißchen Stacheldraht aus Brokdorf?)

Auf der Freilichtbühne machen meine Kollegen, eine gemietete Schlagerband, Stimmung: »Baden gehn - Waden sehn« und so.

Punkt 11 Uhr, dann wimmelt es plötzlich von diesen leichten, hellen Sommeranzügen: Oberbürgermeister, Ehrengäste und Troß laufen ein, die Presse zückt Kamera und Mikro. Kurze knackige Ansprache des Stadtoberhauptes. Er nimmt das Problem ernst, und er hat Optimismus zu bieten. »Seit 1932 betreibt die Stadt Essen Umweltschutz« und »Es klingt vielleicht etwas hart, aber ich meine, wer die Umwelt zerstört, handelt kriminell.« Mannomann, der geht zur Sache wie Berti Vogts. Aber wen der nun genau meint?

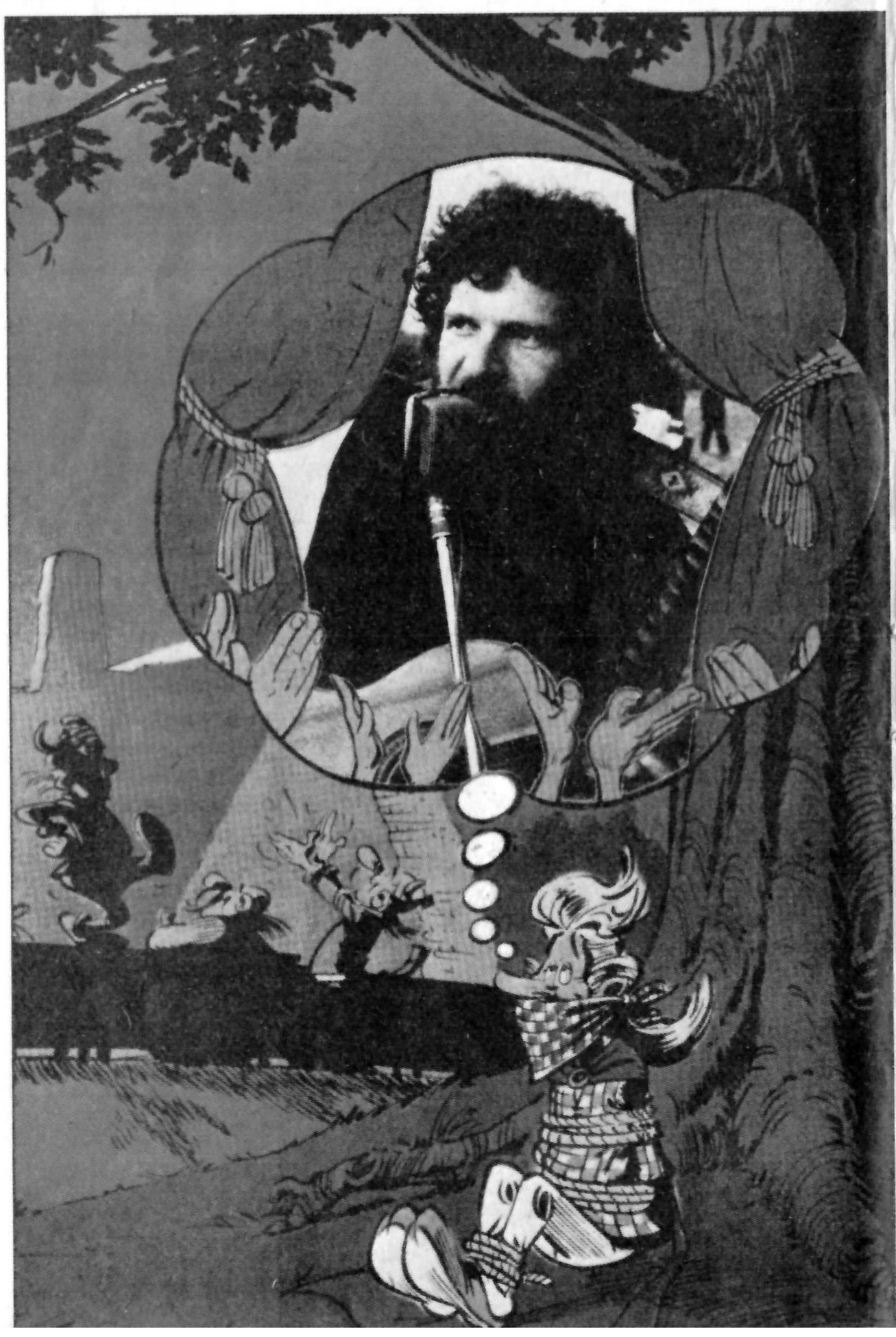
Nach der OB-Rede kommt ein Umweltschutzlied. Ich versuche, mich bei den Sommeranzügen einzuschmeicheln und wiederhole den starken Satz meines Vorredners. Dann sing ich die »Ballade von Seveso«, da kommen so'n paar Kriminelle drin vor: »Und gibt's Katastrophen, und gibt's auch Krieg / Für die ist das egal / Es geht nicht um uns aus Fleisch und Blut / Es geht ums Kapital« -Leider haben sich inzwischen die hellen Anzüge händeschüttelnd von der Bühne entfernt, das Weiße im Auge der beamteten Umweltschützer ist nicht mehr zu erkennen. Trotzdem, die Lautsprecher-Anlage deckt den ganzen Platz ab, das erfahre ich später. Vielleicht angeregt von der Schlager-Band trällere ich noch den »KKW-Nein-Rag«, weil der auch so flott ist und fordere die Zuhörer auf, anschließend neben die Bühne zu kommen. Wir könnten z. B. darüber reden, warum hier auf dem Kennedy-Platz keine Behörde zu finden ist, die uns vor der Atomindustrie schützt.

Kommen auch'n paar Leute, so sechs, sieben, auch ein Betriebsrat von der Veba-Glasfabrik. Der erzählt uns die Recycling-Story: Da sollte einmal die Einwegflasche (die nur einmal benutzt werden darf) verboten werden, weil die Verschleuderung von Glas nicht zu verantworten ist. Das hätte aber allerhand Arbeitsplätze in der Glasfabrik gekostet. Also kamen schlaue Gewerkschafter auf die Idee, in der Stadt Container aufstellen zu lassen, wo jeder Mensch seine leergetrunkene Einwegflasche reinwerfen kann. So geht das Altglas nicht verloren, und die Arbeitsplätze bleiben auch, jedenfalls vorerst. Das fanden wir alle gut, eine gute Notlösung.

Für diese gute Tat, erzählt der Mann, kriegt der Veba-Betriebsrat heute abend während der »Umweltfete« der Stadt Essen im »Saalbau« einen Preis verliehen. Kulturelles Rahmenprogramm: Dieter Hallervorden und Walter Moßmann. Na ja, wir werden sehen.

Während wir also da rumstehen und wie vernünftige Menschen miteinander reden -

Troubadix Moßmann: von den hellen Sommeranzügen gezupft



inzwischen auch über Atomkraftwerke - fängt diese verdammte Ärmelzupferei an. Ständig zupft oder winkt mich jemand aus dem OB-Troß beiseite und macht mir Vorhaltungen: Ob denn das, was ich da singe, überhaupt Umweltlieder seien? - Na ja, ich denke schon. Obwohl, zugegeben, Radioaktivität auch das menschliche Innenleben zerstört. - Ob ich das nicht gemerkt hätte, diese unglaubliche Gewerkschaftsfeindlichkeit? (»und ein Typ vom DGB, der pennt«) - Aber nicht doch, im Gegenteil, nur Gewerkschaftsfeinde können ein Interesse daran haben, daß die Verantwortlichen im DGB pennen. (Der Veba-Mann grinst dazu: als ob da nur *einer* pennen würde!). - Schließlich werden die Sommeranzüge vom OB-Troß deutlicher: »Wenn Sie keine Lieder haben, in denen solche Sachen nicht vorkommen, dann können Sie auf keinen Fall heute abend bei der Umweltfete singen. Kommt nicht in Frage. Vor geladenen Gästen, bitte stellen Sie sich das vor. Das können wir uns nicht erlauben. Dafür werden Sie wohl Verständnis haben, nicht wahr?

So bin ich also erst mal für den Abend entpflichtet.

Um die Troß-Leute etwas zu beruhigen, kündige ich an, daß ich beim nächsten Auftritt auf der Freilichtbühne einiges zurechtrücken werde: Ich werde etwas vom »Aktionskreis Leben im DGB« erzählen, und von den vielen aktiven Gewerkschaftern in den Bürgerinitiativen. Ja, und vielleicht noch was von der französischen Gewerkschaft CFDT, die aus den elenden Arbeitsbedingungen der Kollegen in La Hague ganz andere Schlüsse gezogen hat als der DGB.

Irgendwie war das der falsche Ton. Denn fünf Minuten später kam der nächste Ärmelzupf: »Wissen Sie, Herr Moßmann, wir können da nichts machen. Die Opposition läuft da hinten herum und bohrt schon wieder wegen ihrer Lieder. Verstehen Sie bitte recht, wir müssen hier klein anfangen, das Umweltbewußtsein wecken. Es ist wohl besser, Sie singen gar nicht mehr. Und sehn Sie, da kommt auch noch eine Musik-Kapelle, die soll auch noch spielen, und da weiß ich gar nicht, ob noch Zeit ist...«

Ich dreh mich um und sehe tatsächlich einen Bus mit fröhlichen Musikanten, eine ganze Polizei-Kapelle...Die Grünen kommen...

Der Anblick trieb mir dann vor Freude das Tränengas von Brokdorf in die Augen. Zum Trost bekam ich ganz schnell einen Scheck. Das ist das erste Mal, daß mich wer dafür bezahlt hat, daß ich nicht singe.

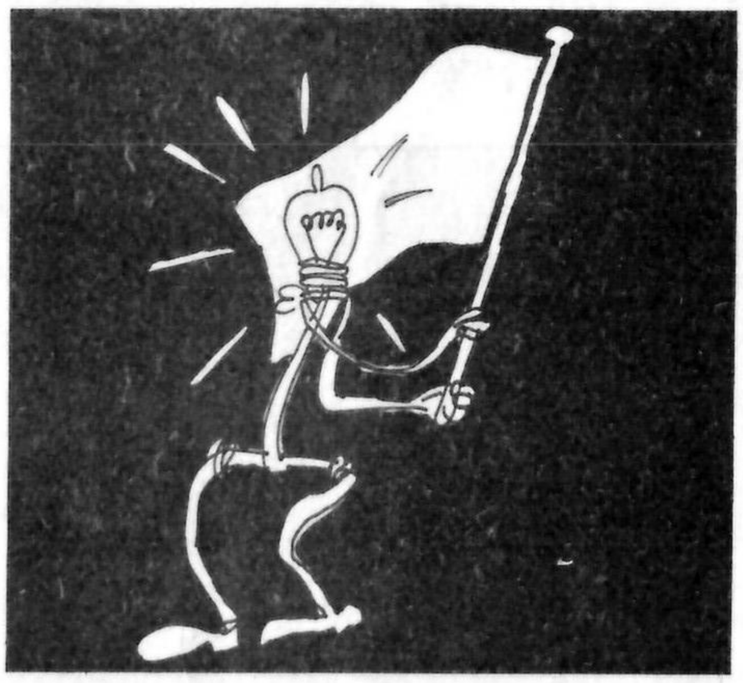
Die Geschäftsstelle Umweltschutz blieb dann am Abend unter sich und den geladenen Gästen. Und löste das Problem der Atomkraftwerke durch heiteres Schweigen. Gewiß hat der Hallervorden auch ein paar nette Witze gemacht.

Vielleicht sollte die Stadt Essen im nächsten Jahr den Umweltpreis an den Polizeioffizier verleihen, der für den Ton von Vital Michalon in Malville verantwortlich ist. Man muß eben klein anfangen.

Am Abend war in der Essener Marktkirche eine Veranstaltung der Exil-Chilenen, die seit 11 Tagen im Hungerstreik standen. Die fanden das ganz gut, daß ich dann mit denen noch dies und das gesungen habe. Und ich fühlte mich da auch wohler.

Ab und an eine kleine Rebellion

Wie die Einwohner des kalifornischen Städtchens Westwood ihrer Elektrizitätsgesellschaft eine Stromrechnung aufmachten



Jener berühmte, Mark Twain zugeschriebene Spruch, daß »alle Welt über das Wetter rede, aber niemand etwas dagegen unternehme« wurde im nördlichen Kalifornien vor einigen Wochen mal für acht Tage beherzigt, auch wenn es dabei nicht direkt um's Wetter ging. Es drehte sich mehr um ein anderes dieser heiligen unveränderbaren Naturereignisse. Die Kleinstadt Westwood mit 2500 Einwohnern liegt in der Nähe des Mount Lassen, eine Holzfällerstadt, in der während des Winters 80 Prozent der Beschäftigten arbeitslos sind, weil die sechs Sägewerke dichtgemacht werden. Sie sind - wie viele andere Amerikaner in den USA (Uneinige Staaten von Amerika) — nicht gut auf die himmelschreienden Lebenshaltungskosten zu sprechen. Der Unterschied zwischen den Einwohnern Westwoods und dem Rest ihrer Landsleute liegt darin, daß erstere etwas dagegen unternahmen.

Man sagt immer, »gegen die Stadtverwaltung kannst du nichts machen.« Und denjenigen, die sich über die stetig steigenden Telefonkosten von »Ma Bell« (Telefonmonopolgesellschaft) beklagt haben, wird geraten: »Macht doch eure eigene Telefongesellschaft auf.« (Nichts einfacher als das! Jedes Kind weiß, daß man dafür nur zwei Blechdosen und ein Stückchen Schnur braucht.)

Die Einwohner von Westwood wurden sauer, als ihre Stromrechnungen während des letzten Jahres zunächst verdoppelt und dann verdreifacht wurden. Sie bewegten sich zwischen 50 und 100 Dollar, manche lagen sogar bei 200 Dollar.

Ein pensionierter 82jähriger Wäschereipächter, der sein monatliches 'Einkommen' von 300 Dollar als Kriegsrente und Sozialhilfe erhält, sollte eine Stromrechnung von 113 Dollar bezahlen. Ein arbeitsloser Holzfäller erhielt für seine vierköpfige Familie monatliche Arbeitslosenunterstützung von 240 Dollar und eine Stromrechnung von 80 Dollar.

Die Leute von Westwood machten sich auf den üblichen Protestweg, Eingaben an die Elektrizitätsgesellschaft, Gespräche mit Politikern und kamen nicht weit.

Drei Hausfrauen, Paulette Benner, Pauline Asmus und Patty McCormac, — ihre Namen mögen in die Geschichte eingehen — schrieben daher einen Brief an ihr lokales Wochenblatt »Pinecones Press« und beschworen die Gemeinde: »Dreht den Strom ab!« Sie schlugen vor, den Stromboykott von Lincolns Geburtstag bis zu Washingtons Geburtstag durchzuführen und so geschah es dann auch. Die Lichter in Westwood gingen aus, und Erstaunliches ereignete sich:

— ohne Fernsehgeräte begannen die Leute sich gegenseitig zu besuchen, miteinander zu sprechen und gemeinsame Abendessen zu veranstalten, — sie besorgten sich alle Holz- und Ölöfen, Kerzen, Campingherde und Kühlboxen, die sie erreichen konnten, — ein Installateur legte die Rohre für seine Dusche durch den Holzofen und beklagte sich erfreut, daß alle Welt bei ihm duschte, aber daß ihm langsam das Holz ausginge, da niemand etwas mitbrächte, — die Einwohner Westwoods erhielten Solidaritätsbekundungen aus allen Teilen der USA und sogar aus Übersee: Ein britischer Radiokommentator, der mit Pauline Asmus sprach, gratulierte ihr zu jener schrecklichen amerikanischen Art und Weise, Probleme zu lösen.

Der Vizepräsident der Stromgesellschaft California Pacific sagte in einem Interview, er habe große Sympathie mit den Schwierigkeiten der Leute, aber die Strompreise seien nicht überzogen. Schließlich habe ihn die kalifornische Strompreiskommission genehmigt. Im übrigen sei die große Trockenheit an allem Schuld. Dann sagte der arme Kerl noch: »Glauben Sie mir, unsere Gesellschaft bekommt den Druck genauso zu spüren. Unsere Profite liegen nicht im geringsten dort, wo sie laut Strompreiskommission liegen dürfen.« Er bot sogar eine besonders feinsinnige Überlegung an: »Wenn es Probleme in Westwood gegeben habe, dann die, bedürftigen Menschen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu verhelfen. Das allerdings sei Aufgabe der Regierung und nicht der Elektrizitätsgesellschaften.«

Was sagte doch Thomas Jefferson gleich, jener notorische Revoluzzer, als er für einen französischen Agenten gehalten und verfolgt wurde? »Im übrigen bin ich der Meinung, daß eine kleine Rebellion ab und an eine gute Sache ist. Sie ist so nötig wie Stürme in der Natur.«

Als Ergebnis dieser einwöchigen Rebellion von Westwood kündigte die Strompreiskommission eine Überprüfung an. Die Elektrizitätsgesellschaft verschickte Gutschriften und gab 1644 überhöhte Rechnungen zu. Eine Sprecherin der Gesellschaft meinte dazu lediglich, ein Computer sei falsch programmiert gewesen und die Stromzähler seien falsch abgelesen worden.

Und nach dem Ende der Trockenperiode (die ja immerhin für die außergewöhnlichen Rechnungen in Westwood verantwortlich war, oder?) erklärte sich das E-Werk bereit, die Strompeise um 98,3 Millionen Dollar im Jahr zu senken, was sich für die kalifornischen Kunden in einer monatlichen Ersparnis von 73 Cents ausdrücken wird. Was ja nun wirklich eine revolutionäre Sache ist, nicht wahr?

„Hier, da ist dein Junge"

Wie Felix Reidenbach an der »Teen-Wahl« von Bauers »Bravo« teilnahm, unter die ersten Zehn kam, sich dann aber besonnen hat. KONKRET-Autor Günter Amendt war dabei und berichtet. »Bravo« scheint's geahnt zu haben: »Nun warten wir nur noch ab, ob er mit irgendwelchen trüben Polit-Magazinen oder sonstigen Spielverderbern gemeinsame Sache macht.« Ecco!

Für den Hamburger Gymnasiasten Felix Reidenbach ist es »der aufregendste Tag seines Lebens. In der Dortmunder Westfalenhalle steht er als 'Junge des Jahres' für die Jugendzeitung »Bravo« zur Wahl. Mal sehen, was daraus wird.«

So stand es in der Hamburger Lokalausgabe von »Bild« vor der Teenager Wahl. Was dann daraus wurde, brachte für einen Augenblick die perfekte Bravo-Regie aus dem Tritt.

»Und nun Felix aus Hamburg«, tönt es durch die Halle. Ute Kittelberger, selbst einmal »Mädchen des Jahres '73« will gerade das abgesprochene Interview mit dem Kandidaten Nr. 4 durchziehen, als der schon dabei ist, die Party zu stören: »Merkt ihr nicht, wie ihr hier alle betrogen werdet?«

Für Sekunden bricht das schrille Teeny-Getose in der Halle zusammen.

»Ihr glaubt doch nicht, daß einer von den zwanzig hier irgendwie besser ist als ihr. 'Bravo' tut doch so, als äußere sich Schönheit in Nasen und Beinen... Indem euch bei dieser Teen-Wahl die zwanzig angeblich hübschesten Kandidaten vorgestellt werden, wird euch doch praktisch gesagt, ihr seid unvollkommen, und ihr seid häßlicher.«

»Nun reicht's«, meint Frau Kittelberger, doch aus dem Hintergrund schaltet sich der »Bravo«-Regisseur ein; erst schleimig, dann brutal: »... Zeig uns doch mal, was Du im Kopf hast ... Uns kommt es nicht darauf an, daß wir hier den hübschesten Teenager wählen, denn sonst brauchten wir Dich hier ja nicht sprechen lassen...» Felix läßt sich aber nicht aus dem Konzept bringen: »Die ganze Teen-Wahl ist auf Äußerlichkeiten aufgebaut.»

Eigentlich wollte er dann auffordern, den Preis der »Kinderhilfe Chile« zu spenden. Aber die »Bravo«-Regie nimmt den 17jährigen in die Mangel. Ihre geballte Routine setzt sich schließlich durch, kurz bevor die Veranstaltung zu kippen droht. Etwa die Hälfte der 12000 Kinder in der Halle kapiert, was Felix da auf der Bühne sagen wollte, freut sich, stimmt zu und klatscht Beifall. »Ich hoffe, du wertest das nicht als Applaus...«. Mehr fiel dem Dunkelmann aus der Regie nicht mehr ein, bevor er Felix von der Bühne schickte.

Natürlich wissen die »Bravo«-Macher, daß ihre Teeny-Wahl sich hart am Rande der Anzeigen-Prostitution bewegt. Kaum war sein Bild in »Bravo« erschienen, erhielt der Siebzehnjährige eindeutige Angebote von Frauen und Mädchen und einem Herrn Schmid(t). Talentproben sollen das Anrüchige mildern. Doch »die Sache mit den Talentproben war ein einziger Bluff. Bei den Proben wurden uns die Antworten und das, was wir vorführen sollten, zum größten Teil von der Regie eingeflüstert«, sagt Felix Reidenbach.

Und wenn sich einer der Bewerber was einfallen läßt, dann werfen es die »Bravo«-Macher aus dem Programm. So durfte Regina (Nummer 23) den Jazz-Tanz, den sie tagelang geprobt hatte, nicht vorführen.

Der spätere Sieger Hansi K. - im Aussehen und Alter dem groß aufgebauten US-Star Leif Garrett ähnlich - vollführte einen Handstand auf dem stehenden Skatebord. Das war's dann. Und doch originell im Vergleich zu den Darbietungen der weiblichen Bewerberinnen. Von was die träumen, bedarf keiner umständlichen Traumdeutung. Ihr Repertoire: Nummerngirls, Tänzerin, Imitationen von Star-Imitationen und Modell-Auftritte.

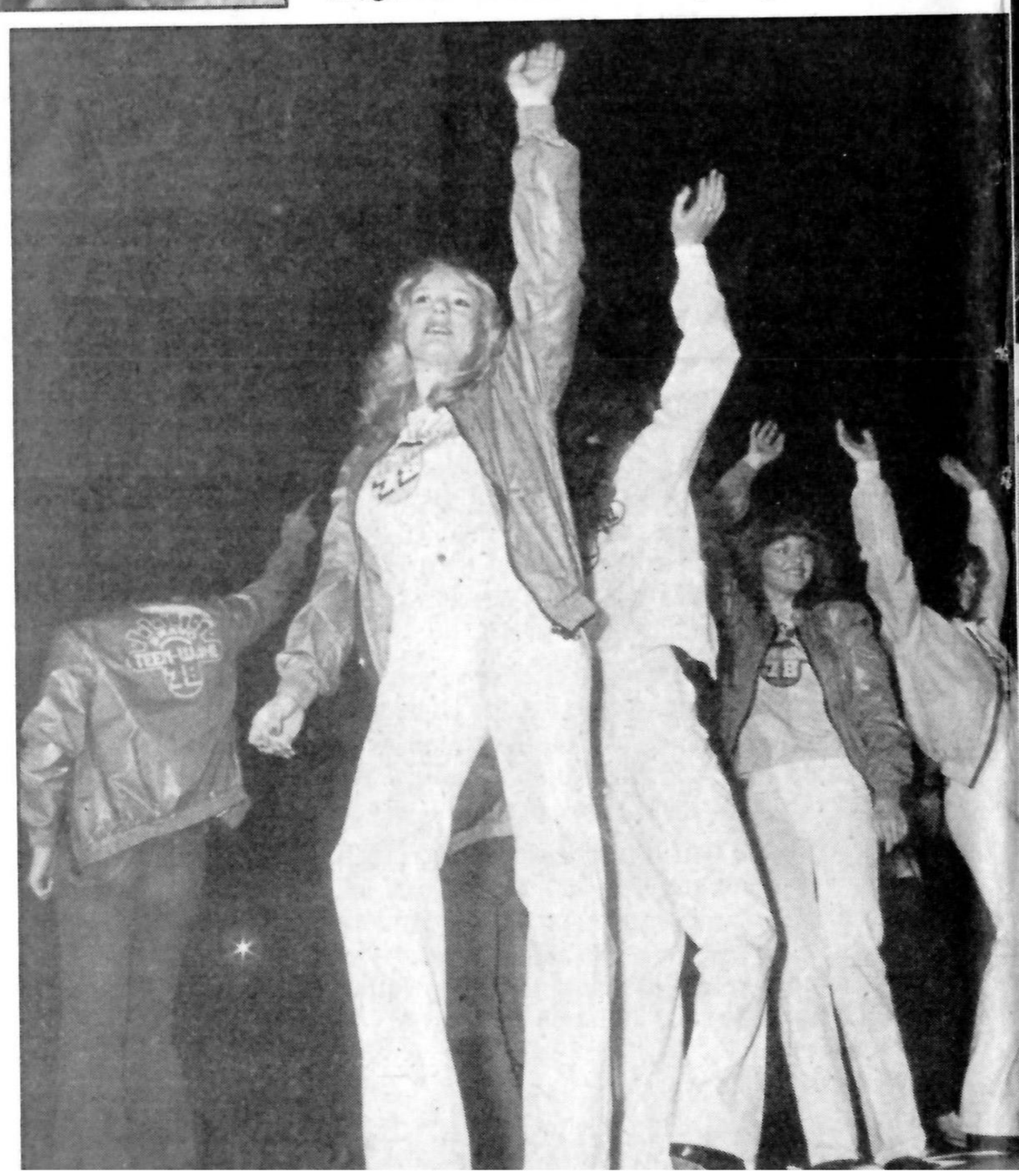
Diese Mädchen kämen wohl kaum auf die Idee, die Veranstaltung und damit ihre vermeintliche Karriere zu gefährden. Willig akzeptieren sie Spielregeln und Vertragsklauseln.

Im Vertrag mit einem ehemaligen »Bravo-Girl« heißt es zum Beispiel: »*§3: Der Sieger überträgt »Bravo« alle Nutzungsrechte am Recht auf das eigene Bild und an seiner persönlichen Lebensgeschichte und seinen Erlebnissen ausschließlich für alle Staaten der Erde für die Laufzeit des Vertrages.*« Der Vertrag läuft über ein Jahr, dann kommt der nächste Jahrgang dran.

Die Sieger des Vorjahres sind vergessen, wie etwa das »Bravo«-Girl '69. Cornelia Greiner hatte als erste über ihre Erfahrungen mit »Bravo« ausgepackt: »Ich war eine lebende Litfaßsäule für »Bravo«, und für 5000 DM habe ich praktisch ein Jahr meines Lebens verkauft.

Felix war von Anfang an entschlossen, die Teeny-Wahl öffentlich zu kritisieren, vorausgesetzt er schaffte den Sprung unter die

Felix Reidenbach und Ute Kittelberger in der Dortmunder Westfalen-Halle: »Nun reicht's«



»Teen-Wahl 78«: Lebende Litfaßsäulen vor 12 000 Kindern

Warum darf 17jährige Felix Reidenbach aus Hamburg bei der SUPER-DISCO in Dortmund ausgepfiffen wurde

Einer spielte bei der Teen-Wahl falsch

»Bravo«, schmollend

letzten Zehn: »Ich wollte sagen, daß jeder einzelne Zuschauer um seine Persönlichkeit betrogen wird, daß banale Äußerlichkeiten und Körperwuchs und fast lächerliche Kunststückchen preisgekrönt werden.«

»Bravo« manipuliert? »Als ich zum Beispiel - übrigens noch vor Einsendeschluß der Stimmabgabe - nach München ins Fotostudio geholt wurde, sagte ein »Bravo«-Mitarbeiter zu dem Fotografen, der mich in Hamburg bereits fotografiert hatte: »Hier, da ist dein Junge angekommen.« Ich war natürlich verblüfft und fragte nach. Darauf sagte mir der Fotograf: »Tja, mir hast du es nämlich zu verdanken, daß du hier bist«.

Einer der Mitbewerber, Thomas Krauss (Nummer 35) schreibt an Felix: In München »sagte Tilack (»Bravo-Redakteur) selbst zu mir, daß sie sich nur zu etwa 50 Pozent nach den Stimmzetteln richten.« Über 10 000 Jugendliche - so »Bravo« — hatten ihre Fotos zur Wahl eingeschickt. Alle in der Hoffnung, Teenager des Jahres zu werden.

»Bravo« manipuliert? Nein. Aber »Bravo« trifft die Grobauswahl: weder Akne und Pickel, Haarausfall und Doppelkinn und erst recht körperliche Behinderung. Keiner der Bewerber ist auch nur Brillenträger. »Eine Menge Stimmen bekam auch der Wiener Peter Koch (Nummer 37), doch er wurde von Tilack gestrichen, er war ihm zu groß.« Einseinundneunzig mißt der Wiener, der keine Chance für die Endausscheidung hatte.

»Bravo« manipuliert? Nein. Allerdings ist im Heft nach dem Wahlzwischenfall noch immer von 20 Jungen und Mädchen zu lesen, die sich der Wahl gestellt haben. Von der Weigerung des Hamburger Schülers, an der »schmutzigen Teenwahl« weiter teilzunehmen, ist nichts zu lesen. Auch im folgenden Heft nichts.

Drei Wochen später - Reidenbachs Aktion hatte zu viel Aufsehen erregt - teilt »Bravo« seinen Lesern mit: »Einer spielte bei der Teen-Wahl falsch«.

»Bravo« manipuliert? Nein. Aber, »daß die Ordner gesagt haben, daß wir dich nicht mehr wählen dürfen, stimmt wirklich. Und ich fand das ziemlich bescheuert.«, schreibt Lydia aus D. in einem Brief an Felix.

Die Teenager-Wahl fügte sich bruchlos in das Rahmenprogramm, das den 8 - 16jährigen als »Super-Disco« des Jahres« für sieben Mark verkauft wurde. Diesen einsamen Kindern scheint als höchster Show-Effekt das exakte Wiederhören von bereits Gehörtem zu genügen. So erklärt sich der Erfolg von Revival-Bands, und nur so ist zu erklären, warum sich die Jungen und Mädchen in der Westfalen-Halle Playback-Auftritte ihrer Superstars gefallen ließen. Amanda Lear brachte keinen Ton raus. »Bravo«-Star Leif Garrett — sechzehn Jahr, blondes Haar — benötigte ein Halb-Playback, um seine Piepsstimme mit Rockoldies zur Geltung zu bringen. Die Hülle ihrer Idole scheint den Kindern zu genügen, um ins Stampfen und Toben zu geraten. Wem's danach nicht reichte, der wurde durch einen Live-Auftritt der milchgesichtigen Teeny-Gruppe »Rosetta Stone« mit Marsch-Rock und billiger Sex-Show entschädigt. Auch die Rockmusik der 60er Jahre kannte die sexuellen Ausbrüche eines Jim Morrison, Mick Jagger oder Jimi Hendrix. Aber die Extase kam aus der Musik und stimmte. Das Herumfummeln im Genitalbereich, das der »Rosetta Stone«-Sänger breitbeinig im Military-Look zelebrierte, wirkt so steril und ordinär wie die Pubertäts-Serie, mit der »Bravo« seine Leser aufzuklären vorgibt.

»Bravo« recherchiert hinter Felix her, hört man. Das klingt wie eine Drohung. Ist wohl auch eine.

Felix ferngelenkt?

Für wie verblödet hält man eigentlich die heute Jungen? Muß einer ferngelenkt oder eingeschleust sein, um zu verstehen, was »Bravo« mit ihm und seiner Generation treibt? Wer über diese Generation etwas erfahren will, darf nicht fragen, welche Stars sie vergöttert. Man muß sie fragen, was sie denken, worüber sie sich freuen und worunter sie leiden. Man muß sie fragen, warum sie alleine sind, warum sie Schwierigkeiten haben, jemanden kennenzulernen. »Das kann man nicht zur Wahl stellen und preiskrönen«, sagt Felix in einem Rundfunkinterview.

Das wichtige Buch für Betroffene
288 Seiten · kartoniert DM 19,80
Nicolaische Verlagsbuchhandlung
Nestorstraße 8-9 · 1000 Berlin 31

DER PROZESS
UM DES ESELS
SCHATTEN

Wielands abderitische Komödie gezeichnet und erzählt von Leo Leonhard.

Mit einem Nachwort von Hans J. Schütz.

Die Satire des Aufklärers Wieland auf das selbstgefällige Bürgertum mit seinem Dünkel und Kleingeist im republikanischen Mäntelchen wurde von Leo Leonhard erzählt und mit rund 50 Zeichnungen in Szene gesetzt. Es geht um alle, die in ihrer Selbstzufriedenheit so ungestört bleiben, "als ob sie die Sache nichts anginge.

80 S., 23 x 23 cm, im festen Pappschuber, 29,oo DM.
Lieferbar ab 1. Juli 1978.
Informationsmaterial anfordern!

anrich
verlag graue hefte
6101 Modautal - Neunkirchen
Telefon 06254/7229

Prokla 31
Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Bahro-Diskussion:
Spohn * Bahros Beitrag zur Sozialismus-Diskussion / Schäfer * Was heißt bürokratischer Sozialismus? / Erbe * Klassenantagonismus oder Schichtendifferenzierung? / Damus * Intelligenz im „realen Sozialismus"

Rationalisierung und Gewerkschaften:
Neusüß * Produktivkraftentwicklung und Emanzipation / Esser, Fach, Väth * Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential / Frosch * Mikroprozessoren / Roos, Penth * Rationalisierung bei der Bundespost / Interview mit Bruno Trentin (CGIL) / Armanski, Burger, Dammann, Rinne * US-Gewerkschaften und Arbeitsbedingungen

Einzelheft DM 9.-
im Abo DM 7.-
Rotbuch Verlag

zitty

bringt so Manches ins Rollen*

*z.B. das Berliner Biermann-Konzert, die Senats-Klage gegen 'Narconon', den Nazi-Buback-Nachruf... usw

Zitty Illustrierte Stadtzeitung

z.B. mit Informationen über Bürgerinitiativen und alternativen Lokalberichten

Ständig in Zitty:
14 Tage Berlinprogramm (2 Seiten pro Tag), alle Adressen der Berliner BI's, Cartoons, Gags, Satire, Kleinanzeigen, Filmteil, Platten-, Bücher-, und Ausstellungsbesprechungen, Adressen von Kinos, Kneipen, Theatern, Galerien, Beratungsstellen .....und....und.....

Für den Berlin - Besucher schlechterdings unentbehrlich !

14-tägig 92 Seiten 2 Mark

Kupong

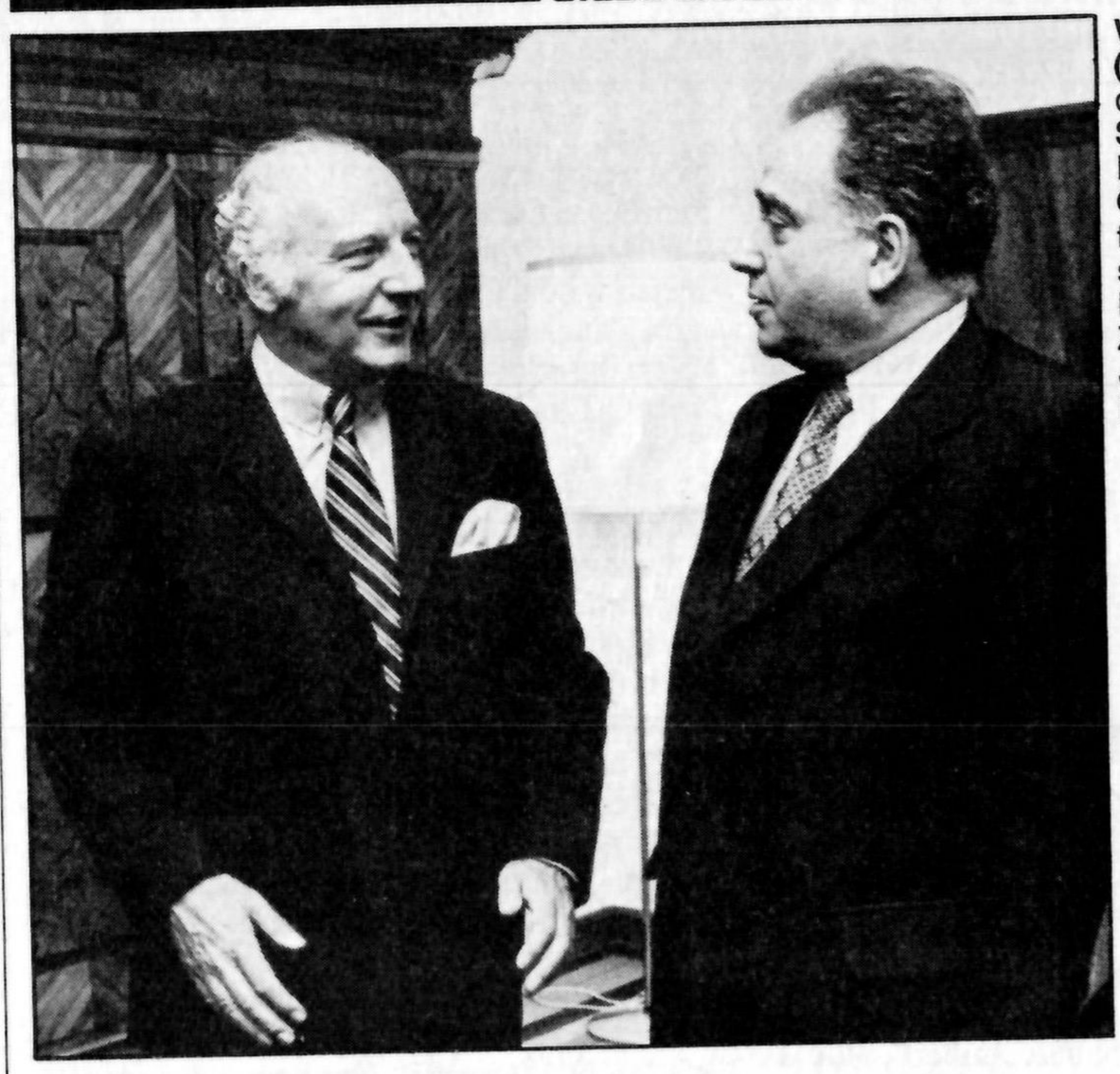
Bitte schickt mir eine Ausgabe von Zitty, eurer illustrierten Stadtzeitung.
Die 2 Mark dafür habe ich auf euer Konto bei der Berliner Bank, Kontonr. 08 234 00 000 (BLZ: 100 200 00) oder aufs Postscheckkonto Berlin/West Nr. 85 45 - 107 überwiesen.
Ich habe 2 Mark in Briefmarken beigelegt.
(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Name _____

Adresse .....

.....

Zitty Verlag GmbH, Schlüterstr. 39
1000 Berlin 12, Tel. 881 30 86 (030)



Werner Nachmann (mit Walter Scheel): die selbstgelegte Schleimspur des Präsidenten des Oberrats der Israeliten Badens und Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland

Eine allseitig korrumpierte Persönlichkeit

Wie ein Jude, der sein Leben vor anderen furchtbaren Juristen retten konnte, einen Kotau vor Hans Filbinger macht und sechs Millionen Nazi-Opfer verhöhnt / von Henryk M. Broder und Michael R. Lang

Als im Jahre 1966 in der Bundesrepublik darüber diskutiert wurde, ob der frühere NS-Propagandist und amtierende Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger, als Regierungschef der Bundesrepublik tragbar wäre, da bekam der Kanzlerkandidat der CDU/CSU Schützenhilfe von einer Seite, mit der niemand gerechnet hatte. Der Herausgeber der »Allgemeinen unabhängigen jüdischen Wochenzeitung«, ein Herr mit dem unpassenden Namen Karl Marx, schrieb in seinem Blatt einen Kommentar, in dem er dazu aufrief, »Kiesinger die Hand entgegen(zu)strecken«, denn: »Wir glauben in Kiesinger einen Demokraten zu sehen, dem es nicht nur um Deutschland, sondern auch um die Wiederherstellung und Beachtung der Menschenrechte geht und ging.« Als Beweis nannte Karl Marx ein Papier aus dem Reichssicherheitshauptamt vom November 1944, in dem Kiesinger angeblich zu jenen gezählt wurde, die »eine Aktivierung der antijüdischen Aufklärung hemmen«.

Nun war das Engagement des Juden Karl Marx für den PG Kiesinger (Mitgliedsnummer 2 633 930, Beitrittsdatum 1.3.33) auf den Ausgang der Kanzlerwahl von derselben Bedeutung wie ein Entenfurz auf einen Wolkenbruch. Aber darauf kam es nicht an. Was im Jahre 1966 zählte, war der moralische Persilschein, den ein Verfolgter des NS-Regimes einem ehemaligen Aktiven desselben Regimes ausstellte und der Maßstab, den er dabei anlegte: daß Kiesinger Ende 1944, also kurz vor dem Zusammenbruch jener Firma, der er seit ihrer Gründung loyal gedient hatte, die »Aktivierung« der antijüdischen Propaganda »hemmte« — dies genügte Karl Marx bereits, um Kurt Georg Kiesinger die Hand zu reichen. Wenig später starb Karl Marx, wurde Kurt Georg Kiesinger Bundeskanzler, hinterließ Beate Klarsfeld ihren Handabdruck in seinem Gesicht.

Es dauerte beinah 12 Jahre, bis der erbärmliche Rekord an Speichelleckerei und Würdelosigkeit, den Karl Marx aufgestellt hatte, egalisiert, wenn nicht gar übertroffen wurde. Und wieder war es ein »prominenter« deutscher Jude, der einem amtierenden Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und früheren Funktionsträger der Nazi-Herrschaft die Hand reichte, was ein anständiger Mensch guten Gewissens nicht einmal durch einen Asbesthandschuh hindurch getan hätte. Werner Nachmann, Präsident des Oberrats der Israeliten Badens und Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, schrieb Ende Mai 1978 einen Brief an Hans Filbinger, in dem er vor dem bekannten Anti-Nazi, der es sich nicht nehmen ließ, die Vollstreckung eines von ihm mitherbeigeführten Todesurteils persönlich zu leiten, einen tiefen Kotau macht. Nachmann bestätigt Filbiner, »daß Sie beim Aufbau der Bundesrepublik Hervorragendes geleistet haben«; auf einer Schleimspur, die er selbst gelegt hat, dreht sich der Präsident des Oberrats der Israeliten Badens tief in den badischen Landesvater hinein: »Seit vielen Jahren sind wir freundschaftlich verbunden. Während dieser Zeit konnte ich mit Ihnen viele Probleme, die mit dem Aufbau unserer

von den Nazis zerschlagenen Jüdischen Gemeinden zusammenhängen, lösen und viele Sorgen mit Ihnen gemeinsam beraten. Ihre Hilfsbereitschaft bei dieser Arbeit ist von uns mit Befriedigung und Dankbarkeit verstanden worden.«

Aber irgendwie muß sich Werner Nachmann bei dieser Schleim-Eskapade doch nicht ganz wohl gefühlt haben, denn sein Brief endet mit den Worten: »Damit soll jedoch keineswegs der Geschichtsvorhang zugezogen und den tatsächlichen Verantwortlichen der Nazizeit ein Freibrief ausgestellt werden.«

Nachmanns Brief mit dem bemerkenswerten Novum »Geschichtsvorhang« wurde vom badisch-württembergischen Staatsministerium publik gemacht. Fast alle Zeitungen berichteten darüber. Gleichzeitig wurde ein Offener Brief bekannt, den ein ehemaliger Studienkollege Filbingers an den Ministerpräsidenten geschrieben hatte. Der Kommilitone, heute Lehrer in Calw und CDU-Mitglied, erinnerte Filbiner, der schon als Student wegen seiner antinazistischen Haltung in Schwierigkeiten geraten sein will, daß er in brauner Uniform als Mitglied des SA-Studentensturms herumlief und andere Studenten aufforderte, der SA oder SS beizutreten.

Nun könnte man sich damit trösten, daß ein CDU-Mann aus dem Schwarzwald mehr Charakter zeigt als der Sprecher einer von den Nazis beinah endgelösten Minderheit, der sich Herrn Filbinger heute »freundschaftlich verbunden« fühlt und dies auch noch öffentlich kundtut. Man könnte auch konstatieren, daß Herrn Nachmanns lange und aufwendige Amts-Titel im umgekehrten Verhältnis zu seiner intellektuellen Einsicht und politischen Moral stehen. Aber man sollte es bei diesen Erkenntnissen nicht belassen.

Herr Nachmann wird sicher wissen, warum er tut, wozu ihn niemand zwingt, aber er sollte auch wissen, daß er es nicht ungestraft tun darf. Gemessen an ihm sind die dummen Fanatiker, die nachts jüdische Friedhöfe schänden und NS-Parolen an Synagogen schmieren, kleine Fische. Nachmann macht nicht ein paar Grabsteine kaputt, er trampelt auf der Würde von sechs Millionen Nazi-Opfern herum, deren ohnehin schon sinnloser Tod nicht noch dadurch verhöhnt werden darf, daß ein Davongekommener sich schamlos bei einer Figur anbiedert, die zu den Stützen des NS-Systems gehört hat. Daß Filbinger — soweit bekannt — selbst weder Antisemit war noch ist, mag ihn in Herrn Nachmanns Augen ehrenwert erscheinen lassen.

Das ändert nichts daran, daß die antisemitischen Exzesse des deutschen Faschismus nur möglich waren, weil die vielen Filbingers mit ihrem Ordnungssinn und ihrer Treue auch zum Verbrecherstaat diese Exzesse erst ermöglicht haben. Sie haben sich selbst ihre akademischen Finger nicht schmutzig gemacht, außer wenn sie mal eine kleine Exekution an einem Deserteur geleitet haben, und auch dies nicht aus sadistischem Lustgewinn, sondern aus reinem Pflichtbewußtsein; mit dem Abstand zur Nazizeit nimmt auch die Zahl der inneren Widerstandskämpfer zu, die nur mitgemacht haben, um das Schlimmste zu verhüten, um zu retten, was zu retten war; die späten Anti-Nazis haben vor allem sich über die Zeit gerettet und ihre Nachkriegskarrieren unbekümmert auf Bergen von Leichen aufgebaut. Daß sich nach dem Krieg wieder Juden in Deutschland niedergelassen haben, kam ihnen gerade recht. Das war die Möglichkeit, sich preiswert vor der Welt zu rehabilitieren, ohne wirklich mit der eigenen Vergangenheit zu brechen. Allerdings — dazu bedurfte es eines bestimmten Typus von Partner, der eine gewisse Schmutzarbeit übernahm und dafür entsprechend belohnt wurde — es bedurfte der Herren Marx, Nachmann usw.

Diese Funktionäre und Opportunisten sind in der jüdischen Tradition atypisch. Sie konnten (und können) sich nur in einem Land entfalten, in dem die jüdische Intelligenz ausgerottet wurde und die dritte Garnitur sich plötzlich hofiert und umworben sah. Von Maimonides über Spinoza bis hin zu Weizmann und Einstein waren die Wortführer der Juden immer Wissenschaftler, Geistliche, Literaten, Querdenker, die sich — nebenbei — auch um jüdische Angelegenheiten kümmerten. Was aber wäre Werner Nachmann, wenn er nicht deutscher Judenfunktionär wäre? Wer würde seinen Namen kennen, ihn zu sich bitten, seine Briefe veröffentlichen? (Kann er, wie Michael R. Lang, einen zwei Kopf größeren Gegner mit einem einzigen linken Haken zu Boden schicken? Kann er, wie Henryk M. Broder, hervorragenden Kuchen backen? Kann er, wie Simon Wiesenthal, stundenlang jüdische Witze erzählen?)

Herrn Nachmanns einzige Qualifikation besteht darin, daß man sich bei Bedarf seiner Person bedienen kann. Darauf basiert seine Wertschätzung bei den deutschen Offiziellen, das ist die Grundlage seiner monochromen Karriere.

»Sprecher der Juden würdigt Filbingers politische Arbeit« meldete »Die Welt« am 31. Mai 1978. Es wäre zu klären, für wieviele und welche Juden Herr Nachmann spricht. Für uns jedenfalls spricht er nicht.

Litfaß-Säule in Heidelberg, Juni 1978: Klaus Staeck versichert, daß das Zusammentreffen seiner Plakataktion über den Allunionschristen Filbinger mit der der Süddeutschen Plakatmission e.V. aus Heidenheim rein zufällig ist.

Die Apo-Generation trifft noch einmal auf ihr politisches Erwachsenwerden: wenn Bob Dylan kommt. KONKRET fragte Wolf Biermann, Udo Lindenberg und Ulla Meinecke, was sie von ihrem amerikanischen Kollegen halten

„Kennen Sie Dylan?"

Wolf Biermann

Eigentlich sollte dieser Beitrag ein Interview werden. Die Fragen waren bereitgelegt, aber als KONKRET-Redakteur Hartmut Schulze die erste stellen wollte, war das Band schon voll: mit einer Liebeserklärung an Bob Dylan

Ich will nicht über Bob Dylan sprechen. Es fällt mir schwer, weil ich ihn liebe und weil ich nicht irgendwas hinschludern will. Lobpreisungen, die so ohne Vorbereitung zu ungenau ausfallen. Bob Dylan kommt jetzt nach Westdeutschland, und ich werde ihn wahrscheinlich nicht sehen. Aber ich kenne manches aus dem Fernsehen und ich kenne seine Platten, nicht alle, mehr die älteren. Platten, auf denen solche Lieder sind wie: »Don't think twice it's all right« oder »Tambourine-man« oder »Ich will nicht mehr auf Maggie's Farm arbeiten«. Die haben mir Freunde in die DDR geschmuggelt. Später kam sogar in der DDR eine Platte raus von Dylan, eine Auswahl seiner Lieder. Diese Platte gehörte auch zu dem, was man in der DDR »Bück-Ware« nennt. Das ist Ware, nach der die Verkäuferin sich bücken muß, Ware, die nur unterm Ladentisch liegt. Für mich war Dylan Schmuggel-und-Bück-Ware. Ich möchte wissen, wie anders er sich anhört mit Westohren. Wie hört sich das mit deinen West-Ohren an: ich liebe Bob Dylan?

Ich liebe den Ton seiner Lieder. Ich mag, daß er alle Töne zu tief singt. Was beim Blues die zwei »Blue-Notes« sind, die zwei erniedrigten Töne, das macht er konsequent auf der ganzen Tonleiter, er singt alles falsch, alles »blue«. Er singt alle Töne um einen viertel Schritt niedriger, und das regt mich auf, weil ich sie beim Hören immer ein Stück hochheben muß - diese Interferenz aktiviert mich. Es ist eine Traurigkeit in seinen Liedern, aber da sie tief genug ist, macht sie mich nicht traurig. Mein Gemüt äfft den Ton der Lieder also nicht nach.

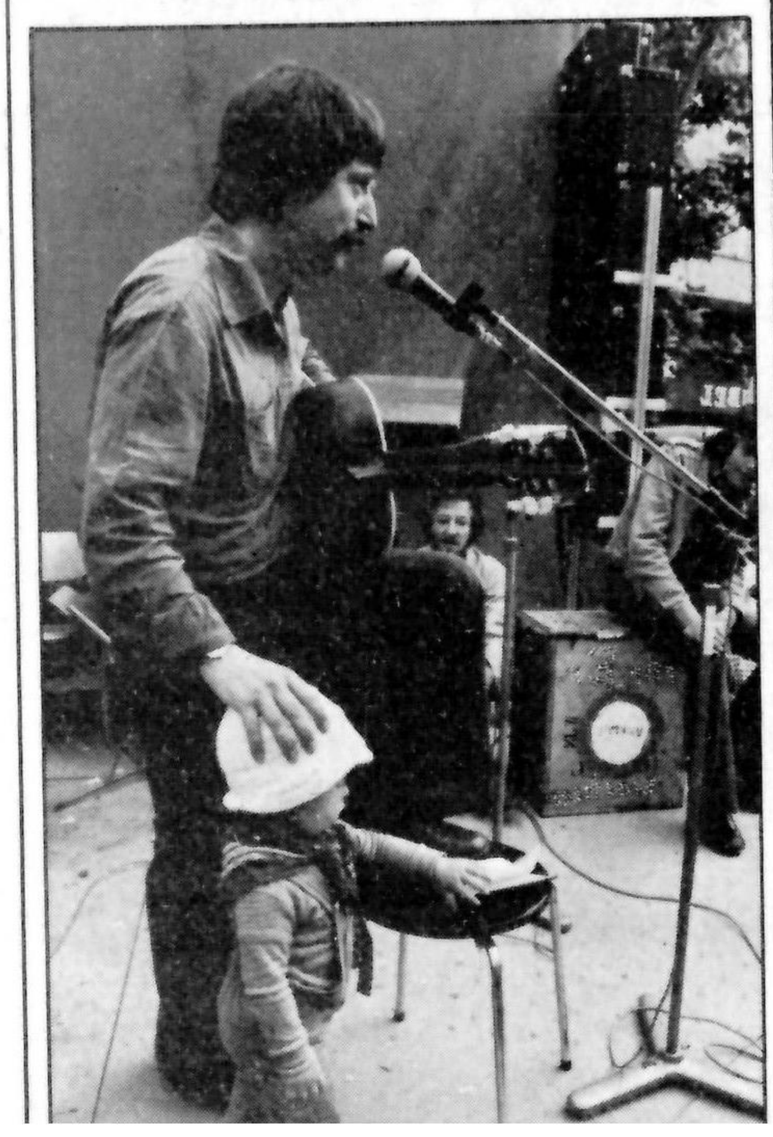
Und ich liebe an Bob Dylan, daß er über platte Dinge spricht, daß er keine Angst hat vor dem Schmodder der Epoche. Dichter, besonders die schwächeren, schielen ja oft nach der Ewigkeit und spekulieren dabei auf das Ewig-Menschliche, sie schnappen nach dem, was länger hält als die Zeitumstände. Und das verführt sie dazu, von vornherein auf diese Distanz zu gehen. Stärkere Dichter, wie Bob Dylan, haben diese Angst nicht. Sie lassen sich ruhig ein mit den Vergänglichkeiten, sie übersteigen die Borniertheit ihrer Zeit, indem sie ihr auch Genüge tun. Canetti hat in einem seiner Tagebücher das mal anschaulich definiert. Er sagt, sinngemäß, daß der Dichter mit kurzer Kette fest, unzerreißbar gefesselt sein muß an seine historischen, d. h. an seine bornierten Lebensumstände; nur so schafft er es, die sogenannte Ewigkeit zu erreichen. Die kleineren Talente sind so überwältigt von ihrer Sehnsucht nach der Dauer, daß sie sich mit ihren näheren Lebensumständen erst gar nicht einlassen. Und das führt dazu, daß sie weder für die Nachgeborenen noch für ihre Zeitgenossen etwas leisten. Bob Dylan gehört zu den fünf oder sechs Leuten auf dem Gebiet des Liedes, die das vollendet können.

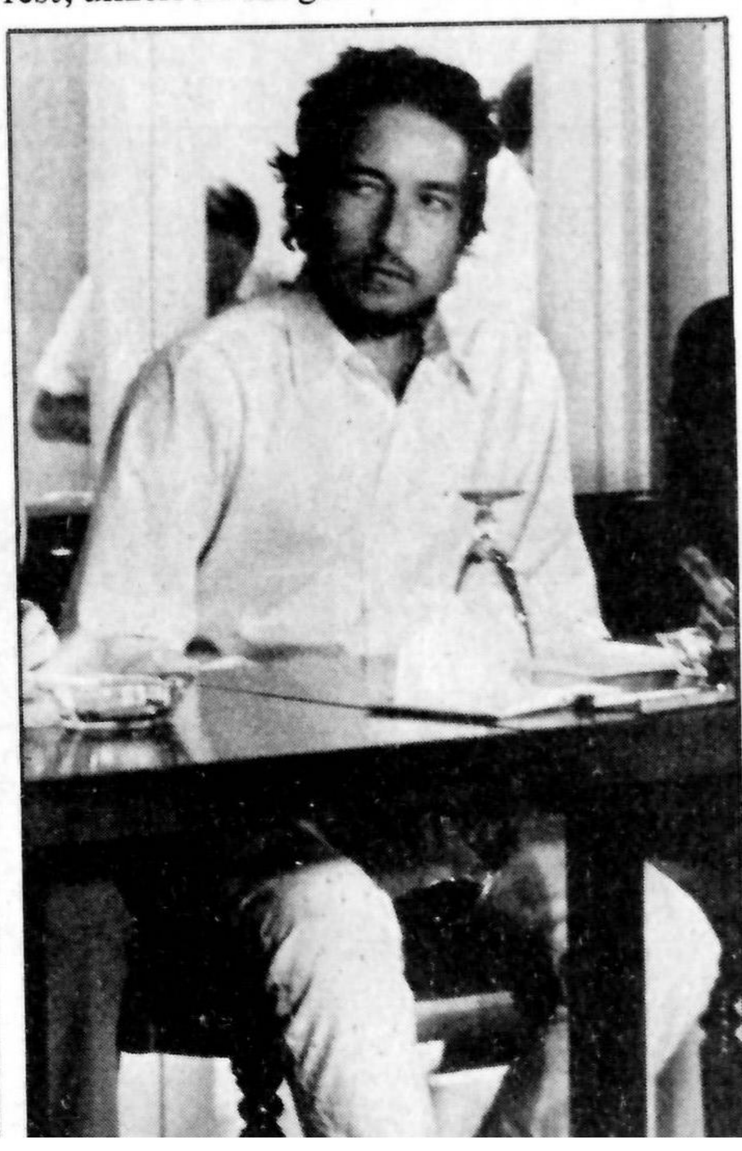
Da ich selber Lieder mache, bleibt auch eine Art sportlicher Vergleich nicht aus, natürlich mißt man sich: Er ist besser. Nicht nur weil er Amerikaner ist und über diese enormen Verbreitungsmöglichkeiten in der englisch-sprechenden Welt verfügt. Und nicht nur, weil er seine ersten Versuche gemacht hat in einem Land, das ihm die Gelegenheit gab, Schallplatten aufzunehmen und öffentlich aufzutreten, während mein Land mir in genau dieser Phase meines Lebens einen Maulkorb verpaßte.

Aber will man nicht allzu sportlich messen, dann denke ich, daß man ihn ohne Untertreibung vergleichen kann mit einem Mann wie Daniel Viglietti - dem besten Liedermacher aus Südamerika. Oder mit einem

Biermann über Dylan:

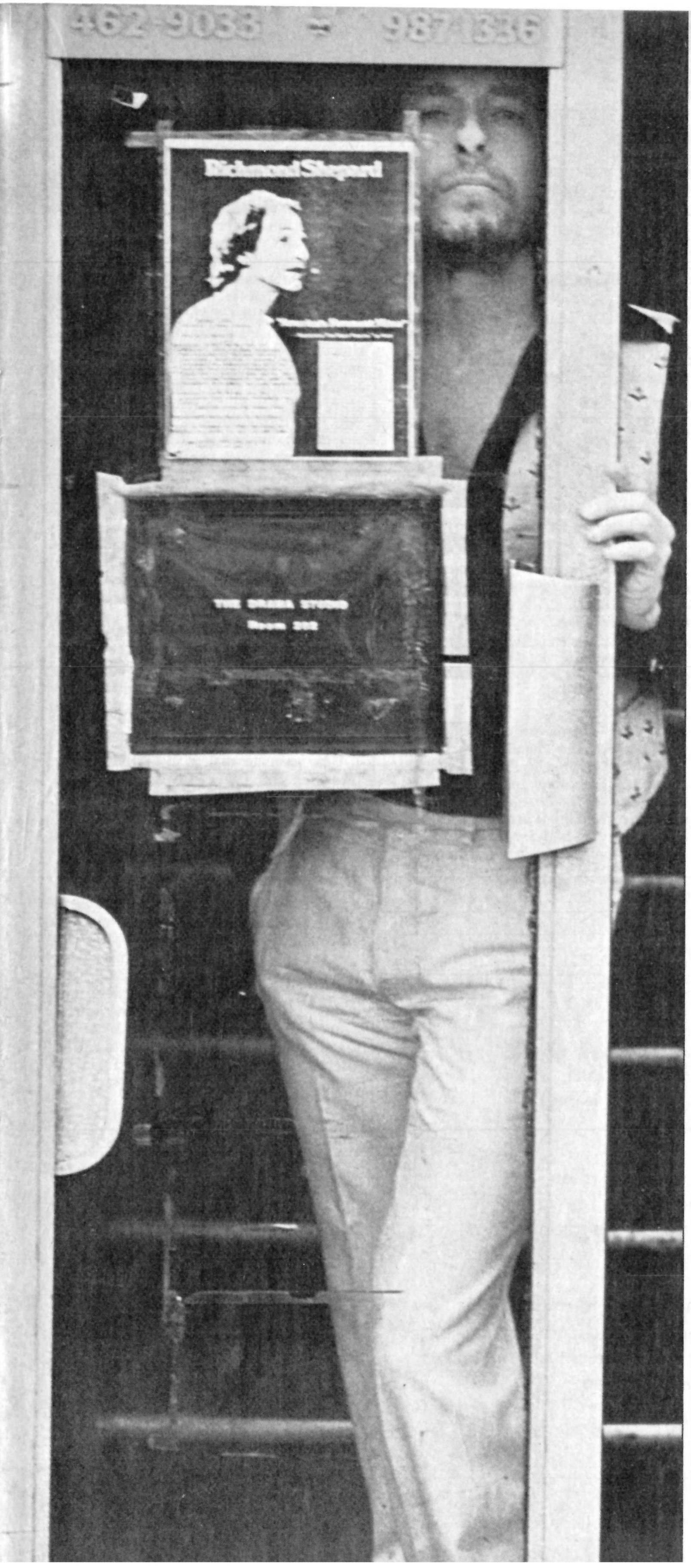
»Er hat keine Angst vor dem Schmodder der Epoche«





Lindenberg über Dylan:

»Sein Auftritt in Deutschland kann ein Abenteuer werden«



wie Bulat Okudshava aus der Sowjetunion, oder mit Dionysios Savopoulos aus Griechenland. Sicher gibt's noch wenige andere, die in diese Reihe gehören, aber ich kenn' sie nicht, oder nicht gut genug.

Als ich Anfänger war und etwas lockerer mit den Gewichten hantierte, sagte ich mal: »Wenn ich zufällig in Amerika geboren wäre, dann wäre ich dieser Bob Dylan.« Nimm's nicht als Größenwahn! Ich wollte damals nur sagen, daß ich eine ähnliche Haltung habe, ich sang ja den preußischen, den roten Blues. Obwohl die Haltung auch in manchen Punkten sehr verschieden ist. Ja, ich vergleiche meine Arbeit auch mit der von Dylan, sehe alles das aus dem bornierten Gesichtspunkt eines Produzenten und nicht eines Konsumenten - ich kann ja gar nicht anders. Bob Dylan legt sich in das große, breite Bett der Tradition des Liedes in seinem Land: der Folksong, der Blues, Woody Guthrie, Big Bill Broonzy, Leadbelly, Country-Music, alte englische Lieder... Alles das fließt in seine Songs mit ein.

In Deutschland gibt es ja nicht eine dermaßen lebendige Tradition des Liedes. Wir haben seit der Niederschlagung der Bauernkriege so ein im Volk lebendiges Volkslied nicht. Wir haben nur später dann die noble Karikatur auf diesen Mangel in Form der Lieder der Romantik, die in den Salon gehören und nicht auf den Marktplatz. Trotzdem für uns eine kostbare Tradition. Und die Sammlung von Volksliedern demokratischen Charakters von Wolfgang Steinitz. Zwei kostbare dicke Bücher. Aber eben nur Papier. Und dann haben wir das Arbeiterlied aus den 20er Jahren: »Roter Wedding, grüßt euch Genossen«, wir haben Eisler, wir haben das Lied der Moorsoldaten, aber wer ist »wir« und wer »hat« da? Das lebt alles nicht wirklich im Volk. Bei den Linken, bei manchen politisch gebildeten Arbeitern ist das lebendig. Ich hatte Glück, bin damit aufgewachsen.

Ein Liedermacher in Deutschland hat also nicht so viel, woran er einfach anknüpfen kann; er hat nicht solch eine Tradition, die ihn einfach mitreißt wie ein starker Strom, der einen schon irgendwo hinschafft. Schade. Aber ich wollte mir diesen amerikanischen Sound, der ja mit der Besatzungsmacht auch in die BRD exportiert wurde, nicht einfach anschminken. So nützlich es ist, daß zum Beispiel Hannes Wader alte deutsche Volkslieder wieder unter die Leute bringt, mit diesem amerikanischen »Picking Style« dekoriert - das hat etwas von einer Verjüngungskur einer amerikanisch geschminkten middle-class-Oma. Meine Tradition ist das nicht.

Generalthema in Songs von Bob Dylan ist, daß er immer weg will: I'm on my way, He's on his road, I'm travelling the long, lonesome road, babe... Er will immer von wo weg, während jemand wie ich, mehr eingebunden in die Traditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung, immer irgendwo hinkommen will. Nicht bloß: Nichts wie weg hier! - sondern wo ankommen! Das heißt, ich habe mehr deutliche Zielvorstellungen - wie realistisch oder utopisch die auch immer sein mögen.

Ein altes Lied von mir heißt: Warte nicht auf bessre Zeiten! Bob Dylan hat ein Lied geschrieben, in dem heißt es: The times, they are a-changin'. Das soll wohl auch das Mot-

Wolf Biermann
Lied des Bundes

Sol sain, als ijch boij in der Luft maine Schlesser
Sol sain, as main Gott is in ganzen nit do
In Troim wed mir laichter, in Troim wed mir besser
In Troim is der Himmel mir bluer wi blu.

Sol sain, als ijch well main Zil nit derlangen
Sol sain, as main Schiff wed nit kummen zum Bschjeg
Es gejt nit indejm, ijch sol hubben dergangen
Es gejt nor zu gejn oif dem sunnigen Weg.

Der BUND war beides: Gewerkschaft und politische Partei des jüdischen Proletariats in Polen und Rußland. Gegründet wurde der BUND 1897, ein Jahr vor der SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLAND. Lenin bewunderte die Organisationsstruktur und Arbeitsweise des BUND, der BUND prägte Lenins Vorstellungen über Parteiaufbau. 1898 organisierte der BUND den Gründungsparteitag der SDAP RUSSLANDS in Minsk und wurde autonomes Mitglied dieser Partei. Das erste Programm der SDAP wurde damals in der Druckerei des BUND gedruckt, zweisprachig, in Russisch und Jiddisch.

Ich lernte dieses Lied in Frankfurt am Mai von Jakob Moneta. Sol sain, daß meine Schreibweise des jiddischen Textes fehlerhaft ist. Bei meinem Versuch, den Text in singbares Deutsch zu bringen, merkte ich, daß es wohl nicht geht, es ist zu nah am Deutschen. Ich tröste mich mit dem Gedanken, daß die Deutschen, nachdem sie sich so große Mühe gemacht haben bei der Ausrottung der Menschen, die Jiddisch sprachen, sich nun ruhig die kleine Mühe machen, die paar fremden Worte selber rauszufinden. Ach Unsinn! d i e Deutschen haben nicht ausgerottet, und d i e Deutschen werden sich für dieses Lied nicht interessieren. Ich habe zu der schönen Melodie einen neuen Text geschrieben:

Mag sein

Mag sein, daß ich irre und dich nur verwirre
Mag sein, daß ich hoffe und bin längst verlorn
- ich leb ja den Traum der Commune noch immer
Dazu hat mich ja meine Mutter geborn.

Wir haben uns selber am schlimmsten von allen
Verraten, verkauft und blutig genarrt
- und doch sind nicht all meine Träume, die roten
Mit all unsern Toten verreckt und verscharrt.

Und ob es mir schwer wird - und ob es mir leicht ist
Ich geh unsern Weg, geh mit Sehnsucht und Zorn
- mag sein, daß ich einmal, wenn alles erreicht ist
Erreicht habe nichts, als ein' Anfang von vorn

to seiner Tournee sein. Er beschreibt die sich verändernden Verhältnisse in seinen Liedern - ich hingegen will die Verhältnisse verändern. Wobei noch gar nicht klar ist, wer mehr bewirkt. Bob Dylan hat bestimmt sehr viel verändert; vielleicht nicht, was die Verhältnisse betrifft, aber was die Menschen betrifft, die die Verhältnisse ändern können.

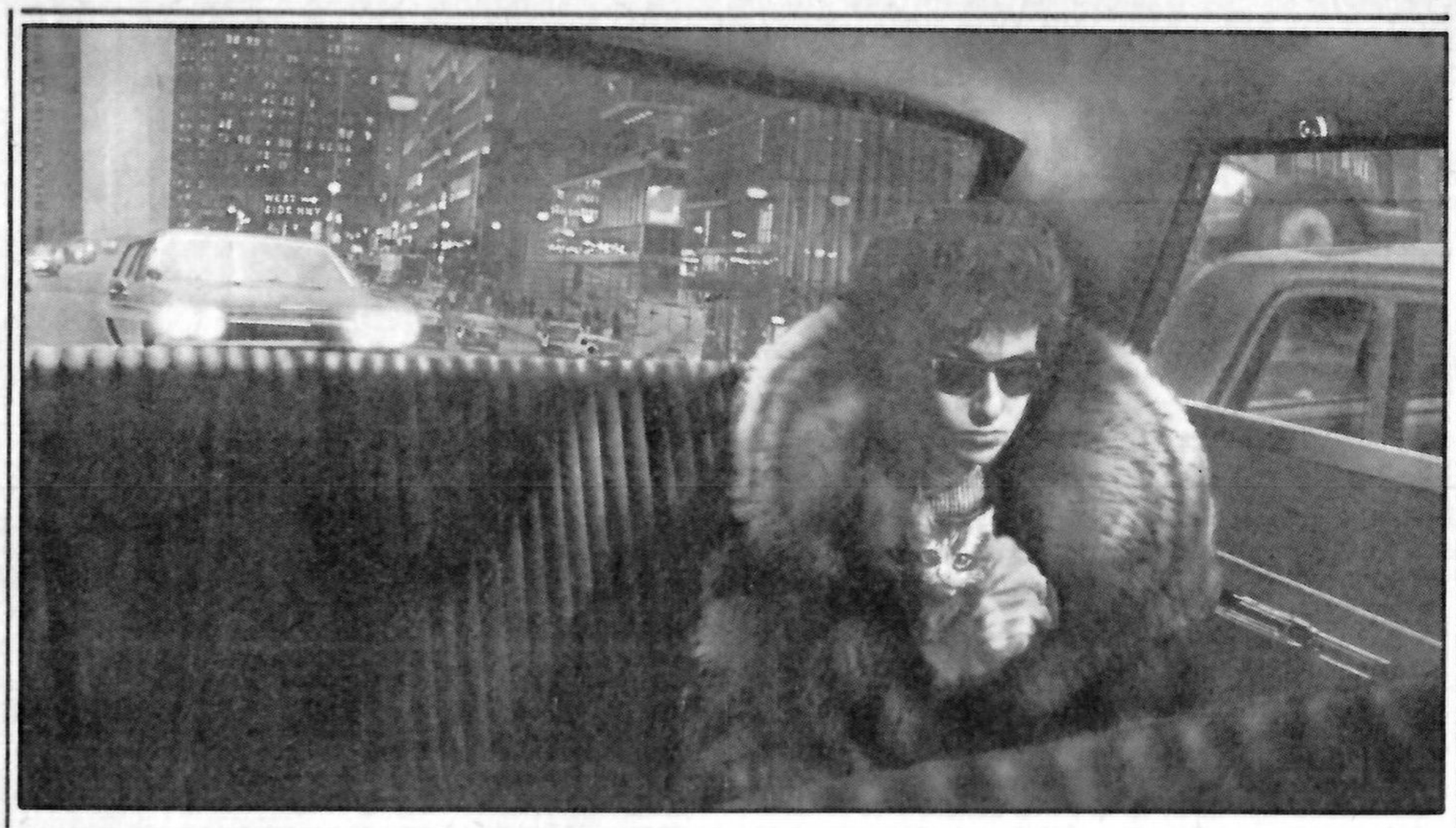
Ich fuhr neulich in der Eisenbahn von Frankfurt am Main nach Hamburg, und neben mir saß ein amerikanisches Ehepaar. Wir kamen ins Gespräch, und ich fragte dann, nicht zu schnell, um nicht unhöflich zu sein, aber ich fragte dann doch: »Womit verdienen Sie Ihr Geld?« Da lachte er und sagte: »Ich bin Polizist in einer Universität«. Und da reizte es mich, ihn zu fragen: »Kennen Sie Bob Dylan?« Da guckte er mich an, als hätte ich ihn nach irgendeinem Hinterdem-Mond-Krater fünfter Größe gefragt. Von Joan Baez hatte er schon mal den Namen gehört - immerhin. Johnny Cash kannte er bestens. Da ich über andere Erfahrungen nicht verfüge, schließe ich vorschnell, daß Bob Dylan in diesem großen Amerika vielleicht nicht so bekannt ist wie hier in Westeuropa.

Ich will, sobald ich hier in Westdeutschland meine Hausaufgaben gemacht habe, mal ein bißchen weggehen, nach Amerika fahren. Und zwar nicht nur für ein paar Wochen, weil ich fürchte, daß ich sonst dümmer zurückkomme als ich hingefahren bin, sondern für etwas längere Zeit. Ich will also mindestens für ein halbes oder ein Jahr dort sein; dann könnte ich über all das mit mehr Sachkenntnis sprechen. Die wenigen meiner Freunde, die was davon verstehen, schimpfen auf die USA, ein Scheiß-Land.

Uns besuchte mal in der DDR in der Chausseestraße der Lettau und erzählte interessante Sachen über die USA, über seine Erlebnisse dort, wie er verhaftet wurde für eine Nichtigkeit, wie er vergewaltigt wurde, im Gefängnis geschlagen wurde. Nachdem wir uns das ein paar Stunden lang angehört hatten, und sehr gern, sagte ich ihm: »Nun erzähl mal fünf Minuten lang, warum Amerika ein so wunderbares Land ist« - und da schluckte er, war sympathisch betroffen. Er versuchte, etwas Erfreuliches über dieses Land zu erzählen. Er kam ins Stottern und wunderte sich... Beim ersten Anlauf kam nichts Gutes über die Staaten aus seinem Munde, obwohl er sicher manches darüber sagen könnte. Das ist doch klar: die USA können nicht nur ein Scheiß-Land sein. Sie haben so einen Mann hervorgebracht wie Bob Dylan.

Jetzt, wo der Bob Dylan endlich mal kommt, denk ich: vielleicht wär's ganz gut, wenn ich ihn mal treffen könnte. So wie ich mit Daniel Viglietti normal reden kann über die Verschiedenheit unseres Exils, über Gitarrentechnik, über Lieder, oder wie ich politisch mit Bulat Okudshava behutsam streiten kann. Im Trubel der Tournee wird Dylan wenig Muße haben. Vielleicht treff' ich ihn mal in Amerika. Und vielleicht gelingt es mir dann, das eine oder andere Lied von ihm in ein singbares Deutsch zu bringen.

Im Moment bin ich hauptsächlich damit beschäftigt, neue Lieder zu schreiben. Das Neue festhalten, bevor ich mich gewöhnt habe hier. Wenn du Lust hast, kannst du ein Lied mitnehmen, mit dem ich gerade fertig bin. Ihr könnt es abdrucken. Es kommt mit auf meine erste West-Platte, die im Herbst raus soll.



Ulla Meinecke & Udo Lindenberg:

„Weißt Du noch, Karl-Heinz?"

Dylan gehörte schon fast zur Vergangenheit, der große Gegenpol zu Elvis und allen nachkommenden Popgrößen. »Blowing in the wind« ist fast eine Art Volkslied für Gitarrenanfänger, und auch sonst war bis auf ein aufgezeichnetes Konzert, das das Fernsehen irgendwann mal gesendet hat (Hard Rain Concert) Ruhe, was sein Erscheinen in der Öffentlichkeit anbetraf.

Jetzt kommt er nach Europa, sogar nach Deutschland, und für die allermeisten wird es das erste Mal sein, ihn überhaupt live zu sehen, weil er nur zweimal in Europa aufgetreten ist. Als eine Art Vorhut kam Joan Baez im letzten Jahr und brachte die ganz alten Zeiten wieder in Erinnerung, denn frühe Sechziger - das waren nicht nur die Rock n'Roll Stars und die Beatles, die Hippies und Hair - (bis zu den Knien), das war auf Deutschland bezogen auch Ostermarsch, Provos, der frühe SDS und die akustischen Gitarren, zu denen (leider nur englische) »Protestsongs« nachgesungen wurden.

We shall overcome - daraus ist ja leider nichts geworden, aber als Joan Baez auch diese Lieder alleine zur Gitarre vortrug, war es in den Konzertsälen kirchenstill. Wenn Dylan kommt, wird es bestimmt nicht anders sein, jedenfalls für die, die alt genug sind, sich an ihn zu erinnern.

Obwohl Dylan bis 1960 »Arts« studiert hat, sagt man von ihm, daß er immer ablehnte, als Intellektueller zu gelten, obwohl er sich in einem Freundeskreis von radikalen linken Bürgerrechtlern befand. Seine radikalen und genauen Protestsongs entstanden immer aus Begebenheiten. Er erfuhr von einzelnen Fällen, in denen die Diskriminierung der Schwarzen oder das Unrecht gegenüber gesellschaftlich Schwachen besonders deutlich wurde. Diese Geschehnisse griff er auf, gab den Personen, die davon betroffen waren, Namen oder erfand Figuren, die als Rollenträger solche sozialen Widersprüche besonders plastisch machten.

Er wollte nicht von vornherein links oder radikal sein, aber durch seinen genauen Blick für die Realitäten und seine Humanität wurden es zumindest seine Songs zwangsläufig. Das Newport Festival wurde für ihn 1961 zum Durchbruch, damit hatte er einen großen Namen und einen festen Platz in der Folkszene, die durch Leute wie Pete Seeger, der schon immer eine klare politische Position bezogen und ein Forum für solche Songs geschaffen hatte, geprägt wurde.

Mittlerweile bei einer Plattenfirma unter Vertrag, war Dylan im Geschäft und es sind einige Fälle bekannt, in denen er Kämpfe um die Veröffentlichung wichtiger Songs ausfocht, die ihm wichtig waren - und manche verloren hatte. Er war in dieser Zeit für »CORE« aktiv den »Congress Of Racial Equality«, und befreundete sich mit Joan Baez, die ein fester Bestandteil der Bürgerrechtsbewegung war.

In Deutschland gewann er durch »Blowing in the Wind« eine gewisse Bekanntheit. Christopher und Michael sangen die deutsche Fassung und damit war zumindest garantiert, daß bekannt wurde: man kann solche Lieder schreiben und singen. Leider ist Dylan in Deutschland nur wenigen vorbehalten geblieben, weil er Englisch sang, und weil seine Texte noch dazu extrem schwierig zu verstehen waren.

Wer mit Schulenglisch Texte aus den Platten heraushören wollte, brach sich die Ohren, denn Dylan singt etwas nuschelnd und ziemlich schnell. Songbooks gabs auch noch nicht an jeder Ecke, und so war man auf eingeweihte Freunde angewiesen oder auf begeisterte Englischlehrer, die vereinzelt bereits Mitte der sechziger Jahre diese Songs in der Schule durchnahmen.

Musikalisch hat er ja nicht viel hergegeben, der gute Bob, wenn man die Texte nicht verstand, waren die Platten doch eher eintönig und anstrengend, musikalisch gabs zu der Zeit wirklich wesentlich aufregendere Sänger und Bands.

Ab und zu hat er aber wahnwitzig starke Stücke komponiert, mit eindringlichen Melodien; allerdings wurde deren musikalische Schönheit oft erst sichtbar, wenn sich andere Musiker darüber hermachten, wie z. B. Jimmy Hendrix (»All along the watchtower«) oder die Birds (»Hey Mr. Tambourine Man«). Im Zuge der Weiterentwicklung der Rockmusik ist er ja später auch dazu übergegangen, mit größerer Besetzung zu arbeiten, und seine Aufnahmen mit The Band zeigen ihn als Musiker.

In Deutschland war es ja leider nichts mit der Protestbewegung, es gab zwar die Burg Waldeck, Degenhardt, Süverkrüp, Mey usw., aber außer diesem Festival und den beiden Protestlern Christoph und Michael war Ebbe.

Dylan ist ein Superstar geworden und verdiente Millionen, was man zwar bei einem Elvis in Ordnung fand, was aber bei Dylan, dem sozial engagierten, als Widerspruch gesehen wird. Mottò: »Da singt sich einer die Kehle aus dem Hals über die böse Welt und die böse Welt schmeißt ihm dafür Millionen Dollars in den Rachen.« Wie er damit fertig geworden ist, kann man nicht wissen, daß er extrem zurückgezogen lebt, sich kaum sehen läßt und kaum mal Interviews gibt, kann auch den Grund haben, daß er ein verschlossener Charakter ist (und nach Informationen, die wir von den wenigen Leuten haben, die ihn persönlich trafen, stimmt das).

Es gibt ein Poster von Dylan in dem Buch »Rockdreams«, das ihn in einem panzerverglasten zehn Meter langen Auto zeigt. Er sitzt zusammengekauert in einer Ecke auf dem Rücksitz. Das soll wohl seine widersprüchliche Situation zeigen. Bobby, der menschliche, genau eine Panzerglasbreite von der Umwelt getrennt, in der er mal gelebt hat, und deren Erleben ihn zu seinen berühmten Songs inspiriert hat. Der millionenschwere Hobo, der sich einen Zug kaufen müßte, um noch mal zu erleben, wie es ist, im Viehwaggon zu verreisen.

Mit dieser Situation muß jeder populäre und damit gut verdienende Musiker auf seine Weise fertig werden: sich zurückzuziehen und nicht mal mehr mit nachwachsenden Musikern zu arbeiten oder sich sonst weiterzuentwickeln, ist bestimmt nicht der richtige Weg. Ob Dylan diesen Weg gegangen ist, können wir (noch) nicht beurteilen. Darüber haben wir grade wegen seiner Unerreichbarkeit keine Informationen. Vielleicht kann man ihn danach fragen, wenn er in Deutschland ist?

Allerdings kann man auch nicht darüber hinwegsehen, daß ein Mensch, der eine solche Kreativexplosion hatte und ein paar Jahre lang in Flammen stand, einfach von seinen menschlichen Möglichkeiten her irgendwann vielleicht für einige Zeit, vielleicht für immer erlischt. Daraus kann man nie einen Vorwurf ableiten oder gar sagen: »Jetzt, wo er verdient hat, macht er den Mund zu.«

In dieser Zeit der Nichtdylans kann sein Auftritt in Deutschland ein Abenteuer werden. Er könnte eine Anregung sein, und es bleibt wirklich zu hoffen, daß die Leute, die zu ihm pilgern, nicht nur gerührt dem Entzünden der letzten Wunderkerze beiwohnen und ihre verflossene Jugend beweihräuchern wollen (»Ach damals hatten wir noch Ideale, weißt Du noch, Karl-Heinz?«), sondern daß sie auch mal wieder ordentlich Brennholz nachschmeißen.

SATIRE JAHR-BUCH 1

Herausgegeben von Reinhard Hippen
(Deutsches Kabarett Archiv)
und Gerd Wollschon;

mit Beiträgen von 87 Autoren,
mit ausf. Überblick
über die Jahresereignisse 1977,
mit Einführung und Register,
mit über 70 Karikaturen, Montagen, Grafiken,
mit Noten,
mit Kurzbiografien sämtlicher Autoren,
352 Seiten, DM 26,–

Autoren sind u.a.:

★ Therese Angeloff
★ Manfred Bosch
★ Franz-Josef Degenhardt
★ Ina Deter
★ Floh de Cologne
★ Ekkes Frank
★ Robert Gernhardt
★ Joachim Hackethal
★ Manfred Hausin
★ Jürgen Holtfreter
★ Hanns Dieter Hüsch
★ Dietrich Kittner
★ Walter Kurowski
★ Clodwig Poth
★ Helmut Ruge
★ Dieter Süverkrüp
★ Klaus Staeck
★ Jochen Steffen
★ Winfried Thomsen
★ Henning Venske
★ Ernst Volland
★ Hannes Wader

Ein unverzichtbares Buch
für jeden, der mit Satire zu tun
hat, haben möchte oder sie
grundsätzlich ablehnt (aber jedes
Jahr einmal wissen möchte,
warum).

Satire Verlag
Auerstr. 1 5 Köln 60

KONKRET-Buchkolumne

In schlichter Leserfreude

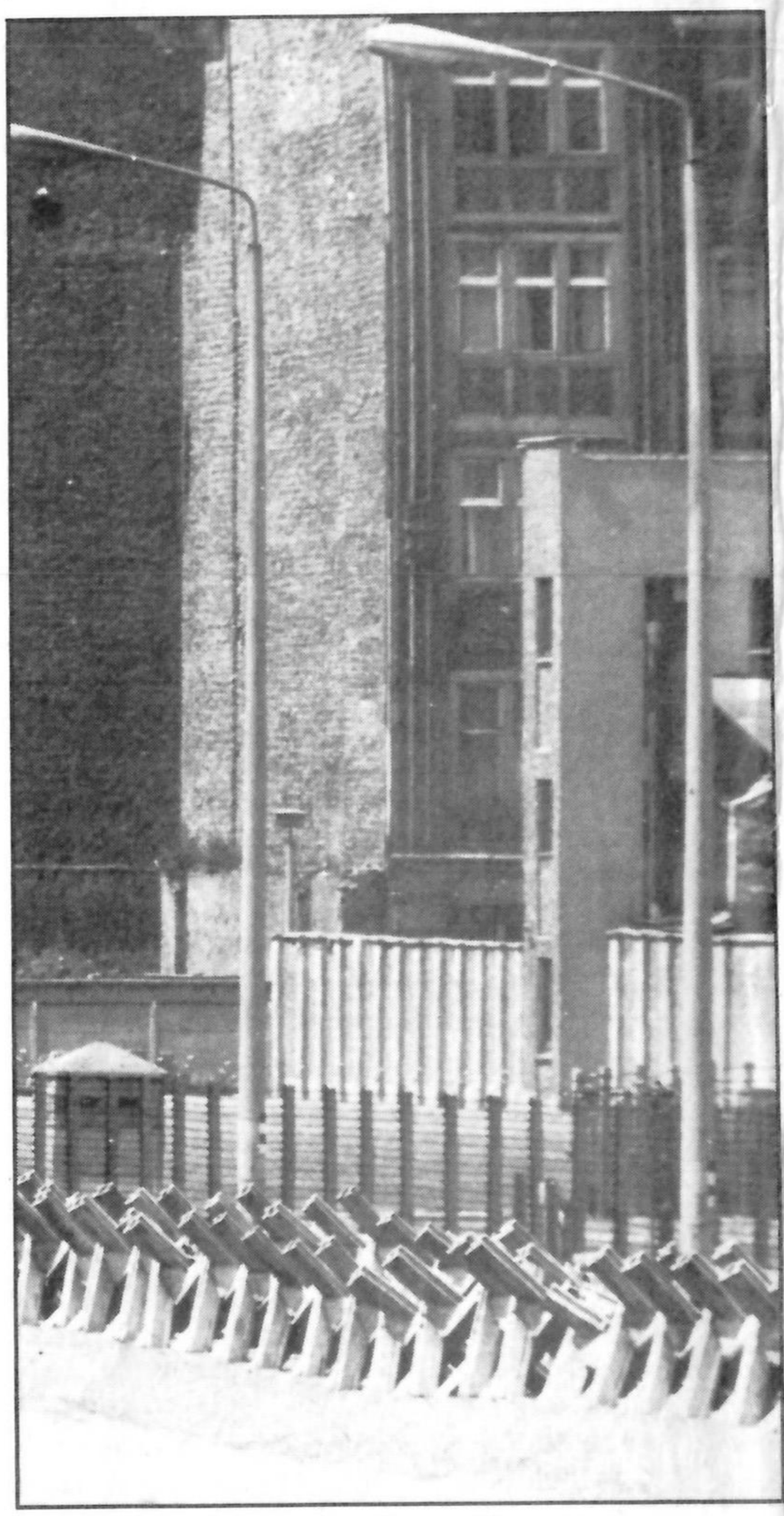
von Martin Walser

Parzival bei den Agenten

Warum ist dieser Roman, der vom Hongkonghaften, Singapurhaften, Casablancahaften der geteilten Stadt Berlin erzählt, kein Agententrivialroman? Warum liest man ein Buch, das man vor Spannung kaum noch ruhig weiterlesen kann — man möchte andauernd vorausblättern und sich erlösendes Vorauswissen stehlen — trotzdem Seite für Seite durch?

Diese Frage beantworten, heißt, einem Autor die heftigsten Komplimente machen. Man weiß nämlich erst gegen Schluß dieses Buches, daß man einen Ost-West-Geheimdienstroman liest. Ich auf jeden Fall las die Abenteuer des englischen Englischlehrers, der im Mauerbaujahr an einer Berliner Schule unterrichtete, Partys besuchte, in denen es von seinesgleichen und solchen wimmelte, die nur so taten, als wären sie seinesgleichen, ganz vom Standpunkt des Helden aus, wie es der Autor arrangiert hat. Der brave Brite erlebt die Partys und die Verkrampfungen der beiden Berlins mit einem so erleichternden Auslandshumor, daß man als nationaler Leser schon fürchtet, die Tragödie der Spaltung sei ein für allemal an die Komödie verraten. Der Brite erlebt fast alles als komisch. Aber auf eine so ernsthafte Art, daß Taktfragen überhaupt nicht ins Spiel kommen. (Oder ich bin nicht empfindlich genug). Es ist eben ziemlich viel komisch in den Verkehrsgewohnheiten der beiden Berlins, der beiden Deutschländer. Daß der brave Britenparzival als Fluchthelfer sich mutiger einsetzt als ihm liegt — angesteckt vom idealistischen Fluchthelferethos der FU-Studentin — und dann im Ostteil der Stadt zu einem geschickt wird, der eigentlich doch lieber drüben bliebe, ist eine der für diesen englischen Roman typischen Zuspitzungen.

Das ganze Figurenensemble, durch das sich unser eminent liebenswürdiger Brite hindurchtastet, dreht sich während des Romans einmal um die Achse, so daß wir am Ende von jeder Figur auch die Kehrseite gesehen haben. Das scheint fast das (schönste) Prinzip zu sein. Und erst wenn sich alle gedreht haben, wissen wir, wer ein Agent war, wer ein Profi, wer ein idealistischer Amateur. Der Abenteuerroman des Englischlehrers erzählt die Komödie fast bis in den bitteren Ernst der Berlin-Konfrontation hinein: aber dem Ernst wird keine Bleibe gegönnt: eine Ost-West-Maifeierkonfrontation wird zu einem lächerlichen Lautsprecher-Duell. Und die FU-Studentin



Berliner Scharade: »Der vollkommene Dabeigewesenseingeschmack«

bleibt nicht in den Händen der DDR-Staatsmacht, sondern wird mit Hilfe einer Schwangerschaft ins Happy-End gehievt. Da man an dieser End-Stelle dann schon weiß, daß man einen Genreroman gelesen hat, freut man sich über diesen Happy-End-Superlativ — eine Schwangerschaft, die 5 Jahre DDR-Haft erspart, und das im Frühjahr 62 — in schlichter Leserfreude. Nachträglich wird einem bewußt, daß diese britische Art, unsere wunde National-Stelle zu erleben, uns gewissermaßen verordnet werden müßte. Auch literarisch. Dieser Erzähler kann den vollkommenen Dabeigewesenseinsgeschmack entfalten; er hat eine federleichte Hand; und er schafft einen Helden, der durch seine Erlebniszartheit alle finsteren und wie für immer auf ihre zweifache

Unlösbarkeit stolzen deutschen Teilungsprobleme und die durch sie produzierten Figuren in einer liebenswürdigen Jämmerlichkeit erscheinen läßt. Das gibt unserer nationalen Verkrampfung eine sehr humane Basis. Keine Spur von Lösung. Nur ein touch Humanität. Diese Art zu erzählen ist es, die einen daran hindert, der allmählich immer schärfer nagenden Spannung nachzugeben und sich vorauszustehlen. Der Prosaist siegt über das Genre. Ein edler Sieg. Ich freue mich, Barrie Ellis-Jones, den ich bisher nur als segensreichen Übersetzer ins Englische kannte, in unserer Sprache willkommen heißen zu können: das Buch erschien bis jetzt nur in der deutschen Übersetzung.

Ein wichtiges Motiv habe ich unterschlagen: Die idealistische FU-Studentin hat, wenn der Roman beginnt, 3 Brüste. Da ich den gewichtigen Butt noch vor mir habe, aber natürlich schon gehört habe, daß dort auch eine Dreibrüstige wirkt, will ich dieses offenbar europäisch aktuelle Motiv nicht rezensieren, da ich es nur in seiner verlegen realistischen englischen Trächtigkeit, aber noch nicht in seiner mythischen deutschen Variante kenne.

Barrie Ellis-Jones:
Berliner Scharade
(deutsch von Otto Bayer),
Rainer Wunderlich Verlag, 280 Seiten,
26 Mark

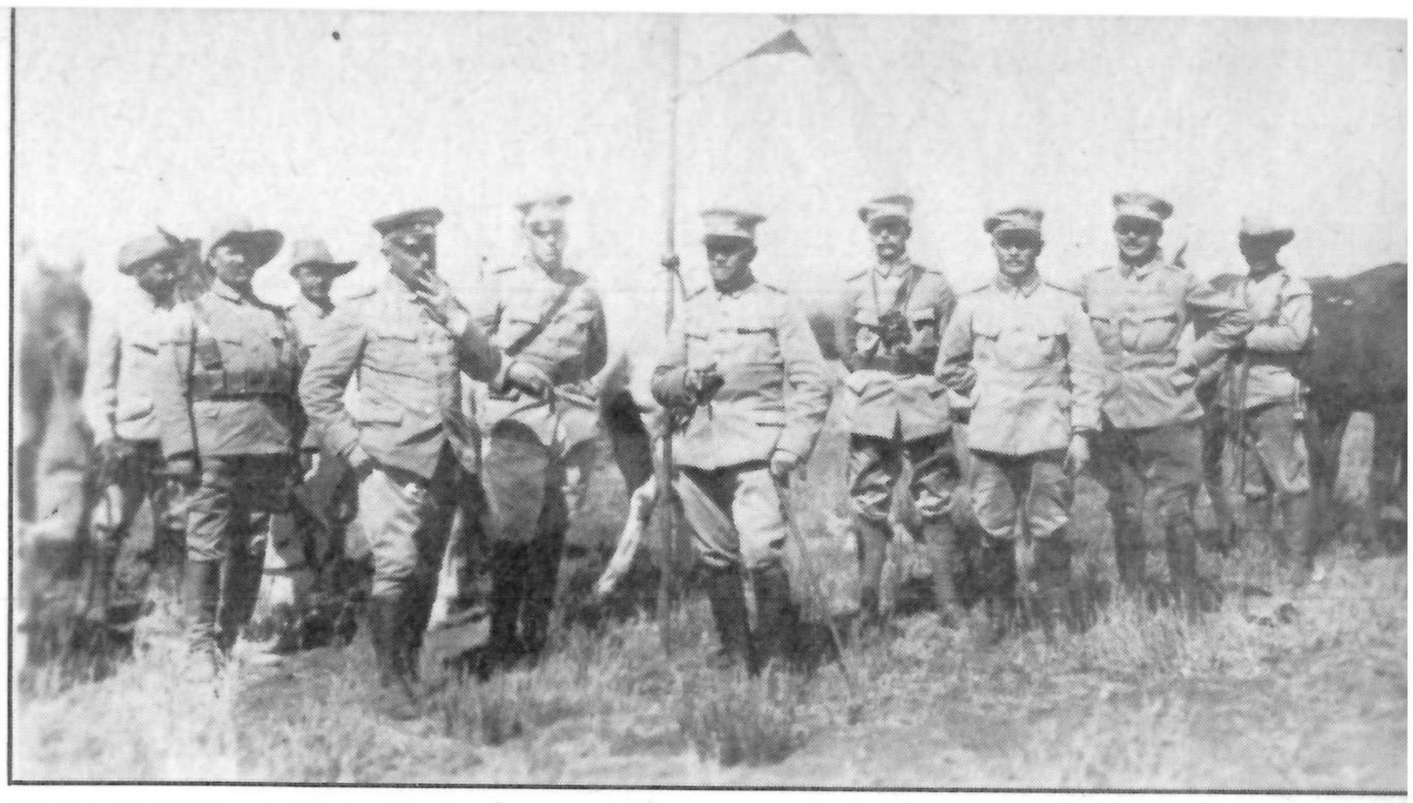
Kropotkin bei den Hottentotten

Die Literatur in den 70er Jahren, die am deutlichsten die neueste Stimmung ausdrückt und sie so auch verstärkt — Mode, Politik, Philosophie, Ernährungslehre usw. wirken einträchtig mit — könnte man dadurch charakterisieren, daß diese Literatur sich weigert, Aufgaben zu erfüllen. Aufgaben erfüllen, das müßte nach dem Verständnis dieser Schriftsteller einfach zur Überschreitung der Kompetenz, also zur Mache, zur Lüge, zum Kampf führen. Radikal monologistisch, das ist die Tendenz. Authentizität ist das Ideal. Fiktion wirkt abgeschrieben. Was mir daran gefällt, ist, daß die **Geschichte,** die **story,** der **plot** im Kurs gesunken sind. Für wie lang, das hängt vielleicht mehr von dem Ausgang zukünftiger Kriege ab als von der Literatur selbst. Was mir daran gefällt, ist die Verlagerung des Gewichts von der Bedeutung der ganzen Geschichte zu kleineren Einheiten hin; tendenziell will jetzt die literarische Arbeit ihr Ziel in jedem einzelnen Satz erreichen. Ich sage nicht, daß keine Geschichten, keine Romane, gegründet auf story-Architektur, mehr geschrieben werden können. Wer schon dann und dann, statt erst dann und dann geboren wurde, kann am alten Spiel noch viel finden. Ich zum Beispiel, hätte öfters Lust zu einem wahrhaft romanhaften Roman. Allerdings auch zum Gegenteil. Aber wieviele Wege gibt es zur Authentizität, die ein schwerer auszusprechendes Wort für Glaubwürdigkeit ist? Wer hätte, zum Beispiel, bevor Uwe Timms **Morenga** erschien, dem historischen Roman eine volle aktuelle Chance eingeräumt? Ich sicher nicht. Uwe Timm liefert den höchst willkommenen und erwünschten und brauchbaren Beweis, daß Literatur noch Aufgaben erfüllen, also etwas leisten kann. Die fast unwillkürlich in Richtung Asozialität tendierende Bekenntnisliteratur beherrscht das Feld so sehr, daß man fürchten muß, ein solches von vornherein gut gemeintes Buch wie **Morenga** könne gar nicht mehr richtig wahrgenommen werden. Da jeder nur noch an sich selbst interessiert sein soll, ist ihm die Literatur um so lieber, je hemmungsloser sie die Ich-Orgie feiert, bzw. fördert. Uwe Timm dagegen erzählt, wie das Deutsche Reich am Anfang des Jahrhunderts die Hottentotten erledigte. Ich habe das Buch mit zunehmender Bewunderung gelesen. Daß man sich so viel Stoff aneignen und dann so produktiv mit ihm umgehen kann, hätte ich nicht für möglich gehalten. Der Kropotkin lesende Tierarzt Gottschalk, der sinnierende und episch perfekt passive Held dieses Romans, ist eine Figur, die entstanden ist aus dem aktuellen Bedürfnis, einen deutschen Kolonialkrieg zu verstehen.

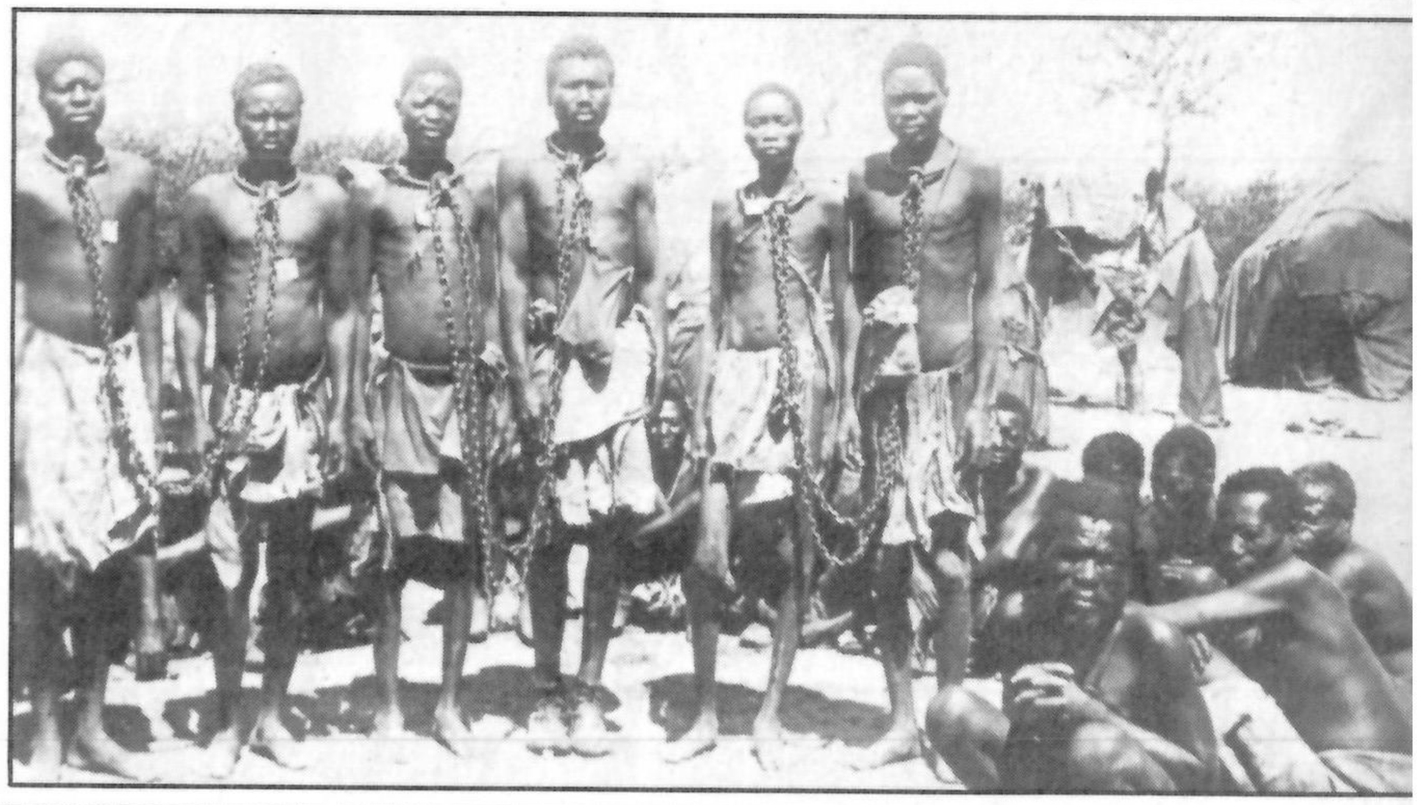
Die Figur ist ein Medium geworden. Das Buch schreibt unsere Geschichte. Fiktion und Dokumentation arbeiten geradezu poesie-stiftend zusammen. Aber im Dienst. Aber daß da ein Dienst geleistet wird, ist nicht, wie man vorurteilsvoll fürchten möchte, als belästigende Absicht spürbar, sondern wird erlebt als eine Art Glück über die Glaubwürdigkeit und die Stärke, die eine Erzählung erreicht, wenn sie, anstatt sich an nichts als privater Exzellenz zu mästen, historische, also politische, also allgemeine Aufgaben auf sich nimmt und sie hell, menschenfreundlich, sozialistisch löst. Das Positive erscheint natürlich nicht als solches in dem Buch, es wird nur deutlich empfindbar aus der Trauer über die düsteren, menschenfeindlichen imperialistischen Zwänge, unter denen diese Kolonialkriegsfiguren rettungslos handeln müssen. Daß unter uns heute einer ein Buch schreiben kann, das einen durch Tendenz und Qualität an George Orwells **Burmese Days** erinnert, halte ich für ein freudiges literarisches Ereignis.

Uwe Timm: Morenga,
Autoren-Edition,
397 Seiten, 32 Mark

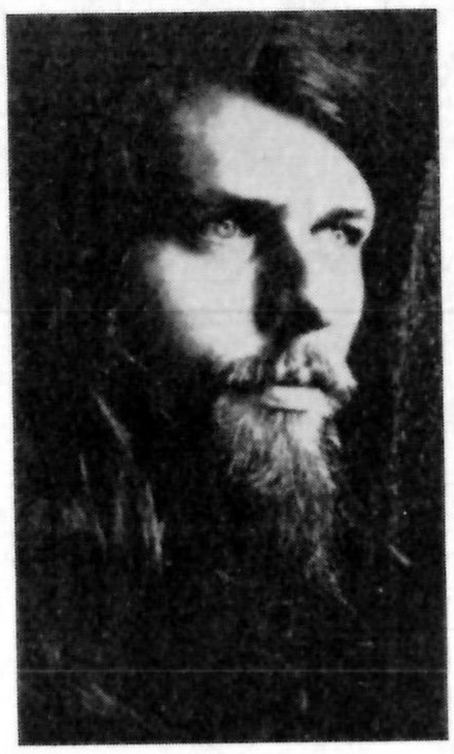
Uwe Timm erzählt, wie das Deutsche Reich...



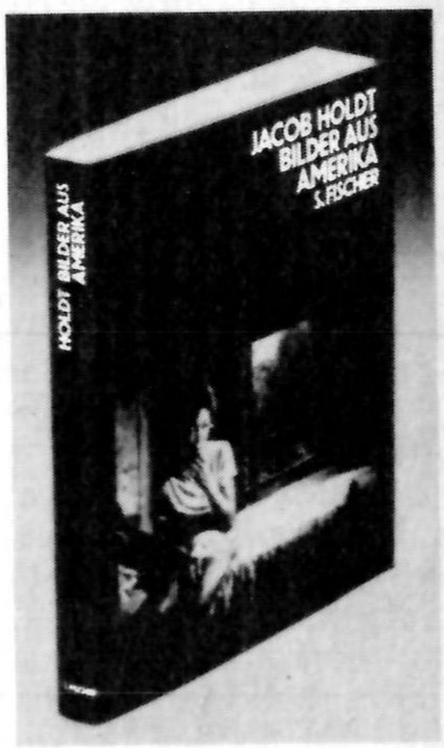
...am Anfang des Jahrhunderts die Hottentotten...



...erledigte



Jacob Holdt
Bilder aus Amerika



Jacob Holdts „Bilder aus Amerika" sind aufgrund ihres Realismus und ihrer Enthüllungen ein Aufschrei über soziale Ungerechtigkeit, ein tiefer und starker Appell an die Achtung vor dem Mitmenschen.
Auf zweihundertzweiundsiebzig Seiten hat Holdt in Bildern und einem ausgesprochen persönlich gehaltenen Text Begegnungen mit Menschen festgehalten, die außerhalb oder noch unter den von der Gesellschaft akzeptierten Normen und Existenzmöglichkeiten leben.
Es sind die Schwarzen, die Armen, die Prostituierten, die Rauschgiftsüchtigen, die Indianer etc. Es ist dies ein Dokument, das kein Journalist, kein Schriftsteller oder Fotograf hätte zusammenstellen können, solange er sich nur als Beobachter begriffen hätte. Aber Jacob Holdt war kein Beobachter. Er war Landstreicher unter Landstreichern, solidarisierte sich mit den Ausgestoßenen, den Prostituierten, den Homosexuellen, den Rauschgiftsüchtigen und mit denen, die sich das zur Aufrechterhaltung des Lebens Notdürftigste zusammen stehlen mußten. Er lebte mit ihnen gemeinsam, akzeptierte ihre Normen und ungeschriebenen Gesetze. Er riskierte sein Leben, um mit ihnen zusammenzukommen, nicht als Mensch von außen mit Ermahnungen, Hilfe, Besserwissen oder Idealen, sondern als Mitmensch, der es wagte, sich in ihre Situation zu begeben und es auch wollte.

Jacob Holdt
Bilder aus Amerika
272 Seiten mit 750 Fotos, davon 80 in Farbe,
Format 20,5 x 24,5 cm,
brosch. DM 36,–

S. Fischer

„Wir Schwarzen mußten es leider oft erleben, daß ein Weißer zu uns kommt, nur einen Bruchteil von dem, was er sieht und erlebt, versteht und dann noch zu allem Überfluß seine Fehlinterpretation verkauft.
Aber das, was Jacob Holdt machte, haben wir selten erlebt. Es bedarf nicht eines Übermaßes an Verstand, um zu begreifen, daß die Botschaft Amerikas an die Schwarzen und Braunen ist – wie es H. Rap Brown in den 60er Jahren formulierte –: Stirb, Nigger, stirb! Aber diese Botschaft wird von den meisten verdrängt. Denn die Konsequenzen, die man daraus ziehen müßte, wären fürchterlich für die, die nicht auf der Seite derer stehen können, die man die Verdammten dieser Erde nennt.
Holdt steht auf dieser Seite. Er bringt uns eines der ausgewogensten Dokumente in Schrift und Bild, das mir jemals in die Hände gefallen ist.
Holdt griff zur Kamera, weil er fürchtete, seinen Worten allein würde nicht geglaubt. Vielleicht auch, weil er seinen eigenen Augen nicht mal traute . . ." *Ed Reavis*

Nix von good cunt

»cunt« heißt »Möse« und ist das, was man von Bukowski zu hören gewohnt ist. Peggy Parnass dagegen hat in dem versoffenen Underground-Guru das Sensibelchen gefunden

Bukowski in Deutschland. Bukowski in Hamburg. Bukowski in der Markthalle. 18. Mai 1978. Nur einen einzigen Abend, nur eine einzige Lesung, zum ersten Mal in Europa.

Ich kannte einige Fotos und nur wenig Text von ihm. Wußte, er ist ein Säufer und schwer krank. Ging hin, weil ich dachte, daß ich ihn sonst vielleicht für immer verpasse. Wollte sehen, wie der Mann mit seinem späten Ruhm fertig wird. Wußte nicht, daß schon lange ein rebounce da ist. Daß der Jubel, den er bei Deutschen auslöst, schon längst tausendfach in Amerika echot. Dachte nicht dran, daß so viele nur von einem Geheimtip reden können, wenn er nicht mehr geheim ist.

Die Markthalle ist brechend voll. 900 gehen rein, 1200 sind da. Affenhitze. Bänke, Tische, Fußböden und Schöße von Fans besetzt. Presse und Fernsehen in für Literaten unüblicher Menge.

Bukowski kommt durch die Vorhalle. Klein, total verängstigt, an der Hand einer zarten jungen Frau. Panik steht in ihrem Gesicht, aber sie zieht ihn hinter sich her. Beide sehen aus, als würde ihnen jeden Moment schlecht.

Ich darf, dank meinem Kollegen Derschau, auf reserviertem Platz bei Freunden von Buk in der ersten Reihe sitzen. Auf Buk's Lesetisch stehen vier Gläser. Daneben ein Kühlschrank mit Nachschub. Buk scheint sich bei Wein zu erholen. Sagt: »Ich mag die Deutschen, sie reden nicht vom Trinken, sie trinken«.

Er liest aus seinen Büchern, und ich verstehe sofort, daß Bukowski-Leser Bukowski-Fans sein müssen. Laszive, dunkle Stimme. Dieser häßliche Kerl, mit dem Gesicht wie ein Rübenacker, wird mit Gable und Bogard verglichen. Klar.

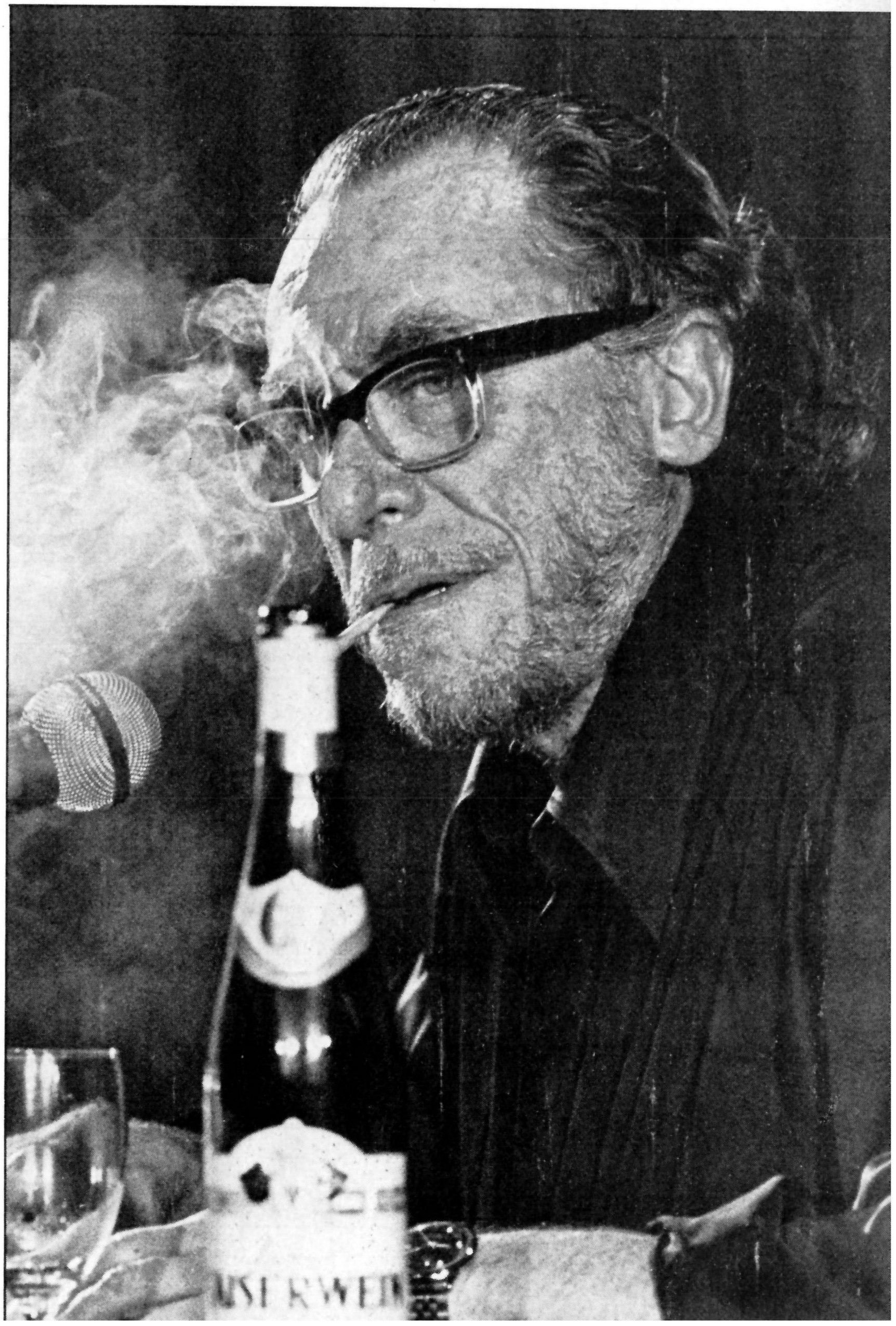
Die vielen Möchte-gern-Bukowski's sind eine Qual. Plump, dummdreist, infantil. Glauben, daß sie, wenn sie 'ne Bierflasche an den Hals setzen und mit Pubertätsstimme: »you damned asshole, you fucking bastard« durch die Markthalle quietschen, auch Lebenskünstler und genial sind. Sie geben sich verkrampft lässig. Nicht einfach bei der Enge.

Buk, von Freunden Hank genannt, ist witzig, schlagfertig, hat Selbstironie. Wird mit den Rufern in der Wüste fertig: »Go home to your mother, baby - go and have your milk, honey! You shouldn't be up this late, baby!«

Hank wird natürlich auch nach seinem Liebesleben gefragt. Blüht auf. Ruft: »She is here. Get up, woman! Show yourself! Where are you?« Das hübsche Mädchen mit den roten Locken springt strahlend, mit einem kleinen Jubelschrei von der Bank hoch. Wirft die Arme in die Luft, lacht in die Runde.

Hank unterstützt die Phantasie seiner Leser, indem er sagt: »She is fantastic, she is the best I ever had, you believe me! Not only in bed! She gives me real love, she's got all I need. She's the first woman in my life, who really wants me to feel good!« Die 70-Minuten-Lesung ist leider vorbei, zwei der großen Weinflaschen sind leer.

Ein 35-Minuten-Film wird noch gezeigt. Ein Film von ungeheurer Zärtlichkeit — nach Bukowskis Geschichte: »Die kopulierende Nixe von Venice«. Gedreht von Peter Lawrence, einem Jungen der Filmhochschule Hollywood. Der wird auch noch berühmt. Der Film handelt von zwei Säufern, die aus



»Ist er's? Bist Du's? Oh, mein Gott, Du bist in Hamburg!«

Jux eine eingewickelte Leiche klauen. Sie entpuppt sich als so jung und schön, daß beide mit ihr schlafen und sich brennend in sie verlieben. Die erste Frau, die ideal ist.

Ende.

Das Publikum stürmt die kleine Bühne, drückt Hank fast tot. Hank und Linda Lee sind unendlich erleichtert, daß es geschafft ist. Erst jetzt sehe ich, daß er nicht klein, sondern ein großer wuchtiger Kerl ist. Sieht wirklich verheerend, nein: verkeert aus. Hat verschmitzte, gütige Augen. Wird schöner und schöner, je länger man ihn ansieht. Ja, er ist attraktiv.

Wir fahren zum Fischmarkt in die »Zwiebel«. Ein Junge steht auf, kommt an unseren Tisch, stammelt, als hätte er einen auf den Kopf gekriegt, immer wieder: »Ist das wahr? Mann, ist das wahr? Sag mir die Wahrheit, bist Du's? Ist er's? Bist Du's? Ich hab alle Deine Bücher, ich hab sie alle so oft gelesen. Oh mein Gott, Du bist in Hamburg!«

Derschau kann den Jungen gut verstehen. Er, schon lange der Faszination von Hanks Büchern erlegen, tat, was inzwischen sehr viele junge Deutsche tun, tauchte einfach auf gut Glück bei Bukowski in Los Angeles auf, um ihn kennenzulernen. Seitdem sind sie Freunde. Hanks kleinbürgerliche Bruchbude wird immer mehr zu einem Psycho-Lourdes für Ratlose.

Deutschland scheint für Hank eine mystische, sentimentale Bedeutung zu haben. Er spricht von coming home, obwohl seine deutsch-polnischen Vorfahren nach Amerika emigrierten, als er erst zwei war. Ich muß dran denken, daß er seine Eltern haßte wie sie ihn. Er schrieb: »Dann sah ich den miesen Ausdruck auf ihren Gesichtern, auf diesen sterilen, toten, grauen, heimtückischen Hackfleischvisagen, und es drehte mir den Magen um. Ich kotzte auf ihren schönen Wohnzimmerteppich, in dem das 'Baum des Lebens'-Muster eingestickt war. Ich stolperte darauf herum und reiherte ihnen den ganzen Teppich voll.«

Nächster Tag. Derschau, der auch bei mir im Innenhof wohnt, sagt: »Komm doch rüber aufn Wein und dann was essen gehen.«

Kann nicht, will ins Theater. Als ich dann Hank in Derschaus Sperrmüllsessel sitzen seh, natürlich trinkend, aber voll da, bestell ich die Karten ab. Mir gehts wie gestern dem Jungen. Hätt ich doch meinen Fotoapparat dabei, denk ich ganz backfischhaft. Ein Tonband läuft. Ein anderer Backfisch will jedes Wort von Hank festhalten. Ich törne alle an, als ich sag, daß das Interview mit Hank nachher im TV-Freitagsmagazin läuft. Keiner hat davon gewußt. Eine Stunde noch. Wir stellen eine Uhr hin und lassen den Fernseher ohne Ton laufen. Bloß nicht verpassen.

Es klingelt. Conny, Nachbar von oben, kommt rein. Ich weiß nur, daß er debil und sprachgestört ist, schiefgesichtig und schielt und daß seine ausgemergelte Mutter schon lange an Krebs stirbt. Nach was anderem hab ich Conny in den zwei Jahren Nachbarschaft auch noch nie gefragt.

Hank unterhält sich mit Conny. Und Conny unterhält sich sehr angeregt mit Hank, obwohl er kein Wort Englisch kann und Hank kein Deutsch. Conny fragt 'ne Menge. Ist ganz wach. Wird zur Person. Paßt plötzlich rein. Sieht nicht mehr so schief aus. Ich fang an, etwas von Hanks Magie und meiner eigenen Popligkeit zu begreifen. Er hätte auch Honkas Frauen Würde verliehen.

Buks Ängste brechen durch: 'I like women, I don't hate them. But I'm always afraid that a red women's brigade will come and get me. They are not used to read between the lines«.

Gleich ist es so weit. Conny verschwindet nach oben zu seiner Mutter, weil er Hank lieber in Farbe sehen will, während wir uns vor Derschaus kleinem Schwarz-weiß-Ding drängeln.

Hafenrundfahrt mit Linda und Hank: ein Selbstvernichtungsfanatiker

»Natürlich trinkend. Aber voll da«

Eine kurze, konzentrierte, gutgemachte Sendung. Hanks Ankunft mit Linda Lee. Ein kleines Gespräch. Ausschnitte aus der Markthalle. Das Warten hat sich gelohnt.

Hank zu Linda Lee: »Did you see, how beautiful you are, baby, did you see how lovely you look?«

Linda Lee glüht zurück: »I only had eyes for you, Hank, I saw nothing but you, honey!«

Rüber zum Portugiesen durch den Hof. Düfte, Farben, Sinnlichkeit in der Dämmerung. Die Rotbuche füllt im Sommer den ganzen Hof aus.

Linda Lee sucht das Essen für ihn aus. Sie paßt auf. Es geht um seinen kaputten Magen. Sie ist stolz, daß sie ihn von Bier und Whisky runtergebracht hat. Ich als Laie hätte gedacht, daß es egal ist, an welcher Sorte Alkohol man sich totsäuft.

Wir sitzen nebeneinander. Ich frag ihr Löcher in den Bauch, weil ich unbedingt wissen möchte, wie diese muntere Frau, die ein Health-food-Restaurant am Meer besitzt, und der Selbstvernichtungsfanatiker zusammengefunden haben.

Sie erzählt von seiner Unbeholfenheit, von ihrer Geduld mit seinem Nachholbedarf: »Als er noch nicht berühmt war und kein Geld hatte, konnte er nie Frauen kriegen. Er war sein ganzes Leben arm, häßlich und alleine. Dann plötzlich standen die schönsten Mädchen Schlange. Und das brauchte er auch noch in unserem ersten halben Jahr. Jetzt ist es anders. Wir wohnen nicht zusammen, wir sehen uns nur am Wochenende. Ich fahr dann zu ihm, weil er nicht aus seiner Bude 'rausmag. Aber wir telefonieren jeden Tag stundenlang miteinander. Es ist schwer, denn er traut niemandem und hat dauernd Angst, mich zu verlieren. Meistens stellt er sich vor, daß abartige Lustmolche mich vergewaltigen und umbringen, z.B. wenn er mich nicht sofort am Telefon hat. Dann ist er verrückt vor Angst. Andererseits würde es ihn reizen, hinterher darüber zu schreiben.« Jemand fragt Hank nach Heiratsplänen. Er wehrt lachend, energisch ab: »We'll *never* get married, baby.«

Dreht sich ganz schnell, erschrocken Linda Lee zu: »Oh, I suppose, I shouldn't have said THAT!« Und streichelt zart und entschuldigend die Frau, die seit zwei Jahren SEINE Frau ist.

Inzwischen hab ich mir Archivmaterial besorgt und gesehen, was für wahnsinnige Artikel schon über ihn erschienen sind. In »Zeit«, »Stern«, »Spiegel«, LITERATUR KONKRET »Playboy« usw. Hank und ich sind wohl die einzigen, die davon nichts wußten.

Heute fand ich ein dickes Buch von ihm im Briefkasten »Stories und Romane«. Mit Widmung: »For Peggy — You've got a good soul. Good to see you. YA!!
Charles Bukowski«

Nix von good cunt. Die kennt er ja auch nicht. Und ich bin den ganzen Tag glücklich, als hätte ich einen Liebesbrief gekriegt.

Karin Reschke hat sich einige der neuen Frauen-Filme angesehen

Die Kreuzung der Frau ohne Kopf

Trotta-Film »Das zweite Erwachen der Christa Klages«: »Da erwacht man aus dem Kintopp«

Robert Altman, der Meister der Beziehungslosigkeit, entläßt seine »Drei Frauen« am Ende seines Films in eine Wüste glückloser Utopien; denn eines haben die Frauen in ihrem nahezu verstummten Befreiungsversuch nicht herausfinden können: wie frau die Eigenunterdrückung loswerden kann. Das erinnert mich an einen anderen Film, an Polanskis Pantomime über das Verhältnis Herr und Knecht. Der Knecht versucht, sich von seinem Herrn zu lösen, ihn lockt in der Ferne die große glitzernde Stadt, viele Male flieht er, aber immer holt der mächtige und gewichtige Herr den kleinen mickrigen Knecht wieder ein. Schließlich fesselt sich der Herr den Knecht ans Bein. Eines Tages aber leidet er selbst an dieser Fessel und entläßt den Knecht in die zur Freiheit verführende Stadt. Freudig läuft der Knecht los und läuft, bis er innehält, auf die Stadt sieht, zurückblickt, wieder auf die Stadt sieht, die immer näherkommt und ihm plötzlich Angst macht. Er schaut nochmal auf das Vertraute, auf das Reich in dem er sich auskennt, reckt die Arme in die Heimatrichtung und läuft zurück zu seinem Herrn.

Wenn unterdrückte Frauen sich auf den Weg machen, heißt das nicht, daß sie wieder zurücklaufen in die alten Abhängigkeiten, nein, sie schaffen sich neue mit den ihnen bekannten Vorzeichen — so jedenfalls in den Filmen, die lange nach Polanskis Gleichnis entstanden sind; Filmen von Frauen und Männern über Frauen auf der Versuchsstrecke ihrer Befreiung von den patriarchalisch-ökonomischen Zwängen unserer Zeit. Der Kreislauf beginnt willkürlich mit Margarethe v. Trottas Märchen »Das zweite Erwachen der Christa Klages«:

Erzählt wird anfangs die Geschichte einer wahren Begebenheit: Eine engagierte Kindergärtnerin, deren Kinderladen vom Ruin bedroht ist (die Stadt verweigert Zuschüsse), überfällt mit zwei Kumpanen eine Bank, um sich das Geld für ihre Arbeit auf Robin-Hood-Weise zu holen. Sie kann mit der Beute fliehen. Mit ihr flieht einer der Bankräuber, den sie mag, mit dem sie manchmal schläft, ganz locker, scheinbar befreit von allen konventionellen Formen. Sie tauchen bei einem Pfarrer unter und weihen ihn in die Geschichte ein. Da bekommt die Sache schon jenen unangenehmen Schwung, nämlich, daß Pfarrer vorwiegend progressiv für die Gerechtigkeit der Armen, Unterdrückten einzustehen haben, und mir wird mulmig, weil ich mich daran erinnern soll, daß Diener der Kirche schon so manchem (politischen) Häftling einen konspirativen Dienst erwiesen haben. Der Mann Gottes verliebt sich auch in die resolute Bankräube-

Wo andere aufhören, machen wir erst richtig weiter!
konkret:
Ca. 21 000 lesen die az - die andere Zeitung.
7 000 davon sind im Rhein-Main-Gebiet **konkret**-Leser.
Zufall?
Euros, Spontis, Revis, Autonomisten, Linke Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter und Subkulturelle —
Alle fühlen sich von der selben Zeitung angesprochen.
Das gibts! Tatsächlich!
Vier Wochen Gegenöffentlichkeit: Regionaljournal, Kulturmagazin, Soziale und politische Kämpfe, Veranstaltungen, Kleinanzeigen, Tips.
52 Seiten für zwei Mark.
Wir finanzieren uns selbst.
Daher keine Gratishefte!
Aber: Drei Ausgaben zum Kennenlernen für fünf Mark.

Unfähig zur Emanzipation?
Mann bleibst du Mann — Oder: Die Last mit der Lust
Prosa, Lyrik, Fotos, Grafiken Provokationen, Sensible Gedanken, Zotige Ausdruckweisen, Gefühlsausbrüche, Phantasien
Kein Heimatroman für die linke Seele! Auseinandersetzung mit männlichem Rollendenken und Handeln.
144 Seiten, DM 10,-

Freiheit auch für Sackgassen
Lyrik und Grafiken von az - Lesern und Autoren
u.a. von Bittner, Ney, Walther. Zahl, Maier, Müller, Dir und Mir.
Hrg. von Joachim Astemer
180 Seiten, DM 12,-

O Ich abonniere 12 Ausgaben der az für 20 DM.
O Ich möchte ein Kurzabo,3 Ausgaben für 5,-DM.
O Ich bestelle
....Ex. Mannbuch
....Ex. Lyrikbuch
Coupon bitte leserlich ausfüllen und einsenden an:
AZ–VERLAG
Alexanderstraße 49
6000 Frankfurt 90
Tel.: 0611/ 789 16 69

»Mit solchen Zerrbildern kann frau die Frau im Kino nicht emanzipieren«

rin, hilft ihr beim Haarefärben und Weiterkommen, und gibt ihr die Gedichte von Yeats mit auf den Weg.

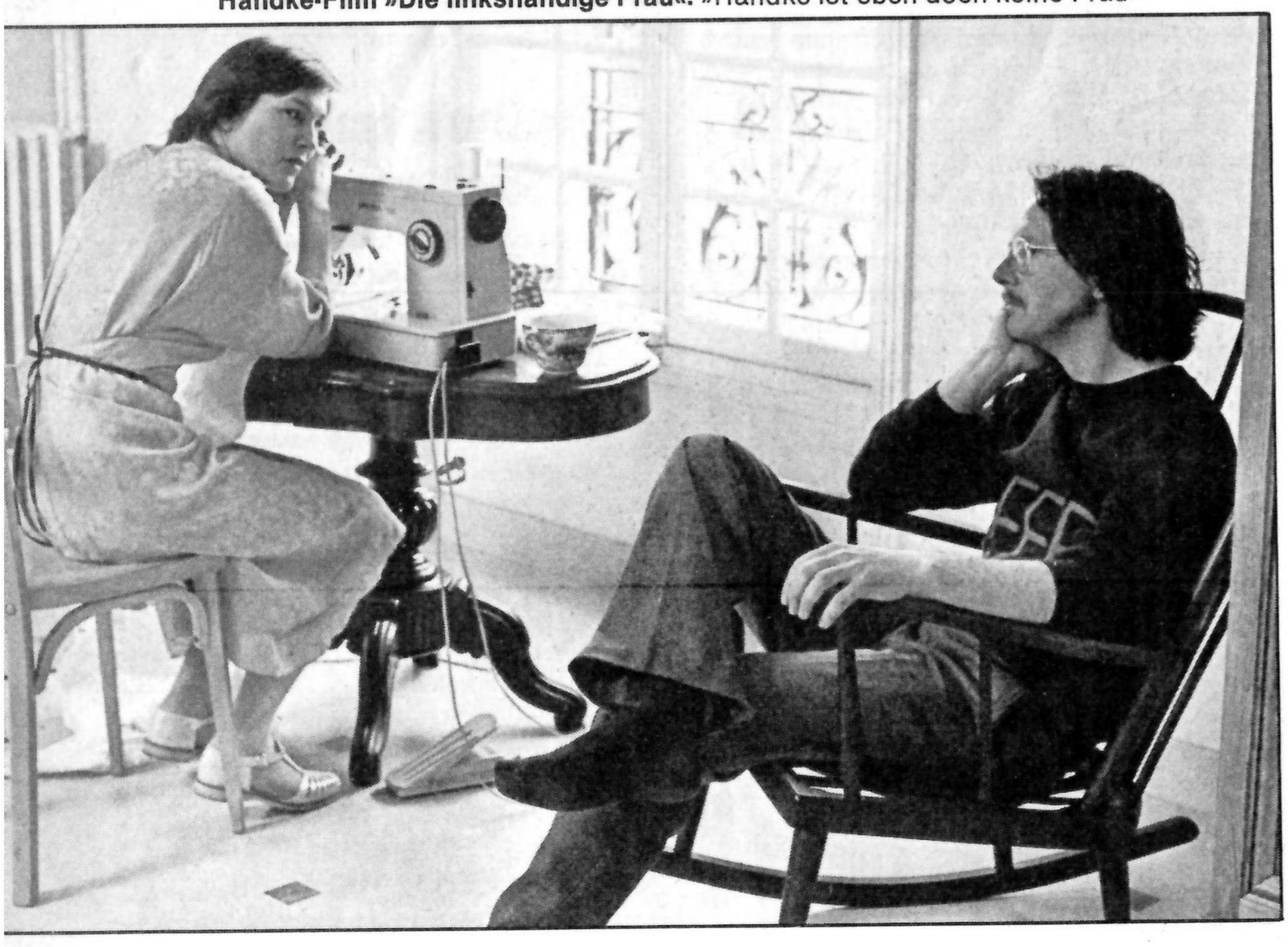
Mit so viel Güte und Nächstenliebe ausgestattet, geht die Flucht der Christa Klages voran. Eine frühere Freundin, inzwischen mit einem Bundeswehrler verheiratet, wird umgekrempelt. In den wiederum scheinbaren Frieden irgendwo am Rande dieser Republik bringt Christa jenen frischen Wind ihres Engagements, ihres Abenteuers und ihre Verweigerung. Die Freundin wird in das Unternehmen Kinderladen eingespannt, sie soll das Geld den dort verbliebenen Genossen bringen, damit sie die Miete weiterzahlen können, und die Kinder nicht in städtischen Heimen der psychischen Verwahrlosung ausgesetzt werden. Der Miträuber, dessen Geschichte natürlich traurig ist — in Heimen aufgewachsen, eine geschlagene, sich nach Liebe und Zärtlichkeit sehnende Natur — verliebt sich in die Bundeswehrgattin, und für fünf Minuten Kino entsteht der Augenblick der wahren Empfindung zwischen den Dreien. Aber die Flucht muß weitergehen, denn am Horizont taucht der Bundeswehrgatte auf und fordert Recht und Ordnung am heimischen Herd.

Es ist einfach traurig. Ein Frauenfilm voller Klischees über Frauen. Christa, die zur Fiktion avancierte »Banklady« darf bei ihrer Verfolgung alles erleben, was Frauen gerade bewegt, den Tod des Kumpels — auf der Flucht erschossen — einen spinnerten Exilbalten, bei dem sie sich zwischendurch versteckt, und überall spendet sie Liebe, Aufregung, Nervenkitzel. Ja sogar nach Portugal darf sie auf Vermittlung ihres geistlichen Freundes fliehen, um dort das Ihre zur Landaufnahme durch die portugiesischen Bauern beizutragen. Dann kommt die Freundin angereist, die Trennung von ihrem Mann im Herzen, und das neue Bewußtsein vom engagierten Leben in der Brust, und siehe da, zwischen den Frauen entspinnt sich Liebe, Zärtlichkeit und Trost. Und so geht das immer fort, und wenn sie nicht gestorben sind …

An die Wirklichkeit wollte Margarethe v. Trotta sich nicht halten; ihr ging es offensichtlich um ein romantisches Märchen vom weiblichen Robin Hood mit allen überlieferten Vorbildern von Menschlichkeit, sentimentaler Freizügigkeit, und dem wilden aufregenden Leben im Untergrund. Mit solchen Zerrbildern kann frau die Frau im Kino nicht emanzipieren. Das soziale Engagement wird wie Schminke aufgetragen und verläuft zu kitschigen Posen, wenn am glücklichen Ende des Films die überfallene Bankangestellte bei der polizeilichen Gegenüberstellung der »Banklady« erkennend ins Gesicht blickt, sich klammheimlich mit ihr solidarisiert und behauptet, daß diese Frau es nicht gewesen ist. *Zu* schön. Da erwacht man spätestens aus dem Kintopp.

Altman-Film »Drei Frauen«: »Eine Wüste glückloser Utopien«

Handke-Film »Die linkshändige Frau«: »Handke ist eben doch keine Frau«



Ganz anders hat sich Peter Handke den ersten Schritt zur Befreiung der Frau ausgedacht. Nach seiner Erzählung »Die linkshändige Frau« hat er gleich einen Film dazu gemacht, d.h. er hat sein Buch abfotografiert. In maleristischen Auftritten bewegen sich die schweigsame Frau, ihr Mann, der nicht weiß, was seine Frau will, die überschlaue Freundin mit selbstquälerischem Gesichtsausdruck, der eigenwillig verspielte Sohn des sich trennenden Paares, und andere Figuren in bühnenreinem Pathos. Handke ist so bedeutend und en vogue, daß er sich, um seine schwache Geschichte aufzumotzen, die Crème der Schauspieleraristokratie ins Haus geholt hat: Angela Winkler, Edith Clever und Bruno Ganz von der Schaubühne am Hallischen Ufer, Bernhard Minetti und als salomonischen Schatten der Fin-de-siècle-Atmosphäre von 1978, Bernhard Wicky. Auch Rüdiger Vogler aus den Filmen von Wim Wenders durfte mitspielen.

Die Geschichte vom ersten Schritt ins Freie spielt bei Paris in einem halbwegs wohnlichen Viertel, die Kamera wandert lange über Straßen, Häuser, nimmt die Wohnstätte der Frau oft gewichtig aus der Froschperspektive auf, die Kamera spielt die Hauptrolle. Die Personen agieren auf einer immerwährenden Bühne als Spielfiguren in einer Plastikwelt.

In den ersten Einstellungen redet die Frau kein Wort mit ihrem Mann, als er von einer langen Geschäftsreise nach Hause kommt, sie in ein feines Hotelrestaurant ausführt, das vornehme Silber klimpert, die Kellner aufdringlich diskret sind. (Immer diese Kamera als Medium). Er wünscht mit seiner Frau nach dieser langen Trennung im Hotel zu übernachten, alles arrangiert sich lautlos, die Frau sagt nach der Nacht zu dem Mann:

»Die haben sich ja in ihrem kleinen Untergang richtig lustvoll eingerichtet«

»Ich hatte auf einmal die Erleuchtung, daß du von mir weggehst, daß du mich allein läßt. Ja, das ist es: Geh weg Bruno. Laß mich allein.

Auf einer langen malerischen Allee trennen sie sich, die Frau geht nach Hause, der Mann ins Büro, die Befreiung der Frau nimmt ihren Lauf. Niemals in dem ganzen Film erfahre ich, warum die Frau das süße, satte Leben mit dem Mann nicht mehr teilen will, warum sie mit ihrem Sohn allein leben will, was da an Befreiung probiert werden soll. Die übrigen Schauspieler drapieren sich um ein Thema, das nicht das ihre ist. Die Kamera zwingt sie auf die Bildfläche, sie betreiben nahezu peinigenden originellen small talk, jeder Satz ein elitärer Treffer.

Handke selbst ist die linkshändige Frau, die sich mit ihrem gewichtigen stillen Sprödsein das befreiende Schweigen erhofft: »Je mehr ihr über mich redet, um so weniger werdet ihr von mir wissen« (Edith Clever vorm Spiegel in ihrer Wohnhalle sinnlos aufgeputzt für einen Abend mit sich allein).

Es ist ja schließlich kein Geheimnis, daß gerade die Ober- und Mittelschichtfrauen erkannt haben, was sie unterdrückt und wie sie sich davon befreien könnten. Aber weil Handke eben doch keine Frau ist und sich schon gar nicht auf diesen inzwischen gängigen Terminus »Frauenbefreiung« einlassen wollte, hat er sein Mittelschichtweibchen in lauter Geheimnisse eingewickelt, aus dem es sich am besten mit dem klugen weiblichen Schweigen herausretten kann.

Ich habe an einen Satz von Ilse Korte-Pucklitsch denken müssen: »Und da in der Oberschicht dieses Prinzip hochentwickelter 'Sachlichkeit' nahezu absolut ist, legen sich solche Männer auch ihre Frauen wie Sachen zu und behandeln sie wie Sachen, die ihren Preis haben.« Die linkshändige Frau im Kino ist eine Sache, die Handke als Preis einsetzt. Aber es ist nicht seine Sache. »Die Indianer sind noch fern« hat Patricia Moraz ihren ersten Film um das Frieren und Sterben einer siebzehnjährigen Schülerin genannt. Die Geschichte spielt in Lausanne unter Oberschülerinnen und ihren schon älteren Freunden. Jenny Kern kommt anscheinend mit ihrer Welt nicht mehr zurecht. In einer exemplarisch durchgeführten Deutschstunde wird das Künstlerleben des Tonio Kröger von Thomas Mann zelebriert. Die empfindsame Jenny klammert sich an einen Satz aus Tonio Kröger und möchte weiter darüber arbeiten, wird aber von ihrem Lehrer zurückgewiesen. Sie geht nach Hause zu ihrer Großmutter, mit der sie in einer engen, aber beziehungslosen Gemeinschaft wohnt, schüttet das aufgewärmte Essen ins Klo und sieht sich stundenlang Indianerbilder an: Leben in einer homogenen Gesellschaft.

Das zu Tode-Betrübtsein wird zum Plakat, die Geschichte wird immer harmloser und selbstgefälliger. Jenny's Freundin, schon ein wenig sexy, ist schwanger und will das Kind abtreiben, weil ihr Freund, so ein diffuser Träumer der Achtundsechzigergeneration, keine Babys mag. Sie redet cool über Abtreibung, läßt aber im entscheidenden Moment Jenny an ihrer Stelle zu einem Psychiater gehen, das Gutachten für die Schwangerschaftsunterbechung einholen und nimmt zur Kenntnis, daß Jenny dabei gezittert hat. Dieses immer mehr zunehmende Zittern und Frieren, es ist Winter in Lausanne, führt die kleine Jenny in den Tod. Sie geht in den Wald und legt sich zum Erfrieren in den Schnee.

Meine siebzehnjährige Tochter, die den Film mitangeschaut hat, sagte am Schluß, daß sie von dieser Resignation ihrer Generation nicht überzeugt sei, die Bilder sind ganz falsch, und die Dialoge zu künstlich, die Jenny zu eingebildet von ihrer eigenen Traurigkeit, »die haben sich ja in ihrem kleinen Untergang richtig lustvoll eingerichtet.«

Kino macht den Kopf auf, ich bin plötzlich wieder in Altmans Wüste, die drei Frauen nehmen mich an die Hand und führen mich durch Schlamm, Sand und Forst an eine Straße, auf der der Name »Kreuzung der Frau ohne Kopf« steht. Ich will mich losreißen, weil ich das schon irgendwie woanders gelesen habe, und mich erinnern will, wo das war, aber die Stimme der Domina macht mich kalt und gleichgültig dafür. Als ich in Zürich aus dem Kino komme, weiß ich es, diese Straße ist eines der zahllosen Symbole aus Handkes »lefthand woman«, und paßt auf einmal zu all den Filmen, die ich gerade gesehen habe. Herr und Knecht werden wieder eingeblendet.

irgendwo anfangen, ganz konkret

Die »Deutsche Zeitung - Christ und Welt« schreibt:

»Der Archipel Coppik in der SPD-Fraktion ist erbost, weil den Grenzschützern nahegelegt wurde, linke Lektüre für ein verdächtiges Indiz zu halten. Der »Spiegel« versucht zwar, die linken Postillen von der Grenzschutzliste mit demokratisch-sozialistischem Gütesiegel zu versehen. Das klassenkämpferische KONKRET wird in schöner Desinformation allein mit dem Mitarbeiter Hans Matthöfer charakterisiert, vom »Berliner-Extra-Dienst«, einem in der sozialistischen Grauzone angesiedelten APO-Blatt, heißt es nur, er werde von einem früheren »Vorwärts«-Redakteur redigiert. Natürlich ist nicht jeder Leser solcher Blätter ein Extremist, aber irgendwo müssen die Grenzschützer anfangen dürfen, ihre wachsamen Sinne zu schärfen.«

Irgendwo müssen Sie anfangen, Ihre wachsamen Sinne zu schärfen. Mit einem KONKRET-Abonnement.

ABO—COUPON

Ich abonniere hiermit **KONKRET.** Die Monatszeitschrift für Politik und Kultur, ab dem nächsterreichbaren Heft für 12 Ausgaben

Die DM 42,- (Ausland: DM 48,-, Zahlungen nur in DM!) zahle ich:

☐ mit beigefügtem V.-Scheck/Briefmarken

☐ parallel per Überweisung auf Ihr Postscheckkonto 202 68-208 PschA Hamburg

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Rechtshinweis: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Es genügt während dieser Frist eine Mitteilung an Neuer Konkret Verlag GmbH, Renzelstr. 7, 2000 Hamburg 13.

_____

Datum Unterschrift

Verlag AutorenEdition

»Bei dem gegenwärtigen Science-Fiction-Trend mit seinem vielfach nur vordergründig-sensationellen und kommerzgetrimmten Produkten kommt dieses Buch gerade recht. Texte, die bei allem Phantastischen und außerirdischen Ausflügen nie die Wirklichkeit der Erde aus dem Blickfeld verlieren – und es sind Versuche, mit den Mitteln des Traumes, von Vision und Imagination unsere Gegenwart und unsere Zukunftsmöglichkeiten besser zu erkennen.«
Pardon

222 Seiten / 26,– DM

Außerdem erschienen:

Uwe Timm
Morenga
398 Seiten / 32,– DM
»Ohne Uwe Timms ›Morenga‹ zu kennen, wird man in Zukunft über die deutsche Kolonialgeschichte nicht mehr nachdenken können. ›Morenga‹ beendet eine ganze Epoche der Verklärung des Imperialismus, wie sie von Frenssen bis Hans Grimm betrieben wurde. Ganz außerordentlich, wie in diesem Buch die Fiktion – der Roman! – aus den Fakten hervorgeht. Ich bewundere die Genauigkeit von Timms Recherche und die Meisterschaft seines sachlichen, stillen und von Spannung erfüllten Erzählens.«
Alfred Andersch

Uwe Friesel
Am falschen Ort
174 Seiten / 19,80 DM
Drei Erzählungen von Uwe Friesel, dem Günther Blöcker »farbiges, artistisches Talent« bescheinigt.

Kontext 2
Geschichte und Subjektivität
Theorie, Prosa, Lyrik u. a. von Heißenbüttel, Kipphardt, Schädlich und Walser.
Herausgegeben von Marlis Gerhardt und Gert Mattenklott
200 Seiten / 19,80 DM

Der Über-Wallraff aus der Atom-Maschine

Günther Jansen, der SPD-Landesvorsitzende aus dem Brokdorf-Staat, stellt die Abrechnung des Demokraten Traube mit dem Technokraten Traube vor

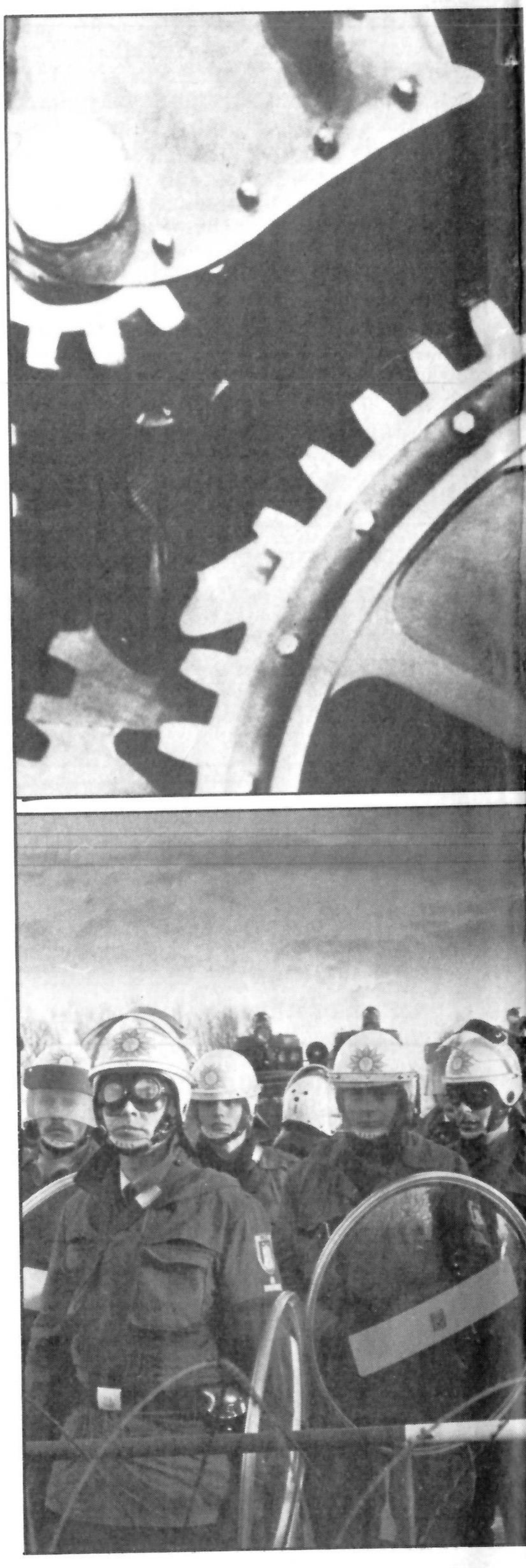
Man stelle sich vor: Da backt ein Mann jahrelang Brötchen. Meisterlich knusprig. Unverzichtbare Zierden der Zivilisation. Doch dann bekommt der Mann Ärger mit der Innung. Er hängt die Bäckerei an den Nagel und schreibt ein Buch. Darin steht, daß alle Brötchen mit Arsen gebacken werden, und daß, wenn nicht bald andere Gewürze entdeckt oder entwickelt würden, die tödliche Dosis Arsen in den Brötchen in Kürze ihre Wirkung haben wird. Wenn dieser Mann für seine Behauptungen auch nur teilweise konkrete Beweise vorlegen würde, wohin würden Sie dann wohl Ihre Frühstücks-Rama schmieren?

Keine Angst. Der Mann, von dem die Rede ist, hat nie in seinem Leben Brötchen gebacken. Er hat nur Atomkraftwerke gebaut.

Klaus Traube, Atommanager und Chefplaner des Schnellen Brüters von Kalkar, durch eine kleine Wanze aus der Nachdenklichkeit zum wehrhaften Demokraten avanciert, schildert in seinem Buch »Müssen wir umschalten? — Von den Grenzen der Technik« die heile Welt der Technokraten kaputt. Nicht, weil die Computer Funken sprühen oder die Energie die vorgezeichneten Wege nicht einhält. Klaus Traube ist ein zu eingefleischter Techniker, um die Zuverlässigkeit von Maschinen in Frage zu stellen: »Der deutsche TÜV ist sogar sehr gut.«

Nein, die Technokraten scheitern nicht an der Logik hochrechenbarer Daten und vorausbestimmbarer Reaktionen von Materie, sie scheitern an der Bezugslosigkeit ihres Handwerks zu den Wünschen und Sehnsüchten der Menschen. »Wer täglich vom Inganghalten der stets bedrohten Organisationsmaschine in Anspruch genommen wird, dem gerät das zum Zweck, so wie etwa dem mit der Überwachung einer Turbine betrauten Maschinisten nicht die Erzeugung elektrischen Stroms, sondern der störungsfreie Lauf der Turbine als Zweck erscheint.« Einsicht eines Technokraten. Im Ruhestand.

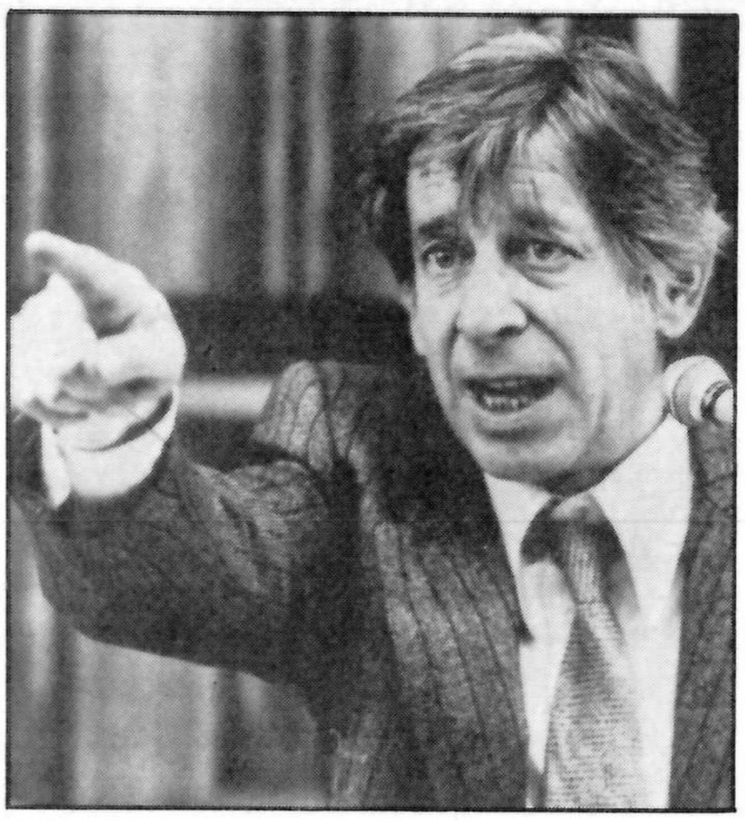
Das Bild, das Klaus Traube von den Machern zeichnet, gleich ob sie Maschinen oder Organisationen verantworten, stellt die Begründung für seine Grundforderung dar: »demokratische Kontrolle der wuchernden Technik«. Denn in diesem Bild kommt niemand vor, der noch eine allumfassende Übersicht hätte, über die Grenzen »seines Projekts« Verbindungslinien zöge. An den Schalthebeln von Maschineneinheiten sitzen lauter kleine Chaplins, mal in der bösartig-komischen Geste, die der Hitler-Karikaturist für die Darstellung absurder Autorität benutzte, mal in der tragik-komischen

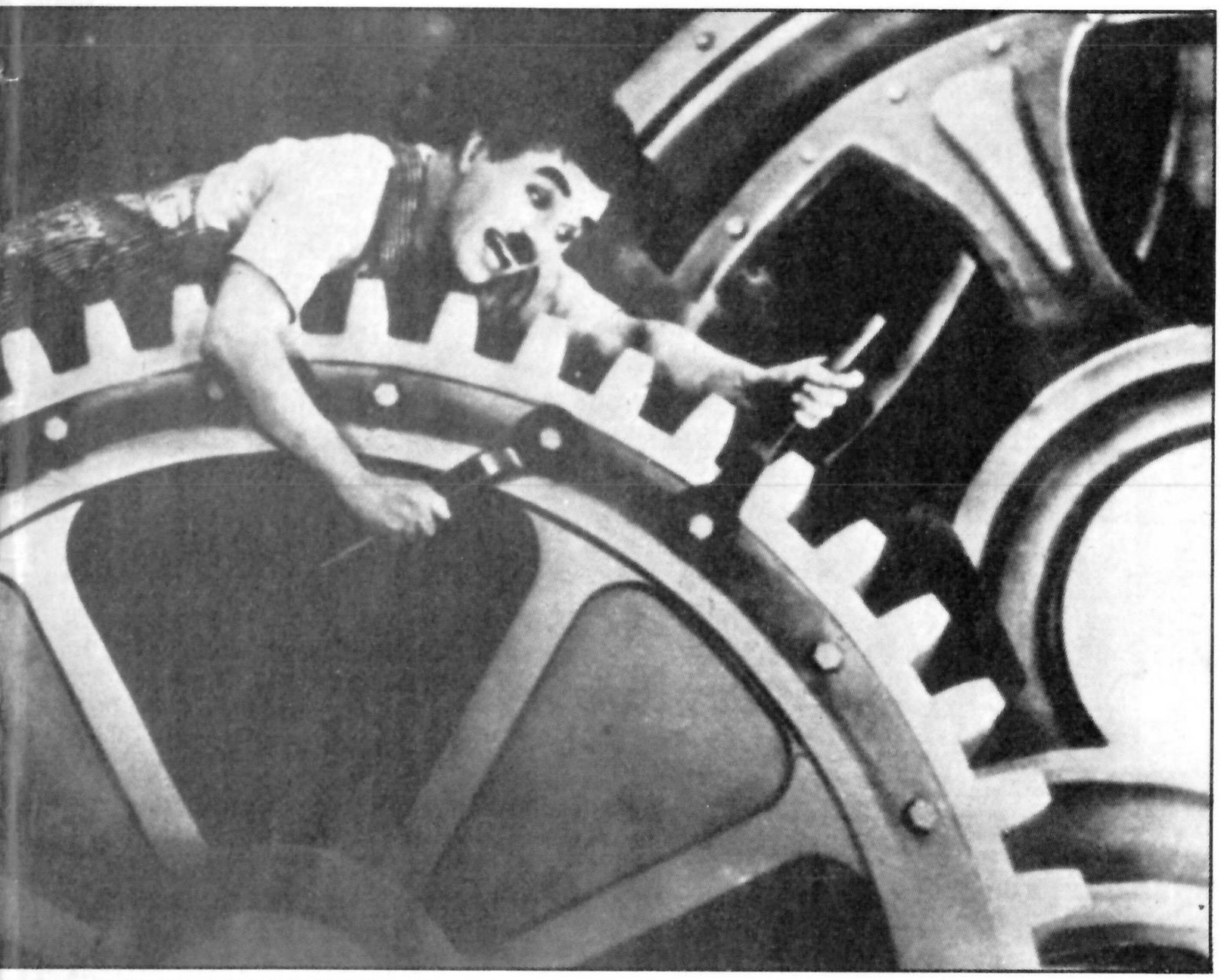


Geste, die das Opfer goldener Zeiten für die unübertroffene Darstellung des Risikos der Automation benutzte.

Traube identifiziert sich selbst eher mit jenem Techniker, der, wie bei Chaplin, ohne aufzusehen am Fließband des Fortschritts die Zeitvorgabe verpaßt und schließlich im Zahnradwerk des Monstrums Maschine verschwindet. Daß sie ihn am Ende freigegeben hat, ist Zufall und Ausnahme. Daß einer — sprich Traube — seine Erfahrungen mit einer dieser Monster-Maschinen — sprich Atomindustrie — noch schildern kann, das ist eine Chance.

Hier haben wir einen Über-Wallraff, der quasi aus der Sicht eines Peter Boehnisch »Sachzwänge« und »Abläufe« von Manipulationen gegen die Menschen in einem Boulevard-Blatt selbstkritisch analysiert, allerdings in einem noch gefährlicheren Apparat als der »Bild-Zeitung«. Wie Wallraff blättert Traube die ganz gewöhnliche Geschäftigkeit im Detail auf, die »ein Betrieb braucht, damit er läuft«, um sich dann engagiert und zuweilen polemisch mit den gesellschaftlichen »Folgekosten« dieser Geschäftigkeit auseinanderzusetzen.





Klaus Traube: Das Zahnradwerk der Großtechnik hat ihn freigegeben — Zufall und Ausnahme

Der Atomstaat in Brokdorf: »6000 Rechtsstaatshüter machen den AKW-Bau nicht rechtsstaatlich«

Traube will nach »unten«. Zu denen, die unter Kernenergie, Schnellbahnen und Mikroeinheiten zu leiden haben. Zu denen, die über die Großtechnik von Arbeit entfremdet oder »befreit« werden, zu Menschen, die wegrationalisiert werden, deren Umwelt zerstört wird, deren Wertordnungen zur Phrase werden. Er sucht für sich und andere Rettung vor der Anarchie derer da »oben«, die er erlebt hat, er will demokratische Kontrolle derer da »unten«, die er mit sich selbst erlebt.

Er will diese demokratische Kontrolle und beschreibt zugleich die Aussichtslosigkeit seines Wunsches. Am Beispiel der Kernenergie beweist Traube, daß die Politik längst aus der Verantwortung für eine humane Entwicklung von Technik ausgeschieden ist: »Aber, so mag mancher sagen, es gab doch einen Energieplan der Regierung, in den sich die Kernkraftwerke einfügen mußten. Mitnichten! ... Die Politik hatte mit einer Bestandsaufnahme des Energieproblems erst begonnen, als bereits 10 große, kommerzielle Leichtwasserkernkraftwerke im Bau waren. Dazu wurde die Energiewirtschaft nach ihren Ansichten befragt, und deren Prognosen wurden als unverbindliche Orientierungshilfen zusammengefaßt.« Und: »Bliebe noch nach dem Einfluß zu fragen, den die Politik auf die Entwicklung der Technik dort ausgeübt hat, wo politisch kontrollierte Behörden, wie etwa Bundesbahn oder Bundespost, kommunale Verkehrsbetriebe etc., in großem Stil Technik einsetzen. Die Frage ist schon fast polemisch. Wo kein politischer Wille ist, ist auch kein politischer Weg. Die Technokraten in solchen Behörden entscheiden ähnlich autonom in technischen Fragen wie die in der Wirtschaft, gehören zum jeweiligen Zukunftsclan, sind großtechnisch orientiert, wie das Beispiel der Bundesbahnschnellstrecken zeigt.«

Ich habe vor ein paar Tagen im »Spiegel« eine Besprechung des Buches »Müssen wir umschalten?« gelesen, in der sich der Rezensent als genau der Typus des Politikers darstellt, ja überzeichnend karikiert, der in dem Buch als Teil der Maschinerie beschrieben wird, und den ich sogar als mitverantwortlichen Verursacher lebensbedrohender Technik eher zur Rechenschaft ziehen würde als die Manager der Großtechnik-Industrie. Der »Spiegel« tat gut daran, den Thesen des Genossen Klaus Traube eine besprechende Beweisführung des Herrn von Dohnanyi mit auf den Weg zu geben.

Für den ehemaligen Forschungsminister Dohnanyi ist Traubes Buch »ärgerlich«, weil hier einer aus dem Nähkästchen der Macher plaudert, den man schlecht zum Maschinenstürmer stempeln kann und der auch den Versuch, ihn in die Extremisten-Ecke abzudrängen, erfolgreich abgewehrt hat. Was Dohnanyi bleibt, um einen unbequemen Zeugen für die Lächerlichkeit sozialdemokratischer Politik-Macher zu diskreditieren, ist ein Schlag unter die Gürtellinie (»Schließlich kann ich auch die midlife-crisis eines Mannes nachvollziehen ...«) gegen seinen Partei»freund« Traube. Wer hier tatsächlich in einer Krise steckt, wird an Dohnanyis Argumentation deutlich. Allen Ernstes versucht der ehemalige Minister, der Behauptung Traubes, das Parlament und die Bundesregierung hätten bis heute keinen politischen Einfluß auf die Entwicklung der Kernenergie genommen, dadurch zu widersprechen, daß er die Verantwortlichkeit des Handelns der Bundesregierung für die Entwicklung der Kernenergie in den Beratungsprotokollen des Bundestages gewahrt sieht: die »umfaßten immerhin 600 Seiten«.

Gleich 6.000 Polizisten und Grenzschützer fuhr der Ministerpräsident Stoltenberg in Brokdorf auf, um die Sofortvollziehung für den Bau eines Kernkraftwerkes durchzusetzen. Wie man durch Verwaltungsgerichte belehrt wurde, machten die 6.000 Rechtsstaatshüter die Sofortvollziehung nicht rechtsstaatlich.

Bei manchen Politikern scheint quantitatives Wachstum im Bereich der Exekutive die einzige politische Perspektive zu sein, die sie angesichts der Zukunftsprobleme noch verantworten wollen. Gegen diese Politik brauchen wir mehr Traubes.

Klaus Traube: Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik. Rowohlt-Verlag, 346 Seiten, 22 Mark

Hermann L. Gremliza's

konkret ex-press

Augstein hat einen Bruder, wofür er zunächst einmal nichts kann. Auch daß der Bruder im öffentlichen Leben und infolgedessen im »**Spiegel**« vorkommt, wäre dem Bruder Herausgeber nicht anzulasten. Anders liegt der Fall, wenn er so vorkommt:

Anwalt Josef Augstein: »Der Richter Vultesius ist also Funktionär der Gewerkschaft. Darauf sind die gesamten Absonderlichkeiten des Verfahrens zurückzuführen.«

Was heißt hier »also«? Worauf bezieht sich das? Sollte da was fehlen am Zitat? Es fehlt tatsächlich was. Bruder Augstein hatte nämlich geschrieben:

Inzwischen erfuhr ich, daß der Richter Vultesius Vorsitzender der Fachschaft Rechtswahrer in der ÖTV des Landes Niedersachsen ist. Der Richter Vultesius ist also ...

Der Richter, der natürlich nicht Vultesius sondern Vultejus heißt, Herr Augustin, ist Vorsitzender der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in der ÖTV, was Sie aber nicht wissen konnten, weil Sie dem Umgang mit Gewerkschaftern den mit Leuten vorziehen, die tatsächlich mal in der Fachschaft Rechtswahrer waren. Seien Sie froh, daß Sie einen Bruder haben, der dafür sorgt, daß es nicht so leicht herauskommt.

Auf jedes Zitat kam es dem »**Spiegel**« hingegen im Fall Filbinger an. Nichts wurde angeführt, ohne präzise Quellenangabe: aus der »Heilbronner Stimme«, der »Südwestpresse«, dem »Hamburger Abendblatt«, der »Zeit«, der »Badischen Zeitung«, dem »Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt«, der »Rheinischen Post«, dem »Schwarzwälder Boten« und der »Stuttgarter Zeitung«. Nur einmal hieß es schlicht:

Hans Karl Filbinger, mittlerweile als »Hohlkreuz des Südens« bespöttelt

Und kein Hinweis, von wem er mittlerweile so bespöttelt wurde. Raunt es »mittlerweile« schon jeder Häberle seinem Pfleiderer zu: »Hosch ghört, Hohlkreiz des Siedens«? Oder deckt das Wörtchen »mittlerweile« nur den Zeilenraum für eine hinausgestrichene Quellenangabe? Denn zwei Wochen zuvor schrieb Winfried Thomsen in KONKRET:

Filbinger: Das Hohlkreuz des Südens

Aber was ist schon geistiges Eigentum? Die Sore literarischer Kleinkriminalität.

Die NS-Werbeschrift »Hitlerjugend«, verlegt von einem Sohn des »Stern«-Aktionärs John Jahr, hat Bundestagsabgeordnete gefragt: »Waren Sie bei der HJ?« Geantwortet hat auch **Conrad Ahlers:**

Insgesamt gesehen möchte ich die Zeit der Jugendbewegung, einschließlich Jungvolk nicht missen. Sie hat auch meine Lebenshaltung mitgeprägt.

Man merkt das schon daran, daß er eine Zeit nicht missen will, deren besonderes Fluidum mehr als die Jugendbewegung die Judenbewegungen (nach Auschwitz) ausgemacht haben. Und so geprägt ging er 1968 zur SPD: als durch und durch falscher Fuffziger.

Der Zigaretten-Filter-Maschinen-Monopol-Fabrikant **Kurt Körber** hat an einem freien Wochenende wieder mal seinen »Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft« abgehalten. Er sollte ihm die Zeit mit einer Unterhaltung über »Terrorismus in der demokratischen Gesellschaft« vertreiben. Gäste waren unter anderen Hans Josef Horchem (Präsident des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz) und Werner Smoydzin (im Bundesinnenministerium Spezialist für Geheimdienste). Zwischen diesen Oberschnüfflern saß auch 1 Vertreter der Linken. Laut Protokoll:

Dr. Bernhard Rabehl, Freie Universität Berlin

Vormals Subversive Aktion, dann SDS. Der lange Marsch ist verdammt lang. Es ist schön, zu sehen, daß dennoch immer mal wieder einer ankommt.

Andere sind noch ein Stückchen weiter — wie Hamburgs Bürgermeister **Hans Ulrich Klose** (SPD), den sie jetzt sogar schon vorm Überseetag reden lassen:

Ich bedanke mich für die freundliche Einladung zu den Veranstaltungen des diesjährigen Überseetags und für die freundliche Begrüßung. Natürlich habe ich die Einladung gern angenommen, zumal diese Vormittag-Veranstaltung in der Börse stattfindet ...

Draußen hing derweil ein CDU-Wahlplakat: »Wählt die linken Träumer ab!«

Zwar ist die WM nun vorbei und unser Berti ist Waldmeister, aber man sollte doch nicht vergessen, was der DFB-Präsident **Neuberger** unwidersprochen in einer SPD-Zeitung zu Beginn der Spiele sagen durfte:

Ich muß zugeben, daß ich bei meinem ersten Besuch (in Argentinien) zum Jahreswechsel 1974/75 regelrecht erschrocken war. Inzwischen hat sich vieles, wenn nicht alles geändert. Das Land ist auf dem besten Weg, die Schwierigkeiten zu bewältigen. Die derzeitige Regierung verdient Anerkennung. Unter den früheren Machtverhältnissen wäre die Durchführung der WM wohl kaum möglich gewesen.
Folter ja, Fußball ja.

Immer, wenn mir der **Rolf Michaelis** in der »Zeit« begegnet, fühl ich mich müde wie Majestix nach dem hundertsten Abwurf. Hab ich mir nicht Mühe gegeben, dem Michaelis seine Reportagen über die Verleihung von Petrarca-Preisen abzugewöhnen? Hätt' ein Hund so länger leben wollen, wie ich ihn zugerichtet habe? Aber nein, so prompt wie die Frühjahrsmüdigkeit ist er wieder da:

»Es gibt Landstriche, wo sich Dichter gern treffen.« Als Alfred Kolleritsch vor fünf Jahren diesen Satz schrieb, konnte er nicht wissen, wie recht er hatte.

Wie wahr. Oder doch nicht? Wußte er vielleicht schon damals, wie recht er hatte? Hat er Michaelis reingelegt? Iwo, Michaelis kannte ihn ja schon damals, als er diesen Satz schrieb und hat aufgepaßt:

Alfred Kolleritsch war, schon damals, eine der wichtigsten Gestalten ... Was wir in seinem ersten Gedichtband kennenlernen, sind philosophische Gedichte als Lieder der Liebe. Da ist die Rede von der »schweren Krankheit des Denkens«'

Michaelis ist kerngesund

und davon, »hinter die Dinge zu gehen«.

Aber auch das tut Michaelis nicht, sondern er schlägt sein Feuilleton vor allen Leuten ab:

Die Zeremonien der Preisverleihung waren immer, ganz im Geist der Renaissance, Symposien: undeutsch heitere Feste, bei denen Kunstvorführungen dasselbe Recht hatten wie abendliche Gelage, mitternächtliche Diskussionen oder geduldige Bemühungen, den stets frech fröhlich mitfeiernden Kindern zu erklären,

wann man »hinter die Dinge geht«? Im Gegenteil:

weshalb sich deutsche Schriftsteller des zwanzigsten Jahrhunderts auf einen Menschen wie Petrarca berufen.

Das stell' ich mir recht schwierig vor, allein, ich habe nicht mit Michaelis gerechnet:

Als Moritz, Sarah Kirschs achtjähriger Sohn, zur Freude des aufmerksam der Laudatio auf Kolleritsch lauschenden Bürgermeisters von Siena und der italienischen Gäste, mit feierlichem Ernst minutenlang die bunte Fahne der toskanischen Stadt in der Kinderfaust hochhielt, um auf seine Weise den Dichter zu ehren, hat er mehr getan für das deutsch-italienische Verhältnis und ein zu wünschendes Europa der Vaterländer, wie es Petrarca noch kannte, als manche Politiker.

Abgesehen davon, daß hier möglicherweise eine Verwechslung von Petrarca mit dem ebenfalls toten de Gaulle vorliegt, wäre das Ende der schweißtreibenden Gerundiv-Konstruktionen ein zu wünschendes. Für Michaelis freilich ist dieser Wunsch ein zu überhörender:

Das alles könnte klingen, als seien Petrarca und die wieder zu erstrebende, glückliche Einheit des Menschen in der Welt und mit anderen Menschen leicht zu gewinnen. Man muß ja nur unter Italiens Himmel atmen oder sehen, wie Du, Moritz, auf die von Köstlichkeiten prangende Tafel springst, weil keiner der eitlen Autoren sich zu einer Tischrede für den Gastgeber aufraffen mag. Die Häupter der schmausenden Kulturmenschen beugten sich tiefer über die vollen Teller, als Moritz Kirsch einfach krähte: »Danke Hubert, mir hat es geschmeckt.« Die Wirklichkeit ist schwieriger ...

Damit sowas gedruckt werden kann, werden Bäume gefällt. Danke Rolf, mir hat es geschmockt.

konkret Heft 8 erscheint am 27. Juli 78

Verlag Association GmbH

Unser »Bestseller«:

Hyperion an Bellarmin.

So kam ich unter die Deutschen. Ich forderte nicht viel und war gefaßt, noch weniger zu finden. Demütig kam ich, wie der heimatlose blinde Ödipus zum Tore von Athen, wo ihn der Götterhain empfing, und schöne Seelen ihm begegneten —

Wie anders ging es mir!

Barbaren von alters her, durch Fleiß und Wissenschaft und selbst durch Religion barbarischer geworden, tierähnlich jedes göttlichen Gefühls, [illegible] Glück der heiligen Grazien, in jedem Grad der Übertreibung [illegible] weggeworfenen Gefäßes — das, mein Bellarmin, waren meine Tröster.

Es ist ein hartes Wort und dennoch sag' ich's, weil es Wahrheit ist: ich kann kein Volk mir denken, das zerrissner wäre wie die Deutschen. Handwerker siehst du, aber keine Menschen, Denker, aber keine Menschen, Priester, aber keine Menschen, Herren und Knechte, Jungen und gesetzte Leute, aber keine Menschen — ist das nicht wie ein Schlachtfeld, wo Hände und Arme und alle Glieder zerstückelt untereinander liegen, indessen das vergossne Lebensblut im Sande zerrinnt?

Ein jeder treibt das Seine, wirst du sagen, und ich sag' es auch. Nur muß er es mit ganzer Seele treiben, muß nicht jede Kraft in sich ersticken, wenn sie nicht gerade sich zu seinem Titel paßt, muß nicht mit dieser kargen Angst buchstäblich heuchlerisch das, was [illegible], nur sein [illegible] Ende mit Ehre muß er das sein [illegible] Geist in seinem Tun, und ist er in ein Fach gedrückt, wo gar der Geist nicht leben darf, so stoß' er's mit Verachtung weg und lerne pflügen! Deine Deutschen aber bleiben gerne

Erich Fried

So kam ich unter die Deutschen

Gedichte

Association

Dieser Gedichtband enthält u.a. das von vielen falsch und entstellt wiedergegebene Gedicht DIE ANFRAGE. Einen Bremer CDU-Politiker provozierte dieses Gedicht bekanntlich derart, wieder einmal eine Bücherverbrennung zu fordern. Eine heftige Pressekampagne von rechts ist die aktuelle Folge.
2. Aufl. 124 S. DM 12.—

Neuerscheinungen 1977/78

und exklusiv für KONKRET-Leser (bis 31.7.78!)

2 Buchpakete zum Vorzugspreis

Wir informieren über unsere neuesten Bücher und die, die wir in den nächsten Wochen herausbringen. Wer uns noch nicht kennt: Unser Gesamtprogramm 77/78 (s. unten) schicken wir auf Anfrage **kostenlos.** Wenn Sie uns eine 70-Pfennig-Marke für's Porto beilegen, freuen wir uns besonders! Und für alle, die uns schon ein bißchen besser kennen: 2 Buchpakete zum einmaligen Freundschaftspreis!
Falls Sie das eine oder andere Buch aus unseren Paketen schon besitzen sollten: Schenken Sie es doch einem Freund oder Ihrer Freundin

Alle Bücher liefern wir entweder über Ihre Buchhandlung aus, oder direkt, falls Ihnen das lieber ist. Sie können selbstverständlich jedes Buch aus den Paketen auch **einzeln** bestellen!

Neuerscheinungen 1977/78

Reihe Politische Ökologie Nr. 14
Wolfgang Beer
Lernen im Widerstand
Politische Sozialisation in Bürgerinitiativen

Der Autor zeigt in dieser Arbeit u.a. die Veränderung des täglichen Lebens durch den kollektiven Widerstand am Beispiel der »Volkshochschule Wyhler Wald«.
160 S. DM 16,-

Stephan Marks
Studentenseele
Erfahrung im Zerfall der Studentenbewegung

Für Marks begann der Niedergang der Rebellion damit, daß sich die Studentenbewegung nicht mehr als Teil dieser autonomen Jugendrebellion begriff, sondern sich durch ihr tradiertes Politikverständnis in die Politik der Interessenvertretung stahl.
144 S. DM 14,-

Jean-Pierre Voyer
Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Elends der Menschen

Voyer bringt endlich Licht in eine undurchsichtige Angelegenheit, die die Leidenschaften seit zwei Jahrhunderten aufwühlt und die besonders in der letzten Zeit eine Flut von uninteressanten Veröffentlichungen hervorrief: die Frage des *Tauschwerts*.
106 S. DM 12,-

Bergmann/Janssen/Klein Hrsg.
Autonomie im Arbeiterkampf
Beiträge zum Kampf gegen die Fabrikgesellschaft

In diesem Buch steht der Text Karl-Heinz Roths, *Die ‚andere' Arbeiterbewegung* zur Diskussion.
232 S. DM 18,-

Raoul Vaneigem
Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen

Neben Debords *Gesellschaft des Spektakels* hat nichts geschriebenes den Pariser Mai so sehr eingeleitet und sich so sehr in ihm wiedergefunden, wie in diesem Text.
292 S. DM 24,-

Reihe Politische Ökologie Nr. 12
Holger Strohm Hrsg.
Genmanipulation und Drogenmißbrauch

Dieser Band versucht erstmals, wichtige Informationen für die breite Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. **128 S. DM 11,-**

Reihe Politische Ökologie Nr. 9
Holger Strohm Hrsg.
Umweltschutz in China

Neuerscheinungen Sommer 1978

Reihe Politische Ökologie Nr. 13
Detlef Hartmann
Der Mythos der Maschine
Thesen zur kapitalistischen Alltagswirklichkeit
Die diametral entgegengesetzten Einstellungen zum politischen Charakter von Technologie überhaupt sind das Hauptthema des Buches. **ca. 150 S. ca. DM 14,-**

Dollars & Träume
Studien zur Politik, Ökonomie und Kultur der USA
Dies ist die erste Nummer einer Zeitschrift, die bei uns erscheinen wird; sie wird herausgegeben von der Joseph-Weydemeyer-Gesellschaft in Westberlin.
Zur Beantwortung der Fragen nach dem internationalen Kräfteverhältnis, dem Charakter des modernen Kapitalismus, den Perspektiven sozialer und politischer Alternativbewegungen ist die genaue Analyse der USA unerläßlich. Es wird die erste Aufgabe der Zeitschrift sein, diesem Mangel zu begegnen, indem Grundlagenmaterialien publiziert werden, auf deren Hintergrund Detailanalysen erst sinnvoll sind.
ca. 150 S., ca. DM 12,-

POLITIKON Band II
Karl Korsch - Übergangsgesellschaften - Studentenbewegung - Technologie und Kapital
Ein Nachdruck der wichtigsten Aufsätze aus der Zeitschrift *POLITIKON* von 1968 bis 1972.
ca. 300 S., ca. DM 18,-

ICO
Kapitalismus und Klassenkampf in Polen 1970/71
Der vorliegende Text versucht, eine Geschichte des polnischen Staatskapitalismus zu liefern. Ein aktueller Anhang verweist auf die Zusammenhänge mit den jüngsten proletarischen Aktionen.
ca. 300 S., ca. DM 20.-

Holger Strohm
Atomstaat Bundesrepublik
Am Fall des Atomgegners Holger Strohm
Vorwort von Robert Jungk
Juristische Kommentare von Bernt M. Niese
Der Erlös dieses Buches, d.h. das Autorenhonorar und ca. DM 3,-werden den juristisch verfolgten Atomgegnern zur Verfügung gestellt.
ca. 40 S., ca. DM 3,- + DM 3,-

Holger Strohm Hrsg.
Atomenergie und Arbeitsplätze
Vorwort von Heinz Brandt
Mit Beiträgen von Robert Jungk, Ulf Skirke, Holger Strohm und Rainer Trampert **60 S., DM 4,50**

Neuerscheinungen Herbst '78 (bitte vorbestellen)

Robert Jarowoy
Geschichten und Märchen aus der Isolierhaft

Fritz Teufel sagte dazu: »Mit Geduld und Energie, irgendwann und irgendwie...« und so wird das Buch auch heißen.
ca. 130 S. ca. DM 12,-

Neues Lotes Folum II/28
Zeitschrift für die Poesie und die Revolution
RHEOMATIK

Dieses Buch ist Michel Foucault gewidmet und Hermann Rippe (unserem Dorfschmied), die mir beide freundlicherweise ihren Werkzeugkasten zur Verfügung gestellt haben für diese kleine Rheologie.
Aus dem Inhalt: Die Szene, Pen und blaue Berge / Das Theater der ‚Grausamkeit' und die Wiener, Aktionistische Kunstvereinigung' / Der Anteil der Indianer an der Menschwerdung der Amerikaner / Clitorale Poesie / Zwischen Ödipus und ungechlortem Wasser / Nascare Humanum est / Ein Propemptikon für einen Bauern.
ca. 300 S. ca. DM 25,-

Rainer Taëni
FÜHLEN ALS THERAPIE
primärtherapeutische Erfahrungen

Für die Millionen von Kindern, die vom Säuglingsalter an Entbehrung erlitten, unbefriedigt in ihren Bedürfnissen, unbestätigt in ihrem Selbstsein und später ‚naughty' gescholten oder geschlagen, wenn sie in Auflehnung gegen die herrschenden Ordnungs-, Disziplin- und Leistungsgebote ihren angeborenen Trieben zu folgen suchten —

die so schließlich abgerichtet wurden, ihre Spontaneität zu unterdrücken und ihr Fühlen zu verleugnen in unerbittlicher Anpassung an ein unmenschliches System, wo Schmerzen umso weniger zugegeben werden, je mehr man sie dort bereits Kindern zufügt:

möge es recht vielen von ihnen dennoch einmal gelingen, die ihnen aufgezwungenen Blockierungen aufzubrechen und so trotz allem zu erfahren, was LEBEN bedeuten kann.
Dies ist das zweite Buch Rainer Taënis, auf das schon viele Leute so lange warten!
ca. 280 S., ca. DM 22,—

Auf knapp 100 Seiten stellen wir ausführlich unsere bisher erschienenen 60 Bücher vor und geben eine Vorschau auf unsere nächsten Projekte. Für Besteller kostenlos, für Interessenten: Bitte eine 70-Pfennig-Marke für's Porto nicht vergessen! Danke!

SONDERANGEBOT (nur bis zum 31.7.1978)

ÖKOLOGIE

Dies ist das Standardwerk, das jeder Atomgegner haben sollte. 4. Auflage, 21. Tausend, 500 S. DM 16,-

Reihe Politische Ökologie Nr. 2
Holger Strohm
Materialiensammlung zur Gefährdung der Bevölkerung durch Atomkraftwerke 62 S., DM 4,-

Reihe Politische Ökologie Nr. 1
Murray Bookchin
Umwelt und Gesellschaft
Diskussion um Bookchin
38 S., DM 4,-

Reihe Politische Ökologie Nr. 11
Holger Strohm
Umweltsch(m)utz, 138 S., DM 9,-

Reihe Politische Ökologie Nr. 5
Holger Strohm Hrsg.
Stadt- und Verkehrsprobleme
68 S., DM 5,50,-

Reihe Politische Ökologie Nr. 4
Holger Strohm Hrsg.
Biologische Schäden durch Atomkraftwerke und energiereiche Strahlen
136 S. DM 7,-

Statt 45,50 nur 39,90

Staatskapitalismus

Von der siegreichen stalinschen Reaktion wurde Serge 1933 zu Deportation verurteilt. Nur durch die Solidarität seiner französischen Freunde entging Serge dem allgemeinen Schicksal der meisten aufrechten Revolutionäre im stalinschen Sowjetrußland. **488 S., DM 18,-**

Volin
Die Unbekannte Revolution
Drei Bände zu je DM 16,-/DM 14,-/ DM 14,-
Volin hat aktiv an den wichtigsten Momenten der Russischen Revolution teilgenommen: Er war bei der Bildung des ersten Sowjet in Petrograd dabei und nahm an den Kämpfen der Machnowina teil, bis diese erste revolutionäre Volksarmee von den Bolschewiki verraten, entwaffnet und zerschlagen wird.

Crusius/Kuehl/Skala/Wilke Hrsg.
CSSR · Fünf Jahre 'Normalisierung'
21. 8. 1968 - 21. 8. 1973
Zweite Auflage, 352 S. DM 16,-

Statt 78,- nur 64,90

Bestellcoupon

Bitte schickt mir (bitte ankreuzen)
☐ über Buchhandlung:

_____

_____

_____

☐ direkt ab Verlag (Adresse)

DM
...Paket Ökologie (39,90)
...Paket Staatskap. (64,90)

Folgende Einzelwerke (auch aus »Paketen« möglich!)
Autor/Titel

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

☐ Bitte schicken Sie mir nur Ihren Gesamtkatalog (DM 0,70 in Briefmarken anbei)

Gesamt DM:

Erwünschte Zahlungsweise (Bitte ankreuzen!)
☐ V.-Scheck beigefügt
☐ Überweisung nach Rechnungserhalt
☐ per Nachnahme

Abs.: (Bitte deutlich schreiben!)
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Verlag Association GmbH
Postfach 50 15 25, 2 HH 50

Die Wodka unter den Wodkas.

Wodka Moskovskaya,
die Nr. 1 auf dem
deutschen Wodka-Markt

TM-6-78-2

Weil Moskovskaya-Wodka echt russischer Wodka ist, unterscheidet er sich von anderen auch durchs Geschlecht.

In Rußland ist Wodka weiblich. Schauen Sie ruhig mal nach in Ihrem kyrillischen Wörterbuch. Der Wodka ist also die Wodka!

Simex 5170 Jülich. Alle echt russischen Weine, Sekte und Spirituosen.